
DM 7,50 Österreich 65,– öS Schweiz 7,50 sfr Nr. 2 Februar 1989 E 8080 E

CODE

Exclusives aus Politik und Wirtschaft

Zweiter Weltkrieg:
Das Warum im Fall Dresden bleibt unklar

Die Deutsche Bank regiert mit Ehrfurcht und Schrecken die Bonner Republik

Sowjetunion:
Westen soll Bankrott verhindern

USA:
Supermacht mit deutschem Wissen

Bonn:
Das Problem mit den Asylanten

SPD:
Ausgewiesener DDR-Politiker rechnet mit wurzelloser sozialistischer Boheme ab



Gesunde
Medizin
1/89
Zeitschrift für eine natürliche Lebensweise
DM 5,–
Kosmetik:
Seien Sie nett zu Ihrer Haut
Krebs:
Der Skandal der Goldmacher
Therapie:
Heilen mit Sauerstoff
Medikamente:
Psychopharmaka – der sichere Weg zur harten Droge
Naturarzt:
Sind Sie wetterfühlig?



Lieber Leser

CODE ist ein Nachrichtenmagazin, das sich vorwiegend Themen widmet, die in der Establishment-Presse einseitig, tendenziös oder gar nicht dargestellt werden.
CODE ist politisch, wirtschaftlich unabhängig und keinen gesellschaftlichen Gruppierungen verpflichtet.
CODE hat weltweit einen Mitarbeiterstab von 80 Korrespondenten und arbeitet mit der amerikanischen Zeitung »The Spotlight« und dem Nachrichtendienst »New American View« zusammen.
CODE bietet einer Reihe jüdischer Journalisten und Rabbiner die Möglichkeit, ihre politischen Bedenken gegen den Zionismus zu äußern. Diese jüdischen Autoren gehen davon aus, daß der politische Zionismus nichts mit ihrer Religion zu tun hat, und sie halten jene nicht für antisemitisch, die gegen den Zionismus vorgehen.
CODE wird in den Fragen des Antizionismus von jüdischen Persönlichkeiten beraten, die der Redaktion ausdrücklich bestätigt haben: »Wir kennen die Zeitschrift und finden darin kein Material, das seiner Natur nach anti-semitisch ist, und verstehen die Position, die Unterschiede zwischen Zionismus und Judaismus aufzuzeigen. Obwohl wir nicht mit allen vertretenen Positionen übereinstimmen mögen, unterstützen wir das Recht darauf, politische Ansichten darzustellen.« Dieser Satz wurde von sechs namhaften Rabbinern unterzeichnet.
CODE verfügt auch auf anderen Gebieten über kompetente Mitarbeiter: Victor Marchetti, Autor des bekannten Bestsellers über den CIA, war stellvertretender Direktor des CIA; Mark Lane, ein bekannter Washingtoner Rechtsanwalt, hat Prozesse wegen der Ermordung des US-Präsidenten John F. Kennedy gegen CIA-Mitarbeiter geführt; C. Gordon Tether, der für den Finanzteil zuständig ist, arbeitet seit langem für die »Financial Times«.
CODE ist weder antiamerikanisch noch antisemitisch, weder rechts, noch links, auch nicht rot, schwarz, grün oder braun. Dadurch paßt dieses Nachrichtenmagazin auch nicht in das Schablonendenken der im Auftrage des Bonner Staates tätigen »Aufsichtsbeamten«.
CODE ist national, konservativ, patriotisch und dadurch den deutschen Belangen und Problemen besonders aufgeschlossen.

Als Leser von **CODE** kennen Sie bereits die offene kritische Haltung dieser Zeitschrift. Wir bitten Sie daher, zu überlegen, wer aus dem Kreis Ihrer Familie, Ihrer Bekannten, Kollegen und Freunde Abonnent von **CODE** werden könnte.

Für Ihre Mühe möchten wir Sie gerne entschädigen. Wenn Sie uns einen neuen Abonnenten, der noch nicht Bezieher der Zeitschrift war, werben, erhalten Sie als **Prämie das Buch von Des Griffin »Wer regiert die Welt?«**

Vielen Dank
Ihr Verlag Diagnosen

Verlag Diagnosen · Untere Burghalde 51 · D-7250 Leonberg

Ich habe einen neuen Abonnenten für CODE geworben.

Senden Sie CODE ab ____________
bis auf weiteres zum jährlichen Abonnementspreis von 72,– DM einschließlich Porto und Mehrwertsteuer (im Ausland DM 72,– zuzüglich DM 15,– Versandkosten für den einfachen Postweg, der Betrag wird zum Tageskurs umgerechnet) an:

Name

Vorname

Straße und Hausnummer/Postfach

Postleitzahl/Stadt/Land

☐ Der neue Abonnent ist damit einverstanden, daß das Abonnentengeld von seinem Konto (Bank- oder Postscheckkonto) abgebucht wird.

Bank/Ort

Bankleitzahl

Kontonummer

☐ Der neue Abonnent legt einen Verrechnungsscheck über den Betrag von 72,– DM anbei (Ausland: DM 87,– Gegenwert in ausländischer Währung zum Tageskurs)

☐ Bittet um Übersendung einer Rechnung.

Die Einziehungsermächtigung gilt bis auf Widerruf und erlischt automatisch bei Beendigung des Abonnements.

Datum

Unterschrift des Abonnenten/Kontoinhabers

Ich bin darüber belehrt, daß ich diese Bestellung des Abonnements ohne Angabe von Gründen gegenüber dem Verlag Diagnosen, Untere Burghalde 51, D-7250 Leonberg, binnen einer Woche schriftlich widerrufen kann, daß es zur Fristwahrung genügt, wenn der Widerspruch innerhalb der laufenden Frist abgesandt wird.

Unterschrift

Ich habe den neuen Abonnenten geworben und erhalte dafür das Buch »Wer regiert die Welt?«. Der neue Abonnent war noch nicht Bezieher dieser Zeitschrift und ist nicht mit mir identisch. Meine Anschrift:

Name

Vorname

Straße und Hausnummer/Postfach

Postleitzahl/Stadt/Land

CODE

Exclusives aus Politik und Wirtschaft



Winston Churchill war später wegen Dresden von Schuld erfüllt, doch hat er nie ein großes Empfinden für europäische Kultur gezeigt.

Finanzen



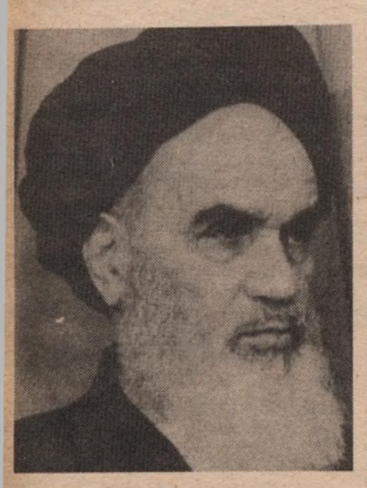
Oskar Lafontaine, saarländischer Ministerpräsident, ist gegen eine Vorrangstellung deutscher Aussiedler vor ausländischen Asylbewerbern.

Internationales



Harry Oppenheimer, der das weltweite Diamantenkartell kontrolliert, ist auch die verborgene Macht hinter Mobutus Thron.

Nr. 2 Februar 1989



Ayatollah Khomeini hat der Religion des Islam im Iran einen Charakter verliehen, der überall als »fundamentalistisch«, »militant« und »extremistisch« beschrieben wird.



Johannes Paul II. empfing in offizieller Audienz die Loge B'nai B'rith.

Zweiter Weltkrieg

Das Warum im Fall Dresden bleibt unklar

Vivian Bird

Am 13. Februar 1945 fühlte man sich in Dresden, der Hauptstadt Sachsens, das bis dahin kaum von feindlichen Bombern berührt worden war, vor feindlichen Luftangriffen relativ sicher. Die Einwohnerzahl von 600 000 war um etwa 500 000 Flüchtlinge aus dem Osten angestiegen. Die Menschen trösteten sich mit dem Wissen, daß Dresden keine Industriestadt war und deshalb – so die Gerüchte – wegen der vielen Krankenhäuser der Wehrmacht in der Stadt zu einer offenen Stadt erklärt worden war.

Ein amerikanischer Bomberverband klinkt seine Bomben über Dresden aus. Und das sind die Opfer (unten).

Es gab auch eine beträchtliche Anzahl von britischen und amerikanischen Kriegsgefangenen in Lagern in und um die Stadt herum sowie Arbeiter aus Frankreich und anderen Ländern. Neben all dem war Dresden bekannt auf der ganzen Welt als eine Stadt der Künste und man hatte ihr sogar den Namen »Elb-Florenz« gegeben. Seit dem 18. und 19. Jahrhundert war die Stadt in Friedenszeiten von Engländern immer bevorzugt besucht worden.

Der Clarion-Angriff mit 9000 Bombern

Darüber hinaus war Dresden praktisch ungeschützt und repräsentierte sogar den Prototyp einer Stadt ohne Luftabwehr. Die Mehrheit der Flak-Bataillone war seit Jahren inaktiv und größtenteils schon seit langem zur Stärkung der Ostfront abgezogen worden. Die deutsche Luftwaffe zeigte sich selten am Himmel.

Alle diese Tatsachen waren dem anglo-amerikanischen Stab bekannt; bis zu einem gewissen Grad sogar schon vor dem Krieg – die Briten hatten im Jahr 1929 bereits ein Netzwerk zur Sammlung von Informationen über deutsche Ziele aufgestellt, die es »wert waren, bombardiert zu werden« – und teilweise aus der



Das blieb von Dresden nach britischen und amerikanischen Luftangriffen übrig.

Luftaufklärung und Spionage während des Krieges.

Obwohl der Krieg militärisch bereits für die Alliierten entschieden war und das siegreiche Ende jetzt nur noch eine Sache von Wochen war, höchstens aber von Monaten, begannen die Anglo-Amerikaner dennoch mit dem »Clarion«-Angriff, an dem insgesamt 9000 Bomber und Kampfflieger teilnahmen.

Als der erste verheerende Luftangriff auf Dresden mit Hunderten von britischen Flugzeugen am 13. Februar 1945 begann, war der schreckliche Höhepunkt des Luftkrieges gegen die Zivilbevölkerung in Europa erreicht. 650 000 Brand- und Phosphorbomben sowie eine unbekannte Anzahl hochexplosiver Bomben wurden auf die zivile Bevölkerung der Stadt Dresden abgeworfen.

Ein paar Stunden später – am 14. Februar um 1 Uhr – folgte der nächste vernichtende Luftangriff durch 1200 feindliche Bomber vom Typ Fortress und Liberator.

Zehntausende von Menschen, die sich nach der ersten Bombardierung hatten retten können, fielen dem zweiten Bombenhagel jetzt zum Opfer. Eine große Zahl der Menschen starb in dem »Feuersturm«, verbrannten, wurden in Stücke gerissen oder fielen wegen Sauerstoffmangels in einen »friedlichen« Schlaf.

Die Taktik der Luftangriffe

Der Höhepunkt des Infernos war aber immer noch nicht erreicht. Um die Überlebenden der beiden schrecklichen Luftangriffe zu vernichten, waren von etwa 11 Uhr des gleichen Tages 1350 Bomber und Kampfbomber damit beschäftigt, alles, was sich noch bewegte, zu bombardieren und mit Maschinengewehren darauf zu schießen. Während die Bomber die Vororte zerstörten, belegten die Kampfbomber die Straßen und Plätze der Dörfer im Umkreis mit einem Bombenteppich und mit Feuer aus den Bordwaffen.

Die Taktik der Luftangriffe auf Dresden war folgende: Mit dem ersten Angriff sollte der Stadtkern durch zahllose Sprengstoff- und Brandbomben zerstört und in ein Flammenmeer, ein wütendes Inferno verwandelt werden. Im zweiten Angriff, bei dem vor allem Sprengstoffbomben abgeworfen wurden, sollten sich die Flammen ausbreiten und ein Entkommen der Flüchtenden verhindern. Der dritte Angriff



Tagelang verbrennen Soldaten und russische Hilfswillige auf Schienenrosten die Leichen der Opfer.

sollte die Überlebenden töten und jene, die an den Hauptstraßen entlang auf der Flucht waren.

Die Luftangriffe der Alliierten auf Dresden zielten fast ausschließlich auf die Zivilbevölkerung ab. Dies wurde bereits beim ersten Angriff deutlich, der sich nicht an die wichtigsten militärischen Ziele in der Stadt wie den Bahnhof, die Kaserne und die Brücken über die Elbe richtete. Die Elb-Brücke, über die die Eisenbahn nach Berlin führte und die damals von besonderer militärischer Bedeutung war, lag etwa 800 Meter vom Stadtkern entfernt, der stark angegriffen wurde, aber weder sie noch die anderen Brücken wurden durch die Luftangriffe zerstört. Erst deutsche Truppen sprengten sie kurz vor der Kapitulation.

Die genaue Anzahl von Menschen, die durch die Luftangriffe auf Dresden getötet wurden, läßt sich nie mehr mit Sicherheit feststellen, denn es existieren keine genauen Zahlen für die riesige Anzahl von Flüchtlingen, die sich in der Stadt aufhielten. Die Schätzungen der Todesopfer liegen zwischen 100 000 und 400 000 Menschen. Einige Klarheit verschafften allerdings die geretteten Dokumente des Kommandeurs der Dresdner Feuerwehr, in denen die Zahl der Toten mit 250 000 angegeben wird.

Die Luftangriffe waren völlig sinnlos

Ohne militärische Notwendigkeit und entgegen allem, was auch von den anglo-amerikanischen Regierungen, in internationalen Vereinbarungen wie der Haager Konvention des Jahres 1907 und der Genfer Konvention des Jahres 1925 unterzeichnet und wiederholt bestätigt worden war, wurden zahllose deutsche Städte wahllos und unnötigerweise zerstört und viele Millionen Menschen, vor allem Frauen und Kinder sowie Kriegsgefangene und ausländische Arbeiter sowie alle möglichen Tiere abgeschlachtet oder lebensbedrohlich verletzt.

Der Luftkrieg wurde gegen die Zivilbevölkerung geführt und war völlig sinnlos, denn es wurde noch nicht einmal das Ziel erreicht, das Churchill und Roosevelt Anfang des Jahres 1943 in Casablanca sich gesetzt hatten: die Untergrabung der Moral und des Kampfgeistes des deutschen Volkes.

Außerdem starben nicht nur Deutsche in den Luftangriffen. Eine große Anzahl von Zivilisten in besetzten Ländern starb ebenfalls in den Trümmern ihrer Heimatstädte, die von den Anglo-Amerikanern dem Erdboden gleichgemacht wurden. Ein besonders schlimmer Fall war hier die Zerstörung einer Schule mitsamt der Kinder, die sich in ihr befanden, in einem Angriff auf die deutschen Hauptquartiere in Kopenhagen.

Doch die Bombardierung der deutschen, französischen, italienischen und belgischen Industrie war ebenfalls ohne Erfolg. Als der Luftkrieg gegen Industriekomplexe im Jahr 1944 seinen Höhepunkt erreicht hatte, verzeichnete die Kriegsproduktion der Deutschen die höchsten Rekorde im ganzen Zweiten Weltkrieg.

Selbst der vom britischen Kriegskabinett unter der Führung Churchills im Februar 1942 an die Royal Air Force ausgegebene Befehl, nicht mehr nur militärische Ziele anzugreifen, sondern »auf den Kampfgeist, die Moral der feindlichen Zivilbevölkerung abzuzielen, besonders die der Industriearbeiter« – von denen viele keine Deutschen waren –, blieb unerreicht.

Warum haben die Militärführer der Alliierten die Nutzlosigkeit dieser Art von Kriegsführung also nicht erkannt? War das Absicht oder war es unmöglich, diese Wut aufzuhalten? Der bekannte britische General und Militärexperte J.F.C. Fuller, Autor des Buches »Der Zweite Weltkrieg«, hat eine wahrscheinlichere Erklärung dafür:

»Der Luftkrieg wurde zu dieser Zeit fortgesetzt, weil die Flugzeugproduktion so groß war, daß man einen Einsatzzweck für sie haben mußte.«

Wer trägt also die Schuld an dem unbestrittenen Kriegsverbrechen gegen Dresden? Die Schuld geht zurück auf den 10. Mai 1940, als Churchill Premierminister wurde.

Die ersten Bomben fielen auf die Insel Sylt

Beim ersten Kabinettstreffen gab man der RAF freie Hand für die Bombardierung Deutschlands und deren Zivilbevölkerung. Der bekannte britische Luftkriegshistoriker J.M. Spaight, Verfasser des 1944 erschienenen Buches »Bombardierung gerechtfertigt«, begrüßte später diese Entscheidung und sagte in seinem Buch ganz eindeutig, daß die Briten die ersten waren, die mit der wahllosen Bombardierung ziviler Angriffsziele auf dem europäischen Festland begonnen haben.

Die ersten Bomben im Luftkrieg fielen auf die Insel Sylt und wurden von der RAF auf eine Mädchenschule abgeworfen, wobei die Mädchen selbst glücklicherweise schon vorher evakuiert worden waren.

Vor dem 10. Mai 1940 hatten sich sowohl die Briten als auch die Deutschen bezüglich der Gesetze über die Luftkriegsführung – trotz der obigen Verletzungen – genau an die Vereinbarungen gehalten und es wurden nur militärische Angriffsziele bombardiert.

Am 25. August 1940 fand der erste Luftangriff auf Berlin statt, gefolgt von vielen mehr in den kommenden Tagen und Wochen. Am 7. September 1940 führten die Deutschen ihren ersten Gegenschlag auf London. Danach folgte ein Angriff dem anderen.

Im Mai 1941 gab es eine Ruhepause und bald danach hörten die Luftangriffe der Deutschen praktisch auf. Die Briten stellten ihre Luftangriffe jedoch nicht ein. Ab dem Jahr 1942, als Luftmarschall A.T. Harris das Bomberkommando übernahm, wurden die Angriffe sogar noch gesteigert.

Es wurde bestätigt, daß die Russen am 5. Februar 1945 von den Amerikanern die Beseitigung des Transportzentrums Dresden verlangt haben. Aus den Jalta-Dokumenten geht hervor, daß die Russen die Aufhebung der anglo-amerikanischen Bombenangriffe auf deutsche Städte durch die Etablierung einer sogenannten Bombardierungslinie gefordert hatten.

War Churchill oder Harris der Kriegsverbrecher?

Diese Bombardierungslinie sollte sich von Stettin über Berlin, Dresden und Wien bis Zagreb erstrecken. Östlich von dieser Linie sollte es keine Luftangriffe mehr geben. Die Sowjets wollten keine völlig ruinierten deutschen Städte erben, aus purem Selbstinteresse. Da über diese Bombardierungslinie keine Einigung erzielt werden konnte, verlangten die Russen, daß sie mindestens 24 Stunden vorher informiert würden, bevor Ziele östlich von dieser Linie bombardiert werden.

Am 9. Februar 1945 wurde die Angelegenheit zur weiteren Verhandlung von der Militärmission in Moskau weitergegeben. Am 12. Februar waren die Russen von den Chefs der amerikanischen Militärmission in Moskau über den bevorstehenden Luftangriff auf Dresden informiert worden.

Zweiter Weltkrieg

Das Warum im Fall Dresden bleibt unklar

Diejenigen, die für die Zerstörung Dresdens in erster Linie verantwortlich waren, sind bereits genannt worden: Churchill und Harris, zwei der größten Massenmörder in der ganzen Weltgeschichte. Später stritten sie heftig darüber, wen die Schuld trifft.

Sicher war auch die Bomberbesatzung schuldig, obwohl der größere Teil von ihnen nicht nur militärischem Gehorsam unterworfen war, sondern häufig auch falsch informiert über die Art ihrer Angriffe. So erzählten ihnen ihre Kommandeure beispielsweise vor dem Flug nach Dresden, daß es nötig sei, diese Stadt zu eliminieren, weil sich dort ein Hauptquartier der Gestapo befände oder weil es wichtig sei, eine Munitionsfabrik zu zerstören, sogar eine Giftgasfabrik, was natürlich alles nicht stimmte. Anderen Bomberbesatzungen wurde gesagt, daß es nötig sei, den Bahnhof zu zerstören.

Als Jahre später die tatsächliche Wahrheit über diese Angriffe bekannt wurde, wurden viele jener, die zu den Bomberbesatzungen in den Luftangriffen gehört hatten, von Gewissensbissen geplagt und hatten das Gefühl, absichtlich getäuscht worden zu sein. Es gibt immer noch welche von ihnen, die von Alpträumen über die Luftangriffe geplagt werden, von denen sie nicht loskommen können und sie wachen nachts schreiend vor Entsetzen immer wieder auf.

Vereinzelt sind ehemalige britische Bomberpiloten und Besatzungsmitglieder in den letzten Jahren sogar in Pilgerfahrten nach Dresden gereist, um die deutschen Überlebenden dieser Angriffe um Vergebung zu bitten.

Es ist eine Tatsache, daß der Bahnhof beim ersten Angriff auf die Stadt nicht zerstört worden ist und beim zweiten nur unbedeutend beschädigt wurde, so daß einige Stunden später die Züge schon wieder fahren konnten.

Was völlig unentschuldbar ist, ist jedoch das Verhalten der unmenschlichen Besatzung der Kampfflugzeuge und Bomber, die bei hellichtem Tage Frauen und Kinder zu Tode gejagt haben. Sie waren nichts anderes als Kriegsverbrecher, kaltblütige und gemeine Mörder.

In den Nachrichtensendungen der BBC prahlte der Sprecher selbstgefällig und spöttisch: »Es gibt heute nur noch wenig Porzellan in Dresden.«

Es gab auch nicht mehr viele Zivilisten. So verschwand eines der größten Zentren jahrhunderterealter Kultur und Zivilisation in Europa in einer der größten Katastrophen, die die Menschheit jemals erlebt hatte. Churchill war später von Schuld erfüllt, doch er hat nie ein großes Empfinden für europäische Kultur gezeigt; wie Harris blieb er sein ganzes Leben lang wenig mehr als ein gefühlloser Philister.

Bis zum Schluß keine Reue oder Gewissensbisse

Beiden war es unmöglich, den Massenmord an so vielen schutzlosen Menschen – Freund und Feind zugleich – zu rechtfertigen. So wälzte Churchill, der Heuchler, die Sache auf Harris ab, der wiederum zurückschlug, indem er behauptete, er habe nur den »Befehlen von oben« Folge geleistet.

Nach dem Krieg ignorierte das britische Establishment Harris, ja es ächtete ihn praktisch und im Gegensatz zu anderen Kriegsverbrechern der Alliierten wurden ihm keinerlei hohe Ehren zuteil. Doch bis zum Schluß seines Lebens zeigte er absolut keine Reue oder Gewissensbisse im Hinblick auf seine Taten im Krieg und kein Mitgefühl oder Mitleid für die unschuldigen Opfer.

Nicht lange vor seinem Tod vor ein paar Jahren schrieb Harris, der »Bomber«, einen Brief an eine englische Zeitung und beschwerte sich darin, daß das Abbrennen der Stoppelfelder nach der Ernte die Landschaft zerstören würde. Diesem Brief haftet eine bittere Ironie an, wenn man bedenkt, daß er von einem Vertreter jener stammt, die Frauen und Kinder im »Holocaust« von Dresden so perfekt verbrannt haben. □

Bonn

Das Problem mit den Asylanten

Michael Brandegger

Jede Auseinandersetzung über die Aufnahme deutscher Aussiedlerfamilien aus Osteuropa wie über den Zustrom von Asylanten in die Bundesrepublik Deutschland sollte mit der einfachen Besinnung auf die durchschnittliche Einwohnerzahl je Quadratkilometer in verschiedenen Staaten der Welt beginnen.

Die Bevölkerungsstatistik zeigt, daß in der Bundesrepublik Deutschland auf einen Quadratkilometer 248 Einwohner entfallen, in der DDR sind es 155, in China sind es 105, in den USA sind es 25 und in Kanada gar nur zwei. Vor Ausbruch des Zweiten Weltkrieges, im Jahr 1938, lebten im Deutschen Reich 140 Menschen je Quadratkilometer. Sieht man einmal von Westberlin mit 3894 Bewohnern je Quadratkilometer ab, so zeigt schon das statistische Bild eine außergewöhnliche und mit großen Problemen verbundene Überbevölkerung der Bundesrepublik an.

Der Wohlfahrtsstaat als Vorwand

Die Überbelegung der deutschen Etage im »europäischen Haus« kann und darf nicht davon abhalten, in diesem wie in den folgenden Jahren jeweils rund 200 000 Deutsche aus Ostblockstaaten auf dem verbliebenen freien Territorium des einstigen Deutschen Reiches mit offenen Armen aufzunehmen.

Etwas Anderes ist aber auch noch allen Überlegungen vorauszuschicken: Als die Väter des Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland die neue Verfassung und damit die Pflicht zur Aufnahme von Asylanten festschrieben, war das zerbombte, im allmählichen Wiederaufbau befindliche Westdeutschland für nicht-deutsche Flüchtlinge aus aller Welt kein Wohlstand verheißendes Paradies.



Oskar Lafontaine spricht bei der Behandlung der Zuwanderung deutscher Aussiedler von Deutschtümelei.

Der Grundgesetzartikel 16, Absatz 2, bedeutet nicht sehr viel mehr als die Erfüllung einer Dankespflicht für die Aufnahme reichsdeutscher Emigranten in den Jahren der Hitler-Ära. Aber die Schöpfer des Grundgesetzes konnten sich nach dem Zusammenbruch von 1945 nicht vorstellen, daß bereits 40 Jahre später 4,5 Millionen Ausländer Arbeitsplätze in der Bundesrepublik einnehmen würden, die auszufüllen viele der über zwei Millionen deutschen Arbeitslosen keine Neigung verspüren.

Geschehen ist bislang nichts

Sie konnten sich auch nicht vorstellen, daß ein Wohlfahrtsstaat mit seinen Sozialhilfen eines Tages auch aus fernsten Regionen ein Heer von Wirtschaftsflüchtlingen mit Hilfe organisierter Schlepperbanden unter dem Vorwand politischer Verfolgung



Lothar Späth: »Ich verzweifle, wie unfähig wir sind, das Asylantenproblem zu lösen.«

in Bewegung setzen könnte. Sie konnten damals nicht ahnen, daß ein Milliardenhandel mit Rauschgift und Drogen die Bundesrepublik überziehen würde, der sich zu mehr als 90 Prozent in der Hand von zugereisten Ausländern befinden würde, und sie konnten auch nicht die Folgen einer Beschaffungskriminalität und Zerstörung jungen Lebens überblicken.

»Ohne Grundgesetzänderung geht es nicht«, mahnte schon am 30. Oktober 1986 der Landesanwalt Manfred Ritter in der »Frankfurter Allgemeinen Zeitung«. Er schrieb: »So ist es absurd, daß zum Beispiel Tamilen um den halben Erdball in die Bundesrepublik ›fliehen‹, statt im 30 km entfernten Indien, der Heimat ihrer Vorfahren, Zuflucht zu suchen. Diese Menschen kommen wegen der wesentlich besseren wirtschaftlichen Verhältnisse in die Bundesrepublik, statt sich in die sprachlich, religiös, kulturell, klimatisch und geschichtlich näherstehenden Nachbarländer zu begeben.

Dies ist jedoch nicht der Sinn des Asylrechts, der lediglich Schutz vor politischer Verfolgung gewähren, nicht aber zu einer Einwanderung aus vorwiegend wirtschaftlichen Gründen verhelfen soll. Die Rechtsprechung war bisher aus eigener Kraft nicht in der Lage, die Fehlentwicklungen zu korrigieren und sich bei der Auslegung des Asylgrundrechts an die veränderten Realitäten anzupassen.«

Geschehen ist bislang nichts. Lothar Späth, Ministerpräsident von Baden-Württemberg, forderte jetzt eine Änderung des Grundgesetzes und sagte: »Ich verzweifle, wie unfähig wir sind, das Asylantenproblem zu lösen.«

Die Bundesrepublik ist im Unterschied zu den übrigen EG-Staaten das Land mit dem großzügigsten Asylrecht. Wer deutschen Boden betritt und behauptet, politisch verfolgt zu sein, kann sich bis zum Abschluß seines Verfahrens, oft genug vier bis fünf Jahre, hier aufhalten und erhält in dieser Zeit Sozialhilfe.

Unabhängig von dem anwachsenden Asylantenstrom weist die Bundesrepublik mit fast zehn Prozent einen höheren Ausländeranteil auf als Frankreich mit 6,8 Prozent oder Großbritannien mit 3,8 Prozent.

In der Bundesrepublik wurden im Jahre 1987 36 000 Asylgesuche abgelehnt, tatsächlich aber nur 2417 Personen wirklich abgeschoben, 8000 tauchten einfach unter.

Im ersten Halbjahr 1988 kamen neu hinzu 7543 Asylbewerber aus der Türkei, 3784 aus dem Iran und 2500 aus dem Libanon und Pakistan. Zur Zeit sind 44 000 Anerkennungsverfahren bei Gericht anhängig, und mit ihnen sind etwa 500 Richter beschäftigt.

Vision einer multikulturellen Gesellschaft

Arbeitslosenunterstützung bezogen von den ansässigen Ausländern im Jahr 1987 in der Bundesrepublik: 98 938 Türken, 38 314 Jugoslawen, 38 145 Italiener, 14 042 Griechen, 6755 Spanier und 3260 Portugiesen. Im Jahr 1987 wurden für 700 000 ausländische Flüchtlinge drei Milliarden DM an öffentlichen Mitteln aufgewendet.

Was gleichfalls ins Gewicht fällt und in jede Überlegung einzubeziehen ist: 81 000 Ausländer betätigen sich in der Bundesrepublik in links-extremistischen, 15 000 in rechts-extremistischen und etwa 20 000 bei radikal islamischen Gruppen.

Trotz dieser Tatsachen ist keine eine Zweidrittelmehrheit erfordernde Änderung des Grundgesetzes im Sinne einer Zuzugsbegrenzung in Sicht. Im Gegenteil droht das Asylrecht zu einem Recht auf Einwanderung zu werden. Schon fordern sogenannte Ausländerbeiräte in den Betrieben das Wahlrecht nicht nur auf kommunaler Ebene, sondern auch in Landtagen und für den Bundestag.

Die SPD sekundiert das Verlangen und richtete bereits im August 1986 die Frage an die Bundesregierung: »Warum wird der Aufenthalt der ausländischen Arbeitnehmer und ihrer Familienangehörigen nicht unter dem Gesichtspunkt der dauerhaften Integration gesichert, sondern im wesentlichen nach der Ideologie des Provisoriums oder dem Prinzip der Duldung geregelt?«

Der Generalsekretär der Regierungspartei, Heiner Geißer, antwortete im November 1988 auf die Forderung nach Änderung des Asylrechts: »Wir müssen die Bundesrepublik offenhalten für Ausländer. Die Vision einer multi-kulturellen Gesellschaft ist eine große Chance« – nämlich Deutschland wirklich auszulöschen.

Was Geißler unter Mißachtung aller Tatsachen von sich gegeben hat, entspricht genau dem Tenor, der aus Kreisen der Freien Demokraten und aus dem Mund des Stuttgarter Oberbürgermeisters Rommel (CDU) zu vernehmen ist.

Den Parteien fehlt ein Denkzettel

Was einerseits Lafontaine mit seinem Wort von der Deutschtümelei und seiner Reserve gegenüber Zuwanderung deutscher Aussiedler im Lager der SPD angerichtet hat, das bewirkt an Desorientierung Geißler in Sachen Aufnahme weiterer Asylanten im Lager der CDU.

Mancher Wähler wird entweder nicht mehr an die Urne gehen oder den Parteien einen Denkzettel verabreichen, denn der überwiegende Teil der Bevölkerung reagiert instinktiv richtig und will durch Begrenzung des Zuzugs von Ausländern den freiheitlichen Rechtsstaat vor der Auflösung bewahren.

Die Geißlers und Lafontaines würden wahrscheinlich auch noch die Opfer der Dürre-Katastrophen in Äthiopien und dem Sudan, oder die Opfer der Überschwemmungs-Katastrophe in Bangladesch in die überfüllte Bundesrepublik rufen, und dem Irrlicht ihrer multi-kulturellen Gesellschaft nachjagen, wenn in der Bevölkerung nicht gesunder Menschenverstand beginnen würde, sich zur Wehr zu setzen.

Der leidenden, hungernden Welt kann doch wohl nicht durch die Sprengung der Inseln des Wohlstands geholfen werden, sondern nur durch Hilfe am Ort durch Sanierung der politischen wie ökologischen und ökonomischen Verhältnisse, indem Arbeit zu den Menschen gebracht wird – nicht aber dadurch, daß Menschen Brücken gebaut werden, ihren angestammten Kulturkreis zu verlassen. □

Bonn

Der Zeitgeist zerstört auch noch den Erdball

Michael Brandegger

Einer Herausforderung sieht sich unsere Generation gegenüber, die ohne Beispiel ist. Bleibt eine Umkehr aus, so zeichent sich eine Klima-Katastrophe ab, deren Wirkungen unsere Vorstellungskraft noch übersteigen. Das Gefährliche dabei ist, wie es der 85jährige Verhaltensforscher Konrad Lorenz formulierte, daß »Bedrohungen außerhalb des unmittelbaren Erfahrungsbereiches vom menschlichen Denken vielleicht wahrgenommen, aber vom stillschweigend weiter vorherrschenden Sensorium nicht wirklich ernstgenommen werden«.

Der Zeitgeist nimmt zum Beispiel das Waldsterben wahr, aber ernst nimmt er es nicht. Dabei verdienten es die Nachrichten aus der Enquête-Kommission des Deutschen Bundestages, eine Schockwirkung in der Bevölkerung hervorzurufen, nachdem dort bekanntgeworden ist, daß das Ozonloch über der Antarktis inzwischen eine Ausdehnung angenommen hat, die der Fläche der Vereinigten Staaten von Amerika entspricht.

Ein Vorgeschmack auf die Klima-Katastrophe

In 15 bis 25 Kilometer Höhe sind hier schon 95 Prozent dieser Schicht zerstört, was zu einer bedrohlichen Zunahme der ultravioletten Sonnenstrahlung führt. Schuld an dem Ozon-Abbau und Verursacher des sogenannten Treibhauseffektes sind der übermäßige Kohlenmonoxid-Ausstoß, was mit den Emissionen aus den fossilen Energieträgern Öl, Kohle, Gas in die Atmosphäre abgegeben wird, und neben dem Methan vor allem Fluorchlorkohlenwasserstoffe, deren Verwendung bis zum Jahr 1999 nur um die Hälfte gedrosselt werden soll, wenn die unzureichenden Beschlüsse von Montreal, wie sie 1988 von den Industrienationen gefaßt wurden, auch verwirklicht werden sollten.

Diese sogenannten Spurengase halten die von der Erdoberfläche abgegebene Wärmestrahlung in der Atmosphäre zurück, das heißt, lassen sie nicht in den Weltraum entweichen, was der Wirkung des Glases beim Treibhaus entspricht. Daraus erklärt sich die Erwärmung der Erde, die mit dem Abschmelzen der arktischen Eisflächen einhergeht und was dazu führt, daß der Meeresspiegel ansteigt.

Gleichzeitig erfolgt die Ausdehnung der Wüsten und Dürregebiete im Innern des Kontinents. Schon ein mittlerer Temperaturanstieg von zwei bis fünf Grad in den nächsten fünfzig Jahren könnte nach Meinung der Wissenschaftler zum Beispiel Plätze wie Venedig, die Insel Sylt und die Malediven in steigenden Fluten versinken lassen, könnte das Nildelta und damit 15 Prozent der Ackerfläche Ägyptens vernichten.

Als Folge der Dürre könnten die amerikanischen Kornkammern im Mittleren Westen für immer zerstört werden. Überall auf dem Erdball drohen den Ländern mit großem Küstenanteil empfindliche Landverluste.

Einen Vorgeschmack der sich ankündigenden Klima-Katastrophe lieferten den Experten im vergangenen Jahr die Dürre-Katastrophen im Sudan und der Sahel-Zone, in den trockenen, heißen Wochen im Mittelwesten der USA, die die Nahrungsmittelproduktion des größten Erzeugerlandes der Welt erstmals hinter den Eigenbedarf zurückfallen ließ.

Der Himmel hat noch keine Lobby

Als Zeichen der neuen Entwicklung wurden auch die Überschwemmungen von Bangladesch, wie das Wüten des Jahrhundert-Wirbelsturms »Gilbert« verstanden. Die Verschiebungen des Vegetationsgürtels und das Steigen des Meeresspiegels bedrohen uns, wie Bundesforschungsminister Riesenhuber auf dem Hamburger Kongreß »Klima und Entwicklung« feststellte, mit einer unübersehbaren Katastrophe.

Um sie aufzuhalten, müßte weltweit der Energieverbrauch sinken, während er durch Verbrauch fossiler Brennstoffe von Jahr zu Jahr wächst. Fachleute schätzen, daß er sich bis zum Jahr 2075 vervierfacht bei gleichzeitiger Verdoppelung der Erdbevölkerung auf 10,5 Milliarden Menschen. Atomkraftwerke schaffen nur vorübergehend geringfügigen Ersatz. Allein in der Bundesrepublik müßten 350 solcher Kraftwerke erbaut werden, um die Energie aus fossilen Brennstoffen durch Atomstrom zu ersetzen, – eine völlige Utopie, von ungelösten Problemen der Entsorgung und der Sicherheit ganz abgesehen.

Jetzt begangene Fehler durch Energieverschwendung müssen von der nächsten Generation teuer und wahrscheinlich mit dem Leben bezahlt werden, hingegen jetzt in Angriff genommene Korrekturen verlangen von unserer Generation Einschränkungen und Verzichte. Welcher auf Wiederwahl sinnende Politiker wird sich gegen den Zeitgeist des Eigennutzes aufzulehnen wagen?

Der Himmel hat noch keine Lobby, die etwas gegen die der Automobilclubs, der Industrie, der Parteien und Gewerkschaften ausrichten könnte. Der Katastrophe entgegen, bedeutet hier und heute drastische Energie-Einsparung, sofortigen Produktionsverzicht auf ozon-zerstörende Gase, wie die Fluorchlorkohlenwasserstoffe, bedeutet unter vielem anderen Tempolimit auf den Straßen, wodurch der Ausstoß der Kohlenmonoxide um rund 25 Millionen Tonnen allein in der Bundesrepublik reduziert werden könnte, bedeutet Hilfe aller Industriestaaten an Drittländer bei Wiederaufforstungsaktionen und Hilfe zur Vermeidung von Brandrodung der tropischen Regenwälder.

Gefragt sind Opfer für das Überleben

Empfindliche Abstriche unserer Wohlstandsgesellschaft wären der Preis für den begangenen Raubbau an den Ressourcen dieser Erde. Aber können wir in dieser Ellenbogen-Gesellschaft einen wirklichen Generationsvertrag zustandebringen, bei dem es nicht um die Rente, sondern um das Leben, bei dem es nicht nur um die bundesdeutsche Gesellschaft, sondern um alle Menschen dieser Erde, geht?

Werden wir noch rechtzeitig zwischen Dürre und Flut begreifen, daß solche Probleme wie Apartheid und Drogenhandel, wie Gesundheitsreform und Vergangenheitsbewältigung, wie Palästinenser-Staat oder Abrüstung, völlig in den Hintergrund treten müssen, um weiten Raum für Bewußtseinveränderung des Zeitgeistes zu schaffen?

Werden wir begreifen, daß Opfer für das Überleben erforderlich sind, und der Eintritt in ein neues Zeitalter mit einer heute noch unvorstellbaren Solidarität menschlichen Handelns rund um den Globus erforderlich wäre – soll uns das Ozonloch nicht den Blick freigeben auf das Jüngste Gericht. □



Parteien

Ex-DDR-Politiker rechnet mit der SPD ab

Gerhard Wilde

Eines der bedeutendsten politischen Bücher der vergangenen Jahre, vielleicht sogar eines der bedeutendsten der deutschen Nachkriegsgeschichte, ist Ende November des vergangenen Jahres im Verlag Universitas, München, erschienen. Es heißt »Vorbeugende Unterwerfung« und stammt von Professor Dr. Hermann von Berg und stellt in bisher kaum gekannter Klarheit dar, daß die verantwortlichen bundesdeutschen Politiker eine Politik betreiben, die nur einem dient: nämlich der Sowjetunion. Und, wie nicht anders zu erwarten war und ist, wird das Buch von den deutschen Medien totgeschwiegen.

Der 58jährige Hermann von Berg zählte zur ersten Garde in der DDR. Nach seinem Geschichts-, Ökonomie- und Philosophiestudium und führender Rolle in der »Freien Deutschen Jugend« (FDJ) wurde von Berg 1972 ordentlicher Professor an der Humboldt-Universität in Ost-Berlin. Später war von Berg unter anderem Ministerialdirektor für internationale Beziehungen beim Vorsitzenden des Ministerrats, Koordinator im Ministerium für Außenwirtschaft zur Vorbereitung der Verhandlungen zwischen der Europäischen Gemeinschaft und ihrem östlichen Widerpart, dem Comecon.

Die SPD als fünfte Kolonne

Des weiteren war von Berg Sonderbeauftragter der Partei- und Staatsführung der DDR bei der Vorbereitung der Passierscheinabkommen und des Grundlagenvertrages mit der Bundesrepublik. 1985 wurde von Berg, der stets zu den wenigen in der DDR-Spitze gehörte, die einen eigenen Standpunkt vertraten und nicht speichelleckend hinter dem jeweiligen Vorgesetzten herhechelten, beurlaubt und im Januar 1986 entlassen. Später folgte dann die Zwangsscheidung von seiner Frau, die Aberkennung der DDR-Staatsbürgerschaft und im Mai 1986 dann die Ausreise aus dem Arbeiter- und Bauernparadies DDR.

Aufgrund seiner verschiedenen Tätigkeiten hatte von Berg, der heute in der Nähe von Würzburg lebt und durch gezielten Druck gegen ihn arbeitslos ist, Einblick in viele Internas der DDR, speziell auch was den Umgang mit der SPD betrifft. Und sein neuestes Buch ist in weiten Teilen eine einzige Abrechnung mit den Sozialdemokraten.

Von Berg zeigt auf, wie sehr diese Partei in Wirklichkeit eine Politik betreibt, in der Meinungsfreiheit ein Fremdwort ist und die die Bundesrepublik geradewegs in die Arme der Sowjetunion treibt. Aufgrund Platzmangels sollen nachfolgend nur einige der wichtigsten Passagen vorgestellt werden. Doch auch dies reicht aus, um dem CDU-Generalsekretär Heiner Geißler – ausnahmsweise – vollkommen recht zu geben, der die SPD einmal als »fünfte Kolonne Moskaus« bezeichnete.

»Ich las Erlers Aussagen vor der Gestapo«

1962 war von Berg Leiter der Abteilung internationale Verbindungen im Presseamt beim Vorsitzenden des Ministerrats. Die politische Hauptaufgabe des Amts stand im Zusammenhang mit den Anstrengungen der DDR, ihre internationale Anerkennung zu erreichen, wobei das gesamte Presse- und Informationswesen – auch heute noch – der strengen Kontrolle des Zentralkomitees (ZK) unterstand. Damals erhielt von Berg auch die Akte des SPD-Parteivorstandsmitglieds Fritz Erler. Da dieser damals am entschiedensten für eine konsequente Sicherheitspolitik gegenüber dem Osten eintrat, versuchte die SED-Führung, Erlers Position zu unterminieren.

Berg wörtlich: »Eines Tages erhielt ich von Norden (damals Politbüromitglied und Sekretär des ZK; der Verfasser) eine Akte über Fritz Erler. Ich las Erlers Aussagen vor der Gestapo. ›Soll das der Inhalt der nächsten Pressekonferenz werden?‹ fragte ich. Nun wies er an, was geschehen sollte . . .

Ich suchte Dieter Spangenberg im West-Berliner Senat auf, der dort Chef der Senatskanzlei war. Im Vorzimmer Brandts sagte er: ›Ich werde erst einmal sehen, ob ich das überhaupt reinreichen kann.‹ Dann öffnete er die Akte, überflog alles und meinte: ›Es ist vielleicht doch wichtig, wir sollten den Vorgang behalten.‹ Natürlich vergewisserte er sich bei seinem Chef, ob ich sie dalassen sollte, und Brandt nahm sie.

Norden höhnte, als er das hörte: ›Sehr gut, wenn es in einigen Jahren paßt, geben wir Brandts potentiellem Nachfolger die Brandt-Akten im Auszug, wo der geile Sack, der sich von Schütz und Co. nur Weiber zutreiben läßt, 1946 bei uns anfragt, was er werden kann, wenn er in der SED mitzieht.‹ Ich habe mir in meinem Leben nur wenige wörtliche Aufzeichnungen gemacht. Dies ist wörtlich.«

Trotz erbitterter Auseinandersetzungen blieb Erler seinen prinzipiellen Positionen treu, doch führte das zur Verstimmung, zu Widersprüchen und einer Reihe von Komplikationen in der SPD.

Interessant, was dabei über den früheren Bundeskanzler und Friedensnobelpreisträger Brandt herauskommt. Nicht nur, daß er in seiner Jugend zu den brutalsten Polit-Rockern in Lübeck gehörte – vergleichbar mit denen heute in der Hafenstraße –, später als norwegischer Major gegen Deutschland agitierte, haßerfüllte Artikel und Bücher gegen Deutsche schrieb, nein, er trat nur deshalb nicht in die SED ein, weil diese ihm wohl nicht genug versprach.

Willy mit »i« geschrieben

Und so ein Mensch war dann Bundeskanzler. Welch Geistes Kind Brandt, oder besser Herbert Ernst Karl Frahm, ist, kennzeichnen auch folgende Äußerungen von Bergs: »Bei mir hatte ich einen Brief an Willy Brandt. Stoph hatte mich vorher noch gebeten, die Schreibweise des Vornamens zu überprüfen. ›Das letzte Mal war er so pikiert und eingeschnappt, weil die Sekretärin Willy mit i geschrieben hatte.‹« Kommentar überflüssig.

Von Berg weiter: »Nachdem die SPD in Bonn an der Regierung beteiligt war, öffneten sich die Türen, wir waren nicht mehr gezwungen, auf halb konspirative Weise zu reisen und Kontakte aufzunehmen . . . Der ›Bayernkurier‹ hatte, unter Berufung auf eine Erklärung Ulbrichts, die Zusicherung der SPD aufgedeckt, auf dem Wege über eine Teilverständigung die Anerkennung der DDR in der Endkonsequenz durchzusetzen. Ich muß gestehen, daß wir damals nie anderes aus den Erläuterungen der führenden SPD-Politiker herausgehört haben, auch wohl schlecht heraushören konnten, und der Gang der Ereignisse hat diese Einschätzung des ›Bayernkurier‹ und anderer Presseorgane bestätigt . . .

Egon Bahr wurde zu Beginn der siebziger Jahre mit Wucht öffentlich attackiert. Als die Medien die Enthüllungen über das ›Bahr-Papier‹ brachten, begegnete ich ihm, er war sehr blaß und abgespannt, am späten Abend im Bundeskanzleramt. Er ging im Zimmer auf und ab, hatte die Hände auf dem Rükken verschränkt, blieb stehen, sah mich an und sagte leise: ›Wären wir hier in Chicago, ich würde mir eine Gang bestellen und ließe sie alle umlegen.‹

Parteien

Ex-DDR-Politiker rechnet mit der SPD ab

Ich zuckte zusammen. Natürlich befand er sich offenbar am Rande der Erschöpfung – aber rechtfertigt das eine solche Reaktion? Schließlich war ich der Feind – nicht die demokratische Opposition! Das hätte ich bei Bahr nicht vermutet. Es ist unglaublich, zu welchen Verirrungen sich Politiker versteigen, die um den Erhalt der Macht kämpfen. Daheim, als ich mit Stoph über die gedankliche Brutalität des Egon Bahr sprach, meinte der: ›Bahr gehört doch wenigstens zu denen, die ein Gespür für Macht haben, die linken Sozis und wir kommen aus einer Tradition, du solltest das doch wissen.‹«

Wie vertraulich, fast schon landesverräterisch, der Kontakt zwischen der SPD und der SED war, geht auch aus folgendem hervor: » Die Verbindungen zur SPD und anderen Linken wurden im Laufe der Zeit immer intensiver, auch zu den linksorientierten Journalisten. Als Martin Kriele für die SPD den Grundlagenvertrag verteidigte, war ich mit Horst Grabert in dessen Dienstwagen im Südwesten der Bundesrepublik unterwegs und per Autotelefon immer auf dem laufenden, man stelle sich so etwas mit umgekehrten Vorzeichen vor! Grabert war damals Chef des Bundeskanzleramtes. Das Entgegenkommen der SPD-geführten Bundesregierung der SED gegenüber wurde stetig größer. Das waren die Vorstufen der wachsenden Gemeinsamkeit, die sich heute in einer prinzipienlosen, schon peinlich wirkenden Epplerie zwischen SPD und SED, zwischen den Honfontaines und Lafoneckers ausdrückt.«

Über alle Absichten informiert

Von Berg verweist im Zusammenhang mit dem Grundlagenvertrag und den Bemühungen der SPD, von vornherein eine Verhärtung der SED verhindern zu wollen, auf Dr. Dettmar Cramer, einen »perfekten Kenner der Entwicklung«, der in seinem 1984 veröffentlichten Aufsatz »Deutsche Momentaufnahmen« unter anderem folgendes schrieb:

»Um eine neuerliche negative Festlegung des SED-Politbüros von vornherein zu verhindern, hatte der damalige Staatssekretär im Bundeskanzleramt, Bahr, rund zehn Tage vor Abgabe der Regierungserklärung einen Emissär aus Ost-Berlin über die zu erwartenden, die DDR betreffenden Grundzüge der sozialliberalen Politik unterrichtet.

Zwei Tage vor Abgabe der Regierungserklärung im Deutschen Bundestag, rechtzeitig noch vor der Sitzung des SED-Politbüros, traf jener Ost-Berliner Emissär wiederum in Bonn ein . . . Ein Bote aus dem Kanzleramt überbrachte am späten Abend den gerade fertiggestellten Entwurf, den der Funktionär aus Ost-Berlin sogleich sorgsam zu studieren begann.

Das SED-Politbüro war jedenfalls rechtzeitig zu seinem turnusmäßigen wöchentlichen Sitzungstag über die Absichten der neuen Bundesregierung informiert.«

Dreimal darf geraten werden, wer der Ost-Berliner Emissär war: Niemand anderes als Hermann von Berg. Man liest, doch man kann es nicht glauben. Die Regierung eines Staates, der auf dem menschen-verachtenden System des Kommunismus aufgebaut ist, bekommt von der bundesdeutschen Regierung bereits Tage vorher offiziell den Text der Regierungserklärung mitgeteilt.

Überhaupt Egon Bahr. In von Bergs Buch wird deutlich, welch dubiose Rolle dieser Mann, der während der unseligen 13 Jahre sozialliberaler Regierung einer der einflußreichsten Männer war, spielte: »Bahr sagte mir, als ich ihn in seinem Abgeordnetenzimmer im Juli 1986 in Bonn besuchte: ›Der Axen und der Honecker sind Holzköpfe. Ein Jahr haben wir gebraucht, um sie weichzuklopfen. Vom Frieden reden die immerzu. Aber wie man eine Rakete wegkriegt, davon haben die keine Ahnung.‹ Bahr weiß es: Durch die ›kollektive Sicherheit‹. Er ist sich heute mit Honecker darin einig. ›Kollektive Sicherheit‹ ist Stalins außenpolitisches Hauptwort gewesen. Bahr hat es auf Honeckers Konferenz am 20. Juni 1988 in Berlin fleißig propagiert. ›Kollektive Sicherheit‹ ermöglichte den Zweiten Weltkrieg.«

Immer wieder taucht der Name Bahr auf

Die ernsthaften Schwierigkeiten von Bergs begannen, als er durch intensives Quellenstudium die Wahrheit über den Marxismus erfuhr: daß nämlich Karl Marx praktisch alles aus seinem Hauptwerk »Das Kapital« – übrigens der einzige von sechs angekündigten Bänden – aus verschiedensten Büchern »unter Niveau abgeschrieben hat«; so ist beispielsweise die Einleitung des Kommunistischen Manifests wortwörtlich von seinem Professor Gans abgeschrieben und Marx wie auch Karl Engels als »halbgebildete Elemente« und »klassenfremde Journalisten« statutengemäß von der absoluten Mehrheit aus dem Bund der Kommunisten, der kommunistischen Partei des 19. Jahrhunderts, ausgeschlossen und nie wieder aufgenommen wurden.

Von Berg wollte dies damals im Westen als Buch mit dem Titel »Marxismus-Leninismus« veröffentlichen – mittlerweile ist dies auch geschehen, beim Bund-Verlag des DGB, doch dazu später mehr. Die DDR-Führung bediente sich des Stasi, um massiven Druck auf von Berg auszuüben und ein Erscheinen des Buchs vor dem Jubiläumsparteitag der SED im Jahr 1986 zu verhindern. Und auch hier taucht – mal wieder – der Name Bahr auf, der sich aber, auch dies soll nicht verschwiegen werden, bei der SED-Führung für die Ermöglichung der Ausreise für von Berg einsetzte.

Die »Interessenvertretung« für von Berg hatte der bekannte Ost-Berliner Rechtsanwalt Vogel übernommen. Von Berg beschreibt dazu ein Gespräch zwischen Vogel und ihm: »›Egon Bahr, den Sie doch gut kennen, bittet Sie, zu bedenken, welche Schmutzlawine Ihr Buch vor dem Honecker-Besuch auslösen könnte. Wägen Sie kühl ab. Können Sie aus egoistischen Gründen verantworten, daß weitgehende menschliche Erleichterungen, die sich Bahr im Gefolge des Honecker-Besuches verspricht, ausbleiben, weil die Ultras – denken Sie an Dregger – Ihr Buch zum Anlaß nehmen könnten, Honecker erneut zu beleidigen, mit allen Folgen?‹ Er schiebt mir den Brief Bahrs über den Tisch, den ich überfliege.«

Nach der Zwangsscheidung von seiner Frau – bei der die SPD im übrigen eine Vereinbarung in ihren Händen hatte, die besagt, daß es zu keiner Zwangsscheidung kommen werde; interessanterweise haben aber weder Gaus noch Bahr eine Kopie hiervon an von Berg ausgehändigt – darf von Berg dann Mitte Mai 1986 doch aus der DDR ausreisen, erhielt aber in der Nacht vorher um zwei Uhr einen Anruf des Stasis folgenden Inhalts:

»Verräter werden früher oder später liquidiert. Fünf Jahre, hat Vogel gesagt, dürfen Sie nicht mehr nach Hause? Wenn Ihr Buch gegen Marx kommt: Hängen Sie eine Null an die Fünf! Noch haben Sie Frau und Söhne in der DDR hier – vergessen Sie das nicht! Und außerdem – auch in der BRD gibt es Autounfälle.«

Das sind also die Machenschaften einer Regierung, zu der die SPD beste Kontakte unterhält.

Das Elend der halb-russischen Ideologie

Im Kölner Bund-Verlag – der dem DGB gehört – hatte von Berg 1985 das Buch »Die Analyse. Die Europäische Gemeinschaft – Zukunftsmodell für Ost und West« – hierzu sagte der Stasi zu von Berg übrigens: »Ihre akademische Marx-Kritik in dem EG-Buch greift niemand auf. Die Linke mauert, wir sorgen dafür, daß es keine Reaktion gibt. Die Rechte erfaßt das nicht« – und 1987 das Buch »Marxismus-Leninismus. Das Elend der halb deutschen, halb russischen Ideologie« veröffentlicht. Damals stand dieser Verlag noch unter Leitung Thomas Kostas, der 1968 aus der ČSSR vertrieben wurde; dieser Kosta war der einzige, der sich bereit erklärte, von Bergs Bücher zu drucken und zu verlegen. »Selbst Herr Niemann bei Ullstein war vor den Manuskripten zurückgeschreckt.«

Heute schreibt von Berg über eben diesen Verlag: »Schade, daß du nicht mehr im Bund-Ver-

lag wirken kannst – der DGB hätte es nötig! Du machst die Bücher, und der DGB sorgt dafür, mit der SPD, daß sie nicht in die Gewerkschaftsläden und nicht in die Bibliotheken zu den Studenten kommen!«

Wenig später beklagt sich von Berg darüber, daß SPD und DGB einmal sogar gegen eine Veranstaltung demonstrierten, auf der neben von Berg auch Professor Wolfgang Seiffert auftreten sollte – beide Autoren eines SPD- und DGB-Verlages!

Von Berg weiter: »Diese Todsünden wider Anstand und Vernunft (er meint damit die Hetzkampagne, die gegen ihn unter anderem auch von der »Neuen Gesellschaft«, einem SPD-Blatt, gestartet wurde) gäbe es natürlich nicht, wenn die SPD nicht tragende Säule und Rückgrat einer solchen Politik wäre. ›Anwalt der SED in der Deutschland-Politik‹ – hat sie der frühere Bundesminister Windelen zutreffend genannt . . .

Mein damaliger Verlag, der des DGB, wollte meine Antwort (auf einen Hetzartikel des SPD-Blattes »Neue Gesellschaft, der Verfasser) nicht in der zweiten Auflage meines Buch haben, da die SPD starken Druck ausgeübt hat. Das Erscheinen der ›Vorbeugenden Unterwerfung‹ haben die SPD-Funktionäre über ein Jahr lang ebenfalls vertragswidrig behindert, obwohl das Buch ursprünglich ganz anders konzipiert war. Diese Zensur hat mir die Augen über die SPD restlos geöffnet. Deswegen habe ich dieses Buch ganz umgeschrieben . . . Ich habe außer der östlichen Ideologie und Praxis niemanden und nichts angegriffen. Man hat mich trotzdem anonym im ›Vorwärts‹ geschmäht.

Fälschungen und Desinformationen

Die Fälschungen und Desinformationen in vielen Materialien der SPD und in den Veröffentlichungen ihrer Volksfrontler sind ein Kapitel für sich, das politische Verhalten ihrer Vertreter ist es auch. Verläßt Egon Bahr Honeckers Scheinkonferenz zur atomaren Abrüstung, wenn sein sozialdemokratischer Genosse aus Schweden aus Protest abreist, weil er Redeverbot hat und nicht sagen darf, daß die Mauer abgerissen gehört, da sie friedensgefährdent ist? Ein Mann, der keine Solidarität zum eigenen Volk kennt, kennt auch keine gegenüber seinen ausländischen Genossen . . .

Die Mattscheiben in puncto Deutschlandpolitik werden sowieso schon von den außerordentlichen und bevollmächtigten ›Vertretern‹ der DDR in der Bundesrepublik, den Herren Gaus und Bölling, beherrscht . . . Zur Vorbereitung eines Gesprächs mit Günter Gaus las ich vor vielen Jahren daheim über ihn aus seiner Akte: ›Eitel, arrogant, unfähig zu grundsätzlicher Analyse‹ usw., und dann: ›Objektiv beeinflußbar, kann auf Sicht höchstwahrscheinlich für uns gewonnen werden.‹ Man sage nicht, es gäbe in der DDR unfähige Analytiker: Gaus vertritt den Status quo im Interesse der SED, selbst heute noch, ahistorisch, unpolitisch und zum Schaden unseres Volkes. Er gehört zu denen, die mit dem östlichen System paktieren. Dabei steht er nicht allein. Es gibt heute SPD-Minister aus Schleswig-Holstein, die in der DDR öffentlich erklärt hatten, wenn sie mit der SED gegen die CDU Politik machten, dann wöge das in Bonn etwas . . .

Was sich hier umsetzt, ist nichts anderes als das lebenslängliche Volksfrontrezept Willy Brandts. In jüngeren Veröffentlichungen hat ihm die SED inzwischen bestätigt, daß es ohne ihn, ohne seine bahnbrechende Leistung in Schweden, nicht möglich gewesen wäre, dort eine Vor-SED zu gründen. Die SED dokumentiert heute auch – die Zeit ist reif –, daß sich Willy Brandt in der Emigration für eine ›verbesserte‹ kommunistische Partei eingesetzt hat.

Der Russenspion Mewis, später ZK-Mitglied bei Ulbricht, Todfeind Herbert Wehners, berichtet von vertrauensvollem Umgang mit Willy Brandt nicht nur in Schweden, sondern in der sowjetischen Besatzungszone. Und Gorbatschow kann sich auf einen Mann verlassen, der dem Helden der Stagnation, Breschnew, dem nach heutigem sowjetischem Sprachgebrauch Hegemonisten, Friedengefährder usw., herzlich verbunden war. Unter Stalin war Brandt auch auf der Seite der Volksfront. Bis heute ist er es geblieben.

Wie er zur Tradition der SPD steht, zeigt seine Rede zum 125. Parteijubiläum. Etwas Banausenhafteres hat die deutsche Nachkriegsgeschichte zu politischem Schrifttum nicht aufzuweisen . . . Bei bestimmten Politikern fallen Worte und Taten so weit auseinander, daß alles klar ist:

Die SPD mißachtet ihre Tradition

Zehn Jahre nach der ›historischen‹ Erklärung im ›Brief zur deutschen Einheit‹ schickt der Altbundeskanzler Herrn Schmude von der klerikalen Reaktion, taktisch zu einem günstigen Zeitpunkt, an die Front, um vorzuschlagen, man möge die grundgesetzliche Fixierung der deutschen Einheit zerstören. Wem nutzt es? Handelt so ein Deutscher? Wer zwingt die SPD zu solchem Verhalten? Warum läßt die Führung das zu? 15 Jahre später schickt Willy Brandt den Genossen Bahr vor: Zwei Friedensverträge – also die Erfüllung der durch einen Stellvertreter des sowjetischen Außenministers eben vorgenommenen Verurteilung der ›hegemonialen‹ Machtpolitik Stalins! . . .

Die SPD mißachtet heute sämtliche Prinzipien ihrer Tradition im Hinblick auf Deutschland als Ganzes. Sie unterschlägt die marxistischen wie nichtmarxistischen Standpunkte des Kampfes um die Einheit der Nation. Solidarität und Selbstbestimmung gelten ihr nichts, weder gegenüber den Arbeitenden in der DDR noch gegenüber unserem Volk insgesamt.

Wurzellose Intellektuelle der sozialistischen Bohème beherrschen das programmatische und politische Feld. Leute mit dem Gedächtnis historischer Eintagsfliegen, und das zu einem Zeitpunkt, wo die Siegermächte einschließlich der Sowjets Signale für den Abriß der Mauer unübersehbar setzen. Amerikaner, Engländer, Franzosen und Russen sind deutscher als die Parteien der Ersatzrussen in Deutschland namens SED – SPD . . .

Der Gesichtsverlust der SPD war in den letzten Jahren in der DDR verheerend. Diese Partei wird in dem Maße, wie ihre wahren Positionen bekannt werden, abgesehen vom stalinistischen Politbüro, keinen Anhänger mehr haben. Wahrscheinlich ist das ein triftiger Grund für die SPD, die deutsche Frage als erledigt zu behandeln. Die DDR-Bevölkerung von heute würde – im Gegensatz zu früheren Jahren – die SPD nicht wählen.«

So weit Hermann von Berg. Ganz hervorragend analysiert von Berg auch die wahren, eben alles andere als friedliebenden Absichten Gorbatschows und bringt viele andere DDR-Internas ans Licht der Öffentlichkeit.

So beispielsweise was Markus Wolf, damals Stellvertreter Mielkes und Chef der Hauptverwaltung Aufklärung des Staatssicherheitsdienstes, ihm eines Abends gesagt hat: »Bevor Markus Wolf ging, erklärte er mir noch, warum Stefan Heym, den die Westmedien gerade wieder einmal lobten, ein Perspektivagent des CIA sei. Aber eingesperrt würde der nicht. Enttarnte Agenten seien nicht nur harmlos, sondern auch nützlich.«

Statt irgendwelcher dubioser Berater wie bislang, sollte Helmut Kohl sich lieber Hermann von Berg an seine Seite holen; doch ist »Birne« solch hochstehendes Niveau nicht zuzutrauen. Von Berg hat aufgezeigt, daß die SPD eigentlich für jeden anständigen Deutschen nur noch für eins gut ist – nämlich zum Teufel gejagt zu werden, um dort Stalin zu treffen. □



Banker-Journal

Eurokraten wollen Zentralbank gründen

Eine Persönlichkeit der Europäischen Währungs-Union, die dem ehemaligen Bundeskanzler Helmut Schmidt nahesteht, teilte mit, sie sei sicher, daß eine europäische Zentralbank, die von souveränen Regierungen unabhängig ist und deren Kredit- und Währungspolitik kontrolliert, nach 1992 entstehen wird.

Dabei wurde der Vorsitzende der Europäischen Kommission, Jacques Delors, zitiert, Urheber des Gedankens einer Zentralbank und Anführer der Kräfte hinter »Europa 1992«, der Gesetzgebung der Europäischen Kommission, die alle Zölle und Handelsbarrieren der Europäischen Gemeinschaft (EG) beseitigen wird. Das Ziel ist die Abschaffung der staatlichen Souveränität in Europa.

Delors sagte vor einer Versammlung: »Der Zug läuft auf dem richtigen Gleis; er wird auch in die Richtung fahren.«

Das bedeutendste Ereignis des vergangenen Jahres ist das von Delors erworbene Mandat, die Studie zur Untersuchung der Idee einer europäischen Zentralbank zu leiten. Eine solche Bank wird daraus hervorgehen, ganz gleich, wie sie heißen soll. Es wird eine »Bundes«-Bank, um jedem Mitgliedsland das Gefühl zu geben, es habe eine Stimme, aber sie wird völlig autonom sein.

In dieser Hinsicht würde eine neue internationale Finanzkrise ganz einfach den Zeitplan zur Verwirklichung von Delors' Bank-Plan beschleunigen. Der Banken-Krach vom 19. Oktober 1987 hat gezeigt, wie verwundbar die nationalen Märkte sind.

Nach Berichten zu urteilen, ist Bundesbank-Präsident Karl-Otto Pöhl privat voll und ganz für die Zentralbank, doch er ist wegen der äußerst konservativen Interessen in seinem Direktorium gezwungen, das zu sagen, was er sagt.

Nach Vorliegen von Delors' Bericht im Juni dieses Jahres werden der französische Staatspräsident François Mitterrand und der deutsche Bundeskanzler Helmut Kohl die Diskussion forcieren, und die britische Premierministerin Margaret Thatcher, die derzeit eine ausgesprochene Gegnerin des Plans von 1992 ist, wird schließlich folgen.

Mrs. Thatcher griff den Gedanken an eine übernationale europäische Regierung auf der Grundlage der Brüsseler Bürokratie der Europäischen Gemeinschaft als »luftig-feenhaften« Unsinn an und verteidigte Charles de Gaulles Konzept eines »Europas der Vaterländer«, wobei jedes von ihnen souverän ist, gegen das Europa 1992-Konzept eines »Europas der Regionen«, basierend auf der Auflösung der staatlichen Souveränitäten innerhalb des kommenden Jahrzehnts. □

Folgen des Boesky-Skandals

Der Insider-Handelsskandal um Ivan Boesky, der Wall Street vor zwei Jahren erschütterte, sucht immer noch das Gewissen des amerikanischen Judentums heim. Nathan Pelcovits, ein ehemaliger Beamter des Foreign Service und jetzt Dozent an der John Hopkins School of Advanced International Studies, äußert sich dahingehend, daß die amerikanische jüdische Gemeinde »eine systematische Offenlegung der rabbinischen Geschäftsethik, angewandt auf das moderne Wirtschaftsleben«, benötige. Einige jüdische Gelehrte, stellt er fest, versuchen nun, die Lükke zu füllen, aber es kann eine Generation dauern, bevor ihre Lehren Früchte tragen. □

Die Schulden der Israelis

Mit Hilfe jüdisch-amerikanischer Freunde in Wall Street hat Israel auf dem Obligationen-Markt einen Erfolg in Höhe von mehreren Milliarden Dollar errungen. Fast die Hälfe der Schulden des zionistischen Staates an die USA von 5,5 Milliarden Dollar, die während der israelischen Invasion in den Libanon angefallen waren, ist mit einem geringeren Zinssatz refinanziert worden – auf Kosten des amerikanischen Steuerzahlers, mit Einkommensverlusten zwischen 70 und 1000 Millionen Dollar für den US-Staat.

Die Refinanzierung war 1987 vom amerikanischen Kongreß gebilligt worden. Seit 1983 erfolgte die gesamte amerikanische Militär-Hilfe an Israel in Form von Bewilligungen, im Gegensatz zu Darlehen, dank dem US-Kongreß und der Reagan-Regierung. □

Die Unterwäsche der Sara Lee

Sara Lee, der amerikanische Nahrungsmittel- und Textil-Riese, erwarb 25 Prozent von Israels Delta-Galil Industries für 16,7 Millionen Dollar. Die amerikanische Firma sicherte sich auch eine Option auf den Kauf von bis zu 41,5 Prozent des israelischen Unternehmens.

An zweiter Stelle der Welt im Verkauf von Herren-Unterwäsche stehend, macht Sara Lee einen Brutto-Umsatz von 10,4 Milliarden Dollar im Jahr. Die amerikanische Firma hofft nun, Delta Galil, jetzt der größte Lieferant von Herren-Unterwäsche in Westeuropa, zur Erweiterung ihres Umsatzes dort benutzen zu können. □

China und Sowjetunion brauchen Sojabohnen-Importe

Die Sowjetunion und China werden in den kommenden Jahren zu großen Importeuren von westlichen Sojabohnen und Fetten, teilen Hamburger Getreidehändler mit. Die Einfuhren begannen bereits am Anfang dieses Jahres.

Die Sowjetunion wird riesige Mengen von Ölen und Fetten für die Bedürfnisse ihrer Schlachtvieh-Erzeugung einführen, verlautete aus diesen Informationsquellen. Moskau wird 3,45 Millionen Tonnen Ölsaatgut innerhalb der kommenden 12 Monate importieren, ein deutlicher Anstieg im Vergleich zum vergangenen Jahr.

Wegen der von Fluten, Trockenheitsperioden und Frost hinterlassenen Verwüstungen hat China außerdem 1,3 Millionen Tonnen seiner geplanten Sojabohnen-Ernte verloren und wird sicherlich ebenfalls ein Großimporteur dieser Produkte werden. □

Europäische Manager für europäische Währung

Die überwiegende Mehrheit unter Europas Managern befürwortet die Verwendung einer gemeinsamen europäischen Währung. Dies geht aus den jetzt veröffentlichten Ergebnissen einer von der Vereinigung für die Europäische Währungsunion mit Unterstützung der EG-Kommission veranstalteten Umfrage unter 1036 Unternehmensleitern in sieben Mitgliedstaaten hervor.

Danach sprachen sich 86 Prozent der befragten Belgier, Deutschen, Spanier, Franzosen, Italiener, Niederländer und Briten für eine EG-Währung aus. Am meisten Beifall findet die Idee bei den italienischen Managern (98 Prozent), während sich das Interesse der deutschen Wirtschaft in Grenzen hält (60 Prozent). Bei den Briten erreicht die Zustimmung immerhin 79 Prozent.

Sämtliche Befragten gehören Unternehmen mit umfangreicher internationaler Geschäftstätigkeit an. Von einer gemeinsamen europäischen Währung erhoffen sich die Befürworter unter ihnen eine größere Kursstabilität, eine Einsparung der beim Wechseln anfallenden Kosten und eine Verringerung des Verwaltungsaufwandes. Außerdem könnte eine EG-Währung ihrer Ansicht nach den Integrationsprozeß der Zwölfergemein-

schaft vorantreiben und dem bis Ende 1992 angestrebten Ziel eines grenzenlosen Binnenmarktes in Europa größere Glaubwürdigkeit verleihen.

Die gemeinsame Währung sollte sich nach überwiegender Auffassung der Befragten aus einem Mittelwert der nationalen Währungen errechnen. Auch dieser Vorschlag trifft bei den deutschen Managern (52 Prozent Befürworter) eher auf Skepsis, bei den italienischen dagegen auf breite Zustimmung (87 Prozent). Von den Managern, die eine gemeinsame EG-Währung ablehnen, würden viele eher ein System akzeptieren, dem nur die starken Währungen angehören.

Trotz der großen Zustimmung für eine gemeinsame europäische Währung wird die ECU, die sich aus den Währungen aller Mitgliedstaaten mit Ausnahme Spaniens und Portugals errechnet, von den Unternehmen derzeit noch kaum verwendet. Nur fünf Prozent der Befragten gaben an, über die Möglichkeiten der ECU gut Bescheid zu wissen. 30 Prozent glauben sie »ziemlich gut« zu kennen. 47 Prozent der italienischen Manager haben die ECU bereits verwendet. Dieser Anteil beträgt in Großbritannien und den Niederlanden jedoch nur fünf Prozent. □

Israels größter Konzern wackelt

Israels größer Industriekonzern, Koor, läuft Gefahr, in Konkurs und in die Liquidation gehen zu müssen. Koor, deren Eigentümer die Histadrut ist, Israels größter Gewerkschaftsverband, bewegt sich am Rande des Bankrotts wegen eines Zahlungsbefehls des Bankers Trust of New York auf Zahlung von 20 Millionen Dollar überfälliger Schulden, der am Bezirksgericht in Tel Aviv eingegangen ist.

Diese Peinlichkeit für eine der größten Institutionen der israelischen Arbeiterbewegung könnte die gesamte Wirtschaft Isreals erschüttern. Selbst der Likud-Block räumt ein, daß Koor ein so wichtiger Faktor in der Wirtschaft ist, daß man den Zusammenbruch nicht zulassen kann. So werden von der Regierung und in Bankenkreisen ernste Anstrengungen unternommen, um den lange angeknacksten Konzern zu retten.

Koor und die Bank Hapoalim – eine Histadrut-Bank – entsandten ein Team der höchsten Ebene nach New York, doch es gelang ihnen nicht, den Bankers Trust zu überreden, den Zahlungsbefehl zurückzunehmen. Koor-Vertreter sagten allerdings, daß »ein gemeinsamer Vorschlag formuliert worden sei, der die Genehmigung der israelischen Banken und des Schatzamtes erfordere«.

Ein Sprecher des Bankers Trust behauptete hingegen, daß man sich auf keinen derartigen Vorschlag geeinigt habe, doch er räumte ein, daß es »letztendlich eine Lösung geben werde«.

Bankenquellen in New York glauben, daß es nicht wirklich die Absicht des Bankers Trust sei, Koor in den Bankrott zu treiben, sondern daß man vielmehr für die Rückzahlung der 20-Millionen-Dollar-Schuld, die die Krise auslöste, einen bevorzugten Status von Koor erwirken wolle. Dies kann geschehen, indem man Garantien der israelischen Regierung für das Darlehen bekommt, oder indem die israelischen Banken einige der Sicherheiten freigeben, mit denen ihre eigenen Kredite an Koor abgesichert sind.

Koor schuldet der New Yorker Bank direkt und durch Konsortien, die es anführt, rund 135 Millionen Dollar, doch die Forderung nach einem bevorzugten Status bezieht sich offenbar nur auf den fraglichen 20-Millionen-Dollar-Kredit.

Der Bankers Trust war angeblich verärgert darüber, daß den israelischen Banken volle Sicherheiten gegeben wurden für eine 60-Millionen-Dollar-Kreditlinie, die sie dem in Not geratenen Konzern in der letzten Zeit zur Verfügung gestellt haben. Danach verlangte der Bankers Trust sofort die vollständige Zahlung des überfälligen 20-Millionen-Dollar-Kredits.

Koor ist der größte Industriekonzern in Israel. Der israelischen Regierung zufolge ist er »der Brötchengeber für zehntausende von Haushalten im Land, was über 100 000 Einzelpersonen gleichkommt«. Doch er befindet sich schon seit Jahren in Schwierigkeiten. Im Jahr 1987 hatten sie einen Rekordverlust in Höhe von 250 Millionen Dollar. Daraufhin erhielten sie ein neues Management, und ein drastisches Sanierungsprogramm wurde gestartet. □

Kissinger auf der Bilderberger-Linie

Henry Kissinger war erschreckt, verärgert und wich aus, als ihm eine Frage über die Bilderberger direkt gestellt wurde; seine Augen weiteten sich, verengten sich und weiteten sich anschließend wieder.

»Dr. Kissinger, ich habe über das Treffen der Bilderberger in der Nähe von Innsbruck in der ersten Juni-Woche berichtet. Drei Informanten, die an dem Treffen teilnahmen, erzählten mir, daß ein europäischer Politiker von den Vereinigten Staaten gefordert habe, einen größeren Kostenanteil in der NATO zu übernehmen. Wer war dieser Mann?« lautete die Frage unseres Mitarbeiters James Tucker.

Kissingers Augen waren wieder in ihrem Normalzustand, während er die Unterlagen, die er in den Händen hielt, studierte – wahrscheinlich Notizen für die Rede, die er nach dem inoffiziellen Empfang im nationalen Presseclub in Washington halten sollte.

»Ich habe mich da wirklich nicht drauf konzentriert««, antwortete Kissinger schließlich. »Es wird so viel gesagt in vier Tagen. Ich weiß wirklich nicht, wer das gesagt hat.«

Kissinger konnte sich nicht überwinden zu leugnen, daß es diese Forderung auf Erhöhung der bereits überhohen NATO-Lasten an die Amerikaner gegeben hatte. Doch seine eigenartige Gedächtnislücke in Bezug darauf, wer diese Forderung stellte, entspricht der Bilderberger-Politik der strikten Geheimhaltung.

Doch drei Informanten aus dem Luxushotel am Berggipfel im österreichischen Telfs, wo die Bilderberger-Gruppe versuchte, die Tatsache ihres Treffens hinter verschlossenen Türen geheimzuhalten, sagten, Kissinger und George Ball seien unter anderem dabeigewesen und hätten zugestimmt, als der europäische Politiker ihnen in seiner Rede mit folgenden Worten die Begründung dafür erläuterte, wieso die USA ihre NATO-Beiträge erhöhen sollten:

»Wenn die amerikanischen Wähler sich über die Kosten- und Truppenverpflichtungen, die beide erhöht werden müssen, beschweren, dann müssen sie richtig unterrichtet werden. Wenn es in der Zukunft noch konventionelle und keine Atomkriege gibt, dann muß betont werden, daß es europäische Städte, nicht amerikanische sind, die dann zerstört werden.

Europäische Zivilisten werden durch Bomben und Granaten getötet, nicht amerikanische Zivilisten . . . Europa wird weitaus mehr Männer im Kampf verlieren als die USA, wie das auch in den beiden Weltkriegen der Fall war. Fragen Sie die Amerikaner, ob sie nicht lieber mehr Geld dafür ausgeben wollen, daß Kriege vom Boden der USA ferngehalten werden.«

Unterdessen eilen europäische Banker und Geschäftsleute in Scharen nach Moskau, mit Schecks und Blankoaufträgen wedelnd, erpicht darauf, mit Gorbatschow Geschäfte zu machen.

Der traditionelle Schutz der Bilderberger-Geheimhaltung durch den Washingtoner Presseclub hielt während des offiziellen Essens und der Rede an. Nach der Rede konnten schriftliche Fragen nach vorn gereicht werden. Vor der Rede hatten fünf verschiedene Journalisten Fragen über die Bilderberger nach vorn geschickt; auf keine davon wurde jedoch eingegangen.

In seiner offiziellen Rede folgte Kissinger der Bilderberger-Linie und befürwortete höhere NATO-Ausgaben, die Stärkung der konventionellen Streitkräfte und der Strategischen Verteidigungs-Initiative (SDI), alles Quellen riesiger Profite für die internationalen Banker, aus denen die Bilderberger-Gruppe besteht.

Die Bilderberger werden angeführt von David Rockefeller und den Rothschilds aus Europa. □

Banker

Bundesrepublik Deutsche Bank

Hans-Georg Menzel

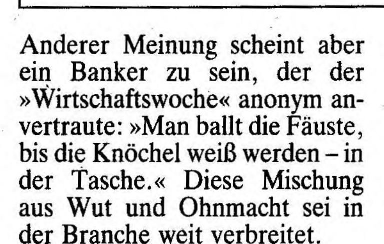
Die Wirtschaftsmacht Nummer eins war die Deutsche Bank in der Bundesrepublik ohnehin schon. Doch seitdem der 58jährige Alfred Herrhausen seit Mai 1988 alleiniger Vorstandsvorsitzender ist, versucht das größte deutsche Bankhaus mit bislang hierzulande noch nicht gekannter Härte, ja, manche sprechen sogar von Brutalität, sein Imperium noch mehr zu vergrößern. Alfred Herrhausen ist auf dem besten Wege, der mächtigste Mann in der Bundesrepublik zu werden – falls er es nicht ohnehin schon ist.

Selbst die alles andere als großkapital- und bankenunfreundlich eingestellte »Wirtschaftswoche« sah sich veranlaßt, in einem mit »Ehrfurcht und Schrecken« betitelten Artikel vor dem immer übermächtiger werdenden Einfluß der Deutschen Bank zu warnen. Viele wichtige Punkte, vielleicht sogar die wichtigsten, wurden in dem Artikel der »Wirtschaftswoche« aber nicht oder nur am Rande erwähnt.

Man ballt die Fäuste

Zwar versuchte Herrhausen, der im übrigen während des Dritten Reichs einer der privilegierten Schüler, die eine Adolf-Hitler-Schule besuchen durften, war, den gegen die deutschen Banken und speziell an sein Institut gerichteten Vorwurf des Machtmißbrauchs zu relativieren. So sagte er gegenüber »Wirtschaftswoche«: Vertreter seines Hauses verfügten zwar über rund 400 Aufsichtsratsmandate, aber »nach den Wünschen der Wirtschaft müßten es mehr sein«.

Zwar könne jede Machtposition mißbraucht werden, aber die harte Konkurrenz sorge dafür, daß kein unzulässiger Machtmißbrauch erfolge. Ein Machtentzug bei der Deutschen Bank bedeute einen Machtzuwachs für die ausländischen Institute.



Anderer Meinung scheint aber ein Banker zu sein, der der »Wirtschaftswoche« anonym anvertraute: »Man ballt die Fäuste, bis die Knöchel weiß werden – in der Tasche.« Diese Mischung aus Wut und Ohnmacht sei in der Branche weit verbreitet.

Herrhausens Worte werden alleine durch den Beteiligungsbesitz der Bank, der nach seiner Meinung ohnehin klein und in den vergangenen Jahren bereits schon abgebaut worden sei, zum blanken Hohn. Dabei sollen hier nur einige wenige Industriebeteiligungen aufgeführt werden und die eigenen vielen Tochtergesellschaften, die im Geldwesen tätig sind, einmal ganz außer acht gelassen werden.

Kontrolle über Millionen Arbeitsplätze

An den beiden Warenhauskonzernen Karstadt und Horten hält die Deutsche Bank 25,01 beziehungsweise 25 Prozent, an dem Baukonzern Philipp Holzmann 35,47 Prozent, an der Hutschenreuther AG 49,99 Prozent und an der Bergmann-Electricitäts Werke AG 36,46 Prozent. Daneben mischt die Deutsche Bank im Filmgeschäft mit (Bavaria) und beteiligt sich über eine Holding an Golfanlagen und VIP-Clubs.

Dieses alles verblaßt aber an der Beteiligung der Deutschen Bank an Daimler. Zwar macht diese »nur« 28,28 Prozent aus, dafür verfügt die Deutsche Bank aber über die Stimmrechte der Mercedes Automobil Holding AG, die ein weiteres Viertel der Daimler-Aktien hält. Nicht zu vergessen die Depotstimmrechte der Kunden. Neben Herrhausen, der im Daimler-Aufsichtsrat den Vorsitz innehat, gehört mit Horst Burgard ein zweites Vorstandsmitglied der Deutschen Bank dem Daimler-Kontrollgremium an.

Daimler wiederum gehört die Mehrheit an Mercedes-Benz, AEG, Dornier, MBB und, wenn man Börsengerüchten glauben darf, an Bremer Vulkan. Diese wiederum sind an unzähligen anderen Unternehmen beteiligt. Damit liegt nicht nur fast das ganze Rüstungsgeschäft in einer Hand. Nein, die Deutsche Bank hat damit indirekt auch die Kontrolle über mehrere Hunderttausend, wenn nicht schon Millionen Arbeitsplätze. Kurz gesagt, die Deutsche Bank hat Einfluß auf einen großen Teil des bundesdeutschen Bruttosozialprodukts.

Und daß die Beteiligungen nicht nur Anlagevermögen darstellen, gibt »Kaiser Alfred« selber zu: »Wo wir beteiligt sind, beteiligen wir uns auch am Geschehen.«

Besonderer Beleuchtung bedarf der Fall der von Herrhausen forcierten Fusion von Daimler und MBB zu einem gigantischen, dem mit weitem Abstand größten deutschen Industriekonzern sowie die Rolle der FDP in diesem »Spiel«. Da die Bundesregierung bisher den Anteilsbesitz an MBB hielt und folglich der Verhandlungspartner Daimlers war, kam der FDP eine besondere Bedeutung bei.

Neben dem Skandal, daß die Bundesregierung diese Fusion auch noch mit vielen Milliarden Mark subventioniert – selbst wenn Bundesfinanzminister Stoltenberg sagt, daß dies noch immer billiger sei, als wenn die Bundesregierung selber am Airbus-Geschäft MBBs beteiligt sei, stellt sich die Frage, inwieweit ein Unternehmen, das sich von der Beteiligung etwas verspricht, neben den positiven auch die negativen Seiten mitzutragen hat –, ist der Hauptpunkt der Kritik an dem gigantischen Machtzuwachs für Daimler und damit für die Deutsche Bank.

Ist das wünschenswert, ist das gewollt?

Selbst der neugewählte FDP-Vorsitzende Lambsdorff sagte Anfang November 1988 hierzu folgendes: Er könne sich nicht vorstellen, daß im FDP-Präsidium »die Bewertung positiv ausfallen wird«. Durch die neue Konzernbildung entstehe eine Marktmacht, die voraussichtlich beim Bundeskartellamt abgelehnt werde. Damit müßte aber nach dem Kartellgesetz eine Erlaubnis des Wirtschaftsministers erteilt werden, die kein »sehr ersprießlicher Vorgang« sei.

Außerdem sei zu bedenken, daß die Deutsche Bank als Mehrheitsaktionär bei Daimler entscheidenden Einfluß »in den sich weiter verzweigenden und fusionierenden Bereich hinein erhalten wird. Ist das wünschenswert, ist das gewollt?« fragte Lambsdorff damals noch.

Bei einer Fusion blieben in der Bundesrepublik kaum noch Wettbewerbsmöglichkeiten übrig. Besonders bemerkenswert ist dabei, daß diese Warnungen von der FDP kamen, einer Partei, die sich in der Vergangenheit fast immer für eine immer weitergehende Liberalisierung des Fusionsrechts aussprach.

Um so überraschter war die Öffentlichkeit, als die FDP dann am 7. November 1988 doch der Fusion Daimler mit MBB zustimmte, wobei »ganz erhebliche Einwände zurückgestellt« worden seien. Begründet wurde dies damit, daß die FDP den Airbus seit 1971 gewollt habe und ihn auch weiter wolle – die durch das Airbus-Geschäft entstandenen Milliarden-Verluste für die Bun-

desregierung waren einer der Hauptgründe für den Verkauf. Man sehe aber keine anderen Möglichkeiten, wie der Staat sich besser von diesem für den Steuerzahler teuren Engagement trennen könne.

Noch überraschender kam dann jedoch die Nachricht, daß der frühere FDP-Bundesvorsitzende, Ex-Bundeswirtschaftsminister und Ex-Dresdner-Bank-Vorstandschef Hans Friderichs neuer Aufsichtsvorsitzender des europäischen Airbus-Konsortiums wird. Da neben MBB, die zu 37,9 Prozent am Airbus beteiligt sind, die französische Aerospatiale den gleichen Anteil, British Aerospace 20 Prozent und das spanische Unternehmen Casa 4,2 Prozent halten, hatte niemand mit der Ernennung Friderichs gerechnet, zumal vorher einige andere gewichtige Namen, wie beispielsweise der frühere britische Außenminister und NATO-Generalsekretär Lord Carrington, für diesen Posten genannt wurden.

Nach CODE zugetragenen Informationen soll sich in Wirklichkeit folgendes abgespielt haben, wobei wir ausdrücklich betonen möchten, daß diese Informationen von einer im allgemeinen recht gut informierten Quelle stammen, bislang aber trotz intensiver Bemühungen noch nicht gegenbestätigt wurden. CODE glaubt aber, daß die Öffentlichkeit ein Recht hat, von diesem Gerücht zu erfahren:

Größere Unterstützung für die FDP

Die Deutsche Bank, namentlich Alfred Herrhausen, soll massiv Einfluß auf die FDP genommen haben, doch noch für die Fusion zu stimmen. »Versüßt« sei ihnen dieses »Ja« durch die Zusicherung der Deutschen Bank worden, einen der Ihrigen, den auch noch durch die Parteispendenaffäre belasteten Hans Friderichs auf den wichtigsten Posten des Aufsichtsratsvorsitzenden zu setzen. Gleichzeitig sei der FDP eine größere Unterstützung seitens der Deutschen Bank – finanziell wie »machtpolitisch« – zugesichert worden.

Allerdings habe dies auch noch einen anderen, speziellen Hintergrund: Bei keiner anderen etablierten Partei, wie der kleinen FDP, sei es relativ einfach und vor allem auch schnell möglich, Einfluß zu gewinnen. Ohne die FDP laufe aber regierungsmäßig gar nichts mehr, da weder die SPD noch die Union bei der kommenden Bundestagswahl mit einer absoluten Mehrheit rechnen könnte und so auf die Liberalen angewiesen wäre. Damit seit dann der durch Herrhausens Beratertätigkeit für Kohl ohnehin schon gegebene Einfluß der Deutschen Bank auf die Regierung gesichert.

So sollen beispielsweise auch die europäischen Einigungspläne weniger auf Kohls »Mist« gewachsen sein, sondern vielmehr auf dem Herrhausens. Dazu paßt auch, daß Herrhausen einmal auf einer Veranstaltung in Frankfurt auf einer Europakarte überall dort, wo die Deutsche Bank Niederlassungen hat, Fähnchen einsteckte. Während diese naturgemäß einen großen Teil der Bundesrepublik abdeckten, blieb der Rest Europas ziemlich leer. Daraufhin gab Herrhausen sinngemäß zu verstehen: Bald werden in ganz Europa Deutsche-Bank-Fähnchen zu sehen sein. Wir werden keine eigenen Banken in diesen Ländern gründen, sondern schon bestehende Banken kaufen.

Obwohl Daimler nach der Fusion mit MBB zum zehntgrößten Industrieunternehmen der Welt mit einem Jahresumsatz von 40,66 Milliarden Dollar avancieren würde und »es bezogen auf den Umsatzanteil am Bruttosozialprodukt in den USA kein einziges Industrieunternehmen gibt, das die Größe des jetzt zustandekommenden Konzerns in der Bundesrepublik erreicht« (Originalzitat Lambsdorff), weist Herrhausen diese Vorwürfe zurück oder versucht es zumindest. Und dies klingt dann so in einem Zitat der »Wirtschaftswoche«:

»›Auch ich habe natürlich ordnungspolitische Bedenken, wenn das größte Unternehmen noch größer wird‹, räumt er (Herrhausen) im Fall Daimler/MBB freimütig ein. Aber die gelten nur, wenn man bundesdeutsche Maßstäbe zugrunde lege. Bei der Luft- und Raumfahrt seien jedoch europäische Dimensionen, ja der Weltmarkt in Betracht zu ziehen. Der Schritt, Daimler an MBB zu beteiligen, müsse also gleichsam als eine Art von Voraussetzung für die europäische Ordnung gesehen und bewertet werden.«

Der Minister wird das Veto überrollen

Als einer der wenigen Rufer in der Wüste betätigt sich noch der Präsident des Bundeskartellamts, Wolfgang Kartte. Er habe den Eindruck, daß Konzernmanager manchmal schon mehr wollen, als ihre Investitionen und Geschäfte zu planen, so Kartte, der weiter lapidar feststellte: »Sie machen schon Wirtschaftspolitik.«

Der oberste Wettbewerbswächter findet es »irgendwie schon symptomatisch, daß Männer wie Edzard Reuter (Vorstandsvorsitzender Daimlers) oder Alfred Herrhausen immer deutlicher die ordnungs- und wirtschaftspolitische Diskussion in der Öffentlichkeit dominieren«.

Aber es steht zu befürchten, daß sich Kartte mit seinen offenkundigen Bedenken gegen die Fusion Daimlers mit MBB nicht wird durchsetzen können. Denn selbst wenn das Kartellamt die Hochzeit der beiden Giganten ablehnen sollte, »dann geschieht, was der Wirtschaftsstaatssekretär bereits erklärt hat: Der Minister wird das Veto überrollen«, schreibt der »Spiegel«.

Und Herrhausen hat laut »Wirtschaftswoche« schon neue Pläne: »Gegenwärtig versucht Herrhausen im Ruhrgebiet einen neuen Stahlkonzern zusammenzuschmieden. Was ihm als ehemaligem Stahlmoderator nicht gelang, könnte er nun als Kuratoriumsmitglied bei Krupp in die Tat umsetzen: den Zusammenschluß des angeschlagenen Essener Unternehmens mit Thyssen.« Dreimal darf geraten werden, wer nach einer Fusion der beiden Stahlriesen dann bei dem neuen Unternehmen das Sagen hätte.

Interessant sind in diesem Zusammenhang auch immer wiederkehrende Gerüchte, daß die Rothschild-Gruppe bei der Deutschen Bank die Macht ausübt. Aus der veröffentlichten Aktionärsstruktur geht das allerdings nicht hervor – was aber nicht unbedingt was zu sagen hat. Auffällig ist jedoch, daß es bei der Deutschen Bank als einziger deutschen Großbank eine Stimmrechtsbeschränkung von fünf Prozent gibt. Zwar könnte dies ganz einfach bedeuten, daß der Vorstand eine sogenannte »feindliche Übernahme« verhindern will.

Auf der anderen Seite könnte dies aber auch ein Hinweis darauf sein, daß jemand anderes, eben die Rothschild-Gruppe, einen Einfluß Dritter von vornherein auszuschalten droht. Auffällig ist jedenfalls, daß es in jeder wichtigen westlichen Industrienation eine Rothschild-Bank gibt – nur in der Bundesrepublik nicht.

Neueste Informationen besagen nun, daß Herrhausen auf einem »schmalen Grat« wandern soll. Er habe sich viele Feinde gemacht, sowohl innerhalb wie auch außerhalb der eigenen Bank. Viele führende Banker, darunter auch Commerzbank-Chef Walter Seipp und der Vorstandsvorsitzende der Dresdner Bank, Wolfgang Röller, verübeln Herrhausen, daß er öffentlich erklärt hatte, für ihn komme auch ein Schuldenverzicht bei Krediten an die ärmsten Entwicklungsländer in Frage.

Die Versicherungsbranche, allen voran der ebenfalls mit großer Macht versehene Allianz-Chef Wolfgang Schieren, verübelt der Deutschen Bank die Pläne, eine eigene Versicherungsbranche zu gründen. So soll es den Informationen zufolge viele geben, die nur darauf warten, daß Herrhausen einen Fehler macht, um ihm dann »die Flügel zu stutzen«. Zwar kommt ein Sturz nicht in Frage, wahrscheinlich sei vielmehr, daß Herrhausen, wie es bei der Deutschen Bank eigentlich schon Tradition war, einen zweiten Vorstandssprecher neben sich gesetzt bekommt.

Noch aber hat Herrhausen das alleinige Sagen. Und die Pläne des Bankers zielen auf einen weiteren Machtausbau sowohl der Deutschen Bank als auch des seinigen. Wie stark Herrhausen sich derzeit fühlt, kennzeichnen sehr gut seine folgenden Worte:

»Die Macht der Banken, das ist die Macht der Bankiers, und das bin ich. Geld regiert die Welt, von Fugger bis hin zu J. P. Morgan. Mein Name reiht sich ein.« □

Rückkehr zu den Konjunktur-Zyklen

C. Gordon Tether

Was ist mit dem Vier-Jahres-Konjunkturzyklus passiert, der so lange Zeit das Hauptmerkmal der Weltwirtschaftsszene gewesen ist? Die Anzeichen deuten darauf hin, daß er dabei ist, ein Comeback zu erleben.

Bei dem traditionellen Konjunkturzyklus, der in den Lehrbüchern Anfang dieses Jahrhunderts so viel Aufmerksamkeit auf sich gezogen hat, handelte es sich um einen Zeitraum zunehmender Geschäftstätigkeit, die im dritten Jahr seit ihrem Beginn den Höhepunkt erreichte, und im Rest jenes Jahres und im folgenden Jahr war dann ein Rückgang an der Tagesordnung.

Im Zuge des Wall-Street-Krachs

Danach wurde die Wirtschaftstätigkeit wieder reger, da die Unternehmer begannen, aus den Möglichkeiten, die durch die resultierende Flaute geschaffen wurden, ihren Nutzen zu ziehen.

Im Zuge des Wall-Street-Krachs des Jahres 1929 und dessen weltweiten Auswirkungen wurde der Vorgang aus den Angeln gehoben. Und gerade als er Ende der dreißiger Jahre Anzeichen zeigte, wieder auf Touren zu kommen, brachte der Ausbruch des Zweiten Weltkriegs so viele neue Faktoren in das Weltwirtschaftsbild, daß das Ganze erneut ins Ungewisse verfiel.

Als die Weltwirtschaft zu Beginn der fünfziger Jahre jedoch wieder zu ihrem Normalzustand zurückkehrte, etablierte sich der vierjährige Konjunkturzyklus auch wieder. Er spielte weiterhin eine wichtige Rolle in den meisten Ländern für die kommenden zwei Jahrzehnte in bezug auf die Kursbestimmung der Wirtschaftstätigkeit.

In den Vereinigten Staaten beispielsweise machte das Wirtschaftswachstum der Jahre 1968 und 1969 in den zwei folgenden Jahren einer Rezession Platz und wurde im Jahr 1972 von einem neuen, starken Aufschwung gefolgt.

Durch eine Reihe aufeinanderfolgender Ölpreisexplosionen und den weltweiten Ausbruch einer zweistelligen Inflation – der starke Anstieg der Energiekosten hatte sich dazu mit anderen Kräften vereinigt und dies hervorgerufen – geriet die ganze Weltwirtschaft leider in einen sehr wechselhaften Zustand.

Die darauf folgende Zerrüttung wurde Anfang der achtziger Jahre durch die monetaristischen Exzesse der Reagan-Regierung in den Jahren unmittelbar nach deren Einzug ins Weiße Haus nur noch weiter ausgedehnt.

In welche Richtung wird die OPEC gehen?

Washington entdeckte dann, daß der größere Einsatz von Währungskontrollen zwar eine gute Sache ist, aber auch eine jener guten Sachen, die man auch übertreiben konnte, und dies trug seither dazu bei, in den Vereinigten Staaten und auch auf der Welt insgesamt mehr Ordnung in die Wirtschaftsszene zu bringen.

Das gleiche gilt für das Entstehen eines realistischeren internationalen Wechselkurssystems und das steigende Bewußtsein in der Zentralbankengemeinde, daß ein völlig unkontrolliert schwankendes Wechselkurssystem dem gesunden Fortschritt der Weltwirtschaft ernstlich in den Weg geraten könnte.

Durch die daraus folgende Umformung der Wirtschaft ergab sich – nicht allzu überraschend –, daß das traditionelle Geschäftsverhalten wieder verstärkt wurde. Die Lloyds Bank, eine der großen britischen internationalen Banken, hat dies in einer jüngsten, detaillierten Untersuchung der Aussichten für die Weltwirtschaft der kommenden vier Jahre wie folgt formuliert:

»Der mittelfristige Wachstumstrend kehrt zum traditionellen Muster der vierjährigen Konjunkturzyklen zurück, besonders in den Vereinigten Staaten, obwohl es eine Zeitlang so aussah, daß dies nicht so bleiben würde. Der Zyklus in den USA scheint mit den Jahren von Präsidentschaftswahlen zusammenzufallen, mit Höhepunkten in den Jahren 1984, 1988 und, den Bankenvoraussagen nach, im Jahre 1992.«

Wann ist der Dollar wieder bei einem vernünftigen Wert?

Kurz gesagt: Es sieht so aus, als sei der »Zyklus« wieder drin. Und wenn dies tatsächlich der Fall ist, sind neue Denkweisen auf seiten all jener erforderlich, die mit Aktivitäten zu tun haben, bei denen die Wirtschaft eine große Rolle spielt – sei es nun als Eigentümer von Wirtschaftsunternehmen oder als Investoren.

Da der Vier-Jahres-Zyklus vor einhalb Jahrzehnten von der Bildfläche verschwand, mußten sich die Wirtschaftsprognosen auf Phänomene stützen, die weitaus vorübergehender Natur waren.

Es stellten sich folgende Fragen: In welche Richtung wird die Katze OPEC als nächstes springen? Wie ernst war der Schaden, der der Weltwirtschaftsstruktur durch die internationale Schuldenkrise zugefügt wurde? Und wie lange würde es dauern, um den internationalen Wert des Dollar von seiner starken Überbewertung – hervorgerufen durch die Zinsgier im Weißen Haus – auf einen vernünftigen Wert herunterzubekommen?

Der Zyklus greift wieder voll

Zweifellos teilweise aufgrund der Tatsache, daß die Konzentration auf Themen dieser Art dazu führte, daß man den grundlegenderen Aspekten von Investitionen kaum Aufmerksamkeit schenkte, zeigten sich die Aktienmärkte so verwundbar für den Meinungswandel, der sie im Herbst 1987 traf.

Wenn der Konjunkturzyklus das Rennen von jetzt an machen soll, dann ist eines wichtig: Er muß als Wegweiser angesehen werden, egal ob man nun mit der Wirtschaftsführung oder der Festlegung der Investitionspolitik betraut ist.

Im Falle der USA bedeutet dies, daß man in den nächsten ein bis zwei Jahren vorsichtig vorgeht – es sei denn, Überlegungen besonderer Art weisen in eine andere Richtung –, während man sich auf ein kongenialeres Klima in den Jahren 1991 und 1992 vorbereitet.

Die Konjunkturzyklen in anderen Ländern werden oft nicht mit denen der Vereinigten Staaten in Einklang stehen, obwohl sie in vielen Fällen von den amerikanischen deutlich beeinflußt sein werden. Die Durchsetzung eines »Konjunkturzyklus«-Verfahrens wird entsprechend ausfallen müssen.

Was die Aktienmärkte betrifft, so wird es von jetzt an wohl nicht mehr in dem Umfange zu den anhaltenden Preisanstiegen kommen wie jenen, die im Jahr 1987 in dem plötzlichen Zusammenbruch gipfelten. Während die Grundtendenz unter Berücksichtigung des Wirtschaftswachstums wohl weiter aufwärts bleiben wird, werden Zeiten des Aufschwungs wohl eher von Zeiten des Abschwungs abgelöst werden, stärker als man dies aus den letzten Jahren gewöhnt ist. □

Schuldenwirtschaft

Die Finanzwirtschaft ist überspannt

C. Gordon Tether

Der ernüchternde Effekt, den die internationale Schuldenexplosion Anfang der achtziger Jahre auf die internationalistische Bankengemeinde hatte, hielt nicht lange an. Geld wird weltweit immer noch in einem weitaus rascheren Tempo geschaffen als gerechtfertigt werden kann.

»Die Finanzwirtschaft ist insgesamt weltweit zu groß geworden und muß in ihrem Umfang eingeschränkt werden.« Das sagte der Präsident der Schweizer Kreditbank in seiner Erklärung auf der Jahresversammlung der Bank vor einiger Zeit.



Kreditexplosion durch den Euro-Geldmarkt

Da seine Bank eine der ersten Finanzinstitutionen in einem Land ist, das in der Expansion der weltweiten Finanzwirtschaft an vorderster Front steht, war das eine Botschaft aus erster Quelle, deren Bedeutung deshalb gar nicht genug betont werden kann.

Das ungeheuere Wachstum der Finanzwirtschaft, das sich von allen Seiten zeigt – nicht zuletzt an der Menge von Schund, der sich zu diesem Thema alltäglich in unseren Briefkästen befindet –, ist natürlich sowohl die Ursache als auch Wirkung eines gleichermaßen ins Auge fallenden Phänomens, nämlich des dramatischen Anstiegs der Geldmenge, die auf dem internationalen Geldmarkt in Umlauf ist.

Die Regierungen haben in den letzten Jahren in ihrer Wirtschaftspolitik auf die Kontrolle der Geldversorgung im Inland eine stärkere Betonung gelegt. Was sie dabei vor allem nicht taten, war der internationalen Kreditexplosion Einhalt zu gebieten, die mit dem Auftreten des sogenannten Euro-Geldmarkts und ähnlichen Mechanismen Anfang der siebziger Jahre in Gang kam.

Die Entdeckung, daß die Krediterzeugungsexzesse der siebziger Jahre eine internationale Schuldenkrise hervorgerufen hatten, die das ganze Weltwirtschaftssystem gefährden konnte, rief Anfang der achtziger Jahre eine Unterbrechung im Anstieg der internationalen Kredite hervor. Doch es war lediglich eine Unterbrechung. Mitte der achtziger Jahre stieg die Krediterzeugung wieder mit »Volldampf voraus«.

Ende 1985 hatte die Summe der Verbindlichkeiten der Banken im Ausland weltweit die Drei-Billionen-Dollar-Grenze erreicht und sie ist seither in einem solchen Tempo weiter gestiegen, daß in Kürze die Fünf-Billionen-Dollar-Grenze überschritten werden wird.

Die Weltbevölkerung liegt jetzt bei fünf Milliarden Menschen. Zusätzliche Kredite werden jetzt also auf dem internationalen Markt in einer Höhe von über 100 Dollar jährlich für jeden Mann, jede Frau und jedes Kind auf der Welt geschaffen.

Das Schlimmste kommt noch

Es gibt nichts in der gegenwärtigen Weltwirtschaftssituation, mit dem auch nur im entferntesten die Schaffung von Papiergeld in dieser Größenordnung gerechtfertigt werden könnte.

Es läuft darauf hinaus, daß wir ein zweites South-Sea-Bubble erleben, die große Geldschöpfung Anfang des 18. Jahrhunderts, als die Bankengemeinde zum ersten Mal feststellte, wie leicht es war, Kredit zu schaffen.

Dieses Phänomen hörte auf und hatte in den folgenden Jahren verheerende Konsequenzen. Die jüngste Version hat sich als dauerhafter erwiesen, vor allem deshalb, weil das Wissen der Regierungen darüber, wie schrecklich die Auswirkungen eines Zusammenbruchs wären, eine offizielle Bereitschaft geschaffen hat, das Gefüge auf Kosten der Steuerzahler zu stützen und zu erhalten.

In den Vereinigten Staaten beweist dies das Ausmaß der Rettungsaktionen, die von Washington unternommen werden, um von riesigen Bankhäusern bis zu bescheidenen Sparkassen alles zu unterstützen.

Doch die Tatsache, daß das Schlimmste verhindert worden ist, bedeutet nicht, daß die Belastungen für die Finanzwirtschaft durch deren starke Verwicklung in die internationalen Währungsexzesse der siebziger und achtziger Jahre nicht ihre Spuren hinterlassen haben. Der Schaden war in weiten Teilen so groß, daß viele Institute für den zusätzlichen Druck infolge der massiven »Korrektur« am Aktienmarkt im Oktober des Jahres 1987 höchst verwundbar geworden sind.

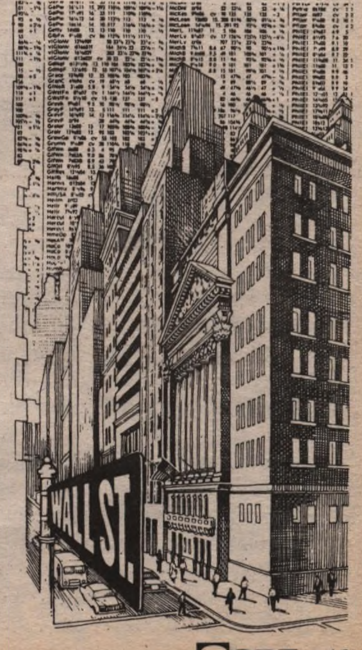
Kürzungen und Einsparungen waren tatsächlich einige Zeit lang bei den meisten führenden Finanzzentren an der Tagesordnung, und die Banken, Wertpapierhäuser und andere Arten von Effektenfirmen schlossen die Luken.

Welch hohen Preis die breite Öffentlichkeit für das zügellose Verhalten an der internationalen Kreditschöpfungsfront bezahlen muß, wird auf eine Art bereits auf schmerzliche Weise deutlich. Denn die Erhöhung der Zinssätze, die viele Regierungen kürzlich unternommen haben, um die Inflationsgefahr infolge der Kreditaufnahmeexzesse zu bekämpfen, bedeutet bereits, daß offiziell zugegeben wird, daß es keinen anderen Weg gibt, um mit einem solchen Problem fertig zu werden, wo der internationale Geldmarkt jetzt außer Kontrolle geraten ist.

Weniger deutlich wird die Art, wie die neue South-Sea-Bubble das öffentliche Interesse beeinträchtigt, indem in mehr oder weniger hohem Maße die Gesundheit der Finanzinstitute, von deren Dienstleistungen die Menschen abhängen, unterminiert wird. Das bedeutet, daß Selbstschutz wichtiger ist, als das bisher der Fall war.

Vorsicht gegenüber den Banken

Sicherlich kann auf die Dienstleistungen der Finanzinstitute nicht völlig verzichtet werden. Doch es ist wichtig, dafür zu sorgen, daß man von ihnen vorsichtiger Gebrauch macht als bisher; insbesondere mit einem Augenmerk darauf, daß der Kunde so wenig wie möglich den Folgen der Probleme ausgesetzt wird, auf die die Banken und Sparkassen selbst treffen könnten. □



Geld

Steuern und Kürzungen

C. Gordon Tether

Die Politiker sind heute generell für niedrigere Steuern. Doch wenn nicht die erforderlichen Kürzungen in den Ausgaben vorgenommen werden, könnte dies sehr nachteilige Folgen für die Öffentlichkeit haben. Das klare Versprechen der republikanischen Partei in den USA, in keiner Form Steuererhöhungen vorzunehmen – was immer das auch kosten mag –, soll sehr entscheidend für Bushs Sieg bei den Präsidentschaftswahlen im November letzten Jahres gewesen sein. In Großbritannien glaubt Margaret Thatchers Regime eindeutig, daß seine ungeheuere Anziehungskraft bei den Wählern zu einem großen Teil darauf zurückzuführen ist, daß sie die Wege zu den Taschen der Steuerzahler durch die Finanzämter erheblich reduziert hat.

Es spricht offenbar alles dafür, die Erleichterung der Steuerlast durch Beseitigung der öffentlichen Ausgabenverschwendung anzustreben – immer vorausgesetzt, daß man im Auge behält, daß sich Kürzungen auf dem sozialen Sektor als sehr unklug erweisen könnten, um es sehr milde auszudrücken.

Vernarrt in die Kreditkarten

Fraglicher ist, ob die Regierungen dem öffentlichen Interesse am besten dienen, wenn sie angesichts von Haushaltsungleichgewicht und der Notwendigkeit, den inflationären Druck einzudämmen, auf steuerliche Instrumente verzichten.

Denn wie die Erfahrungen in Amerika und Großbritannien zeigen, verlangt dies automatisch eine höhere Abhängigkeit von der einzig praktikablen alternativen Kontrolle: der Erhöhung der Zinssätze.

Jeder offizielle Schritt zur Erhöhung der Zinssätze wirkt sich innerhalb kürzester Zeit automatisch auf alle Sektoren des Finanzsystems aus. Leider können die direkten Konsequenzen für die persönlichen Haushalte allein bei einer Vielzahl von Menschen so sein, daß die Vorteile aus der unterbliebenen Steuererhöhung aufgehoben sind, die eigentlich nötig gewesen wäre.

Als erstes ist da der Anstieg der Hypothekenzinsen für jene, die ihr Hauseigentum mit Hilfe von Krediten von Sparkassen und Banken finanzierten. Gleichermaßen von Bedeutung ist die Gebührenerhöhung bei Teilzahlungsinstituten und Banken für Kredite zur Finanzierung des Kaufs von Autos und anderen Verbrauchsgütern nach dem Kreditkartensystem und ähnlichem.

Ein starker Verlaß auf Kreditkarten ist in den meisten westlichen Industrienationen – vor allem aber in den Vereinigten Staaten – zu einem wichtigen Merkmal in der Finanzszene der Verbraucher geworden.

Die Überbewertung von Währungen

Man darf auch nicht vergessen, daß eine Steigerung in den laufenden Kosten im Wirtschaftssystem durch einen krassen Anstieg der Zinssätze früher oder später durch höhere Preise an die allgemeine Öffentlichkeit weitergegeben wird.

Vielleicht noch relevanter für die Frage, ob den Interessen der Öffentlichkeit wirklich durch Manipulation der Zinssätze am besten gedient ist anstatt durch eine richtige Anwendung der Steuerpolitik, sind die damit verbundenen finanziellen Strafen, die dem Volk insgesamt indirekt auferlegt werden.

Wenn die Zinssätze ungewöhnlich hoch gehalten werden, so hat das angesichts der gegenwärtigen internationalen Währungssituation die zwangsläufige Auswirkung, daß die Währung eines Landes im Vergleich zu anderen Ländern auf einem höheren Wert gehalten wird, als das sonst der Fall wäre.

Die resultierende Überbewertung macht die Preise weniger wettbewerbsfähig, als sie normalerweise wären, was wiederum Exporte verhindert und Importe ankurbelt. Es ist sicher kein Zufall, daß die beiden Länder mit den höchsten Zinssätzen in den letzten ein bis zwei Jahren – die Vereinigten Staaten und Großbritannien – auch die beiden Länder mit den bei weitem höchsten Zahlungsbilanzdefiziten sind.

Daraus folgt auch, daß die Zinssatzpolitik der beiden Länder in den letzten Jahren einen großen Teil der Verantwortung tragen muß für die Tatsache, daß es in beiden Ländern zu einem umfassenden Abbau gewisser Industriezweige und einem starken Anstieg der Arbeitslosigkeit gekommen ist, was eine solche Entwicklung mit sich bringt. Und nichts könnte natürlich von größerem Nachteil für das Wohlergehen eines Volkes sein als diese Entwicklung.

Doch das ist noch nicht alles. Die Erhöhung der Zinssätze kann einem Land helfen, ein Haushaltsdefizitproblem einzudämmen, indem es der Regierung ermöglicht, das Geld für seine Finanzierung aufzubringen. Doch anders als der richtige Einsatz der Steuerpolitik wird es wenig dazu beitragen, die klaffende finanzielle Lücke zu schließen.

Die Folge ist eine kontinuierliche Erweiterung der staatlichen Kreditaufnahme, was zwangsläufig ebenfalls zu einer Erhöhung der Geldmenge führt, die aufgebracht werden muß, um diese Schulden zu bedienen.

Die Rechnung für Exzesse zahlt der Bürger

Es ist natürlich im Falle Amerikas kein Geheimnis, daß die ungeheueren Defizite, die sich seit Beginn von Reagans Amtszeit angehäuft haben, zu einem ungeheueren Anstieg der Staatsschulden und der Kosten geführt haben, um sie zu bedienen.

Was all dies um so beklagenswerter macht, ist die Tatsache, daß die Bedienung der Schulden der Zahlungsbilanzsituation, die bereits stark überzogen ist, eine zusätzliche Last aufbürdet, weil ein großer Teil des betreffenden Geldes aus dem Ausland – besonders aus Japan – stammt.

Früher oder später – das muß eigentlich nicht besonders betont werden – muß die Rechnung für solche Exzesse vom Steuerzahler bezahlt werden, und es wird tatsächlich die allgemeine Öffentlichkeit sein, die sie auch in der Tat bezahlen muß.

Der Preis, den das amerikanische Volk und die Bürger anderer stark verschuldeter Länder – auch die Bundesrepublik Deutschland hat immerhin 100 Milliarden DM Schulden und muß jährlich 75 Milliarden DM an Zinsen aufbringen – für die direkten und indirekten Folgen der Besessenheit der Politiker mit der heiligen Kuh »keine Steuererhöhungen« – die sie erfunden haben – zahlen muß, ist bereits unerträglich hoch. Dieser Preis wird zwangsläufig weiter steigen, wenn zum Beispiel der neuen amerikanischen Regierung nicht die richtige Mischung zwischen ihrer Finanz- und Währungspolitik gelingt. □



Absprachegremium

Das Aspen-Institut Berlin

Armin Wolff

Ohne konkret sichtbaren Anlaß wurde jüngst von führenden bundesdeutschen Politikern eine Debatte über Ausländer, Asylanten und Aussiedler eröffnet, obwohl diese Bereiche eigentlich gar nichts miteinander zu tun haben.

Der saarländische Ministerpräsident Lafontaine äußerte die Ansicht, daß er nicht einsehen könne, warum deutsche Aussiedler vor ausländischen Asylbewerbern eine Vorrangstellung genießen sollten. Lothar Späth, Ministerpräsident von Baden-Württemberg, forderte hingegen eine Grundgesetzänderung zur Einschränkung des Asylrechts. Schützenhilfe leistete ihm dabei der bayerische Innenminister Stoiber, der Späths Forderungen unterstützte und weiter präzisierte.

Soll Späth die Lücke füllen?

Warum nun plötzlich diese markigen Worte führender CDU/CSU-Politiker? Erinnert sei in diesem Zusammenhang daran, daß kurz nach dem Tode des bayerischen Ministerpräsidenten Franz Josef Strauß die Befürchtung laut wurde, am »rechten Rand« könne nun ein Vakuum entstehen. Damit ist gemeint, daß nationalgesinnte Bürger, die bisher durch die Persönlichkeit von Strauß an die CDU/CSU gebunden werden konnten, sich nun von diesen Parteien abwenden und Wege jenseits der etablierten Parteien beschreiten könnten, da die Integrationsfigur jetzt fehle.

Wurde vielleicht Lothar Späth dazu auserkoren, die Lücke zu füllen?

Eine Betrachtung einiger interessanter Entwicklungen in der Ausländerpolitik der Bundesrepublik gibt einigen Aufschluß. Im März 1986 fand im Aspen-Institut Berlin unter dem Motto »Voneinander lernen« eine Konferenz statt, die sich mit der »Behandlung der neuen ethnischen Minoritäten in westeuropäischen Ländern« befaßte. Teilnehmer waren nicht näher genannte Verwaltungsfachleute und Wissenschaftler aus verschiedenen westeuropäischen Ländern und den Vereinigten Staaten.



Alt-Bundeskanzler Helmut Schmidt ist immer ein gern gesehener Gast im Kreis der Absprachegremien.

Die Aspen-Konferenzen finden grundsätzlich unter Ausschluß der Öffentlichkeit statt, über Inhalte und Ergebnisse wird also wenig bekannt. Aber auch dieses Wenige kann manchmal sehr aufschlußreich sein.

Von der Ausländerbeauftragten des Berliner Senats, Barbara John, wurde folgender Ausspruch in der Presse veröffentlicht: »Wir sitzen mit unserer Ausländerpolitik noch in der ersten Klasse im Gegensatz zu den Amerikanern, die haben schon das Abitur.«

Modell einer multinationalen Gesellschaft

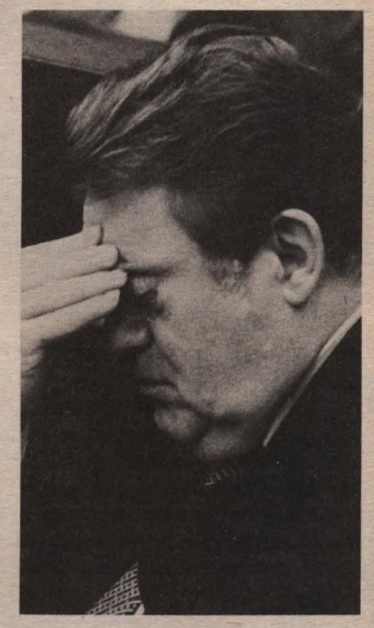
Der Vertreter der türkischen Gemeinde in Berlin verdeutlichte, daß die Beteiligung der Ausländer an gesellschaftlichen Prozessen die Vergabe politischer Rechte voraussetze: »Erst wenn von der Ermessenseinbürgerung zur Anspruchseinbürgerung übergegangen wird, sind die Türken dazu bereit.«



Auch Willy Brandt ist ein Freund des Berliner Aspen-Institutes mit seinem Motto »Voneinander lernen«.

Diese Zitate bedeuten nicht weniger, als daß die Übertragung des in den USA praktizierten »Melting-pot«-Konzepts auf die Bundesrepublik für wünschenswert gehalten wird, das Modell einer multinationalen Gesellschaft also, und daß über die Möglichkeit einer Einbürgerung nicht mehr der deutsche Staat, sondern die Ausländer selbst entscheiden sollen.

Nun könnte man über diese Ideen sicherlich getrost hinwegsehen, wären sie beim Treffen einer lokalen Ausländerinitiative geäußert worden. Das Aspen-Institut ist jedoch alles andere als ein unbedeutender Diskussionszirkel. In der etablierten Westberliner Presse kann man beispielsweise lesen:



Der Tod von Franz Josef Strauß hat am rechten Rand der politischen Landschaft ein Vakuum entstehen lassen.

»Das Berliner Institut bietet eine ideale und international anerkannte Plattform für keinerlei Zwängen unterliegende Auseinandersetzungen mit Problemen unserer Zeit. Die Größe des Instituts liegt in seiner Kleinheit, und sein beachtlicher Wirkungsgrad ist das Ergebnis eines nach außen hin eher unauffälligen Erscheinungsbildes.«

Das Aspen-Institut gehört nach seiner Konzeption und Methodik offensichtlich in den Kreis der bekannten internationalen Absprachegremien. Es kann auf bundesdeutscher Seite immerhin mit Mitgliedern wie Bundespräsident Richard von Weizsäcker, Alt-Bundeskanzler Helmut Schmidt, Willy Brandt, Vorsitzender der Sozialistischen Internationale, Edzard Reuter, Vorstandsvorsitzender der Daimler-Benz AG, Eberhard Diepgen, Regierender Bürgermeister von Westberlin, aufwarten.

Was das nun alles mit der Asylrechts-Debatte zu tun hat? Nun, auch Lothar Späth ist Mitglied im Aspen-Institut. □

Sowjetunion

Westen soll Bankrott verhindern helfen

Richard Scales

Die Sowjetunion wird ständig heimgesucht von Lebensmittelknappheit, Engpässen bei der Versorgung mit Kleidung, Unterkünften, fließend Wasser und Elektrizität. Es fehlen auch Produkte wie Zahnpasta, Staubsauger, Aspirin, Autos und Telefone. Außerdem ist das Land auf dem Gebiet fortgeschrittener Technologie weit hinter dem Westen zurück. Doch es gibt nur eine wertvolle Ware, die der Sowjetunion nicht fehlt: Kredit von westlichen Banken.

In den letzten drei Jahren haben westliche Banken der Sowjetunion in nie dagewesenem Umfang Geld geliehen. Vom Jahr 1985 bis zum dritten Quartal des Jahres 1987 liehen westliche Banken Moskau die Rekordsumme von 8,4 Milliarden Dollar. Im Jahr 1988 bekam die Sowjetunion über sechs Milliarden Dollar an Kredit von europäischen Banken. Ende Oktober 1988 beispielsweise genehmigten Londoner Banken Moskau einen Kredit in Höhe von 2,62 Milliarden Dollar, das höchste Darlehen, das dem Land jemals gegeben wurde. Diese Vereinbarung wurde nur wenige Tage nach der Erlangung eines 1,67 Milliarden Dollar Kredits westdeutscher Banken und weiteren 775 Millionen Dollar von Finanzinstituten in Italien getroffen.

Die meisten Kredite sind ungebunden

Darüber hinaus liehen amerikanische Banken der Sowjetregierung im Jahr 1987 Hunderte von Millionen Dollar einschließlich einer 200-Millionen-Dollar-Anleihe von der First National Bank of Chicago.

Inzwischen gibt es Gerüchte, daß die Sowjetunion vielleicht Milliarden von Dollar an neuen Krediten von japanischen Banken erhält, die traditionell Moskaus Hauptkreditgeber sind.

Bundeskanzler Helmut Kohl wird vom starken Mann der Sowjetunion, Michail Gorbatschow, begrüßt.

So sieht es in der Sowjetunion aus

»Die Kredite nicht nur von Westdeutschland, sondern aus ganz Westeuropa werden in den kommenden Jahren weiter zunehmen«, sagte Peter Pietsch von der Commerzbank voraus, die sich an dem Darlehen für die Sowjetunion beteiligt hat.

Die meisten dieser Kredite sind ungebunden, das heißt, die Sowjetunion kann sie für jeden beliebigen Zweck verwenden. In den meisten Fällen erlauben die Banken den Sowjets, dieses Geld für einen Diskontsatz von 7,5 Prozent zu verleihen, und sie geben ihnen bis zu sechs Jahren Zeit, bevor Zinsen berechnet werden.

Dies sind übrigens die gleichen Banken, die die in finanziellen Schwierigkeiten steckenden Bürger des eigenen Landes, die um Kredite nachfragen, routinemäßig abweisen.

Die Sowjetunion braucht diese Kredite offensichtlich, um ihre angeschlagene Wirtschaft aufzumöbeln. Wie der sowjetische Staats- und Parteichef Michail Gorbatschow sagte: »Es hat in den letzten zwanzig Jahren praktisch keinen Anstieg im absoluten nationalen Bruttoeinkommen gegeben.«

Die sowjetische Leichtindustrie beispielsweise ist derart in Unordnung, daß die Maschinen des Landes völlig überaltert sind. Fünfzig Prozent der sowjetischen Traktoren werden auseinandergenommen, um Teile für andere Traktoren zu bekommen, die defekt geworden sind. Sowjetische Fernsehgeräte sind so schlecht hergestellt, daß sie oft in Flammen ausbrechen.

Was noch wichtiger ist: Die Sowjetregierung ist nicht in der Lage, ihre Bevölkerung zu ernähren und genügend Wohnungen zu schaffen. Über 13 Millionen sowjetische Staatsbürger sind gezwungen, in Gemeinschaftswohnungen oder Wohnheimen zu leben, wo Bad, Küche und manchmal auch die Schlafzimmer mit anderen Familien geteilt werden müssen. Trotz hoher Getreideimporte aus dem Westen sind auch die Nahrungsmittel wie Fleisch, Milch und Obst entweder rationiert oder gar nicht erhältlich.

Interessanterweise kämpft die Sowjetunion immer noch damit, ihre Krankenhäuser auf einen modernen Standard zu bringen und eine Reihe schwieriger Krankheiten reibungslos zu behandeln. Die ärztliche Behandlung in der Sowjetunion ist so rückständig, daß das Land die erste Industrienation in Friedenszeiten ist, in dem die Lebenserwartung der Bürger sinkt. Die Männer leben durchschnittlich 65 Jahre, verglichen mit einer Lebenserwartung von ungefähr 71 Jahren bei männlichen Bürgern zum Beispiel in Amerika.

»Der sowjetische Arzt ist heute ein Soldat, bewaffnet mit Pfeil und Bogen, und es liegt außerhalb seiner Macht, komplizierte Krankheiten zu bekämpfen«, kommentiert der bekannte sowjetische Augenspezialist Svyatoslav Ferdorov.

Es überrascht nicht, daß die Sowjetunion von hohen Scheidungs- und Selbstmordraten und einer Reihe infektiöser Krankheiten heimgesucht wird.

Und während sich der Rest der Welt inmitten einer Computer-Revolution befindet, muß die Sowjetunion erst noch einen funktionsfähigen Heim-Computer entwickeln. Unter Gorbatschow hat sich das Land zum Ziel gesetzt, bis zum Jahr 1991 1,1 Millionen Computer zu produzieren. Doch der erste Computer der Sowjetregierung war so unzulänglich, daß die Computer-Produktion im Jahr 1987 zunächst erst einmal gestoppt werden mußte.

Grundlage für eine weitere Schuldenkrise

Ohne Computer, Halbleiter und Roboter kann die Sowjetunion ihre Wirtschaft nicht modernisieren und auch ihre militärische Überlegenheit nicht aufrechterhalten. Wie der sowjetische Admiral Vladimir Maslov meint, wird die Sowjetunion in »fünf bis sieben Jahren« in militärischer Hinsicht hinter die Vereinigten Staaten zurückfallen, wenn keine technologische Verbesserungen vorgenommen werden.

Die Sowjets hoffen natürlich, ihre Wirtschaft durch hohe Kreditaufnahme zu retten. Das Geld, das der Sowjetregierung kürzlich von westdeutschen Banken geliehen wurde, wird beispielswei-

se von der Sowjetunion zur Finanzierung der Modernisierung von 200 Fabriken verwendet.

»Das Geld war praktisch schon ausgegeben, bevor die Vereinbarung getroffen wurde«, sagte ein gut informierter westdeutscher Bankexperte, der Helmut Kohl bei seiner ersten Reise in die Sowjetunion begleitete. »Die Sowjetunion ist in großer Eile, mit der Arbeit fortzufahren.«

Gleichzeitig hat Gorbatschow eine umfangreiche Expansion der Wirtschaftskooperation mit dem Westen, unter anderem auch durch Joint-ventures, vorgeschlagen.

»Wir haben definitiv beschlossen, unsere Situation in der internen Arbeitsteilung zu ändern und den Wirtschaftsaustausch mit der Außenwelt zu beginnen«, sagte Gorbatschow vor kurzem. »Wir schlußfolgern, daß viele Geschäftsleute im Westen unsere Absicht verstanden haben und bereit zu sein scheinen, uns auf halbem Wege entgegenzukommen.«

Dadurch, daß sie den Sowjets Milliarden von Dollar leihen, »nähren die Banken in den Worten des amerikanischen Senators Jake Garn das Sowjetimperium und das internationale terroristische Netzwerk«. Die Sowjetunion ist schließlich eine feindliche Supermacht, die einen Teil der Bankenkredite dazu verwendet, ihre enorme Militärstärke zu erhöhen und die kommunistischen Regierungen in Kuba, Nicaragua, Angola und Afghanistan zu unterstützen.

»Ohne westliches Kapital und Technologie können die Sowjets die Investitionen im Inland nur durch Senken ihrer Militärausgaben erhöhen«, meint der amerikanische Senator Bill Bradley. »Ich bezweifle, ob es klug ist, den Sowjets diese Entscheidung abzunehmen.«

Wirtschaftsexperten zufolge schaffen die Banken unterdessen die Bedingungen für eine weitere Schuldenkrise. Ende des Jahres 1987 schuldete die Sowjetunion den westlichen Banken ungefähr 37 Milliarden Dollar, das ist doppelt so viel wie vor zwei Jahren.

Im vergangenen Jahr nahm die Sowjetunion nicht einmal so viel ein, um die Zinsen für diese Schulden zu bezahlen, und es gibt nichts, was die Sowjetunion davon abhalten könnte, die Zahlungen dieser Schulden gänzlich einzustellen, was das westliche Finanzsystem gefährden würde.

Die Einnahmen decken nicht einmal die Zinsen

Während der Schuldenkrise in Südamerika hat die Sowjetunion die Schuldnerländer ständig gedrängt, ihre Schulden nicht mehr zu bedienen.

Die Frage ist darum also, warum die westlichen Banken so eifrig dabei sind, der Sowjetunion Kredite in Milliardenhöhe zur Verfügung zu stellen? Man darf nie vergessen, daß die Banken in erster Linie internationale Kapitalisten sind. Wie der Kommunismus strebt auch der internationale Kapitalismus das Monopol an. Um Macht und Reichtum zu erlangen und zu behalten, muß der internationale Kapitalismus expandieren.

Es überrascht also nicht, daß die multinationalen Banken herbeigeeilt sind, um die Sowjetunion mit Milliarden von Dollar an Krediten zu versorgen, denn sie haben die Sowjetunion schon lange als einen riesigen, ungenutzten Kreditmarkt angesehen, auf dem sie Milliarden von Dollar als Kredite unterbringen können, um dann riesige Profite aus den Zinszahlungen und aus dem wahrscheinlichen Verfall der Sicherheiten zu ernten.

Es stört die Banken wenig, daß sie westliche Ideale und die westliche Kultur tatsächlich verraten, wenn sie einem Land Kredite bereitwillig einräumen, das darauf hinarbeitet, den Westen zu unterminieren.

Anfang der zwanziger Jahre haben westliche Firmen die sowjetische Flugzeug-, Stahl-, Textil-, Automobil- und Traktorindustrie gegründet. Unter dem Vorwand der Détente haben westliche Firmen dann in den siebziger Jahren fast 1000 Fabriken in der ganzen Sowjetunion gebaut, so unter anderem auch das weltgrößte Lkw-Werk am Fluß Kama. Dieses Automobilwerk lieferte die Lastkraftwagen für die sowjetischen Truppen bei deren Einmarsch in Afghanistan im Jahr 1979. □



Exclusives aus Politik und Wirtschaft

Vereinigt mit DIAGNOSEN – das zeitkritische Magazin

CHEFREDAKTEUR: Ekkehard Franke-Gricksch.

DEUTSCHE REDAKTION: Gunther Burkhardt, Nicole Franke-Gricksch (Medizin), Heinz H. Schwan.

INTERNATIONALE REDAKTION: Afrika: Ivor Benson; Argentinien: Dr. Walter Beveraggi Allende; Europäische Gemeinschaft: Oscar Boline; Freies China: Joseph Yu-jui Ku; Großbritannien: C. Gordon Tether; Kanada: Patrick Walsh; Mexiko: Arturo Ramirez; USA: Charles Cooper, George Nicholas, Alec de Montmorency; Zentralamerika: Moises D. J. Ulloa Durate.
Die Mitarbeiter der internationalen Redaktion gehören dem Redaktionsteam der amerikanischen Wochenzeitschrift »The Spotlight«, Washington, an.

NAHOST-REDAKTION: Victor Marchetti, Mark Lane.

Die Mitarbeiter der Nahost-Redaktion sind Herausgeber des Informationsdienstes »New American View«, Washington.

LAYOUT: Grafik Design Team, Reutlingen.

CODE hat eine Vereinbarung über die redaktionelle Zusammenarbeit mit der amerikanischen Zeitung »The Spotlight«, einer wöchentlich erscheinenden populistischen Zeitschrift aus Washington. »The Spotlight« wird herausgegeben von der Cordite Fidelity Inc., 300 Independence Ave. SE, Washington, D. C. 20003, USA.

CODE hat eine weitere Vereinbarung über die redaktionelle Zusammenarbeit mit dem amerikanischen Newsletter »New American View«, einem Informations- und Nachrichtendienst. »New American View« wird herausgegeben von Victor Marchetti und Mark Lane, 132 Third St. SE, Washington, D. C., 20003, USA.

CODE kostet als Einzelheft DM 7,50 einschließlich 7 % Mehrwertsteuer. Das Abonnement kostet jährlich DM 72,– einschließlich 7 % Mehrwertsteuer und Porto.

Der Abonnementspreis für das Ausland beträgt jährlich DM 72,– zuzüglich DM 15,– Versandkosten für den einfachen Postweg.

Bei Nichtbelieferung ohne Verschulden des Verlages oder infolge von Störungen des Arbeitsfriedens bestehen keine Ansprüche gegen den Verlag.

Das Jahresabonnement kann jeweils mit einer Frist von 8 Wochen zum Ablauf des Abonnementsjahres gekündigt werden. Zahlungen für das Abonnement bitte erst nach Erhalt einer Rechnung.

CODE darf nur mit Verlagsgenehmigung in Lesezirkeln geführt werden.

CODE erscheint monatlich jeweils am letzten Mittwoch des Vormonats. Vertrieb Handel im In- und Ausland; Verlagsunion, Friedrich-Bergius-Straße 20, Postfach 5707, D-6200 Wiesbaden, Telefon (0 61 21) 2 66-0, Telex 4 186 116.

Gesamtherstellung: Greiserdruck, Karlsruher Straße 22, D-7550 Rastatt.

Verlag Diagnosen GdbR, Untere Burghalde 51, D-7250 Leonberg, Telefon (0 71 52) 2 60 11.

ISSN 0932-3473

Die nächste Ausgabe der Zeitschrift CODE erhalten Sie am 22. Februar 1989 bei Ihrem Buch- oder Zeitschriftenhändler. Sollte er CODE nicht führen, dann fragen Sie Ihren Zeitschriftenhändler danach und bitten Sie ihn, daß er Ihnen die Zeitschrift besorgt.

Briten glauben, Moskau manipuliert »Green Peace«

Der ehemalige britische Verteidigungsminister Michael Heseltine wies warnend darauf hin, daß die Sowjets die »Green Peace«-Karte spielen, um die »umweltfreundliche« Bewegung dahingehend zu beeinflussen, daß diese die einseitige Abrüstung und Schwächung des Westens herbeiführt. Wegen derartiger sowjetischer Betätigungen, warnte Heseltine, sei die Sowjetunion unter Michail Gorbatschow für den Westen gefährlicher als die vorangegangenen Sowjet-Regime.

Diese Feststellungen sind ungewöhnlich, da es sich bei Heseltine um einen liberalen Politiker und Strategen handelt. Dies umso mehr, als er diese Äußerungen vor dem sehr liberalen Royal Institute for International Affairs in London machte, das auch als Chatham House und Sitz der sowjetfreundlichen Gruppierungen der britischen Intelligenz bekannt ist.

Heseltine schloß sich mit seinem Vorstoß dem der »Realisten« des Westens an, also vermutlich der gleichen parteipolitischen Richtung wie die des Vize-Direktors des CIA, Robert Gates, und des ehemaligen US-Außenministers, Henry Kissinger, die zwar hinsichtlich der »weltweiten Machtteilung« mit der Sowjetunion mit dem liberalen Establishment übereinstimmen, die es aber ablehnen, soviel Vertrauen in die Vertragstreue der Sowjets zu setzen, um nicht darauf zu bestehen, daß der Westen seine militärische Stärke beibehält.

Heseltine legte in seiner Rede den Schwerpunkt darauf, daß die Sowjets gerne die Formulierung »internationale ökologische Sicherheit« als Schlüssel für den Gebrauch von »Umwelt«-Themen zur Herbeiführung der Abrüstung des Westens verwenden.

Heseltine stellte ferner fest, daß eine besondere Gefahr darin liegt, daß die Sowjets ihre »Green Peace«-Manöver auf die Bundesrepublik Deutschland konzentrieren, gegen die Modernisierung der NATO-Bewaffnung und gegen die Aufstellung von Kurzstrecken-Raketen. Die Sowjets werden damit argumentieren, daß die NATO-Waffen die Umwelt zerstören und daß die Weigerung des Westens, abzurüsten, die Sowjets dazu zwingt, weiter zu rüsten, wodurch die Umwelt natürlich noch mehr verschlechtert wird. Solche Argumente, sagte Heseltine, finden unter der bundesdeutschen Wählerschaft eine besonders starke Resonanz.

Der Grund, warum die Sowjets in »Umwelt-Angelegenheiten« auf internationale Zusammenarbeit drängen, müsse darin gesehen werden, daß die Technologien zur Überwachung der Umwelt, über die Raumtechnik als auch über die Computer-Technik, sowie im militärischen Bereich angewendet werden können. □

Walesa sieht kaum Chancen für Gespräche

Der Führer der polnischen Solidarnosc, Lech Walesa, sagte, es beständen keine Aussichten auf Verhandlungen zwischen seiner Oppositionsbewegung und der polnischen Regierung. Er gab diese Erklärung nach zwei geheimen Gesprächen mit dem polnischen Innenminister ab.

»Im Augenblick haben ›Gespräche am runden Tisch‹ nicht die geringste Aussicht stattzufinden«, erklärte Walesa. Er sagte, er und der Innenminister Czeslaw Kiszczak hätten bei ihren Zusammenkünften geringfügige Fortschritte gemacht.

»Die kommenden Tage werden entscheidend sein. Ich wiederhole, daß Kompromisse weitreichend sein müssen, da die Wirtschaftslage schlecht ist und keine weiteren Forderungen hinsichtlich Löhne und Gehälter mehr gestellt werden können. Streikforderungen darf es nicht geben«, meinte Walesa. □

Trotzkis Sohn vom Kreml rehabilitiert

Leo Trotzkis Sohn, Sergej Sedow, der 1937 in Moskau erschossen wurde, nachdem sein Vater angeblich an einer Verschwörung beteiligt war, um Stalin zu ermorden, ist jetzt rehabilitiert worden. Die Entscheidung wurde vom sowjetischen Obersten Gericht gefällt, das im November 1988 »alle Anklagen gegen Sedow, der im Lande verblieb, als Trotzki um 1929 herum ins Exil ging, aufhob«.

Sergejs Bruder Lew wurde zu Beginn der Moskauer Säuberungen in Paris von sowjetischen Agenten ermordet.

Experten sehen in dem Beschluß, Sedow zu rehabilitieren, einen offensichtlichen Schritt zur teilweisen Rehabilitierung Trotzkis selbst. Ein weiterer Schritt erfolgte im Oktober 1988, als ein Beamter des staatlichen Publikations-Ausschusses verkündete, daß einige von Trotzkis Werken in diesem Jahr aus Anlaß seines hundertsten Geburtstags veröffentlicht werden. □

Über eine Million Jugendliche gehören Jugendsekten an

Mehr als 500 000 Jugendliche im Alter zwischen 14 und 19 Jahren gehören in der Bundesrepublik Deutschland einer sogenannten Jugendsekte an. Das ist das Ergebnis einer repräsentativen Umfrage der Universität Zürich in der Bundesrepublik, die der Wissenschaftler Alberto Godensi durchführte.

Nach seinen Angaben interessieren sich vor allem Schüler und Abiturienten für Jugendsekten. Anfällig seien auch Kinder aus Familien, die nicht den christlichen Kirchen angehörten. Wie Godensi sagte, suchten Jugendliche in Jugendsekten einen »emotionalen Ausgleich«, der ihnen in der »rationalen, aufklärerischen Gesellschaft« weitgehend versagt bleibe.

Nach den Ergebnissen der Umfrage befürworten 63 Prozent der Bevölkerung ein Berufsverbot für Lehrer und Erzieher, die Sekten angehören. 82 Prozent forderten ein gesetzliches Verbot für solche Sekten, die Kinder aus Familien lösten. □

EG-Kommission warnt vor dem Treibhauseffekt

Vor den verheerenden Folgen der Erwärmung der Erdatmosphäre durch den »Treibhauseffekt« hat die EG-Kommission in einem jezt vorgelegten Bericht an die Regierungen der zwölf Mitgliedstaaten gewarnt. In diesem Bericht werden verstärkte Anstrengungen im Bereich der Klimaforschung gefordert. Dabei müßten sich europäische Wissenschaftler insbesondere auf den Anstieg des Meeresspiegels und die zu erwartenden Folgen für Küstenstädte und -Regionen konzentrieren.

Innerhalb der kommenden 80 Jahre könnte sich das Niveau der Ozeane um 30 bis 150 Zentimeter erhöhen. Infolge des zunehmenden Treibhauseffektes drohen zudem massive Klimaverschiebungen auf der Erde. Folgen wären beispielsweise eine Dürrekatastrophe im Mittelmeerraum und Überschwemmungen in anderen Teilen Europas durch das Schmelzen alpiner Gletscher.

Eine drastische Reduzierung der für den Treibhauseffekt verantwortlichen Gase – wie Kohlendioxid und Methan – erscheint dringend geboten. Die Gemeinschaft sollte daher nach Auffassung der Kommission den Einsatz neuer Technologien im Energiebereich gezielt fördern. Ferner sollte sie sich nachdrücklich gegen die Abholzung der tropischen Regenwälder und für ihre Wiederaufforstung einset-

zen. Weitere Maßnahmen, zum Beispiel eine bessere Isolierung von Gebäuden, treibstoffsparende Autos oder die Verwendung umweltfreundlicher Energieträger wie Erdgas könnten zudem zu einer erheblichen Verringerung der Kohlendioxidbelastung beitragen.

Schließlich befürwortet die Kommission einen vollständigen Verzicht auf die Verwendung von Fluorchlorkohlenwasserstoff bis zum Jahr 2000. Sie geht damit deutlich über die Vorgaben des »Protokolls von Montreal« (1987) hinaus, das lediglich eine Reduzierung um 50 Prozent vorsieht. □

Von Nutzen und Gefahren der Gentechnik

Von fast uneingeschränkter Zustimmung bis zu großer Skepsis und der Warnung vor unabsehbaren Folgen reichten die Stellungnahmen der Experten zu gentechnologischen Aspekten der Tierproduktion in einer nichtöffentlichen Anhörung des Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten im Deutschen Bundestag.

Zum Teil bezweifelten die Parlamentarier, daß Tierschutz und Tiergesundheit gegenüber wirtschaftlichen Gesichtspunkten und immer mehr Leistungssteigerung beim Nutztier noch genügend beachtet würden. Auch befürchteten sie, daß viele Krankheiten, die jetzt mit gentechnologischen Maßnahmen bekämpft werden sollten, erst durch nicht artgerechte Haltung der Tiere hervorgerufen seien.

Daß natürlich nicht alle Probleme mit der Gentechnologie zu lösen seien, wohl aber einige am besten, betonte Professor Kräußlich vom Institut für Tierzucht und Tierhygiene in München. Bei der Bekämpfung und Eindämmung von Krankheiten sei die artgerechte Haltung der Tiere selbstverständlich von allergrößter Bedeutung. Unter ethischen Gesichtspunkten werde aber mit Hilfe der neuen Techniken nichts substantiell anderes gemacht, als Tierzüchter es immer schon getan hätten.

Professor Ellendorf vom Institut für Tierzucht und Tierverhalten in Neustadt führte aus, daß für die Bewertung gentechnologischer Maßnahmen in der Tierproduktion drei Komplexe entscheidend seien: Ihre Wirksamkeit, die Sicherheit des Tieres und des Menschen im Hinblick auf seine Gesundheit, die Qualität des Produktes und die Umwelt.

Befände sich die Tierzucht heute noch auf dem Stand der fünfziger und sechziger Jahre, dann, so Professor Kalm aus Kiel, hätten wir heute fettere Tiere, die Nahrungsmittel wären teurer und die Produkte besäßen nicht die gleiche gute Qualität.

Maßnahmen, die Gesundheit und Fruchtbarkeit der Tiere gefährdeten, würden in der Bundesrepublik nicht durchgeführt, erklärte Professor Hahn aus Hannover.

Für eine weitere verstärkte Förderung der gentechnischen Forschung auf dem Gebiet der Tiergesundheit setzte sich Professor Wittmann aus Tübingen ein. Die Gentechnologie werde zu wirksamen und unschädlichen Impfstoffen und zur Verbesserung der Diagnostik führen. Demgegenüber erklärte Professor Sommer aus Bonn, die Gentechnologie sei zwar ungeheuer attraktiv, berge aber auch unermeßliche Risiken. So seien viele Tierkrankheiten von zahlreichen Faktoren, darunter auch solchen aus der Umwelt bedingt, die gentechnisch gar nicht manipulierbar seien.

Hauptverursacher zahlreicher Krankheiten sei darüber hinaus das Verhalten des Menschen beziehungsweise die nicht artgerechte Haltung. Im übrigen werde gerade die Züchtung von »Höchstleistungstieren« bei weiter steigender Weltbevölkerung immer mehr an Bedeutung verlieren. Schließlich verursache der hohe Nutztierbestand zur Erzeugung von billigem tierischem Eiweiß heute in hohem Maß Umweltbelastung und -zerstörung.

Auch Rolf Kamphausen von der Arbeitsgemeinschaft kritische Tiermedizin beklagte, in der Forschung werde das Tier immer häufiger auf seine Gensequenz reduziert, die Vorstellung vom Tier in seiner Umwelt gehe dabei verloren. Das Tier aber sei keine Sache, sondern ein Mitgeschöpf. Insgesamt sei die Gentechnik nicht geeignet, in das Hormonsystem einzugreifen, die Tiergesundheit zu verbessern und seiner Meinung nach notwendige Änderungen in der Tierzucht herbeizuführen.

Jürgen Walter von der Forschungsgruppe Tierproduktion der Gesamthochschule Kassel warnte vor dem Glauben, die Wissenschaft könne die vielfältigen Wechselbeziehungen in verknüpften Ökosystemen gänzlich verstehen. Die Folgen technologischer Eingriffe – und das gelte eben auch für die Gentechnologie – seien in den meisten Fällen nicht vorherzusehen.

Umstritten blieb auch die Anwendung von Rinder-(BST) und Schweinewachstumshormonen(PST), die sich beide in gentechnisch veränderten Bakterien produzieren lassen. Kamphausen befürchtete schädliche Auswirkungen auf Tiergesundheit und Lebensmittelqualität. Mit den Hormonen werde in komplexe Regelvorgänge eingegriffen, ohne die Folgen abschätzen zu können. Zu erwarten seien Störungen im gesamten Hormonsystem, die dann wieder mit gentechnischen Methoden bekämpft werden müßten. Er setzte sich für eine »Umorientierung« in der Zuchtpolitik ein. Die Zuchtausrichtung solle durch Lebensleistung, gute Konstitution und ein stabiles Hormonsystem bestimmt sein. Dadurch seien gute Leistungen, gesunde Tiere und gute Lebensmittelqualität zu erreichen.

Professor Ellendorf bezeichnete BST und PST als zukünftig interessante Produktionshilfsmittel in der Tierzucht, auch wenn Nutzen und Risiken im Moment noch nicht abschließend beurteilt werden könnten. Gefahren für Mensch und Tier seien bei richtiger Anwendung nicht ersichtlich. Man müsse allerdings auch übertriebene Erwartungen auf Mehrleistungen relativieren. Er setzte sich deshalb dafür ein, die Forschungsarbeiten mit diesen Substanzen zu fördern. Das sei schon deshalb nötig, um auf die weltweiten Entwicklungen im Bereich dieser neuen Produktionsmittel vorbereitet zu sein, selbst wenn sie regional abgelehnt würden. Dazu gehöre auch, Kontrollmöglichkeiten für den Einsatz dieser Mittel zu erarbeiten. □

New-Age-Bewegung in Zahlen

Im Jahr 1987 gaben die Bundesbürger für entsprechende Literatur – Esoterik, Okkultismus, Satanismus, Hexenkult – der New-Age-Bewegung inklusive Zeitschriften und Schallplatten 560 Millionen DM aus. Im selben Jahr erzielten die deutschen Organisationen, Zentren und Zirkel des neuen Aberglaubens mit zusammen 5000 Mitarbeitern einen Umsatz von 250 Millionen DM.

Nach einer Untersuchung der Münchener »Gesellschaft für Rationelle Psychologie« stehen 59 Prozent der deutschen Frauen und 53 Prozent der Männer der New-Age-Bewegung positiv gegenüber. Bereits jeder achte Bundesbürger geht nach Erhebungen der Münchner Gesellschaft bei gesundheitlichen Beschwerden erst einmal nicht zu einem Arzt, sondern zu einem New-Age-Therapeuten.

In der Bundesrepublik sind inzwischen mehr als eine Million New-Age-Anhänger in rund 2000 Gruppen organisiert.

Allein im Raum München existieren über 500 pseudoreligiöse Gruppen, darunter die »Scientology Church«, die »Vereinigungskirche«, die »Kinder Gottes«, Anhänger des Hexenkultes und des Satanismus. □



Rüstung

Supermacht mit deutschem Know-how

Karl Richter

Das bestgehütetste Geheimnis der US-Airforce geht in die Luft: die Rede ist von dem neuen Überschallbomber B-2 mit dem Decknamen »Stealth« (Heimlichkeit). Nach der supergeheimen F-19 und einem angekündigten Überschall-Fernaufklärer, der die neun noch diensttuenden Maschinen des strategischen Fernaufklärers SR-71 »Blackbird« ersetzen soll, hat damit ein drittes »Stealth«-Projekt in Fachkreisen für eine Überraschung gesorgt.

Über den neuen Bomber sind immerhin einige Informationen an die Öffentlichkeit durchgesickert: rund 43 Meter Spannweite soll er haben, bei einem Gewicht von 125 Tonnen; seine Entwicklung dauerte 15 Jahre, wobei allein die Entwicklungskosten inzwischen von 10 auf 14 Milliarden Dollar angestiegen sein sollen. 1981 wurden die Kosten für die 132 Maschinen, die die US-Luftwaffe beschaffen will, auf 36,6 Milliarden Dollar veranschlagt. 1990 soll der B-2 in Serie gehen.

Unsichtbarkeit auf dem Radarschirm

Der Bomber ist das bislang aufwendigste Projekt einer neuen Generation von Flugzeugen, die sämtlich unter der Bezeichnung »Stealth« laufen. Schon seit 1982 fliegt die Airforce einen leichten Jagdbomber, der auf ein Entwicklungsprogramm des Luftfahrtkonzerns Lockheed zurückgeht und von dem unter der Typenbezeichnung F-19 oder F-117 A gemunkelt wird. Im August 1982 und im Oktober 1987 sind zwei Maschinen bei Erprobungsflügen verlorengegangen, ohne daß die Luftwaffe den Typ nannte oder auch nur die Existenz der F-19 bestätigte.

Daß die neuen Geheimflugzeuge auch im Luftraum wenigstens eine zeitlang geheim bleiben durften, ist das Resultat von »Stealth«. Dabei handelt es sich um eine mehrere Komponenten umfassende Technologie, die vor allem eines zum Ziel hat: Die Unsichtbarkeit des Flugzeugs auf den Radarschirmen des Gegners.

Das Mittelteil der deutschen Konstruktion eines Nurflügel-Kampfjägers, der im Zweiten Weltkrieg gebaut wurde und Vorläufer des »Stealth«-Bombers war.

An der Verwirklichung dieses Zieles arbeiten Flugzeugkonstrukteure, solange es Radar gibt. Waren es im Zweiten Weltkrieg Staniolpapierstreifen, die, in Massen abgeworfen, die deutsche Flugabwehr irreleiten sollten, so sind die Methoden seither immer raffinierter geworden. Ein Vergleich der gängigen US-Flugzeugtypen seit den Sechzigerjahren zeigt, welcher Weg dabei beschritten wurde. Angestrebt wurde und wird das kleinstmögliche »Radarprofil«. Das heißt, flächige oder kantige Strukturen des Flugzeugs, die auf die Maschine auftreffende Radarwellen reflektieren und an die Sendestation zurückstrahlen, müssen nach Möglichkeit vermieden werden.

Meilenstein im Flugzeugbau

In dieser Richtung sind in den letzten beiden Jahrzehnten auch beachtliche Erfolge erzielt worden, die alte B-52 mit ihrem fast drei Meter dicken Rumpf, dem fast 15 Meter hohen Leitwerk und den vier an den Flügeln aufgehängten Doppelgondeln für die acht Strahltriebwerke kommt auf eine Radarrückstrahlfläche von beinahe 60 Quadratmetern. In der Folgezeit bestimmten immer weichere Übergänge, möglichst ohne Kanten und Vorsprünge, das Erscheinungsbild der einzelnen Flugzeugtypen. Schon beim B-1 oder dem Jagdflugzeug F-16 ragen die Tragflächen nicht mehr einfach aus dem Rumpf heraus. Dennoch kommt selbst der relative junge B-1-Riese noch immer auf eine Radarrückstrahlfläche von stattlichen 12 Quadratmetern.

Mit der »Stealth«-Generation haben die Konstrukteure jetzt den konsequenten Schritt in Richtung »Unsichtbarkeit« getan. So ähnelt der nach wie vor streng geheime F-19-Jagdbomber mit seinem langgezogenen Ovalprofil eher einer überdimensionalen Wanze denn einem Flugzeug herkömmlicher Vorstellung. Sogar das Cockpit, bisher immer noch Schwachpunkt im radarschlüpfrigen Outfit, ist hier fast zur Gänze in den Rumpf integriert und zudem mit einer hauchdünnen Goldbeschichtung versehen, die die Radarstrahlen am Eindringen ins Cockpitinnere hindern sollen, wo sie sich »verfängen« und reflektieren könnten.

Richtziel der »Stealth«-Generation ist eine Rückstrahlfläche von nurmehr einem Quadratmeter; auf dem Radarschirm entspricht das der Größe eines Tennisballs. Was das für einen Gegner der USA bedeuten könnte, formulierte ein amerikanischer General unlängst so: »Mit der SR-71 wußten sie zwar, daß wir da waren, konnten uns aber nicht treffen. Jetzt wissen sie nicht einmal, daß wir da sind.«

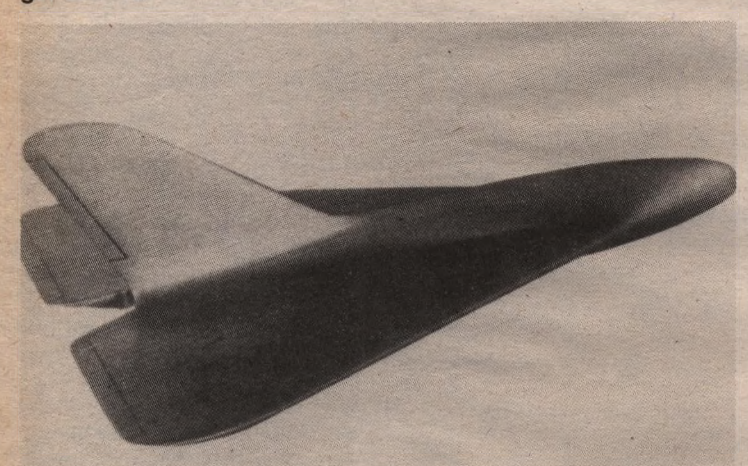
Alle Errungenschaften der radar-abweisenden US-Spitzentechnologie soll nun der B-2-Bomber, der im US-Verteidigungsministerium unter dem Kürzel ATB (Advanced Tactical Bomber) läuft, in sich vereinigen. Die verschiedenen mittlerweile in der Öffentlichkeit kursierenden Phantombilder der B-2, der ab 1990 den soeben erst in Dienst gestellten B-1 ersetzen soll, weichen zwar nicht nur in Details zum Teil erheblich voneinander ab. Soviel allerdings läßt auch ein flüchtiger Vergleich der einzelnen Versionen erkennen, daß der supergeheime Überschallbomber einen Meilenstein in der Geschichte des Flugzeugbaus darstellt.

Die ganze Maschine ist eine einzige Tragfläche

Punkt eins: Der B-2 ist ein Flugzeug weitgehend ohne »harte« Konturen, kein Leitwerk, kein Cockpit, keine weitausladenden Tragflächen, nicht einmal ein

Rumpf – nichts, was ein nennenswertes Radarecho abgeben könnte. Als Grundidee liegt dem B-2 die des Nurflügelflugzeugs zugrunde: die ganze Maschine ist praktisch eine einzige Tragfläche, der Form nach einem Bumerang ähnlich, in dem Triebwerkschächte, Rumpf und Bombenlast versteckt sind. Nur Cockpit und Lufteinlässe fallen als buckelige Ausformungen zwar ins Auge, auf dem Radarschirm indes nicht ins Gewicht. Das Leitwerk fehlt beziehungsweise ist Teil des Flügelrumpfes.

Aus dem reichsdeutschen Science-fiction-Arsenal: Nurflügeljäger Li-P 12.



Das letzte Modell eines Überschalljägers aus dem Jahr 1945 mit der Bezeichnung Li-P 14.

Ob, wie auf einigen Modellzeichnungen zu erkennen, der ganze Flugzeugkörper nach unten zu leicht konkav gewölbt ist, läßt sich bislang nicht bestätigen; eine solche Konstruktion hätte immerhin den Vorteil, daß auftreffende Radarwellen wie an einem Hohlspiegel zerstreut würden, so daß nur wenige Strahlen zur Antenne zurückgeworfen werden.

Das Nurflügel-Konzept ist in der US-Luftwaffe übrigens nicht neu. Bereits in den späten Vierzigerjahren kamen Northrop-Nurflügler als B-35 und B-49 bei der Airforce zur Verwendung, ohne allerdings auf viel Gegenliebe zu stoßen. Der Luftfahrtkonzern Northrop ist es auch, der jetzt in Zusammenarbeit mit Boeing und Ling-Temco Vought den »Stealth«-Bomber konzipiert hat.

Punkt zwei der »Advanced Technology«: Nicht nur die Außenkonturen des B-2 wurden »geglättet«, sondern auch seine »Spuren« im Luftraum. Sowohl verräterische Turbulenzen wie heiße Auspuffgase der Turbinen, die ein Radar erfassen könnte, werden abgeschirmt, so daß sich die Maschine im Einsatz beinahe ohne thermische »Fingerabdrücke« bewegt.

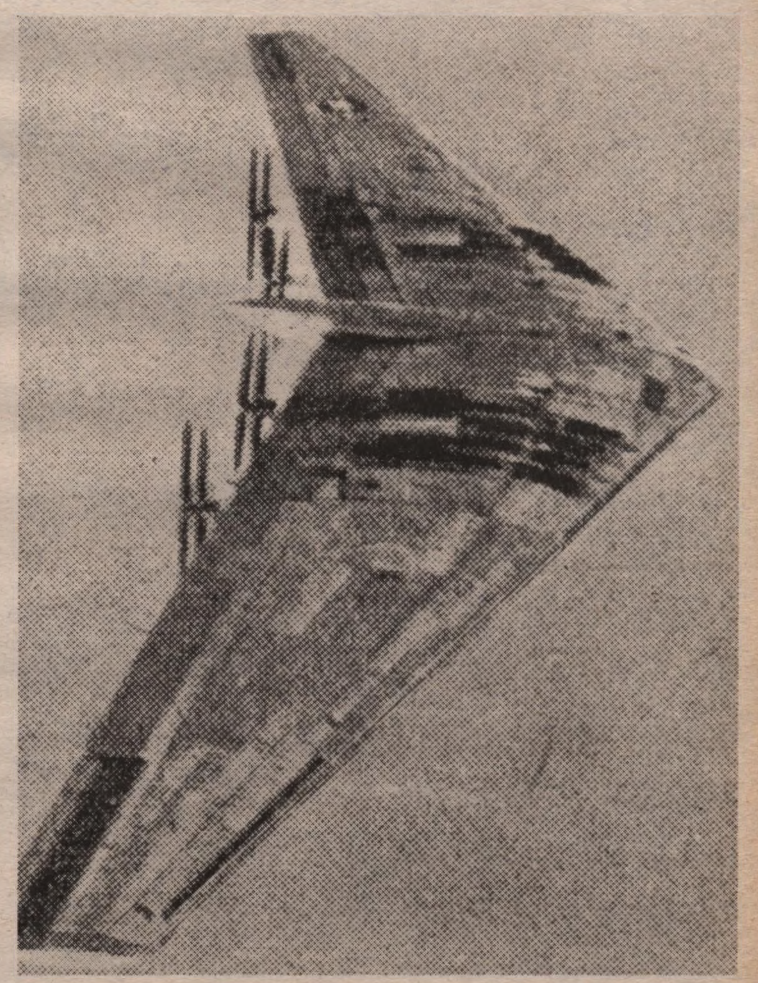
Punkt drei: Die Ferrit-Beschichtung des ATB. Schon seit langem sind Wissenschaftler in Ost und West damit beschäftigt, eine radar-absorbierende Beschichtung für Flugzeuge zu entwickeln. Aber weder spezielle Farben noch nicht-metallische Schichten aus Kunststoff oder Keramik, in denen sich die Radarimpulse »verirren« und dabei Energie verlieren sollen, haben bislang zu durchschlagenden Erfolgen geführt.

Das liegt daran, daß Radargeräte sehr unterschiedliche Schwingungszahlen und Wellenlängen benutzen, die vom Millimeterbereich mit 18 Milliarden Schwingungen bis zu Wellen im Zentimeterbereich bei drei bis vier Milliarden Schwingungen pro Sekunde reichen können. Nun kann eine Schutzschicht jedoch immer nur Strahlen von bestimmter Wellenlänge schlucken – derjenigen Wellenlänge, die etwa der Dicke der Beschichtung entspricht. Gegen das im Zentimeterbereich arbeitende Bodenradar würde demzufolge nur eine zentimeterdicke Schicht schützen, was in der Praxis aus naheliegenden Gründen indiskutabel ist.

Japanischen Wissenschaftlern ist es nun gelungen, eine Spezialfarbe zu entwickeln, deren Hauptbestandteil mikroskopisch kleine Ferrit-Teilchen sind. Als Ferrite werden Eisenverbindungen bezeichnet, wie sie unter anderem zur Herstellung von Dauermagneten und Antennen verwendet werden. Darüber hinaus eignet sich ein Ferrit-Anstrich hervorragend zur Absorption von Mikrowellen, insbesondere im Gigahertz-Bereich, aber selbst bis in den Millimeterbereich hinein.

Die Produktion größerer Mengen des Anstrichs mit den phänomenalen Eigenschaften schien bislang, obgleich technisch durchführbar, nicht rentabel. Mit einem möglichen Auftrag über die Ausstattung von 132 »Stealth«-Bombern der US-Luftwaffe mit der neuen Beschichtung dürfte sich dies allerdings schlagartig geändert haben.

Alles in allem ist davon auszugehen, daß das Richtziel von einem Quadratmeter Radarrückstrahlfläche, das sich die amerikanischen Flugzeughersteller gesteckt haben, mit dem ATB-Projekt erreicht worden ist. Kein Erfolg auf Dauer, gewiß, wenn



Dem deutschen Horton-Großbomber nachgebaut: US-Nurflügelbomber YB-35 aus den fünfziger Jahren.

Rüstung

Supermacht mit deutschem Know-how

man bedenkt, daß in der Geschichte der Waffentechnologie bislang noch jede Errungenschaft durch eine Entwicklung des potentiellen Gegners in ihrem Wert zumindest relativiert wurde; aber ein achtbarer Erfolg bleibt der B-2 allemal.

Ob nur für die US-Luftfahrtindustrie, steht indes zu bezweifeln.

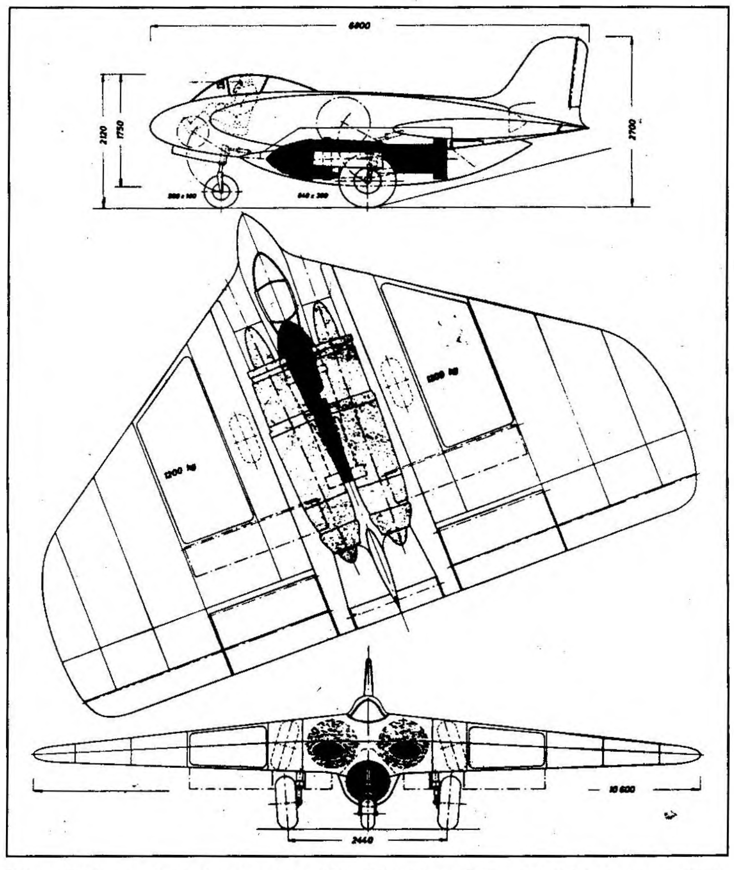
Supermächte profitieren von deutscher Technologie

Als während des Koreakrieges das Erscheinen der sowjetischen MiG-15 den Westmächten einen kräftigen Schock versetzte, wurden diesseits des Eisernen Vorhangs bald Stimmen laut, die bestritten, daß der neue Jäger in den Köpfen sowjetischer Flugzeugkonstrukteure entstanden sei. Wir wissen heute, daß dieses Mißtrauen nicht nur berechtigt war, sondern sich auf höchst reale Gegebenheiten gründete.

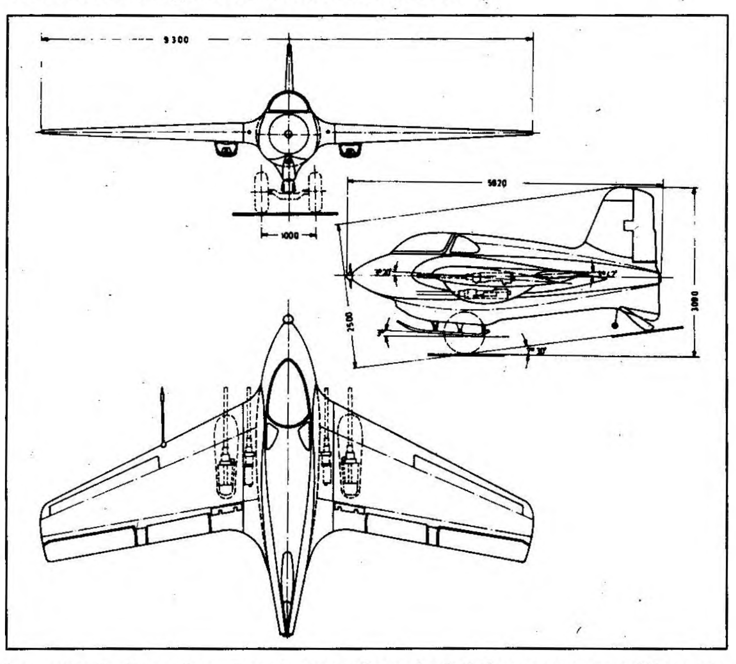
Im Verlauf des Sommer 1945 hatten die in Deutschland arbeitenden Nachrichtendienste der US-Luftwaffe einen Flügel des nicht mehr zum Einsatz gekommenen Raketenjägers Ju-262 sichergestellt. Die als »Fledermausflügel« bekanntgewordene Tragfläche hatte bis dahin noch bei keinem anderen Flugzeugtyp Verwendung gefunden, war also für die Alliierten ein kostbarer Fang.

Als noch wertvoller erwies sich allerdings der ebenfalls von den Amerikanern aufgefundene Geheimbericht eines deutschen Konstruktionsbüros, in dem die Erfahrungen und Testergebnisse im Windkanal mit schräg nach hinten gerichteten Flügeln niedergelegt waren. Beide Funde – für die selbstredend weder das deutsche Unternehmen noch das daniederliegende Reich in irgendeiner Weise entschädigt wurden – ersparten den US-Firmen jahrelange Forschungen und ermöglichten den Amerikanern dann bereits wenige Jahre später die Fertigstellung ihres ersten Pfeilflügel-Jägers, der North-American F-86 »Sabre«.

Zur gleichen Zeit waren auch die Sowjets auf die deutschen Forschungsergebnisse gestoßen. Konstrukteure und Techniker der deutschen Luftfahrtindustrie waren, soweit man ihrer habhaft werden konnte, bereits unmittelbar nach dem Einzug der Roten Armee gefaßt und in die UdSSR gebracht worden, wo 150 Kilometer nördlich von Moskau zwei Lagerdörfer für sie errichtet wurden. Im Oktober 1946 umfaßte die Siedlung, für die sich auch unter den Sowjets bald die Bezeichnung »Malaja Germania« (Klein-Deutschland) durchsetzte, 2000 Personen, vor allem Spezialisten der deutschen Flugzeugbranche mit ihren Familien.



Eine Skizze des deutschen Nurflügelprojekts P-11, die den Alliierten bei Kriegsende in die Hände fiel.



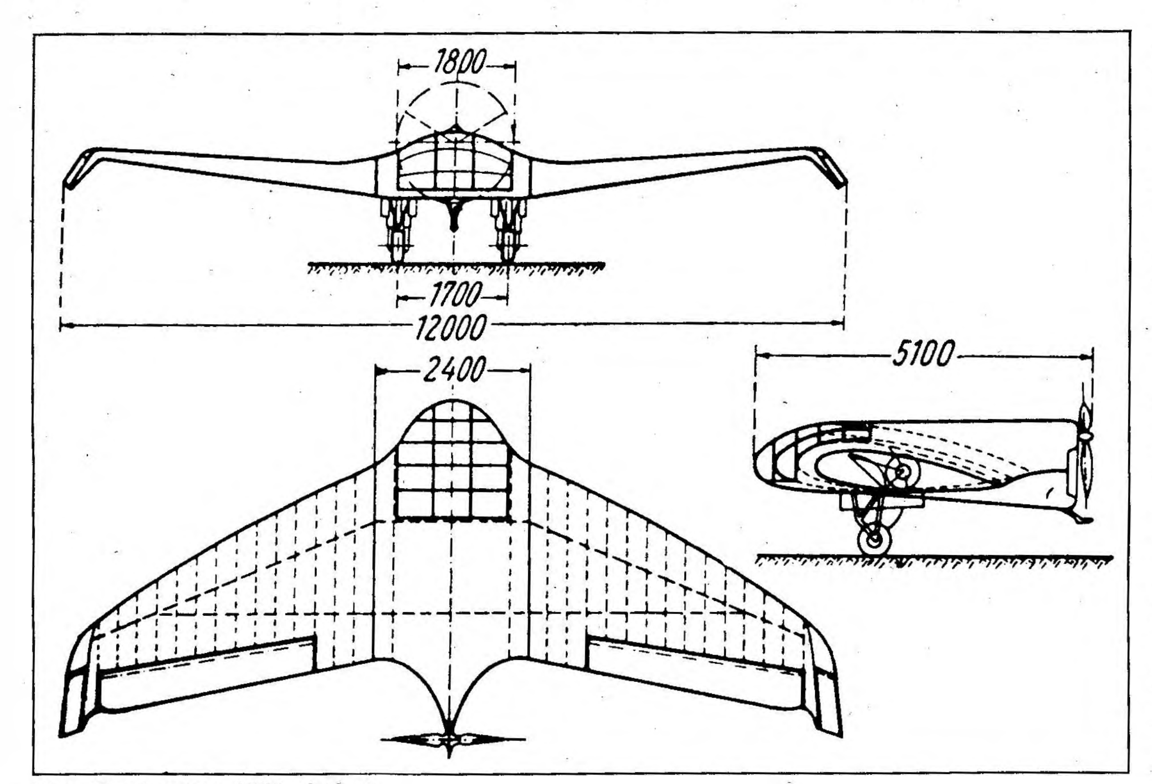
In entscheidenden Bereichen »hundert Jahre voraus«: Messerschmitt-Raketenjäger Me-163 B, der 1941 die Schallmauer durchbrach.

Prominentester Kopf unter den Internierten war Dr. Brunolf Baade, unter dessen Leitung noch in den letzten Monaten des Krieges der Prototyp des Düsenbombers Ju-287 V-2 fertiggestellt worden war, die Spitzenkonstruktion unter den deutschen Strahlbomberprojekten. Neben Baade war für die Sowjets vor allem Professor Gunther wichtig, der auf der Grundlage der von der Roten Armee erbeuteten Aufzeichnungen die MiG-15 entwickelte. Weder Gunther noch Baade bekamen im übrigen das Ergebnis ihrer Arbeit jemals zu Gesicht, wohl aber die schockierten amerikanischen Piloten, die im Himmel über Korea mit dem sowjetisch-deutschen Jäger konfrontiert wurden.

Gunther dementierte zwar nach seiner Rückkehr nach Deutschland im Jahr 1954 seine Urheberschaft an dem Sowjet-Jäger. Westliche Fachleute, allen voran der Pionier auf dem Gebiet des Strahlantriebs, Ernst Heinkel, hatten jedoch seine Handschrift zu klar aus der MiG-15 herausgelesen, als daß das Dementi sie hätte überzeugen können.

Die Situation ist in ihrer Verdrehtheit bezeichnend für weite Bereiche der Nachkriegsgeschichte, der »Welt nach Jalta«: Über Korea fochten Amerikaner und Chinesen ihre Luftkämpfe mit Maschinen aus, die einander umso ähnlicher waren, als beide, MiG-15 wie F-86, auf deutschen Forschungsergebnissen der letzten Kriegsjahre fußten; aber die Konstrukteure, die mit zum Beutegut des verlorenen Krieges gehörten und die gezwungenermaßen ihren Beitrag zum militärischen Aufstieg der Supermächte leisteten, waren zum Schweigen verurteilt. Beim ersten Luftkampf zwischen Düsenjägern beider Typen, der am 8. November 1950 stattfand, blieb übrigens die »amerikanische« Maschine Sieger.

Nicht wenige Indizien sprechen dafür, daß die Supermächte vier Jahrzehnte nach der Niederwerfung des Reiches noch immer von der deutschen Spitzentechnologie der Kriegsjahre 1942–1945 profitieren. Dies läßt sich nicht zuletzt am Beispiel des »Stealth«-Bombers B-2 und der beiden anderen projektierten »Stealth«-Flugzeuge belegen.



Vom September 1941 datiert dieser deutsche Entwurf (P 08) für einen schwanzlosen viermotorigen Bomber.

Um zu begreifen, in welchen geschichtlichen Dimensionen sich diese Vorgänge eigentlich bewegen, muß man sich Folgen vor Augen führen: Pläne, wie mit den Achsenmächten und insbesondere mit Deutschland nach dem Kriege zu verfahren sei, bestanden bei den Alliierten seit den ersten Kriegsjahren. Die sogenannte »Atlantik«-Charta, die auf einer Aussprache Churchills mit dem Präsidenten der zu diesem Zeitpunkt noch neutralen Vereinigten Staaten, Franklin D. Roosevelt, beruht, gehört hierher, aber ebenso die in ihren Forderungen bereits wesentlich weitergehende Überlegungen eines Th. N. Kaufman, ebenfalls im Sommer 1941, die heute als »Kaufman-Plan« bekannt sind und die weitgehende Liquidierung des deutschen Volkes zum Ziel hatten.

Totale Ausplünderung des besiegten Gegners

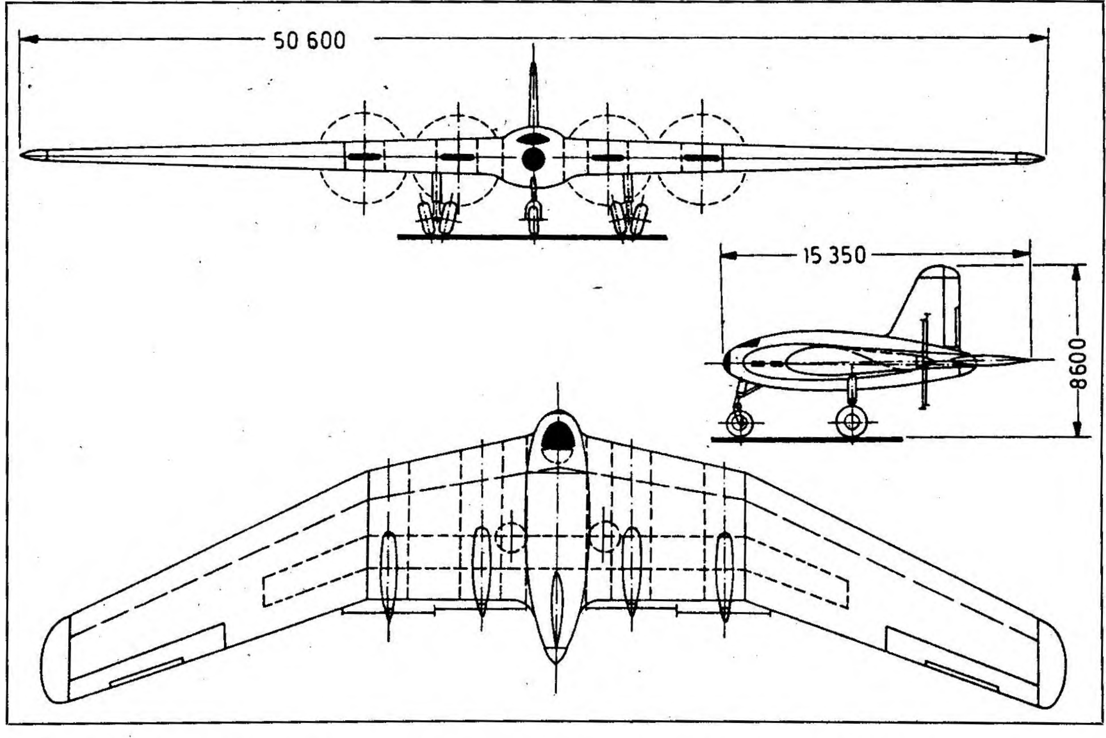
Die alliierten Vorstellungen gewannen umso klarer Konturen, je länger der Krieg dauerte und je unvermeidlicher sich die militärische Niederlage des Reiches am weltpolitischen Horizont abzeichnete. So fanden sich die Verbündeten Großbritanniens, USA und UdSSR – Frankreich blieb außen vor – im November 1944 in der European Advisory Commission zusammen, um sich nunmehr auch über die wirtschaftliche, industrielle, ja infrastrukturelle Beutemasse des um sein Überleben ringenden Reiches handelseins zu werden.

Von diesem Zeitpunkt an erstreckte sich der alliierte Gewahrsamsanspruch nicht mehr »nur« auf das politische Nachkriegsschicksal der Deutschen, sondern auch auf alle in Besitz genommenen Industrieanlagen, alle vorgefundenen Dokumente, Verfahrensunterlagen, Informationen technischer und wirtschaftlicher Art, vor allem Patentschriften, sowie auf alle wehr- und rüstungstechnisch bedeutenden Objekte, derer man habhaft werden konnte.

Die alliierte Vereinbarung, daß die vorgefundenen Objekte und Dokumente solange sicherzustellen und vor der Vernichtung zu bewahren seien, bis man sich gemeinsam über ihre weitere Verwendung geeinigt haben würde, war von Anfang an Makulatur. Es ging um nicht mehr und nicht weniger als die – historisch einzigartige – totale Ausplünderung eines besiegten Gegners, mit dem erklärten Ziel, ihn für alle Zeit wehrlos zu machen.

Raubfeldzug unter dem Decknamen »Paperclip«

Vor den Menschen haltzumachen bestand für die Sieger keine Veranlassung. Stalin gab dem Leiter der sowjetischen Sonderkommission, die eigens für die Einvernahme der Beutemasse ins Leben gerufen wurde, folgende Weisung: »Genosse Malenkow, Sie bilden in der Sonderkommission möglichst viele kleine Sonderkommandos und bringen mit ihrer Hilfe alle deutschen Rüstungswerke schlagartig und möglichst vor deren Zerstörung in unseren Besitz. . . Was Sie dabei an Wissenschaftlern in die Hand bekommen, halten Sie fest. Mit guten Versprechungen und, wenn die nichts fruchten, mit Gewalt. Wir sind berechtigt, alle Rüstungswerke und andere wichtige Anlagen als Reparationen zu beschlagnahmen. . . Alle Menschen, die befähigt sind, diese Maschinen und Apparate zu be-



Nurflügel-Versuchsflugzeug »Delta V« aus dem Jahr 1937/38, ein Urahn des B-2-Bombers?

Rüstung

Supermacht mit deutschem Know-how

dienen und am Aufbau unserer Rüstung mitzuwirken, sind in Gewahrsam zu nehmen.«

In der Praxis verfuhren jedoch nicht nur die Sowjets, sondern auch die Westalliierten einschließlich Frankreichs, ja selbst Australien nach dieser Richtschnur. Die Leitung der britischen Sonderkommission BIOS (British Intelligence Objective Sub-Committee) räumte freimütig ein: »Die Fabrikationsgeheimnisse, die wir Deutschland abnehmen, sind ein härterer Schlag als der Verlust Ostpreußens.«

Unter dem Strich: Unmittelbar nach Kriegsende, zum Teil bereits vor dem Ende der Kampfhandlungen, nahmen im Reichsgebiet Tausende Angehörige der alliierten Suchkommissionen ihre Tätigkeit auf; allein die sowjetische Kommission umfaßte rund 70 000 Agenten und Spezialisten.

Bei den Westalliierten lief der Raubfeldzug unter dem Decknamen »Paperclip« – nach den Steckreitern auf der Suchkarte nach deutschen Wissenschaftlern. Die Sowjets deportierten am 22. Oktober 1946 in einer großangelegten Nacht- und Nebelaktion an die 20 000 deutsche Spezialisten, teilweise mit ihren Familien, in die UdSSR.

Am »lebenden Wissen« des Reiches, den Forschern und Wissenschaftlern kriegswichtiger Industriesparten, hielten sich aber auch die Amerikaner schadlos: Nach Angaben des US-Verteidigungsministeriums vom Februar 1950 wurden bis zu diesem Zeitpunkt 24 000 deutsche Fachleute und Techniker »ausführlich befragt« und von diesen 523 in die Vereinigten Staaten verbracht; hiervon wiederum seien 362 »eingeladen« worden, Schritte zur Einbürgerung in die USA zu tun, was auch erfolgt sei. Und schon bis zum Frühjahr 1949, so jedenfalls ein Offizier des »Paperclip«-Stabes, hatten diese deutschen Wissenschaftler den USA mindestens 1000 Millionen Dollar an Rüstungskosten und zehn Jahre Entwicklungszeit gespart.

Im einzelnen wurde – außer Menschen – beschlagnahmt beziehungsweise demontiert und in die Siegerstaaten abgeführt: Fertigungsstätten und Werke der deutschen Kriegs- und Schwerindustrie, die optische, chemische und Maschinenindustrie, die gesamte deutsche Handelsflotte, Tausende von zivilen Nutzfahrzeugen, Teile des Gleiskörpers der Reichsbahn, Gold- und Devisenbestände, der gesamte Auslandsbesitz sowie die deutschen Auslandspatente.

Vor allem Patente. Gleich nach der Kapitulation ergriffen die sowjetischen Sonderkommandos vom Reichspatentamt, das seinen Sitz im völlig zerstörten Berlin hatte, Besitz und verfügten den Abtransport eines kompletten Satzes der deutschen Patentschriften in die UdSSR. Im Juli kamen dann die ersten amerikanischen Suchtrupps. Schon im ersten Monat wurde von ihnen auf 30 000 Metern Mikrofilm ein Großteil des deutschen Patentwissens gespeichert und in die USA versandt. In den folgenden Monaten kamen noch rund 3000 Tonnen nach, so viel, daß das Aktenmaterial bald nicht mehr gesichtet werden konnte und nurmehr das Papiergewicht angegeben wurde.

Die US-Luftforschungsanstalt in Wright-Field im US-Bundesstaat Ohio kam so zur unbestritten größten Sammlung erbeuteter Geheimverfahren der Welt: sie erhielt 1554 Tonnen Dokumente.

Ein Verlust von unzähligen Goldmilliarden

Schätzungen zufolge lagern im OTS (Office of Technical Services) in Washington über eine Million einzelner Erfindungen, die der Bearbeitung harren. Bei realistischer Einschätzung der Dinge dürfte dies bis auf den heutigen Tag nicht annähernd geschehen sein. Dem Reich freilich wurde durch die bis heute unentschädigte Wegnahme dieser in ihrem wirtschaftlichen Wert vielfach garnicht zu benennenden Dokumente ein Verlust von unzähligen Goldmilliarden zugefügt, die Verluste, die aus der Deportation von Arbeitskräften und Spezialisten erwuchsen, nicht eingeschlossen.

Statt dem Wiederaufbau Deutschlands kam das »lebende« wie das schriftlich fixierte Wissen des Reichs dem technologischen und wirtschaftlichen Fortschritt der Siegermächte in Ost und West zugute. Ein Washingtoner OTS-Beamter nannte seine Behörde denn auch einmal ganz unbefangen »die einzige Quelle dieser Art in der Welt, die erste vollständige Aussaugung der Erfinderkraft eines großen, intelligenten Volkes«.

Was wurde nun von den Siegern erbeutet?

Über den Wert des angeeigneten Know-hows wurden sich die neuen Nutznießer meist bald klar. Als das deutsche U-Boot U-234, das im Frühjahr 1945 umfangreiches Mikrofilmmaterial über den neuesten Stand kriegswichtiger deutscher Entwicklungen, speziell auf dem Sektor der Raketen- und Raketenabwehrtechnik sowie der Hoch- und Niederfrequenztechnik, nach Japan bringen sollte, nach der Kapitulation von Amerikanern aufgebracht wurde, waren sie zunächst sprachlos. Wochen später teilte der Leiter des Untersuchungsteams der Mannschaft mit, daß sie sich der Bedeutung ihrer Fracht offenbar nicht bewußt gewesen sei. In entscheidenden technischen Bereichen seien die deutschen Konstrukteure den Westmächten »100 Jahre voraus« gewesen: Sie hatten dazu drei bis maximal fünf Jahre gebraucht.

Zurück zum B-2-Bomber. Die frühesten Versuche mit Nurflüglern – der »Stealth«-Bomber basiert auf dieser aerodynamischen Grundidee – datieren in den USA aus den späten vierziger Jahren. Bekannt sind die Projekte B-35 und B-49; beim B-35 handelte es sich um einen achtmotorigen Großbomber, der von vier Druckschraubenaggregaten zu je zwei hintereinander gelagerten Propellern angetrieben wurde. Das Cockpit ist in die Tragfläche integriert. Der B-49, der in den Fünfzigern bei Boeing gebaut wurde, verfügte über zehn Strahltriebwerke, stieß aber bei der Airforce nicht eben auf Begeisterung. Bei der Entwicklung des B-2 haben Northrop und Boeing offenbar weitgehend auf die alten Konzepte aus den Vierzigern zurückgegriffen.

Prototyp des Nurflügel-Flugzeuges entstand 1937

Anders als in den Vereinigten Staaten wurde in Deutschland schon seit den Pioniertagen der Luftfahrt mit Nurflüglern experimentiert. Dabei machte man sich im Grunde keine menschliche Erfindung zunutze, sondern konnte auf einer Errungenschaft der Natur aufbauen. Über die erstaunlichen Gleiteigenschaften des Flugsamens einer tropischen Kletterpflanze hatte zuerst Professor Ahlban im Jahr 1903 berichtet; wenig später entstanden in Österreich, England und Frankreich die ersten Modelle und Prototypen von Nurflüglern.

Es war dann Professor Junkers, der 1912 als erster eine Konstruktion patentieren ließ, deren Hauptmerkmal ein einziger freitragender, unbespannter, dicker Flügel war; der »Gleitflieger« war geboren, Versionen mit Motorantrieb waren ausdrücklich vorgesehen.

Während des Ersten Weltkrieges wurden bei Junkers zahlreiche Tragflügelformen, darunter auch einige Nurflügelmodelle, im Windkanal erprobt. Zur praktischen Verwendung an der Front gelangten diese Konzepte jedoch nicht mehr.

Forciert wurde die Entwicklung von Nurflüglern in der Weimarer Zeit. An die Spitze der Forschung setzte sich jetzt der Konstrukteur Alexander Lippisch (1894–1976), der nach einer ganzen Reihe von Gleitmodellen Ende der zwanziger Jahre dazu überging, seine »Storch«-Nurflügler mit Motorantrieb auszustatten. Für die Zeit geradezu revolutionär mutet der Entwurf eines Raketenflugzeugs (1929) an; der bescheidene Stand der Raketentechnologie, die gleichfalls erst in den Kinderschuhen steckte, ließ die Weiterverfolgung dieses Entwicklungsstranges vorerst illusorisch erscheinen.

In den dreißiger Jahren flog Lippisch dann bereits durchweg motorisiert. Seine Entwürfe aus diesen Jahren zeigen die geradezu visionäre Kraft seines erfinde-

rischen Geistes, der der orthodoxen Luftfahrtforschung im Inland wie im Ausland um Jahre vorauseilte. So gehörte Lippisch zu den ersten Flugzeugkonstrukteuren, die mit gepfeilten, also schräg nach hinten weisenden Tragflächen experimentierte – ein technisches Detail, das erst bei Geschwindigkeiten im Schallmauerbereich zum Tragen kommt; erst MiG-15 und F-80, beide aufgrund deutscher Erfahrungen mit gepfeilten Flügeln von den Alliierten des Zweiten Weltkriegs in Auftrag gegeben, sollten eineinhalb Jahrzehnte später »offiziell« die Schallmauer durchbrechen.

»Inoffiziell« gelang dies schon im Oktober 1941 der Messerschmitt Me-163, an deren Profil Lippisch ebenfalls maßgeblich beteiligt war.

1937/38 entstand der Prototyp eines schwanzlosen Nurflügelflugzeugs, das von einer Druckschraube angetrieben wurde und ein fast völlig im Flügelrumpf verschwindendes Cockpit aufweist. Zahlreiche technische Einzelheiten, die in den Dreißigern und Vierzigern unter aerodynamischen Gesichtspunkten entwickelt und erprobt wurden, gewinnen heute, wie das Outfit der »Stealth«-Generation nahelegt, unter dem Aspekt der »Radarschlüpfrigkeit« unversehens von neuem an Bedeutung. Manches spricht dafür, Lippischs »Delta V«-Versuchsflugzeug (1938) als den Urahn des B-2 anzusprechen.

Das Zukunftsweisende und Revolutionäre

Während des Krieges liefen die Nurflügelprojekte so ziemlich bei allen bedeutenden Flugzeugfirmen Deutschlands. Lippisch forschte und konstruierte mit unvermindertem Elan weiter, zunächst bei Messerschmitt, ab 1943 als Leiter der Luftfahrtforschungsanstalt in Wien (LFW). Vom September 1941 datiert sein Entwurf (P 08) für einen schwanzlosen viermotorigen Bomber von 50,60 Metern Spannweite.

Daneben entstanden seit Kriegsbeginn zahlreiche Pläne für Nurflügler mit Turboantrieb, Schnellbomber, Zerstörer und Abfangjäger. Mit am bekanntesten dürfte seine Konzeption eines Überschalljägers mit konsequent durchgezogenem Delta-Profil sein. Das letzte Modell dieser Typenreihe vom Frühjahr 1945 trägt die Bezeichnung Li P-14, ein Strahljäger mit zwei Turbinen, der nicht nur auf den ersten Blick wie der perfekt durchgestylte Ahnherr der zeitgenössischen US-»Space Shuttles« wirkt.

Ähnliches gilt für den Entwurf eines Nurflügel-Turboschnellbombers vom Mai 1943, der voll im Flügelrumpf versteckte Turbinen und verdeckte Austrittsöffnungen zeigt.

Das Zukunftsweisende, ja Revolutionäre all dieser Entwürfe und Projekte ist mit Worten schwer zu umreißen. Lippischs Konstruktionsskizzen sprechen für sich, nicht nur im Vergleich mit den alliierten Nachkriegsmodellen. Zum Fronteinsatz ist keines der anvisierten Wunderflugzeuge mehr gelangt. Dafür ging Lippisch nach Kriegsende als einer der ersten deutschen Spezialisten ins »Paperclip«-Netz.

Nurflügelflugzeuge wurden während des Krieges auch von Messerschmitt, Arado und Horten entworfen. Beim Vergleich der erhaltenen Modelle und technischen Skizzen wird deutlich, wie weit vorangeschritten die deutsche Nurflügel-Technologie bei Kriegsende tatsächlich war – auf dem Papier. Weder der Messerschmitt-Fernbomber P-1108 mit vier Turbinentriebwerken, einer geplanten Reichweite von 9000 Kilometern und einer Durchschnittsgeschwindigkeit im Schallmauerbereich wurde je gebaut noch der vierstrahlige Junkers-Nurflügelbomber EF-130 oder der von Arado konzipierte Jäger Arado E-581, dessen Reichweite durch eine besondere Anbringung der Treibstoffbehälter erheblich erhöht worden war.

Mit Hinblick auf die alliierten Nachkriegsentwicklungen verdienen vor allem die Flugzeugpläne der Gebrüder Horten Beachtung. Nach Kriegsende waren nicht nur ihre auf dem Nurflügelprinzip basierenden Hochleistungssegelflugzeuge für die Amerikaner von Interesse, obschon beispielsweise der Grundriß des Ho-IV-Flügels später für den Langstreckenbomber B-52 herangezogen wurde.

Größeres Aufsehen erregten freilich die motorisierten Horten-Nurflügler. Die aussichtsreichsten Vorhaben, die dann bei den US-Nurflügelbombern der vierziger und fünfziger Jahre Pate standen, war zum einen die Ho-VIII, die als Transporter von 48 Meter Spannweite gebaut wurde und sechs Argus-As-10-Motoren erhielt; sie sollte drei Mann Besatzung erhalten und im Juli 1945 zum ersten Mal starten.

US-Konstrukteure bedienen sich deutscher Pläne

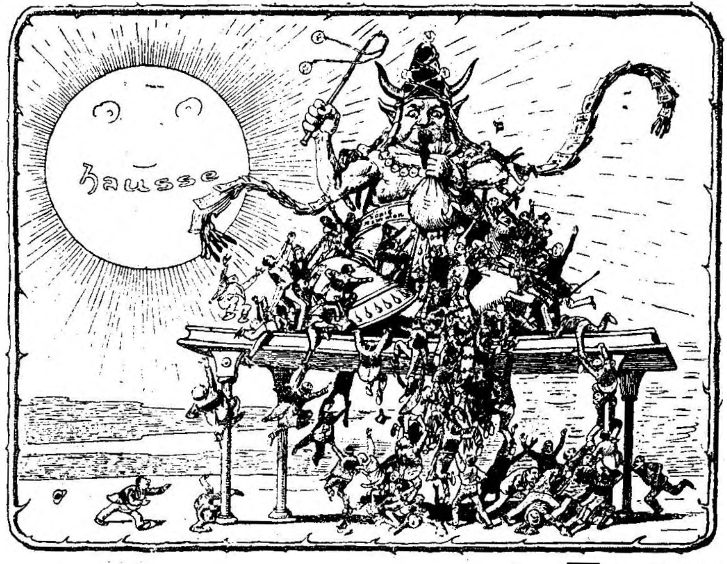
Zum anderen die Ho-XVIII, ein Langstrecken-Schnellbomber mit vier beziehungsweise sechs Heinkel-Hirth-Strahlturbinen He S 011 und einer Besatzung von sechs Mann. Die Geschwindigkeit der Endversion sollte 1050 Stundenkilometer betragen; die 42 Meter breiten Maschinen sollten eine Bombenlast von 3500 Kilogramm über eine Reichweite von 16 000 Kilometer befördern. Vielleicht wäre die Ho-XVIII der von Hitler geforderte »Amerika-Bomber« geworden, wenn der Krieg noch bis zur geplanten Fertigstellung Ende 1946 fortgedauert hätte.

Wie auch immer: US-Flugzeugkonstrukteure bedienten sich der deutschen Nurflügelpläne bis weit nach dem Krieg ohne viele Skrupel und ohne große Veränderungen an ihnen vorzunehmen. MiG-15 und F-86 waren in den fünfziger Jahren ohne Schwierigkeiten als Nachfolgeentwicklungen deutscher Turbojäger zu identifizieren; dasselbe gilt für die »Cruise missiles« unserer Tage, die in ihrer elektronischen Ausstattung wohl erheblich, in ihrer technischen Grundkonzeption aber kaum von der deutschen Raketenbombe V-1 abweichen; und es galt für die US-Nurflügelbomber B-35 und B-49.

Mit dem B-2 greifen Northrop, Boeing und Ling-Temco Vought nun zum zweiten Mal auf die Horten-Bomberpläne der Jahre 1944/45 zurück. Offenbar ist die deutsche Luftfahrttechnologie aus der Schlußphase des Kriegs vier Jahrzehnte später noch immer revolutionär genug, um den US-Spitzenprojekten der ausgehenden achtziger Jahre das Know-how zu liefern, und das bereits in zweiter Auflage.

Die Konturen des B-2 mit versteckten Ansaug- und Austrittsöffnungen, in die Flügelrumpfmasse intergriertem Transportraum, Cockpit und Turbinen, abgerundetem, schwanzlosem Profil, sind alles andere als neu; sogar die Spannweite »stimmt« mit 43 Metern gegenüber 42 der Ho-XVIII ziemlich genau.

Wieviel vom technischen Interieur auch des »Stealth«-Bombers realiter auf deutsches Patentwissen zurückgeht, wird sich nie mehr feststellen lassen; womöglich wäre die jahrelange Suche nach der ominösen Ferrit-Beschichtung überflüssig gewesen, wäre die Washingtoner OTS-Behörde nur imstande gewesen, endlich die 3000 Tonnen reichsdeutscher Patentdokumente zu sichten. Schließlich befinden sich darunter allein 50 000 Patente und Formeln über Farben, Lacke und ähnlichen Forschungsergebnissen der IG-Farben. □



USA

Wie man einen Diktator fördert

P. Samuel Foner

Die Anschuldigungen gegen den ehemaligen philippinischen Präsidenten Ferdinand Marcos wegen angeblicher finanzieller Unregelmäßigkeiten werfen ernste Fragen auf – jedoch nicht in den westlichen Establishment-Medien – über die amerikanische Unterstützung bestimmter autoritärer Führer und fehlende Unterstützung anderer. Selbst eine oberflächliche Untersuchung von Amerikas Freunden und Feinden – dem US-Außenministerium zufolge – zeigt Unterstützung korrupter Diktatoren und Verurteilung jener, die den Kommunismus herausfordern und die Vereinigten Staaten als Freund betrachten.

Während der amerikanische Kongreß die anstehende Gesetzgebung zur Völkermord-Konvention verabschiedete – vermutlich um der Welt zu zeigen, daß die Vereinigten Staaten moralisch gegen jede Form von Völkermord überall auf der Welt sind –,wurden 70 Millionen Dollar an Auslandshilfe für einen vom ehemaligen US-Außenminister George Shultz bevorzugten, korrupten Diktator, der den Völkermord praktiziert, Mobutu Sese Seko geborener Joseph Mobutu aus Zaire, genehmigt.

Eine Regierung bewaffneter Plünderer

Ein Vergleich zwischen Marcos und Mobutu straft die »moralische Position« der aus dem Amt geschiedenen Reagan-Regierung im Umgang mit beiden Männern sofort Lügen. Während die Regierung Marcos auf den Philippinen ihre Fehler hatte und Marcos während der Zeit seiner Präsidentschaft nicht verarmte, beraubt Mobutu routinemäßig Zaires Schatzkammer, die Bodenschätze seines Landes, und bemächtigt sich jener Auslandshilfe-Gelder, die der Erleichterung der großen Hungersnot dienen sollen, die im ganzen Land herrscht.



Mobutu Sese Seko wird im Jahr 1983 vom damaligen US-Außenminister George Shultz in den USA willkommen geheißen.

Mobutus Regierung ist tatsächlich schon als »Kleptokratie« bezeichnet worden, das heißt, eine Regierung bewaffneter Plünderer.

Einen Anhaltspunkt für die Haltung der Reagan-Regierung gegenüber Marcos und Mobutu liefern vielleicht die Positionen der beiden Politiker gegenüber der Einflußnahme des Auslands in ihren jeweiligen Ländern. Während Marcos bereit war und sogar bestrebt,ein Verbündeter der Vereinigten Staaten zu sein, war er jedoch nicht bereit, ein Statthalter der USA oder von Amerikas bestem Verbündeten, Israel, zu werden.

In den letzten Jahren seiner Amtszeit als Präsident bestand Marcos auf seinem Nationalismus, indem er versuchte philippinische Angelegenheiten in den Händen der Philippinen zu belassen. Diese Haltung unter den Verbündungen der USA wird im amerikanischen Außenministerium nicht gern gesehen.

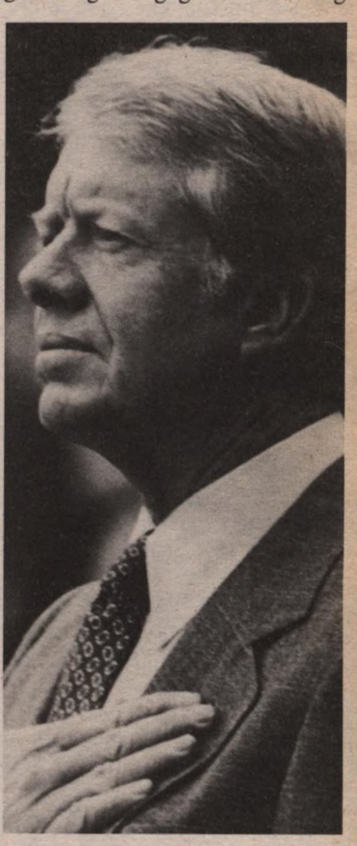
Der Handel mit Harry Oppenheimer

Mobutu dagegen ist das bereitwillige Werkzeug internationalistischer Interessen, vorausgesetzt sein persönlicher Profit wird nicht beschnitten. Israel beispielsweise befehligt Zaires Geheimpolizei und verfügt über eine ausgezeichnete diplomatische Mission dort, eine hervorragende Basis für Operationen in ganz Afrika unterhalb der Sahara.

Zaire verfügt auch über ein großes Vorkommen an Diamanten, vor allem in der Provinz Shaba. Der afrikanische Diktator hat mit den DeBeers, die über das Diamantenmonopol verfügen und das Harry Oppenheimer gehört, einen Handel abgeschlossen. Als diese Diamentenverträge gefährdet zu sein schienen, eilten die Vereinten Nationen zu Hilfe, um die Sicherheit wieder herzustellen.

Auf den Philippinen unter Marcos funktionierten die kommunalen Dienstleistungen genauso gut wie überall in der dritten Welt und besser als in den meisten Ländern, die von den Vereinten Nationen als „weniger entwickelt“ angesehen werden.

In Zaire andererseits tragen die Postbeamten oft nur dann Post aus, wenn sie monatlich eine bestimmte Bestechungssumme erhalten, während Mitarbeiter der Telefongesellschaft Kunden regelmäßig nur gegen Bestechung



US-Präsident Jimmy Carter gab Zaire die Hälfte der gesamten Hilfsgelder für Schwarzafrika.

bedienen, berichtete ein Amerikaner, der vor kurzem das Land besucht hat. Dem Amerikaner zufolge müssen kranke Zairer den Wachtposten vor den Krankenhäusern Geld geben, um hereingelassen zu werden; dann müssen sie die Krankenschwestern bestechen, damit sie behandelt werden.

Die Philippinen waren einst eine spanische Kolonie, die sich die Vereinigten Staaten als Folge des spanisch-amerikanischen Kriegs schnappten. Nach einem blutigen Konflikt mit den japanischen Besatzern im Zweiten Weltkrieg erlangte das Insel-

reich seine Unabhängigkeit und hat inzwischen erheblichen Fortschritt gezeigt.

Nun wieder zu Zaire: Es gab einmal eine Kolonie in Afrika, genannt Belgisch-Kongo. Es gab dort Städte, Straßen, Eisenbahnen, Flughäfen, Bergbau, Landwirtschaft und all die Dinge, die man sofort mit einer Zivilisation in Verbindung bringt. Niemand mußte Hunger leiden. Das ist ein wichtiger Punkt. Doch die schwarzen Einwohner waren nicht an der Macht, und das ist, wie jedermann weiß, »undemokratisch«.

So wurde im Jahr 1960 die Demokratische Republik Kongo geboren. Sie wurde im Jahr 1971 zu Zaire. Viele schwarze Afrikaner schauten auf Zaire, von dem sie hofften, daß es ein Beispiel setzen würde. Das Land hatte mehr als eine faire Chance, »es zu schaffen«.

Das Land geriet in Aufruhr

Zaire war reich an Bodenschätzen. Es gab reiche Vorkommen an solch strategisch wichtigen Mineralstoffen wie Kobalt, Kupfer, Gold und Industriediamanten.

Auf seinem fruchtbaren Ackerboden wurde Kaffee angebaut, der in den sechziger Jahren eine recht große Nachfrage besaß. Das Kongobecken war so fruchtbar, daß die Organisation der UN für Nahrungsmittel und Landwirtschaft einst schätzte, daß dieses Becken allein genug Nahrungsmittel produzieren kann, um ganz Afrika zu versorgen.

»Nach 26 Jahren Herrschaft der Schwarzen ist Zaire zu einer schmachvollen Katastrophe geworden«, sagte George B. N. Ayittey, ein Professor für Wirtschaftswissenschaften an der amerikanischen Bloomsburgh-Universität. Bevor man den Professor beschuldigt, ein »typischer amerikanischer Weißer und Gegner der Schwarzen zu sein«, sollte erklärt werden, daß Professor Ayittey aus Ghana gebürtig ist, und er befindet sich an vorderster Front in der Kampagne zur Zerstörung der Regierung der Weißen in Südafrika, um den Schwarzen eine weitere Chance für eine funktionierende Wirtschaft zu geben.

Doch zurück nach Zaire. Als das Land seine Unabhängigkeit gewann, war die Zerstörung des Standbildes von König Leopold II. von Belgien in Leopoldville – der Hauptstadt, die seither Kinshasa heißt – das erste, was die Menschen taten.

Patrice Lumumba wurde der erste Premierminister, doch er wurde in einer Verschwörung, in die der amerikanische Geheimdienst CIA verwickelt war, im ersten Jahr seiner Amtszeit ermordet. Das Land geriet in Aufruhr.

Ein Versuch der Abspaltung durch die an Kobalt und Diamanten reiche Provinz Katanga – jetzt Shaba – unter Moise Tshombe wurde mit von Amerika finanzierten UN-Truppen niedergeschlagen. Die Verträge mit den DeBeers blieben erhalten.

Dann tauchte ein neuer Führer auf, ein Sergeant der Armee mit Namen Joseph Desire Mobutu. Er ergriff im Jahr 1965 die Macht und herrscht seither mit Hilfe der Vereinigten Staaten als Diktator.

Mobutu, der über ein Reich der Korruption, der Bestechlichkeit und des Mordes residiert, brüstete sich im Jahr 1984 in einem amerikanischen Fernsehinterview, daß er der zweitreichste Mann auf der Welt sei und auf einem persönlichen Nummernkonto einer Schweizer Bank über fünf Milliarden Dollar angehäuft habe.

Nebenbei bemerkt, die Leser sollten wissen, daß die »New York Times« behauptet, Mobutu habe nur vier Milliarden Dollar gestohlen.

Woher bekam Mobutu das Geld?

Zusammen mit Mitgliedern seiner Familie gehören Mobutu über 20 teure Besitzungen in Belgien, Frankreich, der Schweiz, Spanien und in Zaire. In ihrer Ausgabe vom März 1982 veröffentlichte die Zeitschrift »Africa Now« die Ergebnisse einer ausführlichen Untersuchung über Mobutu und seine Regierung:

»Allein in den drei Jahren von 1977 bis 1979 beispielsweise erwarb Mobutu vier Milliarden belgische Franc durch Transfers von der Zentralbank. Im gleichen Zeitraum erhielt sein Onkel Litho Moboti 486 Millionen belgische Franc.

Auch Mobutus Familie blieb nicht außen vor. Im Haushalt sind Gelder für einen ›umherreisenden Botschafter‹ vorgesehen, ein Posten, der kürzlich von Mobutus Sohn Niwa eingenommen wurde. Dafür erhält er monatlich 1,5 Millionen belgische Franc.

Mguza Karl I Bond, Mobutus ehemaliger Premierminister, zufolge hat Mobutu – bevor Bond im April 1981 das Land verlassen hat – den Transfer von 30 Millionen Dollar in belgischen Franc auf sein persönliches Konto von der Zentralbank verlangt und bereitete den Export und Verkauf von 20 000 Tonnen Kupfer als Privateinnahme sowie einer unbestimmten Menge Kobalt und Diamanten vor – alles zur direkten Überweisung auf seine Privatkonten im Ausland.

Mobutus Einkommen stammt nicht nur aus illegalen Geschäften. Dazu gehört auch sein Gehalt als Präsident, worüber er keine Rechenschaft ablegen muß, und ein großer Teil dieser Gelder verläßt das Land wahrscheinlich in ausländischer Währung.

Im Jahr 1980 beispielsweise erhielt er 530 Millionen belgische Franc. Im Haushalt für jenes Jahr waren außerdem ein Sonderbetrag in Höhe von 58,3 Millionen belgische Franc für die ›unvorhergesehene‹ Feier der zwanzigjährigen Unabhängigkeit und phänomenale 260,5 Millionen belgische Franc für den Besuch des Papstes vorgesehen. Bei dieser Gelegenheit wurden 30 Millionen belgische Franc für 51 neue Mercedes-Autos ausgegeben.

Mobutus Haushaltszuweisung wurde im Jahr 1981 auf 1,48 Milliarden belgische Franc erhöht und damit fast verdreifacht. Das war aber noch nicht genug: Im Haushalt 1981 gab es einen Posten für die ›persönlichen Ausgaben‹ des Präsidenten – weitere 600 Millionen belgische Franc. Als Vergleich dazu: der gesamten Provinz Shaba wurden in dem Haushalt jenes Jahres 535 Millionen belgische Franc zugewiesen.«

Mobutu ist der Größte

Woher bekam Mobutu das Geld? Aus Auslandshilfe. Mobutu zu diesen Fragen zur Rede zu stellen, ist nicht möglich. Er schrieb seine eigene Verfassung und riß die ganze Macht an sich. Die Movement Populaire de la Revolution ist die einzige Partei; ihr Führer ist Mobutu und der Führer der Partei wird automatisch Präsident. Jeder Bürger ist von Geburt an Mitglied der Partei.

Eine Anschuldigung gegen Marcos in den westlichen Establishment-Medien, der von der Reagan-Regierung stillschweigend – wenn nicht gar tatsächlich – zugestimmt wurde, bezog sich auf Wahlbetrug. Es wurde überall berichtet – obwohl niemals nachgewiesen –, daß das Ergebnis bereits feststand, als Marcos kandidierte.

Doch schauen wir zum Vergleich eine Wahlsituation in Zaire an, ein Land, das die enthusiastische Zustimmung des US-Außenministeriums genießt. Mobutu war der einzige Kandidat in den Wahlen der Jahre 1970, 1977 und 1984, in denen er nach eigenen Angaben jeweils 99,9 Prozent, 98,18 Prozent und 99,16 Prozent der Stimmen gewonnen haben will.

Wie bereits erwähnt, befehligt Israel Mobutus Geheimpolizei. Doch das ist noch nicht alles. Die Schulung von Mobutus Militär liegt ausschließlich in den Händen ausländischer Mächte.

Belgien leitet eine Offiziersschule; Frankreich kommandiert eine Fallschirmbrigade; die Israelis trainieren neben der Geheimpolizei die Präsidentengarde und eine Brigade in Shaba; die Westdeutschen trainieren die Antiterror-Grenzeinheit und Amerika liefert Ersatzteile für Lastkraftwagen und technische Unterstützung für Zaires C-130-Militärtransportflugzeuge.

Nachdem er für sich selbst so viele Reichtümer angehäuft hat, scherzte Mobutu einmal: »Es ist besser zu verhungern als reich zu sein und ein Sklave des Kolonialismus.«

USA

Wie man einen Diktator fördert

Amnesty International zufolge starben tatsächlich im Jahr 1983 rund 50 Gefangene den Hungertod in seinen Gefängnissen, was für den Diktator eigentlich überraschend wenig ist. Auch über diesen »Völkermord« wurde in den Vereinten Nationen oder im amerikanischen Kongreß nichts erwähnt.

Als Antwort auf diese Anschuldigungen fragte Mobutu: »Warum sollte ich meinen Gefangenen zu essen geben, wenn ich nichts für meine Bauern habe?« Die Bauern hätten vielleicht mehr, wenn Mobutu weniger hätte, doch das wird im amerikanischen Außenministerium nie erwähnt.

Karawanen von Limousinen

Der afrikanische Diktator macht eine höfliche Figur in den eleganten Ferienorten der Schweiz, Belgiens, Frankreichs und Spaniens, wo seine Milliarden mit offenen Armen aufgenommen werden.

Er bereist die Welt in einem Privatjet, begleitet von einem Gefolge von 75 Personen einschließlich persönliche Leibwache, drei oder vier »Essenskostern«, seinem eigenen Küchenchef plus Gehilfe, einer Maniküre für die Fingernägel und einer Pediküre für die Fußnägel, einem Friseur und einem Harem von weißen Prostituierten plus einer Reihe von Dienern.

Mobutu lebt in königlichem Luxus, während die Bauern verhungern, zermürbt von einer jährlichen Inflationsrate von 350 Prozent. Der Durchschnittsarbeiter in Zaire verdient 180 Dollar pro Jahr.

Mobutu besitzt ein Grundstück in der Schweiz, dessen Mittelpunkt ein Herrenhaus mit 32 Zimmern ist. Dieser Komplex liegt im exklusivsten Wohngebiet von Lausanne. Mobutu kaufte den Besitz vor sechs Jahren für 32 Millionen Dollar, und er hat heute einen Wert von 100 Millionen Dollar. So groß dieser Besitz auch ist, so kann er doch nicht sein ganzes Gefolge aufnehmen, das deshalb im Vier-Sterne-Hotel Beau Rivage am Genfer See untergebracht wird.

Der Diktator und seine Freunde und Helfer reisen in ganzen Karawanen von Mercedes-Limousinen hin und her, die nur einen Teil einer Reihe von Flotten darstellen, über die er, außer in der Schweiz, noch zu Hause und in Paris verfügt.

Das Beau Rivage ist eines der luxuriösesten Hotels auf der Welt. Wenn Mobutu kommt, mietet er eine ganze Etage.

Der großzügig lebende Diktator hat allein in Zaire elf Häuser, darunter eines genannt »Versailles im Dschungel«, ein Herrenhaus umgeben von kleinen Häusern für das Personal und die Wachen.

Und was ist mit der Demokratie, ein Thema, über das der amerikanische Kongreß in der Diskussion um Marcos besorgt zu sein schien? Zwischen Oktober und Dezember 1985 wurden über 100 Menschen, vor allem Mitglieder und Anhänger der Union pour la Democratie et la Progress Social, einer illegalen Oppositionspartei, nach Massenverhaftungen gefoltert und getötet.

Ende der siebziger Jahre erhielt Zaire fast die Hälfte der gesamten Hilfsgelder, die der damalige US-Präsident Jimmy Carter für Schwarzafrika vorgesehen hatte. Derzeit bekommt Zaire 70 Millionen Dollar pro Jahr aus amerikanischen Steuergeldern, im Jahr 1982 waren es noch 50 Millionen Dollar pro Jahr. Es gibt niemals irgendwelche Diskussionen über die Angemessenheit und Richtigkeit dieser Zuweisungen im amerikanischen Kongreß, im Weißen Haus oder im US-Außenministerium. □



USA

Hinter Mobutu steht Rockefeller

Martin Mann

Wer ist am Ruder in Zaire, dem ehemaligen belgischen Kongo? Eine Untersuchung ergab, daß David Rockefeller und dessen Familienflaggschiff, das Chase-Manhattan-Konsortium, in dem blutigen und korrupten Regime, das in dem mineralstoffreichen afrikanischen Land seit dem Jahr 1965 regiert, als Hauptfigur hinter den Kulissen seine Rolle spielt.

Eine weitere verborgene Macht hinter Mobutus Thron ist das weltweite Oppenheimer-Diamantenkartell. Sein Eigner, Sir Harry Oppenheimer, der sowohl DeBeers Ltd. als auch die Anglo-American-Corporation – der weltgrößte Verband von Diamantenminen – kontrolliert, hat den Griff seines monopolistischen Konsortiums auf den Versand, das Schneiden und den Handel mit Diamanten von Europa und den Vereinigten Staaten auf die Sowjetunion ausgeweitet.



Harry Oppenheimer und sein weltweites Diamantenkartell gehört zu der verborgenen Macht hinter Mobutus Thron.

Den mächtigen Souffleuren muß man gehorchen

Im Jahr 1965 wurde Joseph Desire Mobutu, ein Armeeoffizier, der mit Hilfe des CIA Karriere gemacht hatte, in einem militärischen Coup, der von dem CIA-Stationschef Lawrence Devlin geleitet wurde, zum Herrscher des Kongos. Jetzt bekannt als Präsident Mobutu Sese Seko, hat der ehemalige Offizier das Land seither wie sein persönliches Lehnsgut regiert.

Dabei ist er zu einem der reichsten Männer der Welt geworden. Mobutus Vermögen im In- und Ausland wird von UN-Experten jetzt auf rund sieben Milliarden Dollar geschätzt – was in etwa den Schulden entspricht, die der Kongo insgesamt bei Auslandsbanken hat.

Wie ist es Mobutu gelungen, so lange bei der Stange zu bleiben, während er weithin als einer der betrügerischsten und verwerflichsten Tyrannen in der dritten Welt bekannt und gehaßt wurde? Gut informierten Geheimdienstquellen zufolge lautet die Antwort: Er wurde unterstützt von Manipulatoren, die hinter den Kulissen wirken.

Zu ihnen gehören der CIA und der Mossad, Israels Geheimdienst, der Rockefeller-Verbund

und dessen Hauptguru für außenpolitische Angelegenheiten, Henry Kissinger, sowie die mächtige Oppenheimer-Kabale.

»Mobutu wußte, wie er sich nach diesen mächtigen Souffleuren zu richten hatte«, sagte Professor Bernard Knoop, der niederländische Politikwissenschaftler und führende Afrikaexperte.



David Rockefeller und sein Clan bekamen von Mobutu den ungeheueren Mineralstoffreichtum zur Ausbeutung.



Henry Kissinger, der politische Hauptguru der Rockefellers, handelte eine Vereinbarung mit Mobutu aus.

Rockys Griff nach den Mineralstoffen

»Er half den Rockefellers, sich den ungeheueren Mineralstoffreichtum des Kongos von dem belgischen Konglomerat unter den Nagel zu reißen, das es fast ein Jahrhundert kontrolliert hatte. Er wußte, wie er den Anweisungen der CIA- und Mossadagenten zu folgen hatte, die seine Lehrer waren, und wie er zu ihresgleichen wurde, indem er Geschäfte mit ihnen machte.«



Bei US-Präsident Ronald Reagan war der Diktator aus Zaire, Mobutu Sese Seko, ein gern gesehener Gast.

Langjährige Beobachter afrikanischer Angelegenheiten, deren Erzählung über Mobutus Aufstieg normalerweise mit Attributen beginnt wie »Strolch« und »mörderisch«, räumten in Interviews ein, daß der afrikanische Politiker erhebliches Geschick darin zeigte, seine Meister gegeneinander auszuspielen und sie in Situationen und Verbindungen zu zwingen, in denen er eine Schlüsselrolle innehatte.

»Hinter Mobutus Aufstieg zur Macht steht die geheime Geschichte, wie die Rockefellers ihr Weltreich auf den Ruinen des europäischen Kolonialismus der Jahrhundertwende aufgebaut haben«, behauptet Dr. Antoine Ngoie, ein afrikanischer Wissenschaftler. »Die Volkswirtschaft des Kongos wurde lange beherrscht von der Union Minière de Haut-Katanga, dem riesigen belgischen Bergwerksverbund, bekannt als UMHK. Als Mobutu im Jahr 1965 die Macht übernahm, erwarteten die Belgier, daß er genauso weitermachen würde wie seine Vorgänger.«

Doch Mobutu forderte die europäischen Eigner des Reichtums seines Landes heraus. Er stieß eine Reihe von Drohungen gegen die UMHK aus, und ein Jahr nach seinem Coup kündigte er an, daß er den riesigen Besitz des belgischen Konglomerats im Kongo verstaatlichen werde.

»Niemand dachte, daß Mobutu damit durchkommen würde«, berichtete Dr. Ngoie. »Doch er hatte die Unterstützung einer neuen Bergwerksgesellschaft, der Société Minière de Tenke-Fungurume (SMTF), die von Maurice Tempelsman, dem Multimillionär und New Yorker Diamantenhändler, gegründet worden war.

Die Aktien von Tempelsmans neuer Firma werden weder in New York noch London gehandelt, und über die Investoren schweigt man sich aus. Doch wir fanden heraus, daß Amoco Minerals Ltd., eine frühere Londoner Tochtergesellschaft von Standard Oil, der Aktionär ist, der die Kontrolle über die SMTF hat und damit die wahre Macht hinter Tempelsman ist. Amoco wurde von den Rockefellers erworben, als Standard Oil verkaufte.

Henry Kissinger ist der Sponsor

»Kein Wunder, daß Mobutu in Henry Kissinger einen zuverlässigen Sponsor hatte«, sagte Ngoie.

Henry Kissinger, der Hauswissenschaftler der Chase Manhattan, dessen wachsender Einfluß auf die amerikanische Außenpolitik in den Jahren 1969 bis 1976 dazu führte, daß er praktisch alle Entscheidungen über die nationale Sicherheit, die im Weißen Haus getroffen wurden, beherrschte, handelte hinter den Kulissen offenbar eine Vereinbarung aus, die es Israel ermöglichte, Mobutu zu helfen.

Ende des Jahres 1965, kurz nach Mobutus Machtübernahme, wurde Generalmajor Rechavem Zeevi, ein hochrangiger Mossadagent, in den Kongo entsendet, um Mobutu beim Aufbau einer verläßlichen Geheimpolizei zu helfen. Ihm folgten schließlich über 1000 Mossad-Instrukteure, Techniker, Feldberater und »Verhörexperten«, die ihre afrikanischen Schüler in fortgeschrittenen Repressions- und Foltertechniken schulten.

»Heute ist das Mossad weitgehend verantwortlich für die paramilitärische Struktur und den Polizeiaufbau, durch den Mobutu geschützt wird«, berichtete ein amerikanischer Journalist. »Es ist ein brutales und korruptes System, fast unvorstellbar grausam nach westlichen Maßstäben gemessen. Wenn eines der fünf Parakommandobataillone, die von den Israelis für Mobutu aufgebaut wurden und unter dem Kürzel DITRAC bekannt sind, irgendwo eintrifft, um Proteste oder Unruhen in ländlichen Gebieten niederzuschlagen, dann finden Grausamkeiten statt, die fast über unsere Vorstellungskraft hinausgehen. Dorfälteste, die verdächtigt werden, Meinungen gegen Mobutu zu tolerieren, bekommen ihre Ohren abgeschnitten und werden dann gezwungen, sie zu essen.«

Solche Taktiken werden der DITRAC von Yehuda Elath, einem Verhörexperten in der Geheimdiensteinheit des Mossad, beigebracht. Ein dritter israelischer Berater, Major Zeev Amit, angeblich der Sohn eines ehemaligen Mossad-Chefs, trainiert und kommandiert die Geheimpolizei, SNI (Service National d'Intelligence), die verdächtige Oppositionsmitglieder ausspioniert und Mobutus persönliche Sicherheitseskorte leitet.

Der fühlbare Einfluß des Mossad bedeutet, daß Mobutu von seinen bewaffneten Streitkräften keine Opposition oder einen Coup fürchten muß, sagen diese Quellen. Und die geheime Unterstützung durch die Rockefellers hat es dem raubgierigen Politiker ermöglicht, trotz weit verbreiteter Armut und Hungersnot im Land und wachsender Verurteilung im Ausland fast seit einem Vierteljahrhundert an der Macht zu bleiben. □

CIA

Die Bombe im Frachtraum

Warren Hough

Zu den am sorgfältigsten gehüteten Geheimnissen in der Washingtoner Sicherheitsbürokratie gehört eine Akte, in der der CIA mit einer der schrecklichtsten, umstrittensten und weithin verurteilten Covert-Action-Schläge seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges in Verbindung gebracht wird. Wenn die Akte geöffnet würde, so ginge daraus hervor, daß vor über zwölf Jahren eine kubanische Verkehrsmaschine explodierte und in die Karibik stürzte, wobei alle Passagiere ums Leben kamen, weil CIA-Agenten im Ausland in ihrem Frachtteil eine Bombe untergebracht hatten.

Um den Verlauf der Ereignisse nachzuvollziehen, wurden acht ehemalige CIA-Agenten und Experten aus dem amerikanischen Justizministerium interviewt. Um ihre Spuren zu verwischen, haben sich die Beamten des CIA und des Weißen Hauses das Schweigen von dem Hauptverdächtigen in dem Fall erkauft, in dem sie für seine Flucht aus dem Gefängnis und einen Geheimauftrag sorgten. In diesem manipulierten Szenario hat sich jetzt ein Unschuldiger verstrickt; der ehemalige amerikanische Präsident Ronald Reagan wurde im nachhinein darin verwickelt, und es wurden sofort Proteste laut, die die Vertuschung aufzudecken drohen.

Verbindung zwischen CIA und DISIP

Um alle geheimen Schritte in dieser Operation zu kennen, muß man mit dem 6. Oktober 1976 beginnen. Um 13.15 Uhr an diesem sonnigen und leicht windigen Tag explodierte eine Verkehrsmaschine einige Augenblicke nach ihrem Start vom Seawell International Airport auf Barbados, einem einträglichen Touristengebiet.

Das Flugzeug, Cubana Aviacion Flug 455, stürzte in die Karibik. Cubana Aviacion ist die staatliche Fluggesellschaft von Kubas kommunistischer Regierung. Die 73 Passagiere von Flug 455 – kommunistische Sicherheitsagenten und Parteifunktionäre, die Kubas 21 Mann starkes nationales Fechtteam begleiteten – starben bei dem Unglück.

Der heutige amerikanische Präsident George Bush, der zu der Zeit CIA-Chef war, erfuhr von dem Unglück am gleichen Nachmittag während eines Treffens im Weißen Haus. Er erzählte dem damaligen US-Präsidenten Gerald Ford von der Katastrophe und versicherte ihm, daß die Vereinigten Staaten in keiner Weise darin verwickelt seien.

Doch einem ehemaligen amerikanischen Geheimdienstbeamten zufolge, der von einem Augenzeugen über dieses Ereignis hörte, ist dies die Wahrheit: »Bush wußte es einfach nicht – er konnte nicht wissen –, ob irgend jemand aus seiner Gruppe dabei geholfen hatte, dieses Flugzeug in die Luft zu sprengen.«

Beweisen zufolge, die aufgrund der Untersuchungen ans Tageslicht kamen, wurde der Hauptverdächtige in dem Fall mit Namen Luis Posada Carriles, mit dem CIA in Verbindung gebracht, sobald er in Caracas, Venezuela, drei Tage nach dem Unglück verhaftet wurde. Zwei Komplizen, Hernan Ricardo und Freddy Lugo, wurden zusammen mit Posada von der venezulanischen Geheimpolizei DISIP ergriffen.

Orlando Bosch (Mitte) mit zwei namentlich unbekannten amerikanischen Polizisten.

Unter einem Mantel der Geheimhaltung

»Die DISIP hat große Geldsummen und elektronisches Gerät und Unterstützung vom CIA erhalten. Die beiden Behörden haben eng zusammengearbeitet. Die DISIP hat einen Mantel der Geheimhaltung über den ganzen Flugzeugabsturz gehüllt«, meinte ein ehemaliger CIA-Beamter.

Zwei Tage, nachdem Posada und seine Komplizen geschnappt worden waren, verhaftete man noch einen vierten Verdächtigen in Caracas. Es handelte sich um Orlando Bosch Avila, einen militanten kubanischen Exilführer, von dem bekannt ist, daß er mehr als eine bewaffentе Aktion gegen das Castro-Regime organisiert hat. Er wurde beschuldigt, die Haupttriebfeder hinter dem Sabotageakt an dem kubanischen Flugzeug gewesen zu sein, bei dem ein Koffer voller C-4-Plastiksprengstoff – der üblicherweise in CIA-Operationen verwendete Sprengstoff – an Bord des Flugzeugs geschmuggelt worden war, als es in Barbados zwischenlandete.

Obwohl sie in der Anklage der venezuelanischen Staatsanwälte miteinander in Verbindung gebracht, handelte es sich bei den Verdächtigen um unterschiedliche Persönlichkeiten. Bosch war Kinderarzt – ein »Baby-Doktor«, wie er in den Schlagzeilen genannt wurde – mit einen Hang zum Intellektuellen, der gegen die kommunistische Diktatur seines Landes zu den Waffen griff, sobald der »große Führer« Fidel Castro im Jahr 1960 die Macht an sich riß.

Im Jahr 1974 floh der aktivistische Führer aus den Vereinigten Staaten, obwohl dies den Inhalt seiner Parolen verletzte – er war im Jahr 1969 bei dem Versuch, ein kommunistisches Schiff zu sabotieren, überführt worden – und kehrte in den Kampf gegen Castro zurück, dem er von nun an seine ganze Zeit widmete.

Luis Posada, ein kubanischer Exilant, der als erster Verdächtiger in Venezuela verhaftet und beschuldigt wurde, bei dem Bombenanschlag auf Flug 455 persönlich das Kommando geführt zu haben, hatte eine andere Vorgeschichte. Anders als Bosch war Posada nicht vor dem amerikanischen Gesetz geflohen. Bei ihm handelte es sich um einen vom CIA geschulten Sprengstoffexperten, der seit dem Jahr 1961 in eine Reihe von Geheimaktionen der Behörden verwickelt war. Die anderen beiden Angeklagten erwiesen sich als Posadas zeitweise Helfer.

Mysteriöse Flucht mit Hilfe des CIA

Die vier Verdächtigen hatten Jahre in Haft zugebracht. Es er-

wies sich als schwierig, gegen Bosch Anklage zu erheben, der scheinbar nur eine geringe oder überhaupt keine Rolle bei dem Anschlag gespielt hatte. Andererseits gab es eine Fülle von Beweisen gegen Posada; doch er war ein CIA-Mann und ihn vor Gericht zu stellen, hieß die Behörde in den tödlichen Sabotageakt zu verwickeln.

Im August 1985 – als schließlich ein Termin für ein Militärgericht angesetzt war – sorgten mysteriöse Verbündete für Posadas Flucht aus dem Gefängnis. Er wurde nie wieder aufgegriffen.

Wie ist es Posada gelungen, die venezuelanischen Behörden zu umgehen? Seine Flucht war organisiert worden von Felix Rodriguez, einem hohen CIA-Agenten, der als Schlüsselfigur im Iran-Contra-Skandal für Schlagzeilen sorgte.

Nachdem sie ihm geholfen hatten, aus dem Gefängnis zu entkommen, brachte der CIA Posada nach Panama, wo sie zu der Zeit unter dem Schutz von General Manuel Antonio Noriega, dem zwielichtigen starken Mann des kleinen Landes, über zahlreiche sichere Orte verfügten.

Nach einer Zeit des Ausruhens und der Erholung bekam Posada von der Behörde eine Aufgabe: Er schloß sich den Reihen von Covert-Action-Agenten an, die mit von den USA gesponserten, antikommunistischen Freischärlern in Honduras und El Salvador arbeiteten.

Bosch wurde in seinem ersten Prozeß für unschuldig erklärt, ebenso wie bei einem zweiten Militärprozeß, auf dem die Anklage bestanden hatte, und einem dritten Zivilprozeß, der den Fall Ende des Jahres 1987 untersuchte.

Nachdem er dreimal für unschuldig erklärt worden war, wurde Bosch schließlich aus der Haft entlassen – gegen die »wütenden Einwände des CIA, der Bosch eingesperrt und in Vergessenheit geraten sehen wollte« –. Als alternder und erschöpfter, von Krankheit gezeichneter Mann kehrte Bosch nach Miami zurück, wo seine Frau und seine Tochter leben.

Bosch wurde dann am 17. Februar 1988 auf dem Flughafen verhaftet und im Gefängnis von Miami in eine Einzelzelle gesteckt. Die Anklage: Sein Wort gebrochen zu haben, als er vor 20 Jahren ins Ausland ging.

Ein Spiel mit Kubas Freiheit

In der Vergangenheit hatte dieser aufrichtige und zielbewußte Kämpfer nie mehr als ein paar Gefolgsleute. Doch jetzt eilte die ganze kubanische Gemeinde Bosch zu Hilfe.

Am 29. Juni 1988 flog Reagan nach Miami, um mit republikanischen Politikern der kubanischen Gemeinde über die bevorstehenden Wahlen zu sprechen. Als der Präsident jedoch den Ballsaal des Omni-Hotels im Zentrum der Stadt betrat, traf er statt dessen auf eine Zwei-Parteien-Phalanx von 42 kubanisch-amerikanischen Führern. Zu ihnen gehörte der Bürgermeister von Miami, Xavier Suarez, ein Dutzend Staatssenatoren und Vertretern des Repräsentantenhauses sowie weitere Schlüsselfiguren aus der Region.

»Mr. President“, intonierte der ehemalige kubanische Premierminister Manuel Antoni de Varona, der Sprecher der Gruppe, »wir sind heute weder als Republikaner noch als Demokraten hierher gekommen. Wir sind gekommen als Amerikaner kubanischer Abstammung, die an Sie appellieren, einer schändlichen Ungerechtigkeit ein Ende zu machen.

Bitte, veranlassen Sie die Freilassung von Orlando Bosch, so daß er zu seiner Familie zurückkehren kann. Wir verbürgen uns dafür, daß er nie wieder ein amerikanisches Gesetz verletzen wird.«

Ein verwirrter Reagan sagte zu, den Fall »sofort« zu prüfen und »dafür zu sorgen, daß diesem Mann keine Ungerechtigkeit widerfahre«.

Doch ist inzwischen nichts geschehen. Bosch ist noch immer in Einzelhaft; Posada arbeitet irgendwo in Mittelamerika für den CIA, und der ehemalige CIA-Chef George Bush ist inzwischen Präsident der Vereinigten Staaten geworden. □

Naher Osten

Die Aussichten für Israel

Victor Marchetti

Wenn der Präsident der Vereinigten Staaten mit einem schwierigen Problem in der Außenpolitik oder der nationalen Verteidigung konfrontiert wird, bittet er normalerweise die zentrale Geheimdienstbehörde, den CIA, um Ausarbeitung einer nationalen Geheimdienstbeurteilung (NIE) zu dem Thema. Während seiner Zeit beim CIA war unser Mitarbeiter Victor Marchetti an der Ausarbeitung vieler NIEs beteiligt. Die folgende gekürzte, analytische Beurteilung der Zukunft Israels, mit besonderer Berücksichtigung der amerikanischen Interessen, sollte der CIA nach Marchettis Ansicht schreiben, wenn er gebeten wird, für den neuen amerikanischen Präsidenten eine solche NIE zu erarbeiten.

Wir glauben, daß sowohl die kurzfristigen wie auch die langfristigen Aussichten für Israel von zahlreichen schwierigen Problemen getrübt sind, die alle die strategische US-Politik in Nahost und vielleicht auch anderswo auf der Welt wegen Amerikas außergewöhnlich engen »Sonderbeziehung« zu dem zionistischen Staat nachteilig beeinflussen könnten.

Handlungsfreiheit ist eingeschränkt

Diese Beziehung ist außerdem höchst kompliziert und verzerrt durch den übermäßigen Einfluß, der von der pro-israelischen Lobby der Juden in Amerika auf die amerikanische Regierung und Gesellschaft ausgeübt wird; deren Hauptziel ist die Förderung der nationalen Zielsetzungen Israels und nicht die der Vereinigten Staaten.

Somit ist die Handlungsfreiheit der USA in bezug auf Israel und den Nahen Osten gefährlich eingeschränkt worden, was die USA oft daran hindert, eine selbständige, positive Politik in der Region zu betreiben, und dies zwingt die Amerikaner zu Positionen, die nur Reaktionen nach Eintritt kritischer Ereignisse und Tendenzen zulassen.

Wir sind deshalb der Meinung, daß die Vereinigten Staaten in ihrer »Sonderbeziehung« zu Israel einen neuen Kurs einschlagen sollten. Die beiden Zielsetzungen des neuen Kurses sollten sein: Erstens: Etablierung einer Beziehung, in der Israel von den USA in wirtschaftlicher, militärischer und politischer Hinsicht weniger abhängig ist, wodurch das amerikanische Engagement bei der Politik des zionistischen Staates geringer wird.

Und zweitens: Entwicklung einer selbständigen amerikanischen Tagesordnung, um mit den regionalen Themen in Nahost besser fertig zu werden, insbesondere im Hinblick auf die Stärke amerikanischer Beziehungen zu der arabischen und islamischen Welt.

Diese politischen Zielsetzungen schließen einander nicht aus. Sie ergänzen sich sogar. Die anderen, daran beteiligten Parteien, besonders Israel, sind vielleicht nicht dieser Meinung, doch in kluger und umsichtiger Weise würden einige behaupten, daß amerikanische Initiativen in Richtung dieser Zielsetzungen durchgeführt werden könnten, wenn die Entschlossenheit auf nationaler Ebene groß genug ist.

Israel kann nur hoffen zu gewinnen

Ein Testfall – die gegenwärtige Situation zwischen Israelis und Palästinensern – liegt auf dem

Naher Osten

Die Aussichten für Israel

Tisch. Die eindringliche Aktion der Amerikaner, um bei der Lösung dieser Situation zu helfen, würde viel zur Schaffung eines neuen Friedensklimas in der Region beitragen, eines Klimas, in dem die »neue Beziehung« zwischen den USA, Israel und den arabischen Staaten in erfolgreicher Weise geschaffen wird. Dies wäre zum langfristigen Vorteil aller Parteien.

Diese Einschätzung basiert auf der unleugbaren Annahme, daß es früher oder später zu einem weiteren arabisch-israelischen Krieg kommen wird, wenn die gegenwärtige und zu lange anhaltende Situation sich verschlimmern sollte. Ein weiterer solcher Krieg wird unserer Meinung nach viel destruktiver und tödlicher sein und von längerer Dauer als jeder frühere regionale Konflikt – einschließlich dem irakisch-iranischen Krieg. Es wird ein Kampf bis zur Entscheidung sein, in dem Israel nur hoffen kann zu gewinnen, wenn es sein Atomwaffenarsenal einsetzt und die USA in den Kampf auf seiner Seite mit hineinzieht.

Selbst unter diesen Umständen könnte das Ergebnis selbstmörderisch für Israel und eine erniedrigende, wenn nicht gar fatale Niederlage für Amerika sein in den Augen des Rests der Welt.

Wir glauben deshalb, daß die USA sofort handeln sollten, um den gefährlich schwelenden Konflikt zwischen den Israelis und Palästinensern zu lösen. In einer entgegenkommenden Art sollten die USA dem palästinensischen Volk und der arabischen Welt zunächst versichern, daß sie auf eine gerechte und billige Lösung der Situation hinarbeiten wollen. Dies könnte am besten dadurch gezeigt werden, daß man offen mit der Palästinensischen Befreiungs-Organisation (PLO) verhandelt und dadurch die natürlichen Rechte des palästinensischen Volkes legitimiert.

Gleichzeitig sollten Israel und die Juden in Amerika wieder in deutlicher, aber fairer Form informiert werden, daß die USA bei der Lösung dieser Situation die volle Mitarbeit erwarten. Unter den gegenwärtigen Umständen kann Israel ohne amerikanische Wirtschafts- und Militärhilfe nicht überleben, geschweige denn vorwärtskommen. Somit erlaubt die Situation keinerlei Debatte von seiten Israels. Doch sie verlangt nach entschlossener Handlung von seiten der USA.

Der Aufstand lastet auf der Moral der Israelis

Die USA sollten internationale Unterstützung für ihre Initiative suchen, um Israel weiter von der Notwendigkeit einer gerechten Klärung der Situation zu überzeugen. Zu diesem Zweck könnte eine internationale Friedenskonferenz vorbereitet werden, die der Garantie der gegenseitigen Sicherheitsinteressen Israels und des neuen Staates Palästina dienen soll. Obwohl keine Seite mit dem Ergebnis besonders zufrieden sein wird, werden beide schließlich lernen, damit zu leben, und sogar lernen, miteinander zu kooperieren.

Es sind natürlich Risiken mit dieser Initiative verbunden. Doch es gibt jetzt eine Gelegenheit, das Ergebnis der gegenwärtigen, sich zueinander hinorientierenden, internationalen Entwicklungen, die ein solches Risiko tragbar erscheinen läßt, ja sogar dafür spricht, es einzugehen.

Israel befindet sich nach den letzten Wahlen in politischer Verwirrung, und die Aussichten für die Wirtschaft und auch die Gesellschaft sind düster. Die Fundamente des sozialen Zionismus, auf die das Land aufgebaut wurde, werden von Abschweifungen bestimmter Gruppen, nämlich der Ultra-Orthodoxen und der fundamentalistischen Zionisten, unterminiert. Der nicht enden wollende palästinensische Aufstand lastet schwer auf der Moral der Israelis und verschlimmert die internen Schwierigkeiten des Landes nur noch.

Israel braucht eine Lösung, einen Weg hinaus sozusagen. Es kann die Probleme nicht lösen, die es sich selbst geschaffen hat. Doch eine Lösung kann von einer starken amerikanischen Friedensinitiative kommen.

Das palästinensische Volk ist ebenfalls müde, doch sie haben keine andere Alternative als die fortgesetzte Leibeigenschaft und, schlimmer noch, schließlich die erzwungene Übersiedlung in andere arabische Staaten. Eine kleine Anerkennung durch die Vereinigten Staaten und die Hoffnung auf Unabhängigkeit würde sie ermutigen, eine friedliche Lösung auszuhandeln.

Die arabischen Länder, von denen Israel umgeben ist, sind abgelenkt durch ihre eigenen Probleme und ihre Sorge über die Ausbreitung des islamischen Fundamentalismus, der nur zeitweise unter Kontrolle ist. Er wird wahrscheinlich wieder aufflammen und zusätzlich an Stärke gewinnen, wenn er in einer palästinensischen Befreiungsbewegung Fuß faßt. Auch sie sind reif für die Kooperationen einer friedlichen Beilegung der israelisch-palästinensischen Situation.



»Hei, Honey – Ich bin wieder zu Hause!«

Zeit für eine neue Politik

Und was noch wichtiger ist, so glauben wir, die Sowjetunion ist derzeit nicht in der Lage, sich einer amerikanischen Bemühung, die Situation zu lösen, zu widersetzen. Aus eigenen Gründen werden sie wahrscheinlich mit den USA bei diesem Thema kooperieren. Da sie mit ihren ungeheueren Wirtschaftsproblemen im Inland beschäftigt sind, ganz zu schweigen von den sozialen Unruhen in ihren islamischen Provinzen sowie den Auswirkungen von Glasnost und Perestroika, kann man damit rechnen, daß die Sowjetführung die Initiative der Amerikaner unterstützen wird.

Schließlich versteht es sich von selbst, daß wir eine Erholungspause von den Problemen der Israelis brauchen. Amerikas Interesse an Nahost sollte sich nicht auf Israel allein konzentrieren, sondern eher auch auf die größeren regionalen Entwicklungen, die langfristig für die USA entweder größere Vorteile oder größere Schwierigkeiten bedeuten.

Die Vereinigten Staaten müssen die Wahl treffen. Es ist jetzt an der Zeit, eine neue Politik zu beginnen.

Wir erinnern jedoch daran, daß das größte einzelne Risiko bei der Durchführung einer neuen Nahost-Politik bei Israel und den Juden in Amerika liegt. Ihre Emotionen sind stark und oft unvorhersehbar, weil sie eher dazu neigen, mystisch denn rational zu sein. Dennoch sind wir der Meinung, daß die US-Regierung rasch in der Lage ist, einen nationalen Konsensus zur Unterstützung ihrer neuen Politik zu schaffen, indem wir unsere klare Entschlossenheit zeigen, die Dinge auf unsere Art zum Wohle Amerikas zu tun. □



ADL

Der Preis für die Unterstützung

Victor Marchetti

Die Anti-Defamation League (ADL) der B'nai B'rith Loge wurde ihren Gründern zufolge gebildet, um den Antisemitismus in allen Aspekten des Lebens in Amerika zu bekämpfen. Diese Organisation war sehr eifrig dabei, das aufzudecken, was als anti-jüdische Aktivitäten in amerikanischen Regierungskreisen von ihr angesehen wird. Tatsächlich zeigt selbst der Verdacht einer andersartigen Behandlung von Juden durch einen US-Beamten im allgemeinen schon eine Reaktion, die auf der »Richter-Skala« eine Anzeige auslöst.

Wasser auf die Mühlen der hoch empfindlichen ADL brachten die Nachrichtenmedien mit schnell um sich greifenden Geschichten, die in den letzten Monaten in den Vereinigten Staaten viel von sich reden machten. Die Establishment-Presse hatte entdeckt, daß eine Reihe wichtiger Beamter im Wahlkampf des neu gewählten amerikanischen Präsidenten George Bush genau die Art von Leuten waren, die die ADL auf dem Korn hat, verunglimpfen und aus dem öffentlichen Leben entfernen will.

Feindseligkeit und Bigotterie

Frederic Malek, bekannt als »the Axe« während seines Dienstes unter der Nixon-Regierung, hatte auf Nixons Verlangen eine Liste jener zusammengestellt, die angeblich einer »zionistischen Kabale« – ein Zitat John Erlichmans zu jener Zeit – angehörten innerhalb des amerikanischen Arbeitsamts. Nixon fürchtete, daß die negativen Beschäftigungszahlen, die das Amt herausgab, das Ergebnis einer Verschwörung unter den jüdischen Angestellten des Amtes waren.

Im Wahlkampf ernannte George Bush Malek zum stellvertretenden Vorsitzenden des republikanischen Nationalkomitees und bat ihn, die nationalen Vorwahlen zur Präsidentschaftswahl für ihn zu organisieren, die ihn nominieren sollten.

Wenn dies noch nicht ausreichte, die ADL über jedes Maß hinaus zu erregen, so berichteten die amerikanischen Zeitungen noch dazu, daß zu weiteren Personen im Wahlkampfteam von George Bush vorwiegend aus der Führung der Bush-Koalition amerikanischer Nationalitäten – eine Koalition aus osteuropäischen Minderheiten – gehörte: ein Mann, der vor dem Institut für historischen Revisionismus in Kalifornieren gesprochen und dort die akzeptierte Version der Tatsachen um den Holocaust in Frage gestellt hatte; ein weiterer, der John Demjanjuk verteidigt hatte, der aus den USA nach Israel deportiert worden war, um dort wegen angeblicher Kriegsverbrechen vor Gericht gestellt zu werden; und andere, die zugaben, daß sie die Immigration von Hunderten ehemaliger Nazis nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges in die USA arrangiert hatten.

Wenn irgendein politisches Ereignis mit nahezu mathematischer Sicherheit vorhergesagt werden kann, so ist es die Tatsache, daß die Enthüllung solcher Dinge ganz bestimmt einen wahren Ausbruch voller Verachtung, einen Schrei nach umfassenden Ermittlungen und spezifischen Forderungen nach Reformen von seiten der zionistischen Organisationen hervorrufen wird.

Statt dessen herrschte, abgesehen von ein paar Ausnahmen, Schweigen. Die Ausnahmen sind sogar noch bemerkenswerter als das Schweigen. Der nationale Direktor der ADL, Abraham Foxman, sprach Malek und Bush sofort von jeder Form und jedem Anflug von »Feindseligkeit, Bigotterie oder Vorurteilen« frei. Foxman erläuterte der »New York Times« nach dem Muster der »Nürnberger Verteidigung«, daß Malek lediglich Gefühlen gefolgt sei. Wie Foxman es nannte, hat er nur »die Anweisungen einer Person ausgeführt«.

»Die Männer Gottes«

Keine Verteidigung gegen die Anklage von Personen, die der Exzesse im Krieg verdächtigt werden, erzürnt die ADL und andere zionistische Organisationen mehr als die Behauptung, daß diese angeblichen Verbrechen vor langer Zeit stattgefunden hätten.

Foxman bestand bei seiner Verteidigung von Malek und Bush darauf, daß die Anklagen gegen die angeblichen Missetäter »Geschichte« seien. Seine Unterstützung Maleks brachte traditionell liberale Juden auf die Barrikaden. Er wurde zutiefst verurteilt wegen seines Versuches, sowohl die jüdische Gemeinde als auch die Extremisten in den republikanischen Rängen zu besänftigen.

Ist die ADL weich geworden? Hat sie ihren Willen zu kämpfen verloren? Nein: sie hat lediglich ihre Zielsetzungen geändert.

Es ist nicht länger von ungeheuerem Interesse, was angeblich im besten Interesse der amerikanischen Juden ist. Auch sie wurden den Interessen des Staates Israel geopfert. Bush hat ebenso unumwunden wie Präsident Reagan versprochen, Israel zu unterstützen.

Spezielle Programme, um den israelischen Geschäftsleuten gegenüber ihren amerikanischen Wettbewerbern Vorteile zu verschaffen, sind das Wirtschaftsvermächtnis von Reagan und Bush. Besondere Gesetze, um israelischen Agenten Immunität zu verschaffen, die amerikanische High-Tech-Militärgeheimnisse stehlen, sind Teil des Reagan-Bush-Geheimdienstvermächtnisses.

Künftig dienen die USA Israel

Die Zusage von George Bush, aktiv gegen eine Beilegung der Konflikte in Nahost zu arbeiten – wenn das Friedensprogramm die Etablierung eines demilitarisierten palästinensischen Staates verlangt –, sind viel wichtiger für die zionistischen Organisationen in den USA als das Recht der amerikanischen Juden, sich gegen reale oder eingebildete Diskriminierung zu Hause auszusprechen. Bush hat den zionistischen Organisationen versprochen, die USA zu einer Nation zu machen, die auf wichtigen wirtschaftlichen, außenpolitischen und geheimdienstlichen Gebieten Isreal dient. Dafür hat er ihre unumstößliche Unterstützung bekommen. □

Internationaler Status für Jerusalem

In seiner verzweifelten Suche nach einer Lösung des israelisch-palästinensischen Konflikts schlägt Yosef Gorny, ein Professor für moderne jüdische Geschichte an der Universität von Tel Aviv vor, daß »eine politische Einheit, bestehend aus Ägypten, Jordanien, Israel und einem palästinensischen autonomen Gebiet an der West Bank und am Gaza-Streifen, aufgestellt werden sollte«.

Die vorgeschlagene politische Konstruktion, sagte er, sollte nach dem Vorbild der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und der NATO geschaffen werden, und der Altstadt von Jerusalem sollte ein internationaler Status wie dem des Vatikans in Rom verliehen werden. □

Abgestimmte Ansichten bei den Zionisten

Seymour Reich, Präsident der B'nai B'rith International, soll die Nachfolge von Morris Abram als Vorsitzender der Conference of Presidents of Major Jewish Organizations antreten.

Die Präsidenten-Konferenz, die sich aus führenden Persönlichkeiten von 48 amerikanisch-jüdischen Organisationen zusammensetzt, wurde in den fünfziger Jahren auf Wunsch des damaligen US-Präsidenten Dwight Eisenhower gegründet, der in außenpolitischen Angelegenheiten – vor allem in bezug auf den neuen Staat Israel – von der amerikanischen jüdischen Gemeinde eine abgestimmte Absicht wünschte.

Sehr beflissen bildeten die verschiedenen Gruppen, angefangen von dem American Jewish Committee bis zum Rabbinical Council of America, die Präsidenten-Konferenz, die nun die formelle Aufgabe der Vertretung amerikanischer Juden gegenüber amerikanischen und ausländischen Führungspersönlichkeiten übernimmt.

Der Ernennungsausschuß der Präsidenten-Konferenz wählte Reich als Kompromißlösung. Es wird berichtet, die ursprüngliche Wahl sei Max Kampelman, Chef-Verhandler für Abrüstung in der Reagan-Regierung, gewesen.

Als es offensichtlich wurde, daß die Wahl eines Führers von außerhalb der Konferenz das Federkleid derjenigen in Unordnung bringen würde, die um einen Posten innerhalb der Konferenz wetteiferten, wurde die Alternative in Umlauf gesetzt, wonach Kampelman Leiter des Jewisch Institute for National Security Affairs – einer einflußreichen Interessengruppe, deren Ziel es ist, das strategische Verhältnis zwischen den Vereinigten Staaten und Israel zu verbessern – und Reich Vorsitzender der Konferenz werden sollte.

Als wesentlichen Gesichtspunkt erachtete der Ernennungs-Ausschuß das Netzwerk des angehenden Vorsitzenden von persönlichen Beziehungen mit hohen amerikanischen Regierungsbeamten – jene begehrteste aller Qualifikationen in Washington.

Der über vielseitige Beziehungen verfügende Kampelman gab ursprünglich seinerseits sein Interesse an diesem Job bekannt, lehnte ihn dann aber ab, weil er befürchtete, daß die Bundesgesetze zur Regelung von Interessenkonflikten ihn daran hindern würden, schon bald nach Verlassen seines Postens im US-Außenministerium dort als Lobbyist aufzutreten.

Die Tatsache, daß Kampelman die Interessenvertretung als einer seiner hauptsächlichen möglichen Aufgaben bezeichnete, unterstreicht den Einfluß der Präsidenten-Konferenz. Ursprünglich wurde sie als bequeme und vereinte Stimme geschaffen, um jüdische Belange in verschiedenen Angelegenheiten der Regierung gegenüber zum Ausdruck zu bringen. Seitdem ist sie jedoch zu einem mächtigen Arm der Interessen- und Machtgruppen zur Beeinflussung der amerikanischen Politik, in erster Linie zugunsten Israels, gewachsen.

Laut Reich, der alles andere als in seinem Posten bestätigt zu sein scheint, ist die Sicherheit Israels von überragender Bedeutung für amerikanische Juden, und folgerichtig auch der Hauptzweck der Präsidenten-Konferenz.

»Unsere Regierung«, sagte er, »sollte sich nicht von Äußerungen der Uneinigkeit beirren lassen. Uneinigkeit heißt nicht Abneigung. Ich glaue, die meisten amerikanischen Juden haben die palästinensische Erklärung – die Anerkennung Israels – als nicht zufriedenstellend akzeptiert. Es ist ein Schritt in die richtige Richtung, aber voller Verdunkelung und Verwirrung.« □

Schwierigkeiten für den FBI

Große Schwierigkeiten ziehen für die Geheimdienstabteilung des FBI am Horizont auf, die die Aufgabe hat, ein Auge auf ausländische Spione in den Vereinigten Staaten zu halten, die innerhalb der Grenzen operieren. Die Reagan-Regierung hat 50 Vertretern in Israels militärischer Beschaffungsmission in New York diplomatische Immunität verliehen.

Dem amerikanischen Außenministerium zufolge werden die USA die 250 Mann starke Mission als einen »Anhang des israelischen Konsulats« in New York betrachten. Doch nur die 50 israelischen Verteidigungsexperten bei der Mission werden die besondere diplomatische Immunität erhalten. Die anderen 200 Personen, die dort arbeiten, werden als Hilfspersonal angesehen.

Die 50 Beamten erhalten »konsularische Immunität«, die sie vor einer gerichtlichen Verfolgung durch die Amerikaner wegen Aktivitäten schützen, die in direktem Zusammenhang mit ihren offiziellen Funktionen stehen. Als ein Arm des israelischen Verteidigungsministeriums handelt die Mission angeblich Verträge mit amerikanischen Rüstungsfirmen aus, die Material liefern, das mit den 1,8 Milliarden Dollar bezahlt wird, die der israelische Staat jedes Jahr von den Amerikanern erhält. Doch in Wirklichkeit tun sie noch viel mehr als das.

Die Beschaffungsmission wird in einer Reihe strafrechtlicher Untersuchungen der amerikanischen Regierung erwähnt, wie in dem Fall aus dem Jahr 1986, wo acht israelische Beamte wegen illegalen Exports von Material für Cluster-Bomben vor Gericht geladen waren. Die USA hatten den Verkauf dieser Waffen an Israel verboten, weil israelische Streitkräfte die tödlichen Cluster-Bomben bei ihrem Einmarsch in den Libanon gegen Zivilisten eingesetzt hatten.

In den gravierendsten Fällen von illegalen Aktionen der Mission ging es um den Diebstahl amerikanischer High-Tech für die israelische Rüstungsindustrie – einschließlich der Entwicklung ihres Atomwaffenarsenals. □

»Potential Israels bewahren!«

Für den Fall, daß die Konservativen in Amerika George Bushs Bewunderung für Israel und seine Ablehnung der Bitte des palästinensischen Volkes um Freiheit und Selbstbestimmung nicht teilen, veröffentlichen pro-israelische Propagandisten in Zusammenarbeit mit Sun Myung Moons eigentümlicher religiöser Sekte ganzseitige Anzeigen, in denen versucht wird zu erklären, warum die USA sich das »Potential Israels bewahren« sollte.

Eine solche Anzeige erschien auch in der »Washington Times«, einer Zeitung, die den pro-israelischen Neokonservatismus auf kriecherische Weise unterstützt. Die Anzeige wurde vom Internationalen Rat für Sicherheit bezahlt, einem Propaganda-Sprachrohr, das vom Zentrum für Internationale Sicherheit (CIS) geschaffen wurde.

Das CIS wird von der Moon-Organisation finanziert und von Joseph Churba, einem israelischen Geheimdienstagenten, geleitet, gegen den im Jahr 1975 vom FBI ermittelt wurde, weil er während seiner Arbeit für den Geheim-

dienst der amerikanischen Luftwaffe angeblich ein Sicherheitsrisiko war. Obwohl Churba nicht angeklagt wurde, wurde er doch gezwungen, von seiner heiklen Position als Berater des amerikanischen Verteidigungsministeriums zurückzutreten.

Seither hat Churba unter dem Deckmantel von »Forschung und Analyse« über amerikanische Themen der nationalen Verteidigung in seinem von Moon unterstützten Denktank pro-israelische Propaganda hervorgebracht. Dabei hat er sich mit der üblichen Schar leichtgläubiger, unnachgiebiger Verfechter des Neokonservatismus umgeben wie der ehemaligen UN-Botschafterin Jean Kirkpatrick und dem Mitglied des US-Repräsentantenhauses Jack Kemp sowie mit solch berüchtigten israelischen Loyalisten wie Michael Ledeen und Richard Perle, beides ehemalige einflußreiche Funktionäre im US-Verteidigungsministerium. Alle plappern sie auf Kommando bereitwillig der pro-israelischen Parteilinie nach und versuchen dabei oft, den Pro-Israelismus mit dem Antikommunismus gleichzusetzen.

In der jüngsten CIS-Anzeige appelliert Churba leidenschaftlich an die neue US-Regierung, keine »Beilegung des arabisch-israelischen Disputs zu versuchen ohne genaue Berücksichtigung Amerikas globaler Gebote und strategischer Bedürfnisse unseres zuverlässigsten Verbündeten in der Region: Israel.«

Dem vom Moon finanzierten israelischen Agenten zufolge »dient ein starkes Israel Amerikas Interessen« und um stark zu bleiben, »muß« Israel «den Jordan als Sicherheitsgrenze im Osten bewahren«.

Und Churba warnt: »Israel zu drängen sich von dieser Linie zurückzuziehen, wird weder Frieden bringen noch Amerikas Interessen dienen.«

Doch trotz der ganzen bewegten Rhetorik in der ganzseitigen Anzeige wird nirgendwo erklärt, wie Israel Amerikas Interessen dient oder wie die Rückgabe der West Bank an die Palästinenser den Frieden gefährden würde. Offenbar müssen wir Churba einfach beim Wort nehmen.

Und um ihm zu helfen uns zu überzeugen, brachte er 103 pensionierte US-Generäle und Admirale dazu, seiner Anzeige beizupflichten. Einige von ihnen, wenn auch nicht alle, sind langjährige Verfechter der zionistischen Sache. Der bekannteste ist wahrscheinlich Admiral Elmo Zumwalt, der auch Berater am Jüdischen Institut für nationale Sicherheitsangelegenheiten ist, einer Organisation, die sich darauf spezialisiert hat, beim US-Verteidigungsministerium zugunsten Israels Einfluß zu nehmen. □

Amerikanischer Pseudo-Liberalismus

Stuart Eizenstat, ein bekannter Pseudo-Liberaler der Jimmy-Carter-Regierung und ausgesprochener Vertreter des Pro-Israelismus – im Stile des Likud-Blocks – glaubt, daß der amerikanische »Liberalismus zu seinen Wurzeln aus der Zeit vor 1960 zurückkehren sollte – mitzuhelfen, die menschlichen Bedingungen im Inland zu vervollkommnen.

Tikkum Olam nach jüdischer Ausdrucksweise – gleichzeitig die Notwendigkeit einer starken nationalen Sicherheitspolitik im Ausland anerkennen müsse, um die Menschenrechte und die Interessen der Demokratie zu schützen und zu verteidigen.«

Seine Empfehlungen zur »nationalen Sicherheit« sind die amerikanisch-jüdische Verschlüsselung für »befreit die sowjetischen Juden und unterstützt Israel gegen das palästinensische Volk«. □

Israels großes Interesse am SDI-Programm

Das größte einzelne weitreichende Projekt der Rüstungsforschung, das die Vereinigten Staaten je unternommen haben, die Strategische Verteidigungs-Initiative (SDI), ist für Israel eine weitere Gabenquelle seines amerikanischen Schutzherrn. US-Generalleutnant James Abrahamson, Direktor des SDI-Programms, sagte den Teilnehmern bei einer Konferenz der Rüstungsindustrie in Tel Aviv: »Israel steht bei der Beteiligung an SDI unter den verbündeten Ländern an erster Stelle, was den Dollar-Wert der erteilten Aufträge angeht.«

An der Versammlung, amerikanisch-israelische Kooperations-Konferenz der Rüstungsindustrie genannt, nahmen Vertreter amerikanischer und israelischer Forschungsinstitute und Rüstungshersteller sowie Eleanor Spector, Staatssekretär im amerikanischen Amt für Beschaffung, teil.

Abrahamson sagte, an die israelische Industrie und Forschung seien von den bisher für Forschungszwecke für SDI genehmigten neun Milliarden Dollar 165 Millionen Dollar Auftragswert vergeben worden. SDI ist das amerikanische High-Tech-Waffensystem, mit dem ein Abwehrschild gegen ballistische Raketen geschaffen werden soll. Israel rangierte bei der Vergabe von Auslandsaufträgen vor der Bundesrepublik, Italien, Frankreich, Kanada, Belgien und den Niederlanden.

Diese anderen Länder sind jedoch alles NATO-Verbündete, mit denen die USA wichtige strategische Interessen teilt und die wahrscheinlich alle von der nuklearen Abschirmung geschützt werden sollen, die das SDI-Programm vorsieht.

Israels Forschung im Zusammenhang mit SDI bezog sich auf die Entwicklung seiner Arrow-Abfangrakete, mit der feindliche Mittelstreckenraketen an ihrem höchsten Flugpunkt zerstört werden sollen. Nach der Vereinbarung, unter der der Auftrag vergeben wurde, zahlt Israel nur 20 Prozent der Forschungskosten. Der Rest kommt aus den Taschen der amerikanischen Steuerzahler. Die Gesamtkosten des Arrow-Projektes werden nach Schätzungen des amerikanischen Verteidigungsministeriums bei über einer Milliarde Dollar liegen.

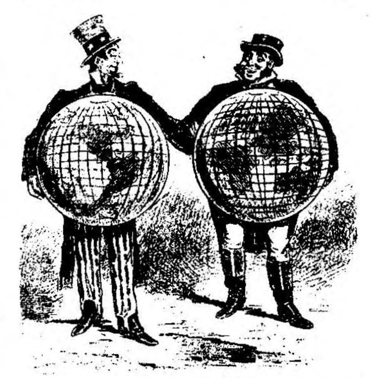
Dazu Abrahamson: »Diese Vereinbarung ist eine klare Anerkennung des Fortschritts von Israels technologischer Basis und seiner Fähigkeit und Erwartung, technologischer Fortschritte zur Stärkung seiner Verteidigung einzusetzen.«

Somit macht Abrahamsons Aussage deutlich, daß das Arrow-Programm Israel direkt von Nutzen sein wird und daß daraus resultierende Fortschritte für die USA und die NATO nur nebensächlicher Natur sein werden. Schließlich sind die USA – außer auf einigen Militärstützpunkten im Ausland – nicht gefährdert durch einen Angriff durch Mittelstreckenraketen.

Doch Israel hat ein starkes Interesse an der Mittelstrecken-Raketenabwehr-Forschung wegen des wachsenden Raketenarsenals in den benachbarten arabischen Staaten wie Syrien, Irak und Saudi-Arabien.

Das jüngste Paket von East-Wind-Mittelstreckenraketen (CSS2-Klasse), das die Saudis vom kommunistischen China gekauft haben, wurde ironischerweise mit der geheimen technischen Hilfe der Israelis entwikkelt. Um sich jetzt selbst vor der angeblichen Gefahr der chinesischen Rakten der Saudis zu schützen, geben die Israelis Hunderte von Millionen der amerikanischen Steuergelder aus, um eine anti-ballistische Rakete zu entwickeln, mit der sie sich dagegen verteidigen können.

Abrahamson, der demnächst in Pension geht, hat ein starkes Interesse daran, daß das SDI-Programm weitergeht, wenn er die Leitung abgegeben hat. Er glaubt offensichtlich, daß ein Weg zur Garantie der fortgesetzten Unterstützung eines sonst vielleicht abgeneigten amerikanischen Kongresses darin besteht, daß man ernstlich beweisen kann, daß das SDI-Programm im höchsten Interesse Israels ist. □



Israel

Die Motive der schwarzen Hebräer

Leon Dobbs

Verlorengegangen in dem politischen Tumult um die Rückkehr der afrikanisch-hebräischen Israeliten in das Heilige Land ist die tiefgründige und philosophische Motivation, die diesen Schritt Tausender Schwarzer aus Amerika eingeleitet hat.

Nationalismus allein konnte die Menschen nicht inspirieren, derart offene Drohungen und Feindseligkeiten zu ertragen, wie sie die Gemeinde der schwarzen Hebräer in Israel erlitten hat und erleidet – im Angesicht von Hungersnot, Massendeportation und militärischen Übergriffen.

Rückkehr zu einem natürlichen Lebensstil

Noch können die religiösen Ideale von »Beten kann man überall«, die in Amerika in den achtziger Jahren populär waren, nicht die Art von Engagement und Opferbereitschaft hervorbringen, wie sie von den Hebräern in ihrem zwanzigjährigen Treck durch den liberianischen Busch bis nach Israel gezeigt wurden.

Zugehörigkeit zu einer Religion geht heutzutage über nationale Grenzen und Nationalitäten hinweg. Was treibt also schließlich die hebräische Gemeinde dazu ihre Richtung beizubehalten?

Die Mitglieder der Gemeinde der afrikanisch-hebräischen Israeliten werden getrieben von einem ungeheueren Wunsch in Harmonie mit den Zyklen der Schöpfung zu leben, das heißt, die universellen Naturgesetze zu ergänzen und nicht sie herauszufordern.

Organisationen, Clubs und Wohltätigkeitsvereine, die eine

Der Führer der afrikanisch-hebräischen Israeliten, Ben Ammi, predigt das Praktizieren der Lehre Gottes.

Rückkehr zu einem natürlicheren Lebensstil befürworten, wurden gegründet, um Wälder oder Wale zu retten, gegen den Krebs oder den Mißbrauch von Kindern sowie andere Übel unserer Zeit zu bekämpfen.

Für die meisten Beteiligten war es einfach ein ernstes, zwingendes soziales Thema. Doch für die schwarzen Hebräer ist es ein Ziel basierend auf der Beobachtung, daß die Menschheit umgeben ist von einem wachsenden Ziel lebensbedrohender Probleme, die durch eine totale Veränderung im Lebensstil angegangen werden müssen.

Probleme wie Umweltverschmutzung, Verbrechen, Drogenmißbrauch, Unmoralität und Unehrlichkeit sind den Gläubigen in der Gemeinde zufolge alle direkte Folgen für die Tatsachen, daß man die lebenserhaltenen Gesetze, die alles Leben auf diesem Planeten bestimmen, mißachtet hat.

Dem afrikanisch-hebräischen Glauben zufolge wird alles in der Schöpfung durch universelle Gesetze gelenkt, durch klar definierte Aktivitätszyklen, die das Leben verbessern und verlängern, wenn sie anerkannt werden. Wenn diese Gesetze andererseits ignoriert werden, ist der Tod die Folge.

Die Schwalben von Capistrano

Jedes Jahr fliegen zum Beispiel Schwalben nach Capistrano. Es ist ganz natürlich für die Vögel, diese Reise zu einer bestimmten Zeit im Jahr zu machen.

Genauso ist ein Schwein programmiert, sich wie ein Schwein zu benehmen. Man kann, wenn man will, dem Schwein einen Smoking anziehen, doch bei der nächstbesten Gelegenheit wird es sich wieder im Schlamm wälzen, weil es ein Schwein ist, ob nun schick angezogen oder nicht. Das ist die natürliche Ordnung.

Der Mensch andererseits hat den Gesetzen, die sein Dasein lenken, getrotzt. Die wichtigsten Beispiele, die in der Literatur der Gemeinde genannt werden; sind Rauchen und Alkoholismus. Niemand mußte erst auf die Erklärungen der US-Gesundheitsbehörden im Jahr 1963 über die Gefahren des Rauchens warten oder die Warnung eines Arztes vor Alkohol, um zu wissen, daß diese beiden Dinge schädlich sind für die Gesundheit.

Angeborene Schutzmechanismen warnen den Körper, daß ihm etwas schadet, indem man Hustenanfälle, Erstickungsanfälle oder Sodbrennen bekommt. Doch die Menschen ignorieren diese Körpersignale bis Krankheit und schließlich der Tod eintritt.

Ebenso haben Verhaltenswissenschaftler die natürliche Ernährung als Behandlung für körperliche und geistige Schwierigkeiten verschrieben und sie behaupten, daß das, was man ißt, eine tiefgründige Wirkung auf das Verhalten des Menschen hat. Übermäßiger Genuß von Zucker und Salz sind beispielsweise unter anderem als Hauptursachen für Hyperaktivität und Aggressivität festgestellt worden.

»Die Menschen haben alle politischen ›ismusse‹ ausprobiert, die man sich nur vorstellen kann«, sagte Ben Ammi, der geistige Führer von Dimona, der in Israel lebenden Gemeinde der schwarzen Hebräer. »Den Kapitalismus, den Kommunismus, den Sozialismus und den ganzen Rest –, und sie sind alle darin gescheitert die Welle des Leidens aufzuhalten, die an die Gesellschaften an der ganzen Welt zehrt.«

Die Gründung der Siedlungen der afrikanischen Hebräer stellt den Wunsch der Gemeindemitglieder dar in perfekter Harmo-

nie mit der Natur zu sein. In seinem Buch »Gott, der Schwarze und die Wahrheit« erläutert Ben Ammi die Notwendigkeit der Gründung der Dörfer in Israel. In dem Kapitel mit der Überschrift »Die Suche nach Gott« schreibt er:

Idealismus durch Pragmatismus

»Höhere Ideen und eine bessere Lebensart können nicht richtig definiert oder geschätzt werden, wenn man nicht eine kontrastbildende, blühende Manifestation des Fortschritts hat, der außerhalb der Grenzen der existierenden Gesellschaft erreicht wurde. Man kann die Auswirkungen der Homosexualität in der Gemeinde oder dem Land niemals völlig erkennen, wenn man nicht eine Gemeinde findet, die frei davon und frei von der damit zusammenhängenden Korruption ist.

Genausowenig kann man maßgeblich über die Thematik und die Vorteile der Gründung von Gemeinden sprechen, die moralische Werte betonen auf die die Prinzipien der Gesetze Gottes gegründet sind, wenn man nicht ein Beispiel gefunden hat für ein erlöstes Volk, das fortschreitend expandiert und sich auszeichnet durch die Befolgung der Gesetze und Statuten Gottes.«

Deshalb die zusätzliche Motivation in das Heilige Land zurückzukehren und die Gründung des »Königreichs Gottes« zu proklamieren, einer Gemeinde von Männern und Frauen, gelenkt von ihrem Respekt für die universellen Gesetze der Schöpfung, das heißt die Befehle Gottes.

Für viele klingen die Überzeugungen der Gemeinde zweifellos nach Idealismus, dem Verfolgen einer Utopie, die die meisten von uns hinter sich gelassen und ersetzt haben durch eine Suche nach materiellem Luxus und finanzieller Sicherheit und einen losgelösten Zynismus, was das Schicksal der Welt betrifft.

Abgedroschene und doch fatalistische Sätze wie »An etwas muß man ja sterben« werden allgemein üblich, um Verhalten zu erklären, von dem man weiß, daß es der Gesundheit schadet.

Doch für die afrikanischen Hebräer ist der Idealismus charakterisiert durch einen ausgeprägten Pragmatismus. Es ist eine realistische Überzeugung, daß es eine Veränderung geben muß, um das Leben wirklich zu verbessern und daß diese Veränderung nicht über Nacht kommen wird, sondern daß sie kommen muß für das letztendliche Überleben der Menschheit.

Was bedeutet nun all dies im Jahr 1988? Bedeutet es, daß die 2000 schwarzen Hebräer eine schlimme nationale Sicherheitsbedrohung für Israel darstellen? Bedeutet es, daß die Gemeinde rassistisch ist, mit Selbstmordwahrscheinlichkeit wie die Sekte People's Temple aus Jonestown, Guyana? Bestimmt nicht.

»Als wir nach Israel zurückkehrten und unsere Überzeugung zum Ausdruck brachten, daß die Israeliten der Antike ein afrikanisches Volk waren, waren das keine rassistischen oder ausschließliche Aussagen«, erklärte Ben Ammi. »Unsere Analyse basierte auf der Geschichte und dem anthropologischen Vernunftsprinzip.

Das führt uns auch dazu zu verstehen, daß heute, 2000 Jahre nachdem die Stämme Israels in alle vier Winde verstreut worden waren, es möglich ist, Israeliten in allen Hautfarben zu finden. Dies ist auf die Rassenmischung der Völker über die Jahrhunderte hinweg zurückzuführen.

Somit finden wir also heute jene, die behaupten, Israeliten zu sein und die aus Afrika, dem Orient und Europa kommen. Heute unterscheidet man die Nationalität und den Glauben wahrlich durch die Aktionen der Personen.«

Ben Ammi schreibt weiter: »Die Suche nach Gott und Rechtschaffenheit ist mehr als eine Suche nach religiöser Identiät. Sie muß sogar von dem Gebiet der Religion völlig entfernt werden. Anderenfalls erkennen die Menschen vielleicht nie, daß Moses, Jesus und Mohammed zu unterschiedlichen Zeiten in der Geschichte kamen, um das Gleiche zu versuchen.

Es ging um die Gründung eines Volkes, dessen erste Pflicht den Befehlen Gottes galt, um Frieden, Erlösung, Liebe und Harmonie für alle Menschen zu erreichen.« □

Naher Osten

Kriegswinde aus Israel

Mark Lane

Joseph Churba, Präsident des Zentrums für Internationale Sicherheit eines pro-israelischen, von der Moon-Sekte finanzierten, amerikanischen Denktanks, prophezeite, daß die Israelis einen neuen Krieg beginnen würden, falls die arabischen Länder mit der israelischen Militärmaschinerie gleichziehen.

»Wenn Israel seine militärische Überlegenheit gefährdet sieht, wird es zu einer Präventivmaßnahme kommen«, sagte Churba gegenüber Journalisten im Nationalen Presseclub in Washington.

Eine Konfrontation mit den Sowjets

»Präventiv« ist Israels offizieller Euphemismus für das Führen eines Angriffskriegs. Es ist der Begriff, den die israelische Regierung benutzte, um ihren Überraschungsangriff auf Ägypten im Jahr 1967, ihre brutale Invasion in den Libanon im Jahr 1982 und die Bombardierung eines Atomreaktors im Irak zu erklären.

Churbas unheilvolle Prophezeiung kam, als er den Druck der israelischen Lobby zur Verhinderung der amerikanischen Waffenverkäufe an Saudi Arabien rechtfertigen wollte. Die Saudis kauften die Waffen anschließend von Großbritannien, was die Amerikaner Tausende von Arbeitsplätzen gekostet hat. Der Verlust des Waffenpakets im Wert von fast 20 Milliarden Dollar an die Briten war ein schwerer Schlag für die US-Wirtschaft, und der amerikanische Verteidigungsminister Frank Carlucci kritisierte die israelische Lobby und den Kongreß dafür, daß sie sich einem solchen Druck ausgesetzt hatten und ihm unterlegen waren.

Churba betonte, daß Israel in militärischer Hinsicht »qualitativ überlegen« bleiben müsse, sonst werde es Krieg geben. Mit anderen Worten, Israel diktiert den Preis für den Frieden, der hoch ist und der von den amerikanischen Arbeitern in der Rüstungsindustrie bezahlt wird sowie dadurch, daß Instabilität in Nahost propagiert wird.

Doch, so fügte Churba hinzu, ein solcher Krieg würde eine Konfrontation mit der Sowjetunion bringen, in der die USA klein beigeben müßten. Ein Krieg mit Syrien würde zu einem Sieg der Israelis führen oder Israel würde »zum Sieg gebracht«, wenn die Sowjetunion mit Fallschirmtruppen und anderen Streitkräften in überwältigender Zahl eingreifen würde«, sagte er.

Jetzt herrscht nukleare »Parität«

»Wenn es zu einer atomaren Konfrontation kommt, so glaube ich, daß die Vereinigten Staaten klein beigeben würden aus dem gleiche Grund, wie die Sowjets im Jahre 1962 klein beigaben«, meinte Churba. Offenbar spielte er damit auf die »Raketenkrise« vom Oktober jenes Jahres an, als Nikita Chruschtschow damit einverstanden war, die Atomraketen von Kuba abzuziehen. Damals bestand Überlegenheit der Amerikaner gegenüber den Sowjets im Verhältnis 20 zu eins; jetzt herrscht nukleare »Parität«.

Churba nannte die jüngsten israelischen Wahlen eine »klare Zurückweisung der Friedensvereinbarungen. Die amerikanische Politik, daß Israel sich von den besetzten Territorien zurückziehen solle, wird von der neuen Regierung abgelehnt«, sagte Churba.

Er verteidigte Amerikas großzügige Hilfe an Israel als eine »Investition« in die US-Sicherheit und äußerte weiter, »um zu überleben, müssen die USA sich für eine globale Verteidigung einsetzen« und sich den »Neo-Isolationisten« widersetzen.

Churba prophezeite auch, daß sein Jugendfreund Meir Kahane nach Amerika zurückkehren werde, wenn er seine Staatsbürgerschaft, die er aufgegeben hatte, wiederbekommt, »um Spenden zu sammeln und eine dominierende Kraft unter den amerikanischen Juden zu werden«. Er nannte den Gründer der zur Gewalt neigenden jüdischen Verteidigungsliga »einen Störenfried hier und in Israel«, der »nicht von der Bildfläche verschwinden wird«. □

Israel

Wortkrieg der Generäle

Mark Lane

Die westliche Öffentlichkeit weiß praktisch überhaupt nichts von einer wichtigen, vielleicht sogar kritischen Debatte, die derzeit in Israel ausgetragen wird. In den letzten Monaten haben zwei Gruppen israelischer Experten die militärischen Vorzüge einer Land-für-Frieden-Vereinbarung mit den Palästinensern diskutiert. Es ist in Israel bekannt unter dem »Wortkrieg der Generäle«.

Es begann alles im April vergangenen Jahres, nur wenige Monate nach dem Beginn des Aufstandes der Palästinenser. Wie wir damals berichteten, schufen elf Ex-Generäle und hochrangige Beamte – angeführt von einem ehemaligen Chef des militärischen Geheimdienstes, der jetzt das angesehene Jaffe-Zentrum für Strategische Studien an der Universität von Tel Aviv leitet – eine Organisation, um die Regierung davon zu überzeugen, das Prinzip Land-für-Frieden als Grundlage für Verhandlungen mit den Palästinensern zu akzeptieren.

Man zeigte ihnen die kalte Schulter

Die Organisation, der Rat für Frieden und Sicherheit, argumentiert im wesentlichen, daß Israel seine Besetzung der West Bank aufgeben sollte und dennoch seinen derzeitigen hohen Stand der Verteidigungssicherheit aufrechterhalten könnte. Doch zu diesem Zweck brauchten die israelischen Streitkräfte lediglich Frühwarnposten an der West Bank, und das palästinensische Territorium müßte eine demilitarisierte Zone bleiben. Eine politische Kontrolle des Gebietes und eine hohe israelische Militärpräsenz wären nicht nötig.

Wie erwartet, wurde der Rat sowohl von der Likud als auch der Labour-Gruppe der Regierung ignoriert. Deshalb kamen die Generäle im Juni 1988 in die USA, um Unterstützung für ihre Sache unter der wohlhabenden und einflußreichen jüdischen Gemeinde Amerikas zu gewinnen.

Zu ihrer Bestürzung zeigte man ihnen die kalte Schulter. Doch niemand, nicht einmal die fanatischsten der jüdischen, pro-israelischen Aktivisten wagten es, die Einschätzung der Generäle – von denen einige Nationalhelden sind – zu bestreiten. Statt dessen schenkte die jüdische Presse in Amerika ihnen kaum und die Establishment-Presse keinerlei Beachtung, obwohl ihr Besuch von dem amerikanischen jüdischen Kongreß gefördert worden war.

Die Existenz des Rats stellte jedoch für Israels Politik des hartnäckigen Widerstandes gegen den Rückzug aus dem besetzten palästinensischen Land eine potentielle Gefahr dar. Und siehe da, so bildete vor einigen Wochen eine andere Gruppe von Generälen ein anderes Komitee, um gegen den versöhnlichen Rat für Frieden und Sicherheit zu kontern.

Die neue Gruppe heißt Offiziere und Akademiker für Sicherheit und Frieden. Auch sie hat in ihren Reihen qualifizierte Militär- und Geheimdienstexperten, wenn auch niedrigeren Ranges.

Den Palästinensern nichts zurückgeben

Doch ihre Position ist, daß Israel keineswegs sicher seine Besetzung der West Bank aufgeben und die Vertreibung der Palästinenser aus ihrer angestammten Heimat aufhören kann.

Der Führer der neuen Gruppe, Aharon Levran, ein ehemaliger Assistent für den militärischen Geheimdienst und jetzt Miglied des Jaffe-Zentrums, nennt seine Absichten in eindringlicher Form:

»Aus politisch-ideologischen Gründen würde ich es vorziehen, nichts an die Palästinenser zurückzugeben. In militärischer Hinsicht ist nicht jedes Sandkorn in den Territorien strategisch wichtig. Doch die Gesamtheit der verwalteten Territorien ist strategisch wichtig.«

Auf die Frage, ob es nötig sei, die politische Kontrolle über die West Bank und Gaza zu haben, um die Sicherheit Israels zu erhalten, lieferte Levran eine aufschlußreiche Antwort:

»Der Öffentlichkeit muß erläutert werden, wenn einst die Debatte in Israel zwischen ›dem Heiligen Land Israel‹ und einem territorialen Kompromiß Thema war, so sprechen heute die meisten Reserveoffiziere in anderen Organisationen, das heißt der Rat, und in dem politischen System, das sie unterstützt, nicht mehr von territorialem Kompromiß, sondern eher von Sicherheitsvereinbarungen allein.«

Da haben wir es also. Der neuen Gruppe geht es nicht einfach nur um die Sicherheit Israels, sie – und das politische System, das sie unterstützt – sehnt sich immer noch nach dem alten zionistischen Traum der Wiedererschaffung von Eretz Yisrael, dem Heiligen Land Israel. Die neue Gruppe will die West Bank zu einem permanenten Teil Israels machen.

Auslöschung des alten Palästina

Doch es bleibt das schwierige Problem einer wachsenden und zunehmend rebellischen palästinensischen Bevölkerung. Levran und seine Gruppe von Experten hat auch dafür eine Antwort:

»Nur zwei Länder können Krieg führen mit Israel: Ägypten und Syrien. Ägypten wird wegen einem zweitrangigen Thema – dem Problem der Palästinenser – keinen Krieg führen. Es hat zu viel zu verlieren. Es könnte Sinai wieder verlieren und es könnte die Hilfsgelder der Amerikaner nicht mehr zugesprochen bekommen, für die es keine sowjetische oder arabische Alternative gibt.

Syrien wird einen Krieg führen, um den Staat Israel zu zerstören und nicht, um den Friedensprozeß ins Laufen zu bringen. Es gibt keine Verbindung zwischen der Rückgabe der Territorien an die Palästinenser und der Verhinderung eines Krieges.«

Jetzt wissen wir, was Levran und seine Gruppe unter »Frieden und Sicherheit« verstehen: Die Auslöschung von jeglichem Überbleibsel des alten Palästina und auch wahrscheinlich seines Volkes. □

NATIONAL PRESS CLUB

Victor Marchetti (links) und Mark Lane, unsere Mitarbeiter für den Themenbereich Naher Osten, vor dem National Presse-Club in Washington.

Chemische Waffen

Opfer irakischer Kriegführung

Loraine Mirza

Am 4. April 1988 kam ein halbes Dutzend Berater der US-Armee in einem Raum des St.-John-Episkopal-Krankenhauses in South Shore, USA, zusammen. Fünf kurdische Opfer der chemischen Kriegführung des Iraks waren von der iranischen Mission bei den Vereinten Nationen zur ärztlichen Behandlung hierher gebracht worden.



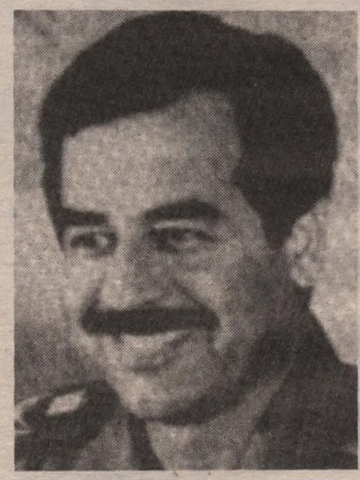
Mehrere Dutzend in Madrid lebender Iraker demonstrierten vor der irakischen Botschaft gegen die Giftgasangriffe.

Auf der Intensivstation befanden sich drei Kinder und eine Frau, deren Zustand immer noch als kritisch zu bezeichnen war. Doch in diesem Zimmer lag auch ein 25 Jahre alter Mann mit Namen Mohammed Azizi, dem es jetzt besser ging und dem nun nach Aussage von James K. Wellen, dem Public-Relations-Direktor des St.-John-Krankenhauses, ein langer Weg der Genesung bevorstand.

»Erzählen Sie es den Amerikanern«

Während Wellen und das Krankenhauspersonal einschließlich verschiedener Ärzte, die mit der Behandlung dieser fünf Patienten, die unter den Nachwirkungen chemischer Vergiftung litten, sehr kooperativ waren und Informationen lieferten, wurde mir gesagt, daß es keine Möglichkeit gäbe, mit den Patienten zu sprechen. Als das Ärzteteam von der amerikanischen Armee und einige andere Ärzte jedoch den Raum verlassen hatten, richtete sich der Patient selbst in seinem Bett langsam auf und winkte mich zu sich her.

Den ersten Eindruck, den ich beim Betreten des Zimmers bekam, war der eines bärtigen jungen Mannes mit dunklen, leicht wäßrigen Augen und kleinen roten Bläschen in den Augenwinkeln und auf den Augenlidern. Auf seinem Mund hatte er die gleichen kleinen Geschwüre.



Saddam Hussein bombardierte mit Giftgas-Bomben eine eigene Stadt, um sie zu bestrafen.

Als er zu sprechen begann, konnte man an seiner Stimme erkennen, welchen Schaden sein Hals, die Atemwege und Luftröhre genommen haben mußten. Er war heiser und wurde ab und zu von einem trockenen Husten geschüttelt. Er bestand darauf zu sprechen, obwohl ihm das große Schwierigkeiten zu bereiten schien.

»Ich muß es Ihnen erzählen«, fing er an, »damit Sie es dem amerikanischen Volk erzählen können.« Er sprach davon, daß fast seine ganze Stadt von Gasbomben ausgelöscht worden sei. Nach den Informationen über die Bombardierung dieser kurdischen Kleinstadt im Irak mit Gasbomben gab es nur wenige Überlebende.

Mohammed Azizi konnte nicht erklären, wie es dazu kam, daß er selbst überlebt hatte, doch er wollte betonen, daß einige iranische Soldaten, die ihn gerettet hatten, ebenfalls Symptome von Gasvergiftung erlitten, und zwar nicht durch den ursprünglichen Angriff selbst, sondern dadurch, daß sie ihn und einige Überlebende gerettet haben. Beim Ausziehen der kontaminierten Kleidung oder beim Abwaschen der Chemikalien während des Transports hatten sie offenbar selbst eine akute Gasvergiftung erlitten.

Die Daten über die Auswirkungen des Gases

Auf die Frage, ob er sicher wüßte, wer das Gas auf seine Stadt abgeworfen hätte und warum, antwortete er: »Saddam . . . Saddam. Die irakische Armee hat es getan. Nur die Iraker verwenden Gas.«

Er fuhr fort und meinte, der Irak bombardiere seine eigene Stadt, um sie zu bestrafen. Er wiederholte sich, um sicherzugehen, daß er verstanden wurde, daß die Kurden des Iraks vom Ba'athist-Regime seit vielen Jahren getötet, niedergemetzelt und verfolgt werden. Obwohl dies das erste Mal ist, daß Bagdad Gas auf seinem eigenen Territorium einsetzte, wird es auf iranischem Territorium seit dem Jahre 1984 verwendet. Dem sehr ausführlichen schriftlichen Material zufolge, das bei der Besprechung im St.-John-Krankenhaus zur Verfügung stand, hatte der Irak drei Arten von Giftgas, so unter anderem Gelbkreuzgas eingesetzt.

Hier die wissenschaftlichen Daten über die Auswirkungen der Chemikalien, die bei den drei Arten von Gas zur Anwendung kommen. Alle werden von feuchten Körperzonen angezogen und können durch die Kleidung dringen. Man wird dem Gas ausgesetzt durch direkten Kontakt, Einatmung oder die Dämpfe, die durch die warme, feuchte Haut an den Genitalien, unter den Achselhöhlen, in der Armbeuge, am Hals und im Gesichtsbereich absorbiert werden. Heißes, feuchtes oder selbst mildes Wetter erhöhen die Geschwindigkeit und das Ausmaß der Absorption.

Die 5000 Männer, Frauen und Kinder von Halabja, die innerhalb weniger Minuten im Januar 1988 nach dem Gasangriff starben, und weitere 4000, die zwar weiter weg wohnten, doch in der Windrichtung sich befanden und

Chemische Waffen

Opfer irakischer Kriegführung



Der Junge wurde von der iranischen Regierung als Opfer des irakischen Giftgasangriffs auf die iranische Stadt Orumiyeh bezeichnet.

so die Auswirkungen mitbekamen, sollten Beweis genug für die Grausamkeit des Ba'athist-Regimes sein.

Auf der Intensivstation des St.-John-Krankenhauses liegen vier weitere Opfer des Gaskrieges. Drei davon sind kleine Kinder, deren Körper mit Verletzungen übersät sind, doch das Schlimmste ist mit dem bloßen Auge nicht sichtbar. Die Chemikalien sind von sämtlichen inneren Organen absorbiert worden. Sie befinden sich im Hals, in der Lunge, Leber und den Nieren. Die Frau, bei der die Lunge stark geschädigt ist, liegt da und ringt um jeden Atemzug.

Selbst die Sowjets übertroffen

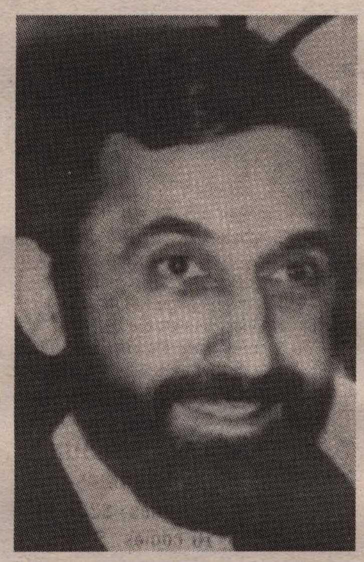
Wenn man ein paar Tage zuvor Filmmaterial darüber gesehen hat, dann in den Unterlagen des Krankenhauses nachlas und schließlich die Realität der Menschenopfer betrachtet – das läßt sich alles kaum mit Worten beschreiben.

In den paar Minuten mit Mohammed Azizi, den es in der Blüte seines Lebens getroffen hat, war das Laken, mit dem er zugedeckt war, völlig durchnäßt. Während er sein eigenes Überleben als »nur durch Gottes Willen« beschrieb, fügte er hinzu:

»Doch vielleicht sind jene, die sofort starben, die glücklicheren. Egal, wie lange ich jetzt leben werde, so wird das kein Leben mehr sein, sondern ein langsames, schmerzvolles Sterben.«

Auf die Frage, ob es irgend etwas gibt, was er haben möchte oder braucht, richtete er sich auf und holte einen tragbaren Kassettenrecorder hervor: »Kassetten hierfür!«

Nein, Musik interessierte ihn nicht, sondern die Tonbänder des Korans, von denen er glaubte, daß sie den einzigen Trost bieten würden, um durch diese Qualen hindurchzukommen. Das Ba'athist-Regime im Irak ist im Westen fälschlicherweise als Sunni Moslem bezeichnet worden, das über eine Shia-Mehrheit herrscht: »Nein! Saddam ist kein Sunni oder Shia . . . kein Moslem«, sagte Azizi, der selbst ein Sunni Moslem ist.



Ali Akbar Velayati, der iranische Delegierte bei den von der UN unterstützten Friedensgesprächen, beschuldigt den Irak des Einsatzes von Giftgas.

Saddam, der sich und sein Regime mit dem Sowjetblock verbündet hat, hat in seiner Verfolgung der religiösen Führer der Sunni und Shia sowie der ethnischen Minderheiten wie der Kurden selbst die Sowjets übertroffen.



Das Giftgas hinterläßt am ganzen Körper die gleichen kleinen Geschwüre.

Das Thema der chemischen Kriegführung sollte nicht dadurch verdeckt werden, daß man die eine oder andere Seite nicht mag. Hier gibt es nur ein Thema. Nachdem ich Mohammed Azizi von Angesicht zu Angesicht gegenüber gesessen und den tatsächlichen Horror des Einsatzes von Giftgas bei einem Menschen gesehen habe, kann ich nur hoffen und beten, daß anständige Menschen und aufrichtige Weltpolitiker nicht länger schweigen werden.

Am erschreckendsten ist, daß das Nervengas, das für den sofortigen Tod der 5000 Menschen in Halabja verantwortlich war, vielleicht sogar – möglicherweise über Belgien – aus den Vereinigten Staaten kam.

Anderen Quellen zufolge wurden sieben weitere Opfer nach Belgien gebracht, »weil man dort Erfahrungen in der Behandlung dieser besonderen Form von Nervengas« hat.

Wenn das stimmt, und die Beweise deuten darauf hin, daß dies der Fall ist, dann stellt sich die Frage, wie kam der Irak in den Besitz des Giftgases? Und während zwar viele Länder in der Lage sind, die anderen Gase herzustellen, so ist doch der Verkauf der Stoffe, die für deren Herstellung nötig sind, sowie der Geräte weltweit verboten.

Dennoch haben die Iraker es nicht nur, sondern sie haben es auch ungestraft eingesetzt. Das bringt das Thema weg vom Iran und Irak in die Vereinigten Staaten und zu einigen ihrer engsten Verbündeten, die am Ende die Schuld vielleicht mitzutragen haben. □

Ein Sieg des Geistes über die Materie

Ivor Benson

Die Leute im Westen, ihre Kirchenmänner vor allem, können viel lernen von den Entwicklungen im Iran in den letzten zwei oder drei Jahrzehnten, die in der praktischen Isolation dieses Landes gegenüber der »kapitalistischen« und der »kommunistischen« Welt gipfelten, ganz zu schweigen von der Feindseligkeit seitens der meisten anderen islamischen Staaten, insbesondere des Irak.

Wie allgemein bekannt ist, war es eine islamische Revolution und keine normale »nationalistische« Bewegung, die im Januar 1979 zur Vertreibung des Schah führte und damit einem Prozeß der Verwestlichung oder »Modernisierung«, wie er genannt wurde, ein Ende machte, der mit unterschiedlichem Erfolg seit der Zeit kurz vor der Jahrhundertwende angehalten hatte.



Khomeini-Anhänger stürmen die Mauer an der US-Botschaft in Teheran, um die amerikanische Flagge zu verbrennen und zu demonstrieren, daß ihnen vom Schah die westlichen Werte aufgezwungen wurden.

Der Koran verurteilt das Geld-Verleihen

Es waren also offensichtlich einige Veränderungen innerhalb der islamischen Gemeinde, innerhalb des Islam selbst, die der Revolution die Macht verliehen, allen unüberwindlichen Widerständen zum Trotz bestehen zu bleiben.

Was auch immer genau die Veränderung war, sie hat der Religion des Islam im Iran einen Charakter verliehen, der überall als »fundamentalistisch«, »militant“ und »extremistisch« beschrieben wird. Die engsten Gefolgsleute des Ayatollah Ruhollah Khomeini würden es anders erklären. Sie würden sagen, daß der Islam der Shi'iten, der jetzt im Iran vorherrscht, die Lücke schließt, die überall sonst auf der Welt zu finden ist – auch in der christlichen Welt – zwischen dem, an was die Menschen glauben oder wovon sie behaupten, daß sie daran glauben, und wie sie ihr Leben führen. Es ist der Unterschied zwischen Glauben und Wissen.

Der Koran verurteilt das Verleihen von Geld gegen Zinsen (Wucher). So war eine der ersten Aufgaben, die nach dem Sturz des Schah-Regimes durchgeführt wurden das gesamte Bankwesen westlichen Stils zu beseitigen und es durch das islamische Bankwesen, genannt »sharia«, zu ersetzen. Das, so sagen die Iraner, ist nicht »extrem«; es bedeutet einfach, das zu tun, wovon die Moslems wissen, daß es notwendig ist. In diesem Zusammenhang ist Mäßigung keine Tugend, sondern nur ein Zeichen von Schwäche und Dekadenz.

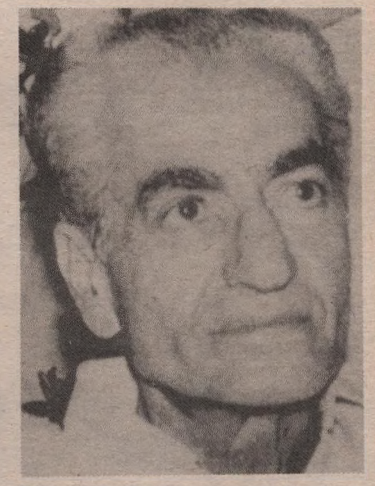
Die Bedeutung der Religion

Wenn wir jedoch verstehen sollen, was im Iran passiert ist, müssen wir mehr über den Islam und über Religion im allgemeinen wissen.

Die Religion hat zwei wichtige Aspekte. Es kann sich dabei um ein rein persönliches Phänomen handeln, ganz unabhängig von irgendeiner vorherrschenden Rechtgläubigkeit, die ihren Ausdruck findet in einer begabten Person – dem Poeten, dem Künstler, dem Philosophen, dem Propheten – und die Form ungewöhnlicher, kreativer Vitalität und Willensstärke annimmt. Es kann sich dabei auch um ein soziales Phänomen handeln, ein System übereinstimmenden Glaubens, das seinen Ursprung hat in einem Propheten, der psychische Sicherheit anbietet und ein gewisses Maß an kreativer Befreiung für eine ganze Gemeinde.

Der Islam ist wie das Christentum, der Buddhismus, der Hinduismus eine übereinstimmende Religion, der, wie alle Religionen dieser Art, den Wechselfällen von Zeit und Veränderung ausgesetzt ist und deshalb dazu neigt, einen großen Teil seiner ursprünglichen Wirkungskraft zu verlieren. Daraus folgt, daß wir uns über Bedeutung und Zweck – wenn es so etwas gibt – einer übereinstimmenden Religion Klarheit verschaffen müssen, bevor wir hoffen können herauszufinden, ob der Islam im Iran heute besser oder schlechter ist als er war, oder für seine Gläubigen von irgendeinem wirklichen Nutzen ist.

Eine einfache, doch ungenügende Antwort ist, daß eine übereinstimmende Religion als eine Sammelstelle von Werten oder ein System von geprüftem Wissen dient hinsichtlich dessen, was »richtig« und »falsch« oder »gut« und »böse« ist. Das impliziert, daß bestimmte kosmische Gesetze bezüglich dessen, was Menschen tun oder was ihnen angetan wird, in der menschlichen Natur nicht als fertige »Ideen« verschlüsselt sind, sondern nur als »Gefühlsreaktionen«, die unserem Verstand dann als »Ideen« erscheinen.



Die Beziehungen zwischen dem Schah und Israel bestand in Kooperationen auf vielen Ebenen.

Diese Ideen bezeichnen wir dann als »moralische« oder »metaphysische« Gesetze, Gesetze einer äußerst unbeständigen und schwer zu ergründenden Art, die leicht verlorengehen und ständig wieder neu gefunden werden müssen. Wenn sie eingehalten werden, halten diese Gesetze eine Gemeinde »auf Kurs« und schützen sie vor Zerfall und Unordnung.

Wenn jemand sich die Mühe gemacht hat, auch nur eine Zusammenfassung des Inhalts des Koran zu studieren, kann nur blindes Vorurteil einen daran hindern, zu erkennen, daß Mohammed, der Prophet, ein moralisches Genie war, jemand, der unter dem Druck einer persönlichen Verstandeskrise einen außerordentlichen Einblick in jene metaphysischen Gesetze gewann, die so schwer zu begreifen sind und die im menschlichen Verstand und in den zwischenmenschlichen Beziehungen so unerbittlich und unveränderlich vorherrschen.

Es waren dann die herrschenden Umstände, die es ermöglichten, vielleicht auch unvermeidlich machten, daß der Durchbruch eines Mannes zu einem seltenen

Iran

Ein Sieg des Geistes über die Materie

Zustand der Erleuchtung rasch zu einer übereinstimmenden Religion wurde.

Eine Lektion in Geschichte

Mohammed lebte wie Jesus etwa 700 Jahre zuvor in einer Zeit, die korrekt als »Endzeit« bezeichnet werden kann – so wie die Zustände größtenteils heute in der westlichen Welt sind –, wenn eine Gesellschaft, die nicht mehr genügend in Einklang ist mit den unveränderlichen Realitäten der menschlichen Natur, begonnen hat zu zerfallen. Die soziale Existenz degeneriert in eine hektische Jagd nach persönlichem Überleben und Vorteil, während die Menschen aufhören, in ihrer sozialen Gruppe ein Gefühl für Sicherheit und gemeinsame Pflichten zu finden. In dieser Lage beginnen viele geistig zu leiden.

Der Iran liefert ein lebendes Beispiel dafür, was dann passieren kann. Der großen Masse von Menschen im Iran hat es nie gefallen, was ihnen im Namen des »Fortschritts« und der Verwestlichung geboten wurde, und sie waren noch weniger geneigt, es von ihrem neutralen Standpunkt der »Rückständigkeit« aus zu akzeptieren, wenn sie sahen, welch ein Chaos diese Art von Fortschritt in der ganzen westlichen Welt hervorrief. Einige Produkte dieser fremden Zivilisation gefielen ihnen schon – wie die Autos und Radios sowie vielleicht auch Coca-Cola und Southern-fried-chicken, doch sie reagierten mit Abneigung auf den Lebensstil, der mit diesen Produkten einhergeht.

Die Geschichte des Iran seit der Zeit vor der Jahrhundertwende ist im Grunde die Geschichte der Bemühungen der aufeinanderfolgenden Herrscher – mächtig unterstützt durch die Länder des Westens –, den Menschen die Vorteile der »Modernisierung« schmackhaft zu machen und sie mit allen denkbaren Mitteln einschließlich Massaker ihnen aufzuzwingen.

Die Tatsache, daß die aufeinanderfolgenden Schahs so unterschiedlich auf das Angebot der Modernisierung reagierten, läßt sich leicht erklären: Kooperation mit den externen Mächten bereicherte sie weit über die Träume von Gier und Habsucht hinaus und vergrößerte ihre Macht in hohem Maße.

So schreibt Professor Hamid Algar: »Zumindest die Qujar-Dynastie und andere vor ihr waren begrenzt in ihren Fähigkeiten, ihren Willen infolge der traditionellen Ineffizienz der Monarchie in Nahost durchzusetzen, doch im Gegensatz dazu herrschten die Pahlevis – die von König Georg V. von England der Krone untergeordnet waren –, in Wirklichkeit wie Diktatoren einer modernen totalitären Art, obwohl sie den iranischen Traditionen ein Lippenbekenntnis leisteten.«

Der Sieg des Geldes

Eine wichtige Komponente modernisierter Verwaltung war die Savak, ein inländischer Geheimdienst, der sich das gesamte Wissen und die technischen Mittel ähnlicher Institutionen im Westen zunutze machte – einschließlich Amerikas CIA und Israels Mossad.

Was im Iran passiert ist, läßt sich vielleicht exakter mit Gegenrevolution beschreiben, eine starke Bemühung des Volkes dieses Landes, die bereits ungeheuer viel Leid und Leben gekostet hatte, sich selbst aus dem Griff einer großen Revolution des 20. Jahrhunderts oder eines neuen wirtschaftlichen Imperialismus zu befreien, der der Welt bereits ein Zeitalter des Konflikts und Leids ohne Beispiel in der Geschichte beschert hat.

Die Nachricht über ein Loch in der Ozonschicht der Erde hat vor kurzem einigen Alarm ausgelöst; furchterregender für viele mächtige und wichtige Leute, so scheint es, ist das große Loch, das der Ayatollah und seine Gefolgsleute in diese große Schicht der Lüge gerissen haben, die dick und düster über der ganzen Welt und ihrer Politik liegt.

Ob es uns gefällt oder nicht, was im Iran passiert ist und egal, wohin das alles führen wird, wir können uns jetzt zumindest an dem Spektakel eines Landes von rund 50 Millionen Menschen erfreuen, in dem der Schwindel von der Realität völlig verdrängt worden ist.

Die Macht eines einfachen Volkes hat gegenüber der großen Macht des Geldes den Sieg davon getragen – mag dies nun gut oder schlecht sein.

Es war ein äußerst ungewöhnlicher Sieg, ein Sieg des Geistes über die Materie, ein Sieg moralischer Stärke über physische Kraft.

Frühere Widerstandsbewegungen des Volkes haben zweifellos dabei geholfen, den Boden zu bereiten für das, was folgte, doch keine von ihnen hat ein derartiges Wissen freigesetzt, das ein Land zu einem unwiderstehlichen Widerstand der Massen anspornen kann.

Über die wichtigste solcher Bewegungen schreibt Hamid Algar, Professor für persische und islamische Studien an der Bekeley Universität in Kalifornien: »Die dominierende Persönlichekeit des ersten Jahrzehnts der Vorkriegszeit war nicht ein Mitglied der religiösen Klasse. Es war ein säkularer nationalistischer Politiker, der verstorbene Dr. Muhammad Mussadegh, der tatsächlich die Unterstützung der religiösen Klassen hatte, selbst ein praktizierender Moslem war, obwohl ihm zweifellos das volle Bewußtsein des Islam als einer vollständigen Lebensform fehlte. Dennoch war er ein ernsthafter, patriotischer und ehrlicher Mann.«

Das falsche Spiel des Westens

Algar schreibt weiter: »Wir wissen ganz genau, was mit Dr. Mussadegh und dem nationalistischen Regime, das er anführte, passiert ist. Es wurde gestürzt durch direkte Intervention der Vereinigten Staaten in Form des Coup des CIA vom August 1953, der zur Rückkehr des Schah aus dem Exil führte, in das er geschickt worden war. Die Lektionen der Mussadegh-Erfahrungen wurden dazu genutzt, das Schah-Regime zu einer noch härteren Nuß zu machen, die es zu knacken galt.

Nach dem Coup d'Etat kam es zu einer noch intensiveren Beziehung zwischen Israel und der iranischen Regierung. Kooperation fand auf vielen Ebenen statt, doch vor allem bei der sogenannten Geheimdienst- und Sicherheitsarbeit. Nach einem bestimmten Punkt scheint es, als sei die Aufgabe der Personalbesetzung und des Trainings der Savak vom CIA auf den Mossad, den israelischen Sicherheitsdienst, übergegangen, obwohl der CIA immer das Recht der Überwachung der Savak beibehielt. Ich kenne viele Leute, die von Israelis verhört und gefoltert worden sind, während sie sich im Gewahrsam der Savak befanden.«

Algar weiter: »Die Islamische Revolution im Iran traf auf den Widerstand der Vereinigten Staaten, der Sowjetunion, Chinas, Großbritanniens, Frankreichs, Westdeutschlands – all dieser großen Zentren von Rang, der sogenannten reaktionären und sogenannten progressiven Regime gleichermaßen. Sie traf auf den Widerstand von König Hassan von Marokko, von Präsident Sadat von Ägypten und auf das Regime von Saudi-Arabien.«

Die Führer der anderen islamischen Staaten fürchten, daß der shi'itische Fundamentalismus die islamische Legitimität ihrer »gemäßigteren« Politik der Anpassung an die ausländischen Mächte einer genaueren Prüfung unterziehen könnte. Ihr Hauptanliegen ist es deshalb, diesen Fundamentalismus auf den Iran zu begrenzen, als sich dem Risiko auszusetzen, sich offen damit auseinanderzusetzen.

Die ausländischen Mächte ihrerseits, geprägt von Ideen, die sich wie ein Feuer ausbreiten und weltweite islamische Solidarität erzeugen könnten, verloren keine Zeit, um einen militärischen Angriff gegen den Iran zu starten, indem sie einen stark bewaffneten Irak für diesen Zweck einsetzten und sich eine alte Grenzstreitigkeit zunutze machten. □

Vatikan

Der siegreiche Weg der Freimaurerei

Abbé Henri Mouraux

Seit dem 28. April 1738 haben eine ganze Reihe von Päpsten in einer Anzahl von zehn Enzykliken die Freimaurerei verurteilt, die sie die »Synagoge Satans« nannten. Sie exkommunizierten die Christen, die sich ihr verschrieben. Aber sie sickerte dennoch in die Kirche ein und drang sogar bis in die höchste Spitze vor.

Während seiner Nuntiatur in der Türkei wurde zum Beispiel der spätere Johannes XXIII. im Jahr 1935 »in die Sekte des Tempels aufgenommen« und erhielt den Namen »Bruder Johannes«, wie Pier Carpi dies in seinem Buch »Prophezeiungen Johannes XXIII.« behauptet.

In Zivil die Loge besucht

Die Freimaurer des Tempels, gewöhnlich »Rosenkreuzer« genannt, sehen in Christus nur einen außergewöhnlichen Menschen. Die Göttlichkeit sprechen sie ihm jedoch ab, die ihm – wie sie behaupten – die Kirche beigelegt hatte, um seine Mission, die nur sozial war, zu verfälschen.

Wie zur Bestätigung der Worte von Pier Carpi schrieb Carl Jakob Burckhardt, ein Hochgradfreimaurer im »Journal de Genève«: »Ich kenne den Kardinal Roncalli sehr gut. Er war ein Deist und Rationalist, dessen Stärke nicht die Fähigkeit, an Wunder zu glauben und die Hochachtung vor dem Heiligen war.«

Bei einem Blick in das Buch »Resurgence du Temple«, ein Werk, das von den Templern 1975 verfaßt wurde, ist zu lesen: »Die Richtung unserer Aktion: Fortsetzung des Werkes Johannes XXIII. und aller, die ihm auf dem Wege des templerischen Universalismus gefolgt sind.«



Erzbischof Paul Marcinkus arbeitete bei seinen finanziellen Transaktionen eng mit der Loge P2 zusammen.

Fügen wir noch hinzu, daß während der Zeit seiner Nuntiatur in Paris Kardinal Roncalli zum größten Erstaunen der Polizei, die ihm zu seinem Schutze als Diplomat beigegeben worden war, in Zivil die Große Loge besuchte, wo er den Jesuiten Riquet wiederfand. Sein Berater war Maurice Bardet, Autor von »Mystik und Magie«, der sich rühmte, dem Kardinal Roncalli die Tiara prophezeit zu haben.

Während des Konklaves nach dem Tode Johannes XXIII. verkündete weißer Rauch die Wahl eines Papstes. Heute weiß man, daß Kardinal Siri, ein Freund und Geistesverwandter Pius XII. – wenigstens damals noch –, soeben mit einer Stimme Mehrheit gewählt worden war.

Was spielte sich dann ab? Man weiß es nicht genau. Sicher ist, daß Kardinal Tisserant unter Mißachtung der Konklavegesetze die verschlossenen Räume verließ, sich in die Stadt begab und eine geheime Zusammenkunft mit den Dignitären der Loge des B'nai B'rith hatte, die vornehmlich Juden vorbehalten ist.

Einige Stunden nach seiner Rückkehr in den Vatikan verkündete aber ein anderer weißer Rauch die Wahl des Kardinal Montinis, den mehrere amerikanische Zeitschriften bei seiner Krönung zum Papst als Paul VI. der Mitgliedschaft in der Loge B'nai B'rith bezichtigten – als Beleg diente eine Photographie, die ich besitze.

Taten sie das, um die Gerüchte zum Schweigen zu bringen, die über Johannes XXIII. auf Betreiben von Kardinal Ottavianis in Umlauf gesetzt waren oder ganz einfach, um amerikanischen Zeischriften zu antworten? Niemand enthüllte das.

Am 24. Juli 1970 erinnerte aber der »Osservatore Romano« in der Ausgabe Nr. 20 daran, daß der Templer-Orden immer verurteilt war. Indem so die Fassade intakt blieb, konnte die Arbeit im Laufgraben fortgesetzt werden. Laut der Zeitschrift »Selection« ermutigte während des Konzils Paul VI. in der Umgebung von Kardinal Liénart seinen Freund Capovilla, einen Prälaten, der die Rolle eines Intriganten gegen P. Pio spielte, Kardinal Ottaviani zu attakkieren.

Die freimaurerische Karriere Kardinal Liénarts: Aufgenommen im Jahr 1912 in die Loge Combrai, 1919 Visiteur, im Jahr 1927 Aufstieg in den 30. Grad.

Weil Johannes Paul I. den anrüchigen finanziellen Transaktionen zwischen Marcinkus und Calvi ein Ende bereiten wollte, machte ihm die Freimaurerei, die durch Casaroli, Mitglied der Loge P2, Herrin der Lage war, den Garaus: Überraschend kam der »merkwürdige Tod von Johannes Paul I«, vergiftet mit Aqua Toffana, wie es J. H. Thiery in seinen Enthüllungen genau beschreibt.

Und was nicht weniger merkwürdig war: Der einzige Zeuge dieses »merkwürdigen Todes«, ein anderer freimaurerischer Prälat – als solcher nach seinem Tode identifiziert durch die Werke in seiner Bibliothek – starb wenige Monate später auch reichlich plötzlich.

Betonung brüderlicher Interessen

Johannes Paul II. hat die Exkommunikation abgeschafft beziehungsweise »abgeschafft«, die seit 145 Jahren die Katholiken betrifft, die der Freimaurerei angehören. Am 2. März 1984 empfing er in offizieller Audienz die Loge B'nai B'rith. Die Ansprache, die er an sie richtete, ist die verblüffende Bestätigung all dessen, was ich vorher geschrieben habe.

Es ist dies auch die offizielle Bestätigung dessen, was mir ein Taxifahrer, der mich durch die Straßen Roms fuhr, 1983 sagte: »Ich bin Kommunist, denn ich bin gegen den Vatikan, der auf seiten der Freimaurer steht.«

Sich also an die schlimmsten Feinde der Kirche wendend, nennt Johannes Paul II. sie während seiner liebevollen Ansprache dreimal »meine teuren Freunde«. Nach Betonung des »brüderlichen Interesse« fuhr Johannes Paul II. weiter fort: »Wir sind aufgerufen, uns zu vereinigen.«

Wie auch immer: Diese Brüderlichkeit ist für ihn eine Quelle der Freuden: »Ich bin wahrhaft glücklich, Sie zu empfangen. Ich danke Ihnen. Ich bin Ihnen erkenntlich.« Diese Ausdrücke sind nicht der Ausdruck eines flüchtigen Gefühls, nein, sie offenbaren die »engen Beziehungen von seinen Besuchern zu der angeblichen Kommission für die religiösen Beziehungen«. □

Religion

Gerechtigkeit für Pilatus

François Molay

Wer heute das »Apostolische Glaubensbekenntnis« der katholischen Kirche zur Hand nimmt, findet darin als viertes der zwölf Glaubensartikel, in die es eingeteilt ist, den lapidaren Satz: »Gelitten unter Pontius Pilatus, gekreuzigt, gestorben und begraben.« Dieser Satz, der Christi namenloses Leiden und Sterben in acht Wörtern wiedergibt, könnte unter Umständen auch ähnlich so verstanden oder ausgelegt werden, wie man etwa ein denkwürdiges Ereignis unter der Regierungszeit eines Herrschers zu überliefern pflegt.

So wurde etwa Wien unter Kaiser Franz Josef I. ausgebaut und erweitert. Es versteht sich von selbst, daß hier der Gedanke einer persönlichen Mitwirkung niemals vorliegen kann, sondern daß dieses Ereignis eben nur in die Zeit der Regierung des betreffenden Herrschers fällt. Andererseits aber beinhaltet die Feststellung »unter« auch die Möglichkeit einer Veranlassung seitens des Herrschers. So also hat, um vom obigen Beispiel auszugehen, der Kaiser Franz Josef I. die Verschönerung und den Ausbau Wiens auch veranlaßt, er hat die Befehle oder die Aufträge hierzu gegeben und ist somit der geistige Initiator oder Urheber.

Ein unerhört bedeutender Satz

In diesem letzten Sinn nun, und nur so, ist das »unter Pontius Pilatus« des apostolischen Glaubensbekenntnisses zu verstehen. Dies erhärtet die amtlich-kirchliche Auslegung des angeführten Satzes, denn auf die Frage: Wer hat Jesum zum Kreuzestod verurteilt? – gibt sie die klare Antwort: Pontius Pilatus, Landpfleger von Judäa, hat Jesus aus Furcht vor den Juden zum Kreuzestod verurteilt.

Ein solch bedeutender Satz muß notwendig die besondere Aufmerksamkeit des Lehrenden oder Hörenden auf sich ziehen, da doch unter den zwölf Artikeln des Glaubensbekenntnisses dieser vierte der einzige ist, der eine historische Datierung enthält: Regierungszeit des Pontius Pilatus.



Christus mußte sein eigenes Kreuz tragen. Wer wird dieses Kreuz »vorsorglich« haben anfertigen lassen?

Es sei hier nebenbei die Tatsache erwähnt, daß dieser Teil des heutigen Bekenntnisses, nämlich »gelitten unter Pontius Pilatus«, sowohl dem Nicäanischen Symbolum (Glaubensbekenntnis) vom Jahr 325, das erst nach langem und zum Teil blutigem Kampf der versammelten Bischöfe untereinander durchgesetzt werden konnte, als auch noch dem von Constantinopel aus dem Jahr 381 fremd war. In keinem der beiden Glaubensbekenntnisse kommt er noch vor.

Bedenkt man, daß der Sinn des »Credo« die auf engstem Raum gedrängte und daher verhältnismäßig leicht für die Gläubigen zu merkende Zusammenfassung der kirchlichen Lehre ist, so erkennt man, daß der Gedanke jener feigen Schuld des Landpflegers noch dazu ». . . aus Furcht vor den Juden . . .« zumindest in den ersten drei Jahrhunderten den christlichen Bekenntnissen in keiner Weise geläufig war und erst viel später dort Eingang gefunden hat.

In der Tat scheint es erst im Athanasischen Symbolum auf, dem dritten der ökumenischen (allgemeinen) Symbole. Dieses aber ist erst im 5. Jahrhundert, vermutlich irgendwo in Südspanien oder in Südfrankreich, als die Zusammenfassung der Lehre des »heiligen« Augustinus (354 bis 430) in 40 Sätzen, entstanden. Die morgenländische Kirche kennt es bezeichnenderweise gar nicht.

Ein harter und stolzer Römer

Diese Tatsache hat übrigens eine bemerkenswerte Parallele in der Erhebung des »Heiligen Geistes« zur »dritten göttlichen Person«, was erst 381 auf dem Konzil von Constantinopel – und das erst nach langen heftigen Streitigkeiten – angenommen, festgesetzt und zum Glaubenssatz (Dogma) erklärt werden konnte.

Es erscheint nun außerordentlich bedenklich, daß ein so wichtiger Glaubenssatz, samt seiner kirchlichen Interpretation von der »Furcht vor den Juden«, erst nach etwa 400 bis 450 Jahren nach dem eingetretenen Ereignis formuliert worden ist. Dieses Bedenken findet bei genauerer Untersuchung um so mehr Nahrung, als die historische Persönlichkeit des Pontius mit dem bezeichnenden Beinamen Pilatus, das heißt »der Speerschleuderer«, durchaus nicht als Schwächling oder gar Feigling bekannt ist, der noch dazu durch die Heirat mit Claudia, der Stieftochter des Kaiser Tiberius, dessen Schwiegersohn geworden war.

Harter und stolzer Römer, Landpfleger von Judäa, oberster Richter über Leben und Tod, hatte er es sehr wohl und sehr gründlich verstanden, alle Aufstände der Juden während seines Prokurates innerhalb der ihm unterstellten jüdischen Provinzen blutig niederzuschlagen. Und nun soll ausgerechnet er, in feiger Furcht vor den Juden, der allem römischen Recht hohnsprechenden Behandlung des Falles Christi zugestimmt haben? Er soll Christum den Juden zur Hinrichtung übergeben haben?

Wer einigermaßen im Römischen Recht Bescheid weiß, dem ist es wohlbekannt, daß das Strafgesetz aus jener Zeit ein äußerst genaues Verfahren gefordert hat. Es mußte die Anklage

schriftlich abgefaßt vorgelegt, Verteidiger und Zeugen genannt werden und, sofern der Richter nach dem Römerrecht keine Schuld finden und daher auch zu keiner Verurteilung kommen konnte, hatte nach erfolgtem Freispruch der Angeklagte sogleich auf freien Fuß gesetzt zu werden.

Das Strafgesetz forderte ein genaues Verfahren

Von allen diesen im Römischen Gesetz verankerten Bedingungen eines Prozesses ist in den überlieferten Evangelienberichten nicht nur keine Rede, sondern vielmehr noch wird ein Ablauf der Ereignisse verzeichnet, der dem gerade wegen seiner bestechenden Klarheit so überzeugenden und deswegen heute noch gelehrten römischen Recht Hohn spricht.

Wie ein kurzer Blick in die betreffenden Evangelienstellen belehrt, wird Christus vorerst einmal im Tumult, ja in einem Aufruhr vor den Römer geschleppt. Ein Richter vom Rang des Prokurators und des den Juden aus ihren früheren Aufständen (siehe Apostelgeschichte 5,36 – 37) her genugsam bekannten Pilatus schafft sich in einem »hochnotpeinlichen« Prozeß nicht Ruhe? Er weist die brüllenden Scharen nicht mit Waffengewalt sofort zurück? Nein, kraftlos und machtlos steht er dem von hohepriesterlicher Seite geschürten Aufruhr gegenüber.

Eindeutig liest man in verschiedenen Evangelienstellen, daß die Initiatoren des Mordprozesses gegen Christus nicht die Römer, also auch nicht die römische Obrigkeit, sondern die Hohepriester, Pharisäer, Schriftgelehrten und Oberen, als die Führer des jüdischen Volkes zu Jerusalem, waren.

Alle diese Stellen in den Evangelien sind für die Hinterlist der damaligen Judenoberen bezeichnend, sowie zugleich ein hervorragendes Zeugnis für das einfache, arbeitende Judenvolk, das Christus dankbar nachgeht, wenngleich oft ohne ihn zu begreifen, und ihn sogar zu seinem König machen will, unter dessen Herrschaft man nicht zu sterben, leiden oder hungern bräuchte.



Die Kreuzigung war ein beredtes Zeugnis für die hinterlistig-gemeine Rache und Blutgier.

Fragt man sich noch, wie es möglich war, daß nach all den zahllosen Versuchen gemeinen Meuchelmordes der jüdischen Priester und Oberen an Christus, nach dessen mehr als dreijährigem Wirken in ganz Judäa, Samaria und Galiläa, der römische Prokurator von Christus nichts gewußt haben sollte?

Bei dem ausgezeichneten römischen Nachrichtensystem, noch dazu in einem ständig gärenden Land, hatte Pontius Pilatus, dessen Frau Claudia noch dazu Christus sehr wohl gekannt hatte – was eine kleine Stelle bei Matthäus 27,19 erhärtet –, über Christus genaueste Kunde, und weil er sein friedenspredigendes Wirken kannte und dies gerade in dem jüdischen Volk sehr schätzte – das konnte doch dem Römer nur recht sein –, so hatte er niemals Anlaß gefunden, gegen Christus einzuschreiten. So wußte der Prokurator also genau, daß die Anklagen der Hohepriester gegen den vor ihn geschleppten und bereits von den Juden furchtbar zugerichteten Christus falsch waren.

Falsch waren die hohepriesterlichen Anschuldigungen

Sobald die Judenoberen sich Christi versichert hatten, und er in den Palast des Hohepriesters Hannas (Anan bei Schia-Seth) gebracht worden war (Johannes 18,13), »dahin zusammengekommen waren alle Hohepriester und Ältesten und Schriftgelehrten«, suchte »der ganze Rat Zeugnis wider Jesus, auf daß sie ihn zu Tode brächten« (Markus 14,55).

Pilatus wollte Christus vor den Hohenpriestern, Pharisäern und Schriftgelehrten retten, die ihn grausam folterten.

Religion

Gerechtigkeit für Pilatus

Nach dem von den Judenoberen gefällten Todesurteil, »da fingen an etliche ihn anzuspeien und zu verdecken sein Angesicht und ihn mit Fäusten zu schlagen und zu ihm zu sagen: Weissage uns! Und die Knechte schlugen ihn ins Angesicht«.

Man braucht nicht viel Phantasie, um sich auszumalen, wie der von den Judenoberen so tödlich gehaßte Christus nun ausgesehen haben muß, nachdem ihn die Knechte mit ihren Fäusten bearbeitet hatten.

Es steht im übrigen einwandfrei fest, daß die entsetzliche Geißelung und satanisch-hohnvolle Dornenkrönung nicht auf des Landpflegers Konto geschrieben werden kann, sondern sich würdig an das Verhalten der Knechte des Hohepriesters anreiht. Das berühmte »Ecco Homo« des Pontius Pilatus kann sich nur auf dieses erbarmungswürdige Aussehen Christis beziehen, in welchem er bereits vor den Prokurator geschleppt wurde.

Falsch waren auch die hohepriesterlichen Anschuldigungen einer Aufwiegelung Christis gegen den römischen Kaiser, wie Lukas 23,1 – 3 und auch Johannes 19,12 – 15 berichten, und Pilatus, trotzdem er diese schwere Anklage hört, keinerlei strafwürdigen Tatbestand an Christus findet.

Nun hätte in Wahrheit der römische Prokurator jeder Usurpation eines landesfürstlichen Rechtes in Judäa, oder auch nur des bloßen Titels, somit jedwedem jüdischen Nationalkönig rücksichtlos mit der Todesstrafe begegnen müssen, was aus dem Verhältnis des von den Römern besetzten jüdischen Landes zum Imperium sich von selbst versteht. Da dies aber alles nicht zutraf, somit die Judenoberen nur Lügen über Christus verbreitet hatten, konnte Pilatus auch keinerlei Schuld an Christus finden. Deswegen sprach er ihn frei.

Nun hatte Christus, dazu ganz im Gegenteil, das geordnete Staatswesen, das ordnende Recht des Kaisers jederzeit voll anerkannt und sich dem auch unterworfen. Vergleichen wir damit Matthäus 22,15–22, darin steht die berühmte Stelle »so gebet dem Kaiser, was des Kaisers ist, und Gott, was Gottes ist«; aber noch deutlicher vielleicht Matthäus 17, 27, da Christus Petrus anweist, den Zinsgroschen (Kopfsteuer) für ihn und sich zu bezahlen:

»Auf daß aber wir sie nicht ärgern, so gehe hin an das Meer und wirf die Angel, und den ersten Fisch, der herauffährt, den nimm; und wenn du sein Maul auftust, wirst du einen Stater finden; den nimm und gib ihnen für mich und dich!«

Die Wühl- und Hetzarbeit der Hohenpriester

Gemessen an diesen Tatsachen, bekommt auch Christi Einzug in Jerusalem ein völlig anderes Gesicht. Wäre er wirklich der Juden König gewesen, also natürlich Volljude, so hätte ihn der Prokurator spätestens nach dem Einzug in die Hauptstadt des Landes sofort ergreifen und erbarmungslos hinrichten lassen, und dies kraft seiner Stellung und Aufgabe, auch unweigerlich tun müssen. Daß er aber nicht einschritt, beweist wieder, wie sehr genau der Römer von allem unterrichtet war, und daher der berühmte Einzug eine teuflisch ersonnene Mache der hohenpriesterlich-pharisäischen Mordclique war. Die teuflische Absicht allein genügt, sie so zu bezeichnen.

Das stets leicht entflammbare Volk ruft jederzeit, entsprechend der vorhergegangenen Beeinflussung, bald »Hosiannah«, bald auch »Kreuzige ihn!«

Zum Beweis dienen auch die Hetz- und Wühlarbeiten der Hohenpriester in Markus 15,11. In dasselbe Kapitel gehört auch die Aussprechung der Judenoberen, daß Christus »Davids Sohn« sei, also aus jüdischem Geschlecht, wie etwa bei Matthäus 9,27.

Greifen wir abermals zurück: Pontius Pilatus vermag sich also keine Ruhe zu verschaffen, er, der oberste Richter im Land, der von den Juden so gehaßte Römer und Fremdling. Hingegen predigen aber nach Christi Kreuzigung, Auferstehung und Himmelfahrt die Apostel – also sterbliche Menschen – unter seinem Schutz frei in Jerusalem und in der Diaspora dasselbe Evangelium, das Christus vorher gelehrt hatte.

Und dies alles geschieht trotz der geifernden, aber ohnmächtigen Wut der Hohenpriester, Schriftgelehrten und Pharisäer. Hätte nämlich der Landpfleger Christus kreuzigen lassen, um wie viel mehr erst hätte er sich der Apostel und Jünger Christi versichert. Er tat dies aber keineswegs, sondern er schützte sie vielmehr noch. Das gibt doch wahrhaftig zu denken.

Ferner: Es ist beim Prozeß Christi, der durch mehr als drei Jahre frei im Land unter den Augen des Prokurators gepredigt hatte, keine schriftliche Anklage vorhanden, wie sie das Römische Recht vorschreibt. Es ist auch kein »accusator« (was dem heutigen Staatsanwalt entspräche) da, ferner kein Verteidiger, sondern nur der Richter Pilatus, der Christus dann selber verteidigt. Statt dessen verlangt eine aufgeputschte, brüllende Meute Christi Tod.

Das allein wäre zu normalen Zeiten für den Prokurator Grund genug gewesen, den Aufruhr sofort blutig zu unterdrükken und ohne Erbarmen niederzuwerfen, zumal er noch dazu von der Unschuld Christi vollauf überzeugt war, was seine drei Freisprüche bestätigen.

Auch Herodes spricht ihn frei

Daß er es nicht tut, nicht sofort dem Aufruhr militärisch beizukommen befiehlt, beweist doch eindeutig, daß er hierzu im Augenblick keine Mittel gehabt hat. Der Landpfleger hat, aus welchem Grund auch immer, in diesem Augenblick nicht über seine Cohorten verfügt, die er doch angesichts des unmittelbar bevorstehenden jüdischen Passahfestes, zu dem sich alljährlich Tausende und Abertausende von Juden aus der Diaspora in Jerusalem einfanden, doch hätte aus taktischen Gründen vorsorglich in der Stadt zur Verfügung halten müssen.

Diese offenkundige militärische Ohnmacht in jenem Augenblick veranlaßt den strengen, aber redlich denkenden Römer zu verzweifelten Maßnahmen, die einerseits trotz der bedrohlichen Krise, seinen anständigen Charakter beweisen, und andererseits seine feste Absicht kundtun, dem Römischen Recht de jure und de facto unter allen Umständen – und besonders auch entgegen den Mordabsichten der Hohenpriester, Pharisäer und Schriftgelehrten – zum Sieg zu verhelfen.

Also sendet er Christus – der demnach kein Jude gewesen ist – als Galiläer zu Herodes, der in den Tagen des Passah auch in Jerusalem weilte. Auch dieser Fürst – wohl um sich bei Pilatus wegen einer Verfehlung wieder gut anzuschreiben – erkennt Christus trotz der brüllenden Meute für unschuldig, was die schon frohlockenden Judenoberen gewaltig enttäuscht hatte, und läßt ihm zum Zeichen dessen einen weißen Mantel, als Zeichen der Unschuld, umhängen.

Wäre es nun in der Absicht des Prokurators gelegen gewesen, Christus zu kreuzigen, so hätte doch Herodes erst recht auf Tod erkennen müssen. Im Gegenteil aber: »Auf den Tag wurden Pilatus und Herodes Freunde miteinander; denn zuvor waren sie einander ›feind‹« (Lukas 23,12).

Nach diesem Freispruch und der neuerlichen Rückführung Christi durch den brüllenden, aufgepeitschten Pöbel vor Pilatus – wo in aller Welt blieben nur die sonst überall postierten römischen Wachen und Legionäre? – spricht dieser wieder, daß er nach öffentlichem Verhöre nichts dessen an Christus finden kann, wessen ihn die Judenoberen zeihen.

Es ist daher völlig widersinnig, daß Pilatus dann Christus habe geißeln und mit Dornen krönen lassen, um ihn hernach frei zu lassen. Die Krone ist doch gerade königliches Attribut und gerade dessen klagen doch die Hohenpriester und Judenoberen Christus vor dem Römer an, damit der Prokurator ein Todesurteil fälle.

Pilatus aber weiß trotz allem, also auch trotz des Einzuges Christi in Jerusalem eine Woche zuvor, daß dies alles nur berechne-

te, teuflische Mache wider Christus ist. Aus diesen Erwägungen heraus ist es offenkundig, daß Christus bereits in seinem erbarmungswürdigen Zustand vor den Prokurator gebracht worden war, der ihn dann der vertierten und verhetzten Meute mit dem anklagenden Rufe »Ecce Homo« hinstellt.

Nun kommen die wahren Absichten ans Licht

Gegenüber dem dritten Freispruch Pilatus', der Christus unter allen Umständen retten will, lassen nun die Hohenpriester und Oberen sozusagen die »Katze aus dem Sack«: »Wir haben ein Gesetz, und nach dem Gesetz soll er sterben, denn er hat sich selbst zu Gott (Gottes Sohn) gemacht!« (Johannes 19,17.)

Nun hat aber Christus den Gott, den die Judenoberen in ihrem Volk lehrten, öffentlich den »Teufel« genannt, was noch heute aus Johannes 8,44 hervorgeht: »Ihr seid von dem Vater dem Teufel, und nach eures Vaters Lust wollt ihr tun. Der ist ein Mörder von Anfang und ist nicht bestanden in der Wahrheit; denn die Wahrheit ist nicht in ihm. Wenn er die Lüge redet, so redet er von seinem Eigentum, denn er ist ein Lügner und ein Vater derselben.«

Daher hatte Christus »Gott« gelästert, und weil er sich selbst zu Gott gemacht hat, deshalb haben ihn die Judenoberen gebannt, das heißt zum Tode verurteilt, und hatten bislang immer wieder vergeblich versucht, dies in die Tat umzusetzen.

Allein Christus war ihren Ränken immer wieder entgangen , da seine Stunde, die er sich selbst gesetzt hatte, noch nicht gekommen war. Nun aber schien ihnen die politisch-militärische Ohnmacht des Pilatus eine letzte Gelegenheit hierzu. Laut 3. Mose 27, 28–29 muß ein dem Herrn Gebannter unweigerlich sterben, aber auch ein für diesen als Lösegeld Angebotener, so ist und bleibt Christi Tod besiegelt.

Nun greift Pilatus zu einem letzten, verzweifelten Mittel: Er bietet der brüllenden, von ihren Priestern aufgehetzten Horde drei von ihm zum Tode verurteilte Gefangene für Christus. Es waren dies zwei Räuber aus Samaria und ein jüdischer Mörder namens Barabbas.

Hierzu sei wieder bemerkt, daß nach dem Römischen Recht ein zum Tode Verurteilter nach dem Urteilsspruch nie erst lange im Gefängnis auf seine Hinrichtung hat warten müssen, sondern sie wurde unmittelbar nachher an ihm durch den Profoß vollstreckt. Daß dieser aber zu jenem Zeitpunkt nicht anwesend war, als der wegen des kürzlich zuvor in der Stadt geschehenen Aufruhrs und um eines Mordes willen verhaftete Barabbas, von Pilatus zum Tode verurteilt, im Gefängnis saß, um auf seine Hinrichtung zu warten, beweist erneut die Außerordentlichkeit der Situation und die augenblickliche militärische Machtlosigkeit des Landpflegers.

Waren die Chortoren der Legion abgezogen worden, so hatte sie nämlich auch der Profoß zu begleiten, um etwa nötige Justifizierungen an Ort und Stelle vornehmen zu können, da sich der römische Soldat nie zu Hinrichtungen hergegeben hätte.

Die Tragik dieser Situation

Die Tragik dieser Situation war furchtbar: Pilatus vermochte trotz besten ehrlichsten Willens den von den hohenpriesterlichen Hetzern gebannten Christus nicht vor dem Tod zu retten.

Noch einen allerletzten Versuch macht er, ihn freizubekommen, indem er sich ein Becken mit Wasser bringen läßt und öffentlich durch Handwaschung seinen dreimaligen Freispruch bekräftigt, dadurch also, auch allen sichtbar, Christi Unschuld bestätigt. Dann aber ist Christus der Heimtücke der Judenoberen und der Wut des durch diese aufgestachelten Pöbels schutzlos ausgeliefert.

Eines noch vermochte der unerschrockene und ehrliche Römer zu tun; von der ihm gebliebenen Leibwache und den wenigen römischen Torwachen der Stadt beorderte er einige ab, Christus auf seinem Gang nach Golgatha zu begleiten, um ihn vor den entsetzlichsten Ausschreitungen des bis zum Blutrausch aufgehetzten Mobs zu bewahren.

Die wahre Gesinnung der römischen Söldner Christus gegenüber erkennt man unschwer aus ihrer vorbildlichen Haltung. Sie veranlassen Sima aus Cyrene, dem furchtbar leidenden Christus – er ist mit Fäusten geschlagen, gegeißelt und mit der Dornenkrone gekrönt worden, hat also schwere Verletzungen und bedeutenden Blutverlust erlitten – das schwere Kreuz zu tragen, sie bieten Christus zur Stärkung Dattelwein an, den er aber ablehnt, und schließlich durchbohrt der Decurio mit der Lanze, die er dem Söldner Longinus entreißt, das Herz des Gekreuzigten, weil er dessen unaussprechliche Leiden, aber auch das teuflische Lästern und Höhnen der Judenoberen zusamt ihrer entmenschten Meute und die Seelenqualen der Mutter Gottes unter dem Kreuz nicht mehr mitansehen kann.

Wieder muß hier auf einen bedeutenden Umstand verwiesen werden: Die Kreuzigung war römische Sitte, doch war sie auch in Zeiten der eigenen jüdischen Landeshoheit geübt worden. So lesen wir in 5. Mose 21, 22–23:

»Wenn jemand eine Sünde getan hat, die des Todes würdig ist und wird getötet und man hängt ihn an ein Holz, soll sein Leichnam nicht über Nacht an dem Holz bleiben, sondern du sollst ihn desselben Tages begraben, denn ein Gehenkter ist verflucht bei Gott!«

Mit der öffentlichen Hinrichtungsstätte aber, ebenso mit Golgatha (Schädelstätte) hatte es folgende Bewandtnis: Ein, oder unter Umständen auch zwei senkrechte hohe Pfähle waren dauernd in den Erdboden eingelassen, wie etwa im Mittelalter der Galgen. Sie trugen oben an der Spitze eine tiefe Einkerbung. Über diese wurde dann das eine Ende des starken Seiles geworfen, dessen anderes Ende die ausgestreckten Hände des Delinquenten an den waagrechten Kreuzesbalken fesselte.

Ein aufrechter, wahrheitsliebender Charakter

So, mit dem Querbalken über dem Nacken, mußte der zum Tode Verurteilte die Stätte betreten; das freie Seilende wurde dann so über die Einkerbung des senkrechten Pfahles geworfen, daß der Verbrecher dann daran in entsprechende Höhe aufgezogen werden konnte.

So verfuhr man denn auch mit den beiden Schächern, anders aber mit Christus, der sein eigenes Kreuz, das also vorbereitet worden war – natürlich nicht von Pilatus – tragen mußte. Wer wird dieses Kreuz nun »vorsorglich« haben anfertigen lassen?

Fassen wir aus den heute überlieferten Evangelientexten die Indizien zusammen, so sind wir zu einer völlig anderen Erkenntnis gelangt, als sie von der Kirche, anscheinend nicht ohne Absicht, derzeit gelehrt wird. Demnach erscheint nun Pilatus, der römische Landpfleger von Judäa, oberster Richter im Lande und Schwiegersohn des Kaisers Tiberius, als ein aufrechter, wahrheitsliebender Charakter.

Wohl ist er hart und streng, aber diese Einstellung hat sein Posten in den Judenlanden erfordert. Er kennt Christus als Persönlichkeit genau, wiewohl er ihn bis zu den denkwürdigen Tagen des Passahfestes noch nicht persönlich gesehen haben mag. Er schätzt die Frieden predigende Lehre Christi vom Standpunkt des Römers, der in einem leicht und öfter bereits zum Aufruhr neigenden, von Rom besetzten Gebiet die römische Oberhoheit und das Römische Recht zu wahren und zu vertreten hat.

Er trachtet im Falle Christi dem Römischen Recht, in persönlichem Einsatz und unter Aufbietung aller nur verfügbaren Kräfte, sogar unter Heranziehung außergewöhnlicher Beschwichtigungsmittel, zum Sieg zu verhelfen und Christus vor dem ihm von den haßerfüllten Priestern und Oberen der Juden zugedachten qualvollen Tod am Kreuz zu retten.

Zugleich aber ist dies alles ein beredtes und allertraurigstes Zeugnis für die hinterlistig-gemeine Rache und Blutgier sowie die teuflischen Mordabsichten der Hohenpriester, Pharisäer und Schriftgelehrten des damaligen jüdischen Volkes, die der reinen, heiligen Friedenslehre Christi ihre geballten Fäuste entgegenhielten.

Gerechtigkeit für Pilatus! □

Medizin

Natürlich schwingend gegen Schmerzen

Kay Vogel

Nahezu 15 Prozent aller Arzneimittel verordnen sich die deutschen Bundesbürger selbst. Am häufigsten bei Kopfschmerzen (66 Prozent), Erkältungskrankheiten (47 Prozent), Nervosität und Unruhe (28 Prozent), Schlafstörungen (28 Prozent) sowie Muskel- und Gliederschmerzen (18 Prozent). Dabei ist bei diesen Erkrankungen eine ärztliche Kontrolle dringend erforderlich. Aber müssen denn gleich bei jedem Unwohlsein Schmerztabletten geschluckt werden?

Es gibt jetzt eine natürliche Heimbehandlungsmethode. Mit der Sano-Sono-Methode werden Schmerzen und ihre Ursachen gezielt und ganz ohne Nebenwirkungen bekämpft. Mit Hilfe modernster Elektronik wird Zellgewebe in Schwung gebracht. Auf ganz natürliche, unschädliche Weise kann so die Ursache für dieses so unangenehme Alarmsignal des Körpers ausgeschaltet werden.

Eine Erkältung nicht leichtnehmen

Der Spruch ist bekannt: eine Erkältung dauert mit dem Doktor sieben Tage und ohne Doktor eine Woche. Aber man sollte dies nicht so leichtnehmen. Steigt das Fieberthermometer zu hoch, dauert das Fieber zu lange an oder werden Husten und Schnupfen quälend, braucht man den ärztlichen Rat.

Immer wiederkehrendes Fieber, Husten oder Schnupfen können sehr leicht chronisch werden. Alle diese Erkrankungen führen zu Schleimhautanschwellungen, ob in der Nase, in den Nebenhöhlen oder im Rachenraum. Während dieser Schwellungsphase sind die Schleimhäute selbst ernährungsgestört. Daher ist es erklärlich, daß solche länger dauernden Zustände die Schleimhaut schmerzhaft werden läßt und sie schließlich nachhaltig schädigt.

Verblüffend ist die Schmerzlinderung durch die Anwendung von Magnetfolien. Besonders bei Halsschmerzen und Stirnhöhlenkatarrh. Aber auch der Ernährungszustand der Schleimhäute wird durch die magnetisch bedingte Ernährungsförderung gebessert. Die zusätzliche Aktivierung mit dem elektronischen Heimbehandlungsgerät erhöht den Effekt der Magnetfolien und sollte bei Anwendung auf den Punkten gegen die Stirnhöhlenentzündung im hohen Frequenzbereich gefahren werden, da der Stirnbeinknochen sehr viel Energie aufnimmt und ableitet.

Insbesondere wenn es sich um Schmerzen bei der Mandelentzündung handelt, die durch die Magnetfolien schnell beseitigt werden, muß eine ärztliche Kontrolle erfolgen. Dies ist notwendig, um einer eventuellen Bakterienstreuung vorzubeugen.

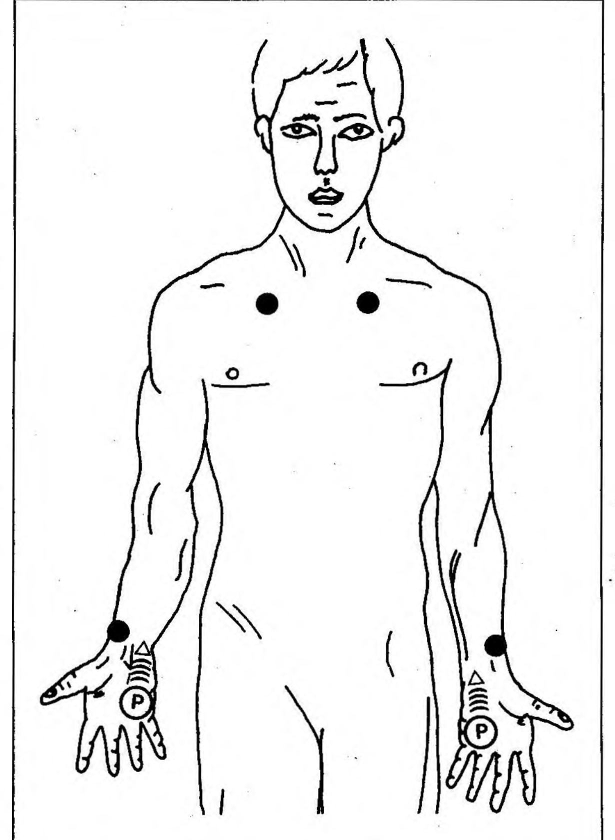
Besonders wichtig ist der ärztliche Rat bei Mittelohrentzündungen, die sehr schmerzhaft sein können. Hier kann sich der im Mittelohr gebildete Eiter auch nach innen, ins Schädelinnere entleeren. Dies führt zu lebensbedrohenden Krankheitszuständen. Eine Schmerzbeseitigung mit Magnetfolien darf deshalb nur nach Genehmigung des Arztes erfolgen.

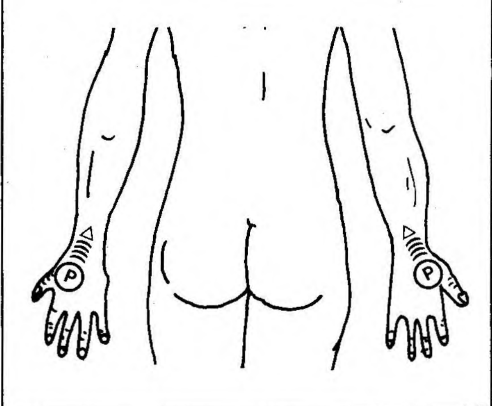
Übereifer rächt sich an den Muskeln

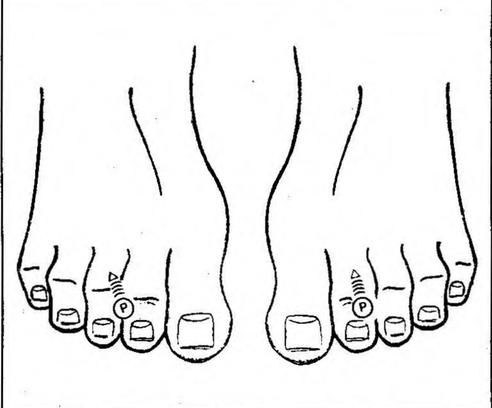
Meist wissen es die Betroffenen schon vorher: Übereifer rächt sich! Allerdings, bei ständiger Muskelpflege und sachgemäßem Training wird er selten eintreten, der schmerzhafte »Kater«.

Es handelt sich dabei lediglich um eine Überladung von Ermüdungsstoffen. Oft übersteigt der Bewegungswunsch die Kraft der Muskulatur; trotzdem hält sie verbissen bis zum Ende der Anforderung durch. Dabei gerät der Stoffwechsel aus den Fugen. Genauso schnell wie Sauerstoff für die Arbeit herbeigeführt wird, müßte die nach der Verbrennung übriggebliebene Milchsäure abgeleitet werden. Dies schafft der gepeinigte Muskel aber nicht mehr. Der Muskel »säuert« ein. Und das tut weh!

Es wäre besser, Vorbeugung zu betreiben, als hinterher über Schmerzen zu jammern. Dies geht sehr gut mit dem Heimbehandlungsgerät Sano-Sono. Jeder weiß im Prinzip, welcher







Eine Handbreit unterhalb des Schulterblattes wird auf beiden Seiten der Wirbelsäule ein Magnet geklebt. Außerdem auf die Handstellen Magnete. Mit dem Pressurteller des Gerätes an Händen und Füßen an den bezeichneten Stellen fünf Minuten lang pressieren.

Muskelgruppe mit Blick auf die vor ihm liegende Betätigung in Anspruch genommen wird. Ob Hausputz oder sportliche Betätigung: Beugen Sie vor! Verbessern Sie durch Lockerung der Muskelgruppen die Durchblutungsbereitschaft ihrer Muskulatur, denn dann kann auch der Abtransport länger aufrechterhalten bleiben.

Hausfrauen sollten aufpassen: Sie haben oft Krampfadern, eine Anwendung am Bein ist deshalb nicht möglich.

Ist das Kind bereits in den Brunnen gefallen, das heißt, ist der Muskelkater da, kann man mit dem Gerät die schmerzenden Partien anbehandeln, anschließend sollte ein entspannendes Bad folgen. Wenn es dann noch Schmerzen gibt, kann man auf die betroffenen Stellen Magnetfolien kleben, um wenigstens Schlaf zu finden, was nichts anderes heißt, als »ab ins Bett«.

An den Nerven zerrende Schmerzen

Ein bohrendes, buchstäblich »an den Nerven« zerrendes Schmerzgeschehen. Doch nicht jeder Schmerz ist eine echte Neuralgie, wie häufig angenommen wird. Nur der Arzt wird hier eine klare Diagnose stellen können.

Neuralgien sind Schmerzen oder feststellbare anatomische Veränderungen des Nervs. Sie sind nur in Nerven möglich, die ganz oder teilweise aus Empfindungsfasern bestehen, niemals in Nerven, die nur Bewegungsfasern enthalten. Muskelschwäche und Lähmungen gehören deshalb nicht zum Bild der Neuralgie.

Die Schmerzen werden meist als brennend, stechend, reißend bezeichnet, treten heftig und in Anfällen auf, die wenige Minuten, mehrere Stunden, ganze Tage, ja Wochen und Monate anhalten. Sie verschlimmern oder verbessern sich bei bestimmten Körperhaltungen, reagieren auf Wärme oder Kälte, Ruhe und Bewegung, indem sie sich verstärken oder vermindern.

Jeder Neuralgiker hilft sich in der einen oder anderen Weise selbst. Er hat seine Methode, die Schmerzen zu lindern. Seien es nun Wärmesalben, Wattepakkungen oder das altbewährte Katzenfell und, leider, der immer häufiger werdende Griff nach der Schmerztablette.

Die Sano-Sono-Methode bietet hier aber über die schmerzlindernde Eigenschaft der Magnete eine wesentliche, nebenwirkungsfreie Alternative an. Die Magnetfolien werden über längere Zeit auf die schmerzenden Zonen geklebt.

Wenn die Achillessehne unter Überbelastung steht

Besonders Sprung- und Laufsportler, geplagte Hausfrauen oder Treppensteiger trainieren professionell, aber auch unbewußt die Wadenmuskulatur über Gebühr. Der Muskel macht mit und nimmt an Umfang zu. Die Stärke der Sehne ist jedem in die Wiege gelegt und kann daher nicht immer dem Übungseffekt folgen. Es kommt zu einem Mißklang zwischen Muskelkraft und Haltfähigkeit der Sehne.

Die nun proportional zu schwache Achillessehne steht unter ständiger Überbelastung. Reizung, Schwellung und Schmerzen treten auf. Besonders am Fersenbein, im Sehnen- und unteren Wadenbereich wird es schmerzhaft. Solche Schmerzen können aber auch durch gewaltsame Einwirkung wie Unfall, Tritt, Schlag oder Stolpern spontan entstehen.

Die notwendige Ruhigstellung und Kühlung der gereizten Sehne und die fachmännische Lokkerung des zu kräftig ziehenden Wadenmuskels unterbleiben meist wegen des zeitraubenden Ganges zum Arzt und Masseur.

Die ideale Heimbehandlung erfolgt durch die Fixierung der Magnetfolien auf den schmerzenden Stellen. Außerdem wird das Sano-Sono-Gerät auf die Magnete gesetzt, um diese zu aktivieren.

Das Wechselspiel der Muskeln zwischen Straffung und Entspannung muß reibungslos gehen. Gerät eine Gruppe durch ständiges »Haltenmüssen« in ein Erholungsdefizit, erfolgt eine Ermüdung und ein Nachlassen ihrer Funktion.

In diesem Falle müssen die ebenfalls mithaltenden Sehnen und Bänder des Fußes die ermüdete Muskulatur mittragen. Überdehnungsschmerzen des Sehnen- und Bandapparates sind die Folge. Wer hier nicht auf gutes Schuhwerk und Fußgymnastik achtet, programmiert seinen »Plattfuß«.

Immer häufiger sind Gelenkergüsse

Gelenkergüsse entstehen, wenn die zarte Haut, die die Gelenkhöhle auskleidet, zu einer verstärkten Flüssigkeitsabsonderung gereizt wird oder wenn durch manifeste Verletzungen des Band- oder Kapselapparates sich vermehrt Blut in die Gelenkhöhle ergießt. Der Gelenkbereich ist kissenartig geschwollen und verwaschen, bei Betasten fühlt man eine prallelastische Spannung, so etwa, als fasse man eine mit Flüssigkeit gefüllte Gummiblase an.

Oft ist die Ursache eine Entzündung bakterieller oder nichtbakterieller Art. Manchmal handelt es sich um im rheumatischen Bereich liegende degenerative Gelenkprozesse, die durch Fehlstellung und erhöhte Reibung die Gelenkflüssigkeitsabsonderung erhöhen.

Immer häufiger sieht man heute Gelenkergüsse, verursacht durch Sport- oder Verkehrsunfälle. Hier muß man von einem gesunden Gelenk ausgehen, das durch ein Unfallgeschehen schwillt. Sehr ernst nehmen sollte man den häufig auftretenden Kniegelenkerguß, auch Reizknie genannt. Generell soll der Betroffene baldmöglichst einen Arzt aufsuchen, denn die Kniegelenkpunktion gibt schnell Aufschluß über die Ursache des Ergusses.

Bei Schmerzen in der Hüfte

Eine häufige Krankheit, die durch Abnutzung, schwere körperliche Arbeit oder auch Entzündungen entstehen kann, sind Schmerzen im Hüftgelenk. Oft können Mandelentzündungen, Zahnkrankheiten oder aufs Hüftgelenk ziehende Infektionskrankheiten, die Jahrzehnte zurückliegen, die Ursache sein. Angeborene Steilstellungen sind ebenfalls häufig.

Bei Belastung, Bewegung, aber auch schon bei Schonung des Beines, treten diese Schmerzen auf. Erste Anzeichen sind Steifheit und Spannungsgefühl. Oft zieht der Schmerz beim Gehen, auch beim Sitzen von der Körperseite in Höhe des Hüftgelenks in die Leiste oder in Richtung Knie. Lange Spaziergänge werden immer mühsamer und schmerzhafter.

Nicht selten schwillt das Gelenk an. Wenn sich der Bewegungsspielraum einengt und das Spreizen der Beine äußerst schmerzhaft wird, hilft nur noch die Operation und das Einsetzen eines künstlichen Gelenks.

Übergewicht, sportliche Höchstleistungen, Hormonstörungen können ebenfalls die Ursache für die vorzeitige Abnützung des Knorpels im Gelenk sein. Häufig findet man beim Aufnehmen der Krankengeschichte Stoffwechselstörungen in den vergangenen Jahren vor. Eine der wesentlichsten Vorbeugungsmaßnahmen ist deshalb eine alljährliche Entschlackung und Entgiftung des Blut- und Säfteapparates und des Darms.

Eine Erwärmung, Durchblutungsförderung und Gewebsstraffung ist hier angezeigt.

Da bei Bewegung ständig Schmerzen auftreten, versucht der Körper, leider durch eine Fehlreaktion, die Muskulatur um das Gelenk herum zu verspannen, und zwar im Sinne einer bewegungseinschränkenden Schonhaltung. Nun wird aber durch diese verspannte Schonhaltung eine Ernährungsverschlechterung des Gelenkes erreicht. Hier kann sich das elektronische Sano-Sono-Gerät förmlich austoben.

Man behandelt das gesamte Hüftumfeld, also auch den Oberschenkel, das Gesäß und die Lendenwirbelsäule. Nur eine gut durchblutete Muskulatur kann dem Gelenk Nährstoffe übermitteln, außerdem erfahren die durch den Muskelzug eng aufeinanderliegenden, schmerzenden Gelenkknorpel eine entspannende Linderung. □

Weitere Informationen über das Sano-Sono-Gerät zur Heimtherapie erhalten Sie vom Pro-Vital-Versand, Postfach 2468–1, D-4460 Nordhorn.

Medizin

Vom Schnupfen bis zum Krebs

Günter Carl Stahlkopf

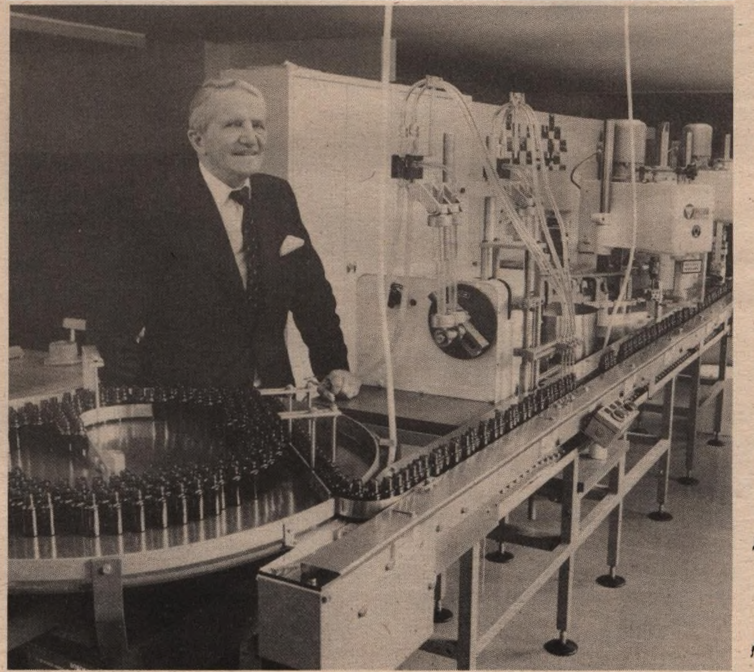
Seit 15 Jahren besteht der Regena-Ärzte-Arbeitskreis. Er wurde verspottet und verlacht, weil er sich zur Zielsetzung genommen hatte, was innerhalb der konventionellen Medizin, wie auch innerhalb der Außenseiter-Methoden, von offizieller Seite her, noch heute für unmöglich gehalten wird, nämlich: Krankheiten von der Ursache echt zellregenerativ, nachschädenfrei auzuheilen, statt wie bisher, vom Symptom her, und wie man weiß, mit Nachfolgeschäden einzuheilen. Außerdem gehen die Ärzte dieses Arbeitskreises bei der Krebsbekämpfung völlig neue Wege von der hypothetischen Ursachenschau bis hin zur erfolgreichen Therapie und haben in den letzten Jahren Umwälzendes beweisen können.

Während sich bisher noch keine der unzählig vielen Krebs-Theorien und Therapien in den letzten Jahren hervorgebracht, hat durchsetzen können, und sie gekommen und gegangen sind im »Angebot« wie von »fliegenden Händlern« dargeboten, setzen sich heute die Erkenntnisse des Regena-Ärzte-Arbeitskreises mehr und mehr durch und erhärten sich.

Möglichkeiten echter Heilungschancen

Die umfassenden Erkenntnisse des Regena-Arbeitskreises in Form unserer danach geschaffenen Regena-Ganzheits-Zell-Therapie sind für fast alle medizinischen Disziplinen wichtig, wenn man zu echten Aus-Heilungsergebnissen kommen möchte, ganz gleich ob es sich um einen Augenarzt, Urologen, Zahnarzt, Kieferspezialisten, Chirurgen oder auch Internisten handelt.

Diese Aussage klingt zunächst vermessen, doch wenn wir tiefer nachdenken, müssen wir erkennen, daß sich eine als echt angezeigte Ganzheits-Therapie von der wirklich kausalen Erkenntnis her, als Conditio sine qua non, oder eben als unerläßliche Voraussetzung zum Beweis ihrer Richtigkeit damit auszeichnet und bestätigt, daß sie auf alle Krankheiten jeder Genese voll einsetzbar sein muß, mit dem Ziel und der Möglichkeit einer echten Heilungschance. Der menschliche Körper ist schließlich eine stets ineinandergreifende Funktionseinheit.



Stahlkopf: »Nicht die Krankheit bekämpfen, sondern die Selbstheilungs-Tendenz erkennend unterstützen.«

Dies ist also niemals eine Mono-Therapie, sondern eben im Gegenteil eine umfassende kausale Ganzheits-Therapie, die eben von einer Mono-Therapie nicht erreicht werden kann.

Die Zeit der Spezialkrankheiten muß automatisch und dem Sachbestand nach der Vergangenheit angehören in dem Augenblick, wo die Medizin echt ganzheitlich eingreift. Das soll nicht sagen, daß ich gegen Fachärzte bin. Nur ganzheitlich kausal muß der Facharzt sein spezielles Symtombild behandeln. Der Hals-Nasen-Ohren-Arzt oder der Augenarzt muß Nierenmittel oder Blut- und Lymphentgiftungsmittel genauso einsetzen wie zum Beispiel der Internist, der praktische Arzt oder der Allgemeinmediziner.

Daraus ergibt sich zwangsweise, daß die Erreger-Hypothese der bis dato gültigen »modernen wissenschaftlichen Schau«, wonach jede Krankheit auf einen Erreger, Einzeller, in Form von Bakterien oder Viren zurückzuführen sei, einer grundsätzlichen Korrektur zu unterziehen ist.

Man kann auch sagen: Nicht Robert Koch hat recht behalten, sondern Rudolf Virchow; denn auch Louis Pasteur war sich darüber im klaren, daß nicht das Virus oder Bakterium das Ursächliche und Kausale sei, sondern das »Terrain« oder Lebensmilieu, oder der Nährboden, in dem dieser Erreger lebt.

Das heißt: daß die Regena-Erkenntnisse sich grundsätzlich von der bis dato in der Medizin vorherrschenden Erreger-Hypothese gelöst haben, indem sie nicht mehr wie fälschlich den Erreger als das Kausale ansehen, sondern den Nährboden oder das umfassende Lebensmilieu für die Verbreitung der pathogenen Keime, und auch für die Entstehung im Sinne der Urschöpfung dafür verantwortlich halten, nach dem Motto: gesunder Nährboden erzeugt gesunde körpereigene Bakterien oder Keime, während dem gegenüber ein pathogener Nährboden im Säftehaushalt des Organismus bis in das Protoplasma der Zelle hinein, pathogene Keime produziert, beziehungsweise für die entsprechende Infektion von außen verantwortlich ist.

Urschöpfung labortechnisch untermauert

Bei meiner Arbeit bin ich von der hypothetischen Schau der Urschöpfung ausgegangen, entsprechend der philosophischen Schau eines Aristoteles, und habe den Begriff der Urschöpfung labortechnisch untermauert. Wie sehr ich damit recht behalten habe, beweist der absolute schädigungsfreie Therapieerfolg mit der Regena-Therapie in einigen Beispielen; wie umgekehrt auch der Mißerfolg bei der Erreger-Bekämpfung unseren richtigen Weg bestätigt.

Grippe heilen wir in kürzester Zeit echt aus ohne Nachschäden, ohne Impfungen und ohne »Tierchen-Bekämpfung« mit Anti-Dot. Lungenentzündungen entsprechend mit allen auch schwersten Erkrankungen des Pleura-Raumes. Generell werden alle Infektionskrankheiten ohne Antidot-Mittel erfolgreich behandelt bis hin zur TBC.

Darm-Milz-Leber-Infektionen, Eiterungen, Furunkulose, Hautkrankheiten generell, sogenannte Allergien, Asthma, Rheuma, Gicht, Arthritis, leichte bis schwerste Nierenerkrankungen, die heute noch modern wissenschaftlich betrachtet, einen ganz spezifischen Erreger als Krankheitsursache haben sollen, um mit einem entsprechenden Gegenmittel eines schädlichen An-

tidots behandelt zu werden, können mit der Regena-Therapie wahrhaft kausal und damit iatrogenfrei ohne Erregerbekämpfung allein dadurch behandelt werden, daß wir an der echten Ursache des dafür verantwortlichen pathogenen Nährbodens angreifen.

Diesen pathogenen Nährboden gilt es stoffwechselseitig zu gesunden, indem zuerst über gezielte Blut- und Lymphentgiftungsmaßnahmen dem pathogenen Milieu die Stoffe beziehungsweise Substanzen entzogen werden, von denen der Erreger lebt. Er »verhungert« dann quasi und stirbt in vielen Fällen schneller als durch ein Antidot, wobei diese Therapie-Maßnahmen keine Schäden hinterlassen.

Im Gegenteil, sie unterstützen die Zellregeneration, mit den immer feststellbaren Vorteilen, daß die Patienten durch diese echte Ausheilung gesünder und leistungsfähiger als vorher sind, und nicht wie sonst, lange Rekonvaleszenz-Zeiten und Kuren zur Rückgewinnung ihrer Gesundheit benötigen, um sich von den Arzneimittelschäden der Erregerbekämpfungstherapien wieder zu erholen.

Narrensicher und ohne Nachschäden ausheilen

Welcher Wissenschaftler will die von mir bewiesene Urschöpfungshypothese mit der danach entwickelten und betriebenen Milieu- oder Nährboden-Sanierung zur kausalen Vernichtung pathogener Keime und Viren in Frage stellen, wenn es uns damit ohne Antidot-Maßnahmen zum Beispiel gelingt: Eine Meningitis epidemica, oder eine Enzephalitis, oder überhaupt schwere Darm-Leber-Infektions- und Seuchenkrankheiten, die verschiedensten TBC-Erkrankungen mit eingeschlossen, narrensicher auszuheilen, das heißt ohne Nachschäden?

Erhärtend muß zu oben noch erklärt werden, daß es auch heute noch mit den Erkenntnissen der konventionellen Medizin unmöglich ist, eine Virusinfektion schädigungsfrei echt auszuheilen, weil über die Erregerbekämpfung mit allen bekannten Antidoten das Virus wohl abgetötet werden kann. Damit aber zerstörerische Zellschäden ausgelöst werden, die den Einsatz der Mittel ad absurdum hinstellen.

Aus ähnlichem Anlaß bereitet deshalb der Wissenschaft bisher die Bekämpfung der neueren als Lustseuchen bezeichneten Krankheiten der Jetztzeit vom zum Beispiel Herpes zoster angefangen, bis hin zu noch schwereren Blut-Haut-Anomalin ungelöste Schwierigkeiten.

Wir wissen dagegen, wieviele Kleinkinder, ja selbst Erwachsene, erstgenannte obige Krankheitsbilder mit nach wie vor sehr risikovoll eingesetzten Antidotmaßnahmen, nur mit schwersten Nachschäden überleben.

Aber wir sollten nicht zürnen über das, was unter der irrigen Erkenntnis der Erregerhypothese bisher gemacht werden mußte, wenn sich jetzt wenigstens die klassische Medizin uns gegenüber sachlich und unvoreingenommen öffnet, damit daraus ein Segen für alle erwächst.

Andererseits wird aber keine Kausal-Therapie die Unfallchirurgie ersetzen können. Sie muß aber der Aufgabe und dem Ziel nach, die heute als größten Fortschritt der Medizin angepriesene Organ-Transplantation ersetzen können, indem sie funktionsuntüchtige oder degenerativ geschädigte Organsysteme über das zu regenerierende Zellularsystem, echt gesundet und damit die Transplantation unnötig macht.

Heilung durch regenerative Eingriffe

Dies ist echter und wahrer wissenschaftlicher Fortschritt einer echten Medizin. Und wir müssen und dürfen von einer echten Kausal-Therapie erwarten, daß sie auch heute noch für selbstverständlich und notwendig gehaltene chirurgische Eingriffe vermeiden hilft – wie zum Beispiel beim entzündeten bis eitrigen Blinddarm, bei den chronisch entzündeten bis eitrigen Mandeln, bei der Mittelohrentzündung, ja auch bei Polypenbildungen, bei Lungen-Eiterungen, bei Entzündungen und Eiterungen im gynäkologischen Raum, beim Myom, bei Frakturen generell wie auch bei Knocheneiterungen speziell, in der Onkologie zumindest in der Anfangs- und fortgeschrittenen Phase durch echte Regenerationsprozesse über Gifte-Abbau durch kausale Aus-Heilung.

Es bedarf dazu keiner Wundermittel aus Ostasien, wie sie ein »Wundermannsheiler« aus München anpreist. Die Regena-Therapie hat sie seit Anbeginn. Äußere Zeichen einer solchen regenerativen operationslosen Wundbehandlung, ist Narbenfreiheit auch bei zum Beispiel schwersten Hautverbrennungen. Selbst Impf-Defekte mit Regena nachbehandelt heilen narbenfrei.

Vereinfacht oder drastisch ausgesprochen muß es das Ziel der Kausal-Therapie sein, alle chirurgischen Eingriffe, die bisher zwingend gefordert werden mußten, um so Leben zu erhalten, durch echte regenerative Eingriffe, operationslos zu umgehen, um volle Leistungsfähigkeit des Organismus ohne chirurgische Organdezimierung zu erzielen.

Ein »Ersatzteil-Lager« (Organ-Bank) von Kunststoffgliedern und Organen, angefangen vom künstlichen Herzen bis zur künstlichen Niere, ähnlich den Blutbanken, verkörpert einen großen technisch-chirurgischen Fortschritt innerhalb der Medizin, doch kann darin nicht der echte kausale Fortschritt der Medizin gesehen werden.

Wo soll die Menschheit gesundheitlich landen, wenn der Kranke auf das nächste Unfall-Opfer mit der passenden Blut-Zellgewebe-Gruppe warten muß, damit er heute eine neue Niere, morgen eine Ersatz-Leber, und übermorgen eventuell ein neues »Hirn« eingepflanzt bekommt?

Der echte, moderne medizinische Fortschritt kann zur Rettung der Menschheit nur darin liegen, über eine Kausal-Therapie den irrigen Fortschritt – der in Wahrheit ein Rückschritt ist – mit Kunststoffgliedern und Fremdorganen auszuschalten.

Das wahrhaft Revolutionäre unserer Ganzheits-Therapie liegt in der Notwendigkeit des geistigen Umdenkens, indem, wiederum in einem Beispiel gesprochen, es eben nicht wie bisher, als ein echter medizinischer Fortschritt angesehen werden darf, wenn mangels umfasender kausaler Therapiemöglichkeiten der chirurgische Eingriff durchgeführt werden muß mit der Folge von Verkrüppelung und Verstümmelung.

Dies fängt beim Hals-Nasen-Ohren-Arzt und auch zum Beispiel beim Zahnarzt an: Kranke Zähne zu regenerieren und gesund zu erhalten ist besser als Ersatz. Dies verlangt aber kausale Ganzheits-Therapie, die zum Beispiel mit Akupunktur unmöglich ist. Ein vitaler Zahn mit einem »Eitersack« oder Granulom an der Wurzelspitze, muß nach den Regena-Erkenntnissen nicht entfernt werden, denn das Symptom »Eitersack« verkörpert nicht, wie bisher fälschlich bezeichnet, ein Versagen der körpereigenen Abwehr, sondern im Gegenteil – ist Ausdruck der Abwehr selbst.

Warum? Weil im Reinigungs- und Gesunderhaltungsbestreben eines jeden Organismus, dieser bewußt die belastenden Stoffwechselgifte und Zellzerfallsprodukte, mit denen das Blut- und Lymphsystem, toxisch belastet und verseucht ist, aus einem kausal dafür verantwortlichen pathogenen Stoffwechselprozeß, im Entgiftungsbestreben, herausfiltriert – um im Fall der Zähne, dieselben gesund zu ernähren.

Den ganzen Organismus zellregenerativ behandeln

Der Organismus baut deshalb dieses Granulom als praktisch eine »Mini-Geschwulst« an der Wurzelspitze des Zahnes auf, um in ihm diese Stoffwechselgifte einzulagern im Gesunderhaltungsbestreben einer dahinterstehenden echten Immunität.

Würde es nicht zur Granulombildung kommen, würde doch der Zahn zwangsweise über das ungereinige, stoffwechselseitig vergiftete Blut ernährt, und krankmachend zum Zerfall des Zahnes führen. So ist also der Prozeß kausal zu sehen. Die Zahnärzte dagegen argumentieren noch heute mit der irrigen Behauptung, es gebe keinen gesunden Zahn, der an der Wurzel ein Granulom hätte.

Das heißt noch deutlicher ausgesprochen, daß bisher das sogenannte Herdgeschehen an den Zähnen von der konventionellen Medizin, wie von der Außenseiter-Medizin fälschlich als ein Versagen der Immunität (Abwehrkraft) hingestellt wird, während sie nach unseren Kausal-Erkenntnissen als ein Beweis der noch vorhandenen echten Abwehrkraft angesehen werden muß.

Medizin

Vom Schnupfen bis zum Krebs

Die Regena-Erkenntnisse gehen von der unumstößlichen Maxime der Naturgesetzmäßigkeiten aus, daß zu keinem Zeitpunkt einer auch noch so schweren Krankheit wie zum Beispiel dem Krebsgeschehen, der befallene Organismus irgend etwas unternimmt in Richtung Selbstzerstörung. Stets ist die Natur auf Überwindung der Krankheit durch zumindest Verlängerung des Lebens eingestellt und niemals auf Selbstschädigung oder Zerstörung. Das heißt, man darf niemals von einem Versagen der Abwehrkraft sprechen, indem man zum Beispiel beim Krebs die erhöhte Zellteilung als ein Versagen der Abwehr hinstellt, weil gerade damit über die so eingeleitete Primär-Tumorbildung mit späterer Sekundär-Tumorbildung (Metastasen) ein aus unserer Sicht letzter Rettungsversuch zur Verlängerung des Lebens eingeleitet wird, weil in der Geschwulst selbst über diese Neu-Zellbildungsphase in Wahrheit eine Krebsgift-Deponie als Zeichen echter Abwehrfunktion durchgeführt wird, mit dem Ziel, über diese weisen Maßnahmen den toxisch überladenen Säftestrom des Organismus zu reinigen oder zu neutralisieren.

Die gesamte Geschwulstbildung beim Krebskranken ist deshalb, nochmals betont, niemals Ausdruck eines Versagens der Immunität, sondern in Wahrheit die Immunität selbst!

Der Leser dieser Zeilen mag deshalb erkennen, an welchem irrigen falschen Therapiehebel die konventionelle Medizin, wie auch die bisherige Außenseiter-Therapieformen gegen diese Krankheit vorgehen, um deshalb wegen dieser irrigen Grundhypothese beim Krebsgeschehen nicht zum erhofften schädigunsfreien Erfolg kommen zu können.

Anders ausgedrückt heißt dies, daß alle bisherigen richtigen Laborwerte falsch ausgewertet werden, indem man Ursache mit Wirkung verwechselt, um nunmehr schon über Jahrzehnte im Mißerfolg, das heißt blind im Irrtum zu verharren.

Die Blut- und Lymphentgiftungsmaßnahme allein verkörpert noch nicht die ganze kausale Therapie, sondern bildet nur ihren Anfang. Das heißt: Die für die Toxinbildung verantwortliche, organspezifische Stoffwechselstörung muß vom Arzt diagnostiziert werden, ob sie vom Darm, von der Leber oder von den Nieren vordringlich ausgeht und von dort aus zellregenerativ mittels unserer Ganzheits-Therapie behandelt werden.

Immer wieder muß also der ganze Organismus zellregenrativ angefaßt werden. Es ist die diagnostische Aufgabe des Arztes, die Therapie nach diesen kausalen Gegebenheiten individuell mit unseren Möglichkeiten zu steuern.

Granulome und sonstige pathogene Prozesse am Zahn und im Mundraum zeigen dem Zahnarzt keineswegs ein spezifisches Krankheits-Bild, sondern in erster Linie den kranken Stoffwechselzustand des Gesamtorganismus. Nicht das Granulom am Zahn, oder im anderen Fall die vereiterten Mandeln machen zum Beispiel die Nieren krank, sondern umgekehrt ist die mangelhafte oder pathogene Tätigkeit des Nierensystems kausal verantwortlich für den hohen Ausfall der Stoffwechselintoxikationsgifte, die, über das Blut- und Lymphsystem kreisend, dann die hilfreichen Abwehrfunktionen einmal über die Granulombildung am Zahn, bis zur Mandelentzündung oder zum Schnupfen einleiten, wie zum anderen die Mandeln zu deren Entzündung und Vereiterung führen, weil es zur selbstregulativen Abwehr und Immunität des Organismus gehört, daß die Mandeln diese Gifte aus dem Lymph-Strom abfiltern – zur Reinigung und Entgiftung desselben.

Entzündete und vereiterte Mandeln sind demnach, kausal betrachtet, keine funktionsuntüchtigen oder sogar »kranke« Mandeln, sondern im Gegenteil, leistungsstarke, gesunde Organe, die ihre Aufgabe voll erfüllen.

Es kommt aus der kausalen Sicht einem echten Kunstfehler gleich, wenn der Hals-Nasen-Ohren-Arzt diese wichtigen Hilfsmittel des Organismus entfernt. Es soll ihm solange verziehen sein, wie ihm bisher die umfassende Regena-Kausaltherapie unbekannt ist, da es mit ihr in hervorragender Weise möglich geworden ist, diese sekundär geschädigten Mandeln von der zellulären Ursachenbeseitigung des pathogenen Stoffwechsels her, über den zuerst zu beginnenden Entgiftungsweg, völlig zu gesunden.

Der Rummel der Krebsheiler

Es gibt biologische Krebsheiler, die seit Jahrzehnten behaupten, sie könnten Krebs heilen, unter der Voraussetzung, die Therapie davon abhängig machen zu müssen, daß bei Krebs-Kranken alle kranken Zähne, wozu die mit Granulomen leider zählen, entfernen zu lassen. Ich bin auch nicht für devitale Zähne und solche mit Amalgameinlagen. Aber ich kämpfe um jeden vitalen Zahn mit einem Granulom, weil das Granulom über die Ursachenbehandlung desselben abgebaut und somit der vitale Zahn völlig gesunderhalten werden kann.







Die Zelle eines örtlich wachsenden Tumors (oben). Darunter eine Zelle, die Tochtergeschwülste bildet. Diese sogenannte Notzelle wird zur Krebsgift-Müll-Deponie.

Das Granulom hat ähnlich wie der Primärtumor, der »große Bruder« beim Krebs, nur ein begrenztes Wachstum und damit quantitatives Aufnahmevermögen für Stoffwechselgifte. Das heißt, kommt keine rettende kausale Hilfe vom Arzt, zerfällt der »Eitersack«, oder man muß richtiger sagen, daß wegen des ständig steigenden Einlagerungs- und Speicherdrucks, der »Hüllensack« platzt durch den hohen auch osmotischen Druck. Dann entleert sich der gesamte Toxin-Eiterinhalt auf das umgehende Zahn- und Kieferstützgewebe und führt zu den vielseitigen Gewebe-Knochen-Zahnzerfallschäden.

In dieser Situation ist auf einmal aus dem hilfreichen Granulom, ein Fokus, eine echte »Feuerstelle« geworden, die wir dann als echten »Herd« bezeichnen können, und müssen mit Sekundärstreuwirkung auf den ganzen Organismus, nicht nur von einer Stelle vom Zahn aus, rechnen. Das heißt der zuerst gebündelte Eitersackinhalt wird vom Blutstrom mit erfaßt und »verstreut« sich unterschiedlich im Organismus, bis er wieder auf echte Abwehr durch »Einkapselung« stößt.

Krebs ist keine Sonderkrankheit

Bei Krebs war es vor fast drei Jahrzehnten der Kuhl'sche-Milchsäure-Rummel, der mit der angeblich heilenden rechts oder links gedrehten Milchsäure noch heute in Arztkreisen spukt, und mit Sauerkraut oder sonstigen Milchsäureprodukten, einschließlich Rote-Beete-Saft, noch immer »krebsheilend« sein soll.

Was für ein Irrtum! Dann waren und sind es alle Zellwachstumshemmenden Mittel, neben Cytostatica, Iscador, oder früher CH 23 und Bamflomin. Heute ist es ein »Feigenkorn- oder Aprikosenkernsaft, neben »Dr. Beerestropfen« oder – ganz wissenschaftlich und hochmodern weil wahnsinnig teuer – der Interferon-Schrei.

Wer behauptet, Krebs heilen zu können, der muß zuerst beweisen, daß er in der Lage ist, einen ganz normalen oder gewöhnlichen Schnupfen unter dem Krankheitsbild einer Sinusitis echt auszuheilen. Denn wie will er Krebs echt heilen, wenn er hierzu bei einer simplen Krankheit nicht in der Lage ist?

Krebs ist keine Sonderkrankheit, die mit Sonder- oder Wundermitteln behandelt und ausgeheilt werden muß. Krebs ist der Endzustand eines tausendfältig unterschiedlichen pathogenen Stoffwechselprozesses, der nur mit ganzheitlichen, kausalen Mittelwirkungen einer damit zu erzielenden Zellregeneration und gesunden Einflüssen von der Umwelt her, plus gesunder Ernährung, erfolgreich behandelt und ausgeheilt werden kann.

Diese ganzheitlichen Mittelwirkungen müssen sich bausteinartig je nach dem Grad des Krankheitsgeschehens und der Konstitution des Erkrankten, therapeutisch individuell einsetzen und kombinieren lassen für alle akuten und chronischen Leiden, die zu Vorstufen zum Krebs führen können, wie hier als Beispiel angeführt ein normaler Schnupfen, früher auch »Rotznase«, genannt.

Es ist das bittere Los eines jeden Forschers, der wirklich fundiert neue Wege gefunden hat, diese gegen alle Verleumdungen und Voreingenommenheiten in der Theorie wie Praxis gegenüber bisher eingefahrenen falschen Symptomüberlegungen, zum Durchbruch bringen zu müssen. Dabei wird die Menschheit durch falsche medizinische Erkenntnisse, die durch Ursache-Wirkung-Verwechslung entstanden sind, immer kranker und kranker.

Dies ist die wahre und echte biologische Zeitbombe, denn mit ihr bringt sich über den Weg der Degeneration durch Gen-Schädigung die Menschheit um, von Kernkraftwerkschäden und sonstigen Umweltschäden abgesehen.

Ein Teufelskreis baut den nächsten auf

Beweiskräftig wirkt hierfür auch die Auswertung der jüngsten medizinischen Geschichte in einem überzeugenden Beispiel: Zwischen 1920 bis 1940, also im Schnitt vor 50 Jahren, kam auf 5000 bis 6000 Einwohner eines westeuropäischen Landes ein Hausarzt als praktischer Arzt. Heute haben wir die zehnfache ärztliche Betreuung und Medikamentenversorgung plus allen möglichen Vorsorge- und Nachsorge-Impfungen. Ist nun die generelle absolute Gesundheit der Menschen um den gleichen zehnfachen Wert gestiegen?

Das Gegenteil ist der Fall. Die heranwachsenden Generationen sind trotz Sport, trotz besserer Arbeit in den Betrieben, trotz größter Körperpflege und Hygiene, leistungsärmer, anfälliger und eben kranker mit zum Teil Krankheiten, die es früher gar nicht gab. Die Geburten- und Kindersterbefälle haben nicht überzeugend abgenommen – was alarmierend ist. 12 bis 25 Prozent der Neugeborenen ist körperlich oder geistig nicht unbedingt mehr als normal einzustufen. Die körperlich Behinderten und geistesschwachen Kinder nehmen ständig zu.

Der sogenannte Fortschritt in der Kinderheilkunde dokumentiert sich damit, daß immer mehr unreife Frühgeburten, immer schwerer behinderte und mißgebildete Frühgeborene und unheilbar kranke Kinder zur Welt kommen und wenigstens eine Zeit am Leben gehalten werden mit weiter schädigenden Mitteln. Diejenigen, die hiervon überleben, sind gezeichnet von vielfachen Schädigungen, die für das Kind und seine Eltern schier unerträglich geworden sind.

Ein Teufelskreis baut den nächsten auf. Die Intensivstationen der Kliniken werden größer und größer, und es ist an Jahren abzuzählen, wann eine Klinik nur noch aus »Intensiv-Behandlung« bestehen wird.

Das furchtbare Schlagwort der »Sterbehilfe« taucht wieder auf. Mit deren umkämpfter Einführung aber ist doch das Ursachenproblem nicht gelöst, und der weiterentwickelte Gedanke in dieser Richtung führt dahin, daß sich zum Schluß noch jeder dieser »Hilfe« bedienen muß.

Die zur Entschuldigung angeführten Gründe hierfür, mit ungesünderen Lebensbedingungen der Eltern, Streßbeanspruchung bei der Arbeit, Umweltverschmutzung, vergiftete Nahrung, stimmen einerseits schon, doch wer ist hierfür verantwortlich? Nicht die Industrie und Technik allein, sondern vorrangig falsche Erkenntnisse der Medizin, die ja jetzt noch nicht mal bereit und in der Lage ist, richtige kausale Schlüsse aus dem Ist-Zustand zu ziehen.

Am Ende einer Impfreihe steht der Zelltod

Was damals aber noch überhaupt nicht einkalkuliert war, das ist der heute noch nicht erkannte In-Welt-Schaden der Menschen durch Medikamentenvergiftung, beziehungsweise durch die generelle Schädigung des Organismus durch die ärztlichen Diagnose- und Therapiemaßnahmen die nur am Krankheitssymptom angreifen mit zwangsweisen Nachfolgeschäden, statt schädigungsfreier Ursachenbehandlung. Hierzu kommt die Aufforderung zu weiteren »Vorsorgemaßnahmen«, die alle aus der falschen Symptombeurteilung her gefordert werden und abgelehnt werden müssen. Allein die dieser Vorsorge zugrunde liegende Diagnostik ist für den Organismus zum Teil schon schädigend.

Die Impfungen, die fast diktatorischen Aufforderungen hierzu, nehmen den Umfang einer Seuche an, obwohl wissenschaftlich lange bewiesen ist, daß mit jeder sich wiederholenden Impfung die Zelle in ihren natürlichen Funktionen mehr und mehr geschädigt wird.

Es ist wissenschaftlich erwiesen, daß am Ende einer Impfreihe der Zelltod steht. Die Gen-Schädigung ist eine direkte Folge einer jeden Zellschädigung, so daß sich eine solche auf Kind und Kindeskind auswirkt und fortpflanzt.

Mit dem Beginn der Impfsera-Therapie um 1890 und der angeblichen Erreger-Ursachen-Schau nach Koch, beginnt das sogenannte moderne medizinisch-wissenschaftliche Zeitalter, zusammen mit der Substitutions-Therapie. Damit wurde die medizinische Enwicklung, bedingt durch ihre großen Symptomerfolge, in unerkannt negativ revolutionärer Weise in die falsche Richtung gesteuert, wie wir heute nun endlich wissen sollten.

Um diese tiefe Erkenntnis geht es heute. Das heißt, um aus dem dadurch entstandenen Patt herauszukommen, müssen wir genau um diese 180 Grad gedreht, die entscheidende Wende einleiten; denn diese Impfsera-Therapie-Maßnahmen plus Erreger-Antidot-Therapie plus Substitutions-Therapie haben uns den Neuzeit-Krebs gebracht.

Wenn jetzt endlich die Wissenschaft eingesehen hat, daß unter anderem geringste Mengen von Gift, in zum Teil homöopathischen Größenordnungen in Wasser, Luft und Nahrung zu schwersten Zellschäden und toxischen Belastungen bei Mensch, Tier und Pflanze führen, dann ist es nicht begreifbar, warum die gleiche Wissenschaft nicht die schweren Medikamentenschäden erkennen und zugeben will, da deren Gaben viel intensivere Giftmengen einwirken lassen auf den Organismus.

Mit der Entdeckung des Contergan-Falles hat die Arzeimittelschädigung nicht aufgehört zu existieren, weil man einfach nicht erkennen will, daß jedes »Symptom - Einheil - Arzneimittel« zur Gen-Schädigung führt. Auch natürliche oder biologische Mittelwirkungen können Gen-Schäden bewirken.

Der Mensch wird zum Unmenschen

Ich muß auch dies immer wieder der exakten Forschung und Wahrheit zuliebe feststellen. Das heißt nicht nur die Chemie schadet, es schadet auch jede biologische Mittelwirkung, wenn sie nur am Symptom anfaßt. Dadurch wirkt sich also in dieser bisherigen Unkenntnis, die Gen-Schädigung schleichend aus. Man sieht nur immer wieder die Spitze des Eisbergs über Wasser, um sich die Augen zuzuhalten und den Verstand zu betäuben, um nicht die Masse des Eisbergs unter Wasser zu erkennen und in Anrechnung zu stellen, weil die Symptomerfolge doch so überzeugend schnell helfen. Erbschäden addieren sich nicht nur, sondern potenzieren sich in der Auswirkung.

Medizin

Vom Schnupfen bis zum Krebs

Die Gefahr der weiteren wissenschaftlichen Verirrung wächst mit jedem Tag, indem auf dieser verwirrten Basis als einer heiligen Kuh, besser goldenem Kalb, weiter aufgebaut wird. Man gibt sich mit dem Fakt als unabänderlich zufrieden und sieht das neue medizinische Heil in der Gen-Chirurgie. Die vorgehabten Gen-Manipulationen leiten weltweit das größte Unheil der Medizin ein, mit Auswirkungen auf die Menschen, die nur vergleichbar sind mit der biblischen Apokalypse.

Es ist ein Naturgesetz, daß man irriges Denken und Handeln nicht korrigieren kann mit weiteren Irrungen. Es ist schon ein krankhaftes Denken, weil an der Ursache vorbei, wenn man zum Beispiel schädliche Insekten wie Moskitos, Fliegen, Läuse, Motten oder Wanzen, oder schädliche Tiere wie Ratten oder Mäuse durch Manipulation über Fortpflanzungs-Schädigung, bekämpfen will. Erkennen wir, daß es im sinnvollen ölologischen Ablauf zur Gesunderhaltung weder Unkraut auf dem Acker, noch Untiere oder Ungeziefer gibt, weil alles über Selbstreinigung zur Selbsterhaltung der Natur einwirkt.

Der neue rettende Weg

Welche Erkenntnisse führen nun zu einer Wende? Vor jedem Forschungs-Ziel steht die Forschungs-Hypothese, das heißt: Die Vorstellung, wie, beziehungsweise unter welchen Denkmodellen der Forscher zum Ziel kommen will. Bestätigen dann die Forschungsergebnisse die Forschungs-Hypothese, ist der Kreislauf geschlossen.

Nicht nur der Klassiker, sondern auch der Außenseiter verwechselt das Krankheitssymptom mit der eigentlichen Ursache der Krankheit selbst, die sich über Jahrzehnte in einer Ursachenkette aufgebaut hat. Es gilt über die kausale Auslegung aller diagnostischen Möglichkeiten diese Ursachenkette freizulegen, um darauf dann therapeutisch zellregenerativ einzuwirken.

Bisher werden die Arzneimittelwirkungen weitgehend von dem Symptomarzneimittelbild her beurteilt, welches das Mittel beim Patienten auslöst nach dem Motto: Ist der Erreger tot, oder der Schmerz weg, dann hat das Mittel geheilt. Wer so symptomatisch »heilt«, hat laut Regena-Nomenklatur eingeheilt und nicht ursächlich ausgeheilt, denn es gilt, die kausale Mittelwirkung bis hinein in die Zellfunktion freizulegen.

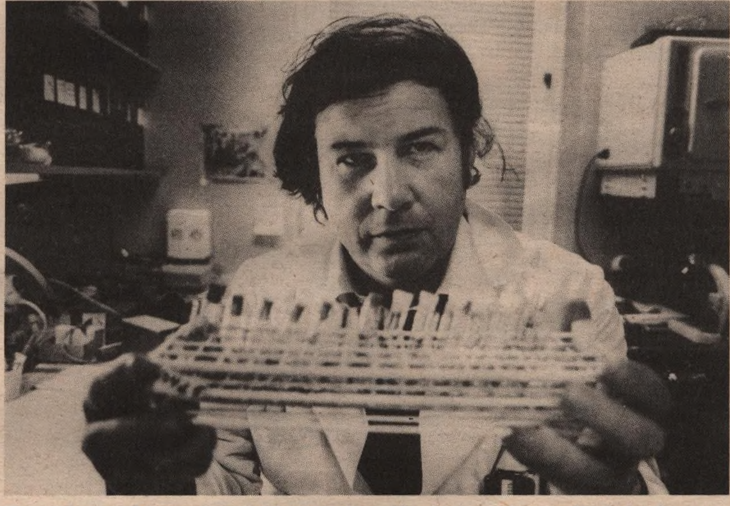
In den Ausnahmefällen, wo man jetzt mit, beziehungsweise an Zellkulturen arbeitet, verwechselt man wiederum richtige Laborergebnisse über die Auswirkung eines Wirkstoffeinflusses auf die Zelle, mit der eigentlichen tieferen Ursache, bezogen auf die physiologischen Ganzheitsprozesse eines Lebewesens.

Das heißt: Der Wirkstoff beeinflußt oder verhindert gar die abnormale Zellwucherung. Da man diese abnormale Zellwucherung aber, wie ich beweisen kann, völlig irrig als die eigentliche Ursache der Krebsentstehung, beziehungsweise der Geschwulstbildung ansieht, kommt man zu folgender Formel: Krebs gleich Zellwucherung, jedes Mittel, was diese Zellwucherung beeinflußt oder gar verhindert, wird als kausales Krebsheilmittel angesehen. So zum Beispiel auch das Interferonmittel.

Ich gehe aber den umgekehrten Weg, und sehe in dieser sogenannten »virulenten Zellwucherung« nicht einen Zerstörungsprozeß um die »Wucherzellen« als Krebszellen anzusprechen, sondern sehe den Prozeß im Ordnungsprinzip gesteuert, als einen sinnvollen Reaktionsablauf zur Bildung von nicht Krebszellen, sondern Not-Zellen mit dem Zweck, in dem so wachsenden Notzell-Verband, summarisch im Organismus eines jeden Krebskranken anfallende Stoffwechselgifte wie auch spezifische Krebsgifte, darin anzuspeichern oder abzulagern mit dem Ziel, über diese Maßnahme Blut und Lymphe weitgehendst toxinfrei zu halten.

Krankheit ist ein Heilbestreben

In dieser von mir versuchten Gegendarsellung einer bisher absolut falschen Beurteilung des richtigen Labor-Ergebnisses »Zellwucherung«, liegt der entscheidende hypothetische Forschungsirrtum der gesamten bisherigen Krebsforschung.



Dr. Hans Strander behandelte Krebskranke mit Interferon, aber Krebs ist keine Sonderkrankheit.

Dagegen setze ich, nochmals erwähnt, meinen Grundsatz: Daß zu keinem Zeitpunkt eines noch so schweren Krankheitsgeschehens der Körper Fehlregulationen durchführt, mit denen er sich schadet oder gar »selbst umbringen« könnte. Stets sind seine Regulationen sinnvoll dem Ordnungsprinzip entsprechend auf Erhaltung des Lebens beziehungsweise zumindest Lebensverlängerung eingestellt – das heißt beim Krebskranken ist die abnormale Zellteilung oder Zellwucherung kein virulenter Prozeß.

Einer der größten Fehler der modernen Medizin liegt darin, daß sie das Krankheitssymptom und die Krankheit selbst, als einen körperschädlichen, ja körperzerstörerischen Prozeß ansieht. Meine Erkenntnisse bauen auf dem Erfahrungsgut der »alten Ärzte« von vor dem sogenannt modernen medizinischen Zeitalter auf, nach der Hypothese, daß generell die Krankheit, ob vom Symptom oder von der Ursache her betrachtet, kein Zerstörungsprozeß ist, im Gegenteil: Krankheit ist ein echtes Heilbestreben des Organismus in Richtung Gesundung beziehungsweise in Richtung Lebensverlängerung.

Fieber ist ein echtes Heilbestreben, Entgiftungsfunktionen einzuleiten oder zu unterstützen, die zur Entlastung des Gesamtorganismus führen sollen. Husten ist ein Heilbestreben, um über diesen Vorgang unter anderem Schleimmassen in den Bronchien zu lösen und herauszubefördern. Bei der TBC ähnlich.

Eine Furunkulose, Ekzeme der verschiedensten Art, die Psoriasis wie letztlich alle Hautkrankheiten sind nicht Zerstörungsprozesse oder Allergieformen oder in Richtung »krankmachend«, sondern in Richtung Entlastung des Organismus über Entgiftung oder Reinigung über das Hilfsorgan Haut, weil die normalen Entgiftungswege blokkiert durch entsprechende ursächliche Organerkrankungen des Darmes, der Nieren oder allgemein des gestörten inner- und extrazellulären Stoffwechsels.

Die Natur kennt keine Selbstzerstörung

Zu keinem Zeitpunkt eines noch so leichten oder schweren Krankheitsprozesses, akut oder chronisch, unternimmt der Organismus irgendetwas um sich selbst zu schaden. Ganz im Gegenteil, er unternimmt stets alles richtig, um sich durch entsprechende Abwehrreaktionen und Regulationen am Leben zu erhalten. Die Natur kennt keine Selbstzerstörung! Alle Ordnungsgesetze sind bei ihr darauf ausgerichtet, das Leben in Gesundheit zu erhalten oder diese durch Gegenregulationen im Sinn einer echten Abwehr wieder zu erlangen. Krankheit ist

kein Zerstörungsprozeß, sondern ein vom Körper weise eingeleitetes Heilbestreben.

Diese Grundhypothese ist Ausgangspunkt meiner Forschung gewesen, gerade bei der Krebsentstehung und deren Bekämpfung, denn nirgends leichter verständlich, läßt sich damit die Geschwulstbildung wie deren Abbau wissenschaftlich beweisen.

Klassiker wie Außenseiter gehen bis dato nach wie vor bei der Krebsentstehung davon aus, daß der Tumor durch die Zellteilungsvirulenz oder über »wuchernde Zellen« entsteht, weil es mit wissenschaftlichen Parametern nachweisbar ist, was auch von mir nicht bestritten wird. Nur die Folgerungen, die die Wissenschaft daraus zieht, sind irrig, weil Ursache mit Wirkung verwechselt wird.

Zu keinem Zeitpunkt eines auch noch so schweren Krebsgeschehens geraten die körpereigenen Funktionen und Regulationen außer Kontrolle. Auch unternimmt der Organismus niemals irgend etwas, was seinem Zustand schaden könnte in Richtung Selbstzerstörung. Im Gegenteil, noch bis kurz vor dem Exitus sind alle seine Funktionen sinnvoll in Richtung Lebenserhaltung und Lebensverlängerung eingestellt. Darum darf jeder verantwortliche Arzt bis zum Schluß Hoffnung haben, das Krankheitsgeschehen doch noch zur Wende führen zu können, wie es uns Hippokrates verpflichtend auferlegt hat.

Die »Zellwucherung« oder »Zellteilungsvirulenz« ist kein außer Kontrolle geratener pathogener Zellteilungsprozeß im Sinn einer Fehlsteuerung oder versagenden Abwehr, sondern ein exakt, bewußt eingeleiteter Prozeß einer Not-Zellbildung. Diese Notzelle wird fälschlich als Krebszelle bezeichnet. Sie besitzt bei ihrer Entstehung die Reinheit einer Embryonalzelle, um sich auch sonst von einer gesunden Zelle in nichts zu unterscheiden.

Die Notzelle wird selbstregulativ vom Organismus gebildet, um in ihr gefährliche, dem Gesamtorganismus schädliche, ja tödliche Stoffwechselgifte, die der krebskranke Organismus produziert, und die ich deshalb summarisch als Krebsgifte bezeichne, einzulagern.

Krebsgift-Müll-Deponie

Der Organismus als Funktionseinheit filtert diese Krebsgifte aus dem damit spezifisch angereicherten Blut- und Lymphstrom ab mit dem Ziel, dieselben in den Notzellen einzulagern wie in einer Bienenwabe als »Krebsgift-Müll-Deponie«, um durch diesen so kausal erklärten Stoffwechselgift-Abfilterungs- und Einlagerungsprozeß den vorher toxisch übersättigten Blut- und Säftestrom zu entgiften und zu neutralisieren.

Durch diesen weisen Krebsgift-Abfilterungsprozeß wird über den geschilderten Einlagerungsprozeß das Blut des Krebskranken, auf Zeit, gesund gehalten, wodurch die Lebensverlängerung sich erklärt. Nicht Abwehr-Versagen, sondern echte Abwehr selbst zeigt sich deutlich so kausal betrachtet. Nur damit wird der Teufelskreis der stoffwechselseitig bedingten Krebserkrankung durchbrochen.

Was uns jahrelang weltweit von den Elektronenmikroskopen, in hervorragender Qualität abgelichtet, als furchterregende Krebszelle angezeigt wird, ist kausal betrachtet der Endzustand einer bei der Entstehung völlig normalen Zelle. Eine über Monate und Jahre ständig mit Abfallstoffen belastete Zelle muß sich zwangsweise zum Monstrum »Krebszelle« im Endzustand verändern.

Hinzu kommt aus meiner Sicht bei der Beurteilung solcher Mikroskopaufnahmen einer »Krebszelle«, daß es sich dabei, je nach ihrem Alter, nicht nur um eine Zelle handeln muß, weil es auch zwei oder drei oder noch mehr Zellen sein können, die zu solch einem monströsen Zellkuchen zusammenschmelzen, um nunmehr fälschlich als eine Krebszelle angesprochen zu werden.

Es ist mir unbegreiflich, warum alle Krebsintitute der Welt mit verpulverten Milliardenbeträgen trotz ihrer weltweiten Fehlergebnisse, nicht die Kraft aufbringen können, endlich ihre falschen Forschungsgrundhypothesen um eben 180 Grad zu wenden. Sind die einer jeden Forschung zugrunde liegenden Grundhypothesen wie hier falsch, führen zwangsweise alle noch so richtigen Laborergebnisse diese Gesamtforschung in die Irre, weil nach den falschen Hypothesen die richtigen Laborergebnisse falsch ausgelegt werden.

Solange aber der Tumor wächst, wachsen kann, um Notzellen als »Einlagerungsgefäße« für schädigende Krebs-Stoffwechselgifte zu produzieren, besteht keine Lebensgefahr, zeigt auch keine noch so gezielte klassische Blutuntersuchung einen abnormalen Befund. Gefährlich wird es erst, wenn beim Primärtumor diese lebensverlängernde Notzellbildungskraft erschöpft ist. Auch der gesündeste Organismus mit seinem leistungsfähigen Zellularsystem kann nicht unerschöpflich Notzellen zusätzlich bilden.

Fehlgeleitete Wissenschaftsschau

Alle physiologischen Vorgänge eines Organismus sind gesetzmäßig sinnvoll geplant für die Erhaltung des Lebens, nicht nur im gesunden Zustand, sondern erst recht und zuallererst diesen Grundsatz bestätigend, beim kranken Organismus.

Darum sind wissenschaftliche Feststellungen mit Schlagwörtern wie: Zellwucherung über Zellvirulenz, die mit Cytostatika oder anderen auch biologischen wachstumshemmenden Mitteln, als angeblichen Krebsmitteln, bekämpft werden müssen, um damit zu einer Heilungschance zu kommen, absolut in allen ihren Vorstellungen von der kausalen Seite her von A bis Z irrig.

Die Wissenschaftler, die uns solchen Unsinn nun schon penetrant seit vielen Jahrzehnten einzuhämmern versuchen und ein Dogma daraus zimmerten, sollten solche falschen Auswertungen von richtigen Laborergebnissen in Verwechslung von Ursache und Wirkung endlich vergessen.

Vergessen wollten wir auch den Irrtum und Unsinn über »biologischen Schnitt« oder den Zustand einer »Neoplasmaphase«, nach welcher nichts mehr »berechenbar« ist, so daß Regenerationsmöglichkeiten unmöglich sind, weil Selbsterneuerungskräfte angeblich außer Kontrolle geraten und das Abwehrsystem versagt.

Vergessen kann man auch, daß ganz bestimmte Lymphozyten bei der angeblich versagenden Abwehr »demaskiert« werden müßten, damit sie wieder endlich »sichtbar« werden, um als »Freßzellen« zu »Killern« von Krebszellen werden zu können.

Furchtbar ist auch das Schlagwort der Wissenschaft: Wer heilen will, muß sich mit den schädigenden Nachwirkungen der Medikamente abfinden, weil angeblich ohne sie keine Heilung möglich ist.

Die Wissenschaft will einfach nicht erkennen, daß eine echte, schädigungsfreie Ausheilung, von schädigungsfreien Mittelwirkungen abhängig ist, die über bio-molekulare bis bio-atomare Substanzumwandlungsprozesse möglich geworden ist.

Entspricht also eine Therapie in Umfassenheit den molekularbiologischen Gesetzesmäßigkeiten, wie die Regena-Therapie, dann wirkt sie zellregenerativ in Schädigungsfreiheit.

Erst wenn wir zutiefst erkannt haben, daß jede Krankheit ein Heilbestreben ist, öffnet sich über diesem Denk-Schlüssel die Kausalität, damit wir zur Unterstützung dieses Heilbestrebens in Richtung echter Ausheilung kausaltherapeutisch einsetzen können. Dies trifft auch zu, wenn biologische, sogenannte Antikrebsmittel zum Einsatz gelangen, die die angeblich krankhafte Zellteilung beim Krebskranken bewußt unterdrücken.

Nicht »bekämpfen« müssen wir die Krankheiten und damit auch nicht den Krebs, sondern die »Selbst-Heilungs-Tendenz« erkennend unterstützen. Dies führt zur Wende und ist die Rettung aus dem Teufelskreis einer bisher falschen Ein-Heilweise durch schädigende Arzeimittelwirkungen. □

Weitere Informationen über die Regena - Ganzheits - Regenerations-Therapie und über den Regena-Ärzte-Arbeitskreis mit den Anschriften der Mitglieder erhalten Sie von Günter Carl Stahlkopf, der diese Therapie erforscht und entwickelt hat. Seine Anschrift: Hof Bommerten, CH-9220 Bischofszell/TG.

Medizin

Die Liebesküche kann Wunder bewirken

Leon Kaplan

Viele sexuelle Probleme bei Männern sind einfach nur Folge des fehlenden Verständnisses der Bedingungen für diese wichtige Quelle menschlichen Glücks. Zu viele Vorurteile und angebliche Normen stehen einem erfüllten Liebesleben im Weg. Im deutschsprachigen Raum gibt es über fünf Millionen Männer mit sexuellen Problemen. Bei vier Millionen sind entweder organische Faktoren oder Nebenwirkungen bestimmter Arzneimittel die Ursache.

Nach Untersuchungen von Wissenschaftlern gehen die Interessen für gutes Essen und beglükkenden Sex Hand in Hand. Es gibt viele Anreger im Essen, besonders bei den Gewürzen. Auch wenn Sie immer wieder einschlägige Werbeanzeigen in Magazinen lesen – die dort angepriesenen Mittel steigern die Liebesfähigkeit des Mannes nicht. Wenn man diese angeblich den Geschlechtstrieb und das sexuelle Leistungsvermögen steigernden Mittelchen pharmakologisch näher untersucht, dann ist das Ergebnis: Die am meisten beworbenen Elixiere haben keine nachweisbare Wirkung, mitunter aber recht unromantische Nebenwirkungen.

Wermut löst keine Liebe aus

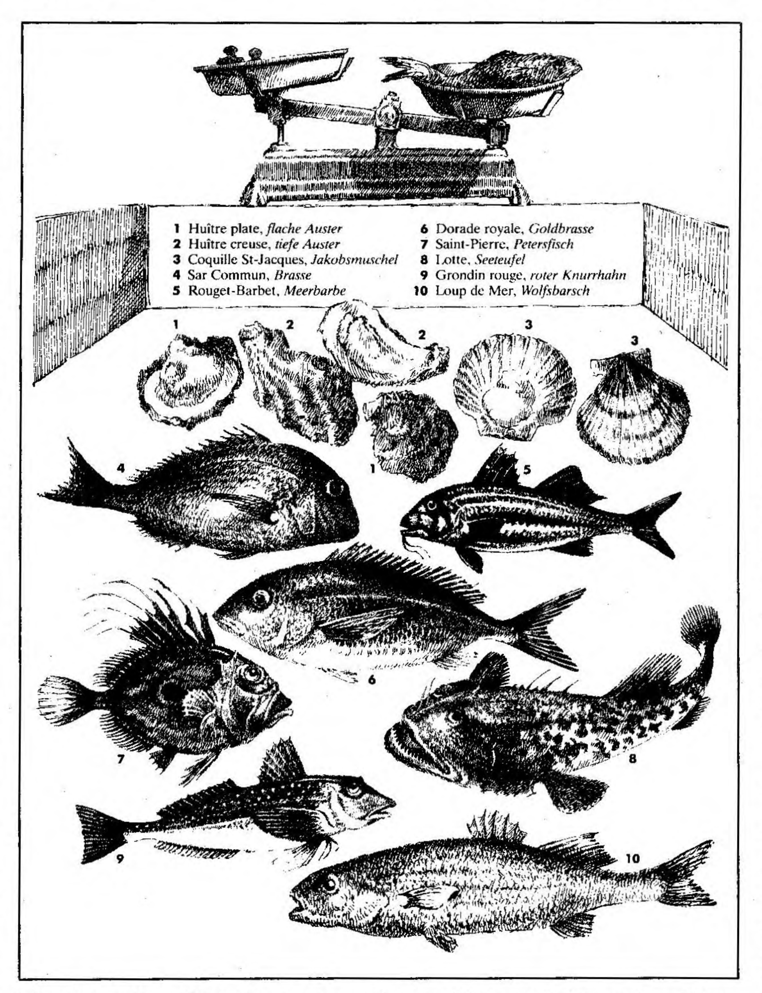
Die schon bei unseren Vätern und Großvätern bekannte »Spanische Fliege« – ein Extrakt aus Käfern – fliegt gar nicht erst zum Herzen, wohl aber zur Niere – und die kann sich innerhalb von 24 Stunden irreparabel schädigen. Ansonsten beruht die Wirkung auf einer Irritation der Blasennerven, die sind ja mit den Erregungsnerven des Penis verschaltet. Es kommt zu einer jukkenden Erektion. Doch diese positive Wirkung wird auf jeden Fall mit der Neigung zu Leibschmerzen, Durchfällen und Erbrechen erkauft.

Ginseng hat eine schwache Östrogenwirkung – doch in dieser Richtung fehlt den allermeisten Männern kaum etwas. Sowjetische Publikationen sind da wohl recht produktfreundlich, was die sibirischen Flechten anbetrifft.

Auch Wermut löst keine Liebe bei Ihrem Traumpartner aus – nur epileptische Krämpfe. Und wenn man der behaupteten Wirkung solcher Liebestropfen gar mit einer kräftigen Dosis nachhelfen will – dann dreht das so beglückte Opfer eher durch.

Nun werden einige sagen: Liebe ist sowieso ein Zustand der totalen Unberechenbarkeit. Das mag schon wahr sein, aber bewußt erleben möchte man den Rausch schon.

Ähnlich gefährlich sind Tollkirsche, Bilsenkraut, Stechapfel und Alraune wegen der mit Wahnideen einhergehenden Erregungszustände.



Fisch in allen Variationen kann in der Liebesküche wahre Wunder bewirken und steht darum bei Franzosen ganz oben in der Gunst.

Mit dem »Tiger im Tank« soll es besser gehen

Alles andere hat etwas mit sexueller Symbolkraft zu tun: Entstanden ist der Mythos vom Rhinozeroshorn, weil ein Bulle es bis zu drei Stunden ununterbrochen treiben kann – doch er tut es ja nur einmal im Jahr. Das legendäre Rhinozeroshorn enthält aber nur Kalzium und Phosphor. Zugegeben, wer in der Sahel-Zone Afrikas leben muß, bei dem verursacht ein Mangel an diesen beiden Mineralien Mattigkeit und Muskelschwäche. In unserer Nahrung aber sind diese Mineralien im Überfluß vorhanden.

Ähnliche Assoziationen sind auch für das Essen von Tigerfleisch in Asien verantwortlich. Mit dem »Tiger im Tank« soll es besser gehen.

Wegen ihrer penisähnlichen Gestalt werden heute noch vielerorts Schlangen gegessen oder wird ihr Blut getrunken. Vielleicht hilft dabei die zum Genießbarmachen verwendete Mischung mit Reisschnaps der Einbildungskraft.

Auch der Mandragora-Pflanze wurden schon in der Bibel wegen ihrer hodenähnlichen Wurzeln Liebeswirkungen zugeschrieben.

Nehmen wir einmal Amylnitrit: Wer glaubt, daß er durch Trinken von einer solchen Brechampulle – die ja für 20 Herzanwendungen gedacht ist – nun die Garantie für den erfüllten Sex erwirbt, der irrt sich. Die Folge ist ein Bewußtseinsverlust, der Tage anhalten kann. Ja sogar Lähmungen und Sprachstörungen treten auf. Immer ist es ein krankenhausreifer Notfall.

Auch sollen Männer nicht etwa denken, einer unwilligen Partnerin ließen sich die Hemmungen austreiben, indem ihr ausreichend Drogen eingeflößt werden. Drogen ruinieren ohne Ausnahme irgendwann das Liebesleben des Mannes, denn sie unterdrücken alle mit der Zeit die Ausschüttung der Sexualhormone.

Am Anfang steigern Amphetamine als »Hallo-Wach-Mittel« noch die sexuelle Aktivität. Doch bei längerer Einnahme schrumpfen die Schwellkörper des Penis, und es kommt keine Erektion mehr zustande. Verantwortlich dafür ist eine Erschöpfung der Speicher für das wichtige Erregungshormon Noradrenalin sowie eine Umleitung des Blutflusses vom Penis in die Skelettmuskulatur. Zur Zeit gibt es Amphetaminderivate glücklicherweise nur noch in Dänemark, der DDR, Holland, Großbritannien, der Schweiz und den USA – ansonsten als Speed auf dem schwarzen Markt.

Auch der Alkohol ist eine Droge

Marihuana und Haschisch verstärken in den ersten Monaten das sexuelle Empfinden, doch danach kommt es zu einem Abfall der Sexualhormone, und es geht in jeder Beziehung in den Keller. Dazu kommen noch störende Nebenwirkungen wie bei Haschischkonsum die nachlassende Muskelkoordination und die zunehmende Antriebslosigkeit; bei Marihuanarauchen behindern dafür Bronchitis und Asthma mit der Zeit alle Aktivitäten.

Vom Kokain wird behauptet, daß es, in die Nase eingerieben oder gespritzt, ungeahnte sexuelle Energien freisetzt. Es enthemmt lediglich und dämpft körperliche Schmerzen. Aus diesem Grunde wird es bei sadomasochistischen Liebesspielen benutzt. Im Laufe der Zeit geht beim Kokainkonsum der sexuelle Appetit verloren. Außerdem verursacht eine Engstellung der Blutgefäße bleibende sexuelle Störungen.

Unter Heroin und Morphium wird der Blutzufluß vom Penis weg in die Gesäßmuskeln umgeleitet. Außerdem verschwindet das Liebesverlangen, denn die durch solche Opiate erzielte Befriedigung überspielt jegliches sexuelle Interesse. Es ist eine Art von ausschließlichem Verliebtsein in den eigenen Körper, wie es übrigens auch unter Kokain und Amphetaminen beobachtet wird.

In die Gruppe der Drogen gehört auch der Alkohol. Relativ gesehen am besten sind wohl diejenigen dran, bei denen es unter Alkohol noch funktioniert – auch wenn sie dann dabei nicht viel fühlen. Praktisch alle Glücksgefühle des Körpers sind nämlich blockiert, weil Alkohol die Ausschüttung der beglückenden Hormone verhindert.

Am Anfang kann es beim Trinken noch zu einer vorübergehenden Steigerung der sexuellen Tätigkeit kommen, entfallen doch lästige Hemmungen, und selbst schwache erotische Signale regen an. Mit der Zeit wird Alkohol allerdings zum Erektionsvernichter. Durch Umleitung in andere Körpergewebe wird Blut dem Penis entzogen. Außerdem sinkt der Testosteronspiegel.

Wenn getrunken wird oder Drogen genommen werden, ist wohl das Fehlen jeglicher Kommunikation das Schlimmste für eine Partnerschaft. Durch gefühllosen Sex entsteht nur zunehmende Entfremdung. Beim Entzug müssen Paare deshalb erst einmal wieder lernen, miteinander zu sprechen, um die entstandene Gefühlsbarriere abzubauen, bevor sich langsam das Intimleben wieder normalisieren kann.

Liebe ist etwas Natürliches. Kein Wunder, daß auch Mittel aus der Natur in dieser Richtung wirken. Um die Liebeskraft und Bereitschaft zu erhöhen, gibt es in der Apotheke »Regazell Energen«, ein ausgezeichnetes Naturheilmittel.

Sehr viel kann jeder für die Belebung der eigenen Liebesenergien zu Hause tun – und zwar über die Zubereitung des Essens. Jeder Gang und seine ausgewählten Gewürze tragen dazu bei, daß Liebende in Stimmung kommen. Gerade die Trüffeln sind wegen ihrer Liebeswirkung gepriesen worden. Auch frisches Bohnenkraut, Fenchel, Rosmarin, Ingwer, Koriander, Knoblauch, Petersilie, Tarragon, Curcuma, Patschuli, Sassafras, Kresse, die Muskatnuß und nicht zuletzt Chili-Pfeffer wirken als Aphrodisiaka. Dazu kommen noch all die Inhaltsstoffe in den Speisen selbst.

Hier möchte ich mit Carl Zuckmayer sagen: »Vorspeisen sind wie Segel über Buchten, schlank zum Hafen schnellend in erregter Fahrt.«

Ganz vorne stehen Artischokken. Je nach Geschmack können sie mit Essig mariniert und mit Salaten von Thunfisch, Spargel oder feinem Gemüse gefüllt werden. Auch eine Füllung mit feingehacktem Hühnerfleisch ist zu empfehlen.

Die Liebesküche kann Wunder bewirken

Auch Kalbszunge verfehlt selten ihre anregende Wirkung. Sie kann gekocht, mit Malaga abgeschmeckt und in Scheiben geschnitten werden.

Gehört haben Sie sicherlich, daß Sellerie eine bestimmte Wirkung haben soll; egal ob Sie ihn kochen, in große Streifen oder Würfel schneiden und heiß mit Essig, Öl und Chili-Pulver beizen.

Auf Mann und Frau gleichermaßen wirken Avocados. Auch Austern gelten als Aphrodisiakum. Schon Casanova schwärmte von ihrer Wirkung. Er bevorzugte Austern entbartet, umlegt mit einem Ring aus Kaviar und marinierten Tomatenscheiben dekoriert.

Den besten Kommentar zu den Hauptspeisen gibt Oscar Wilde: »Liebe heißt, sich beim Kochen übertreffen.«

Keine Frage, Fisch ist sehr gut. Weit oben in der Gunst der Franzosen steht Steinbutt mit Evas Apfel. Es ist ein in Mehl gewälztes Steinbuttfilet, in Butter gebraten, mit runden Apfelscheiben belegt und erneut gedämpft, mit Zitronensaft beträufelt und dann mit brauner Butter übergossen.

Vielleicht darf es aber auch Kalbshirn sein. Auch Edelgeflügel verfehlt seine Wirkung nicht. Wer mehr für Fleisch ist, es kann auch eine gegrillte Rinderlende sein, belegt mit Markmedaillons.

Nicht zuviel tierisches Eiweiß

Zum Dessert wählen Sie zwischen fritierten Bananen, zart in Butter gebacken und mit Waldhonig karamelisiert, einem tonisierenden Fruchtsalat aus reifen Mangos mit Kiwis, mit Pastis (Anisschnaps) und Honig aromatisiert und mit rosa Champagner aufgefüllt.

Natürlich ist Champagner auch als Aperitif wirksam. Das sind ebenfalls Rum-Getränke, grüner Chartreuse, Pastis und als Weißwein Claret.

Sie werden sehen, ich habe bewußt keine eiweißreichen Speisen empfohlen. Heute weiß man nämlich, daß zuviel tierisches Eiweiß sogar die Liebesfähigkeit dämpft. Überhaupt sind zu üppige Mahlzeiten »vorher« echte Gefühlsvernichter, denn viele Männer haben mit einem zu vollen Magen ein deutlich geringeres Orgasmuserlebnis.

Übrigens, wenn weder Ihre Frau noch Sie Kochkünstler sein sollten, dann hilft auch mal ein Griff zu dem Naturheilmittel »Regazell Energen«.

Sie sehen, was die Liebesküche für Möglichkeiten bietet. Doch bedenken Sie bitte, wenn nur einer von Ihnen stark gewürztes Essen, besonders aber Knoblauch oder Zwiebeln ißt, dann wirkt sein Schweißgeruch auf den Partner unangenehm. Also essen Sie möglichst die gleichen Dinge, damit Sie danach auch die gleichen Dinge tun wollen.

Lieben heißt, etwas gemeinsam erleben, es bedarf der Vorbereitung zu zweit. Packen Sie es an! Und ich möchte sagen: »Wohl bekomm's!« □

In seinem Bestseller »Ein Mann bleibt ein Mann – Lösungen für sexuelle Probleme« beschreibt Professor Dr. med. Leon Kaplan das Mittel, das wahrscheinlich schon Salomon zum größten Liebhaber in biblischer Zeit gemacht hat. Es ist eine fein abgestimmte Mischung von verschiedenen Bienen- und Pflanzenwirkstoffen und ist als »Regazell Energen« in der Apotheke erhältlich. Vorausgesetzt, es wird 30 bis 40 Tage eingenommen, verbessert »Regazell Energen« bei acht von zehn Männern in den nachfolgenden Monaten Liebesverlangen und Ausdauer. Vorher schwache bioelektrische Ströme zwischen den Zellen des Sexualsystems fließen wieder mit hoher Intensität. Das Buch mit seinen vielfältigen Erfolgsrezepten für ein glückliches Liebesleben gibt es für 38 DM in jeder Buchhandlung.



Burma

Neues Bündnis der Oppositions-Parteien

Ein neues Bündnis von 22 burmesischen Partei-Gruppierungen, darunter Freischärler, flüchtige Studenten und Gruppen aus Übersee, schloß sich der Democratic Alliance of Burma an und drängte die internationale Gemeinschaft dazu, die sich derzeit in Rangun an der Macht befindliche Militär-Regierung völlig zu isolieren. Sie rief zur Bildung einer einstweiligen Regierung unter dem Schutz der Vereinten Nationen auf.

Radio Rangun berichtete, Regierungsbeamte hätten sich mit Diplomaten aus Australien, Singapur, Ägypten und dem benachbarten Bangladesh zusammengesetzt, um die Lage des Landes zu erläutern und um darum zu bitten, daß normale Handelsbeziehungen beibehalten werden.

Der chinesische Premierminister Li Peng sagte während eines Besuches in Thailand, daß die Handelsbeziehungen zwischen der Volksrepublik China und Burma normal verlaufen. Nur die Vereinigten Staaten, Großbritannien und die Vereinten Nationen haben jede Hilfestellung eingestellt. □

Afghanistan

Gorbatschow wünscht Vermittlung von Gandhi

Der sowjetische Staatschef Michail Gorbatschow unterzeichnete zusammen mit Premierminister Rajiv Gandhi eine Erklärung, die besagt, daß eine internationale Konferenz zur Lösung des afghanischen Konflikts erforderlich werden könnte.

In der Erklärung wird dem Generalsekretär der Vereinten Nationen, Javier Pérez de Cuellar, dringend nahegelegt, das ihm durch Beschluß anvertraute Mandat dazu zu benutzen, Gespräche zwischen streitenden Parteien des afghanischen Konflikts zur Bildung einer Koalitionsregierung in die Wege zu leiten.

In der Erklärung wird auch festgestellt, daß »beide Länder die Obstruktionspolitik gewisser Kräfte, die gegen die Vereinbarungen verstoßen, bedauern«. Dies ist vermutlich eine Anspielung auf Pakistan und die Vereinigten Staaten sowie auf afghanische Widerstandskämpfer.

Gorbatschow ließ die Tür offen zur Aufgabe der Genfer Vereinbarungen und des Abzugs der Truppen in Afghanistan über den 15. Februar 1989 hinaus und stellte fest, daß die Aktionen der USA und Pakistans »darauf hinzudeuten scheinen, daß diese uns dazu veranlassen möchten, die Vereinbarungen rückgängig zu machen«.

Zu anderen Themen heißt es in der Erklärung, keine Nation sollte Militärbasen außerhalb ihrer Grenzen haben. Hierzu wurden keine weiteren Ausführungen gemacht, und Gorbatschow bot auch nicht an, sowjetische Basen im Ausland zu schließen. »Militarismus, Machtpolitik und die Aufteilung der Welt in militärische Bündnisse sollten verworfen werden. Es darf keine Militärbasen und Einrichtungen außerhalb der Grenzen eines Staates geben.« □

Neuseeland

Neue Verbindungen zu Chinesen und Moskau

Der chinesische Premierminister Li Peng führte eine 90köpfige Delegation, darunter vier Minister und zwei stellvertretende Minister, zu einem Staatsbesuch nach Neuseeland an. Dem Besuch Li Pengs gingen mehrere gegenseitige Besuche hochrangiger Minister beider Länder in den letzten Jahren voraus, und er wurde von der Unterzeichnung eines Investitions-Schutzabkommens zwischen den beiden Ländern gekrönt.

Der chinesische Premier besuchte mehrere neuseeländische Farmen und Forstwirtschafts-Forschungs- und Produktionseinrichtungen, und nahm nach der Unterzeichnung des Abkommens an einem privaten Essen mit Premierminister David Lange teil.

Neuseeland hat 13 Joint-ventures in China, während China in Neuseeland an einer Holzsäuberungsanlage beteiligt ist. Der Handelsaustausch zwischen den beiden Ländern wuchs von insgesamt 13,2 Millionen Dollar in den Jahren 1972–73, als die Beziehungen zwischen den beiden Ländern normalisiert wurden, auf 544 Millionen Dollar in den Jahren 1987–88. China ist Neuseelands fünftgrößter Handelspartner und sein größter Markt für Wolle.

Inzwischen ist der Vize-Premierminister Geoffrey Palmer am Tage von Li Pengs Ankunft nach Neuseeland zurückgekehrt, nachdem er sich zu einem einwöchigen Besuch in der Sowjetunion aufgehalten hatte. Es war der höchste solcher Besuche seit 28 Jahren.

Der sowjetfreundliche Palmer war Ehrengast auf einem Staatsbankett mit dem Vize-Premierminister Kamentsev, mit dem er mehrere Stunden lang Gespräche führte. Die beiden sprachen über Joint-ventures, darunter Viehzucht, landwirtschaftliche Technologie, geothermische Energie, synthetische Treibstoffe, Forstwirtschaft und Fischerei. Dies alles wird in weiteren Einzelheiten von einer gemeinsamen Handelskommission untersucht werden, die im Frühjahr 1989 in Moskau zusammentreffen soll.

Ein unmittelbares Ergebnis der Gespräche war Palmers Einladung an die Sowjets, wieder einen Medienvertreter in Neuseeland zu stationieren. Der letzte Vertreter dieser Art mußte das Land 1980 verlassen, als der sowjetische Botschafter aus Sicherheitsgründen ausgewiesen wurde.

Nach seiner Rückkehr nach Neuseeland gab sich Palmer äußerst gesprächig über Handelsmöglichkeiten, den Erfolg der Perestroika und über den »steigenden Lebensstandard der Verbraucher«, den er in der Sowjetunion entdeckt habe. Man wundert sich nur, daß keine Russen das bisher entdeckt haben. □

USA

Trilaterale rufen nach US-Perestroika

Als Redner auf einer Konferenz im italienischen Siena, gefördert von der Bank Monte de Paschi, forderte Lord Eric Roll, ein Gründungsmitglied der Trilateralen Kommission, eine Perestroika für die Vereinigten Staaten, um die Haushaltsdefizite des Staatenbundes zu verringern.

Lord Roll ist einer von Europas führenden Befürwortern des Planes »Europa 1992«, nach dem alle Zollschranken zur Bewegung von Personen, Gütern und Kapital fallen sollen, als Vorbereitung zur Beseitigung der staatlichen Souveränität, wobei die Wirtschaft unter die Herrschaft einiger weniger Kartells geraten und der Kontinent zu dem Status eines sowjetischen Plünderungsbodens erniedrigt werden soll.

Roll teilte den Teilnehmern der Siena-Konferenz mit: »Die Märkte warten nicht, und schon sehr bald werden sie sich, zu Recht oder Unrecht, eine Meinung bilden über das, was die amerikanische Regierung tun wird, und dies wird den Wechselkurs und die Schwankung des Dollars beeinflussen.«

Rolls Ansicht wurde vom Gründer der Trilateralen Kommission, David Rockefeller, unterstützt, der, als er das Versprechen des neuen amerikanischen Präsidenten George Bush, keine neuen Steuern zu erheben, bejammerte, hinzufügte: »Es ist schwierig zu verstehen, wie er mit dem Defizit ohne eine Art von Verbesserung des Staatseinkommens fertigwerden kann.« Rockefeller sprach sich für neue Benzinsteuern als Lösung des Problems aus, ein Vorschlag, der vor zwölf Monaten von der Bank of England erstmals verbreitet wurde. □

USA

Pollard bestätigt Jagd nach »Mr. X«

Der verurteilte Spion Jonathan Pollard, der zur Zeit eine lebenslange Haftstrafe absitzt, weil er US-Geheimnisse an Israel verraten hat, von wo aus sie nach Moskau weitergeleitet wurden, bestätigte, daß Experten der amerikanischen Abwehr nicht nur nach seinem Leitagenten, sondern auch nach einem Netzwerk sowjetischer und israelischer Spione fahnden, das mit »Mr. X« bezeichnet wird.

In einem Interview aus dem Gefängnis heraus mit dem Reporter der CBS-Sendung »Sixty Minutes«, Mike Wallace, sagte Pollard, der Deckname »Mr. X« ist wahrscheinlich eine Aufstellung von prominenten amerikanischen Juden, die man ihm nach seiner Verhaftung vorgelegt habe.

Joseph DiGenova, ehemaliger US-Staatsanwalt für den District of Columbia, der die Anklage gegen Pollard und seine Frau vertreten hatte, erklärte Wallace gegenüber, Pollard habe dem amerikanischen Geheimdienst unsagbaren Schaden zugefügt. Pollard lüge nicht nur darüber, was er an die Israelis übergeben hat, sondern hat auch Namen von Agenten und Verfahrensweisen des amerikanischen Geheimdienstes preisgegeben, so wie es kein anderer Spion seit Kim Philby, dem nach Rußland übergelaufenen britischen Spion, habe tun können.

Ein Berater des CIA sagte, Pollards Informationen seien schließlich in die Hände des KGB geraten. □

Australien

Förderung der Rolle der Sowjets im Pazifik

Der australische Außenminister Gareth Evans teilte den benachbarten Staaten, vor allem den Insel-Staaten des Südlichen Pazifik mit, daß Australien nicht gegen deren Entwicklung von Handelsbeziehungen mit der Sowjetunion opponieren würde.

Gespräche wurden bereits in Moskau geführt über einen Plan für sowjetische Fischerei-Flotten zur Benutzung australischer Häfen. Der frühere Außenminister Bill Hayden, jetzt designierter Generalgouverneur, hatte stark gegen Fischerei- und andere Abkommen mit den Sowjets opponiert.

Aber Evans sagte im Fernsehen, daß »Australien die Realität akzeptieren muß, daß alle diese Pazifik-Länder souveräne Nationen mit eigenem Recht und absolut fähig und willens sind, Entscheidungen ohne die Hilfe von Ländern wie wir zu treffen. Gegen pazifische Verbindungen mit den Sowjets protestieren hieße gegen die reiferen Beziehungen zu verstoßen, die wir in der Region entwickeln wollen.«

Papua New Guinea diskutiert gerade darüber, ob den Sowjets gestattet werden soll, in Port Moresby eine Botschaft zu eröffnen, und Aeroflot bemüht sich um Landerechte, um, so wird behauptet, Fischerei-Mannschaften herumzufliegen. Fiji, Tonga, Vanuata und Kiribati verhandeln oder haben bereits Fischerei-Abkommen mit den Sowjets unterzeichnet.

Ian Sinclair, Führer der Federal National Party, nannte Evans »rücksichtslos gleichgültig gegenüber den strategischen und politischen Realitäten der benachbarten Region Australiens«. □

NASA

Im Jahr 2004 bemannte Mondstation

NASA-Direktor James Fletcher empfiehlt, um 2004 herum eine bemannte Mondstation als Bereitstellungsraum für eine Mars-Landung zu errichten. In einer Rede vor dem National Press Club in Washington bezog sich Fletcher auf den Bericht einer von Dr. Sally Ride geleiteten Einsatzgruppe, in dem drei verschiedene Projekte für das zukünftige amerikanische Raumfahrtprogramm beschrieben werden:

Erstens, eine vierköpfige Expedition zu einem der Mars-Monde, Phobus oder Deimos, um das Jahr 2003 herum.

Zweitens, eine Expedition zum Mars, Landung um 2007 herum.

Drittens, die Errichtung einer wissenschaftlichen Basis auf dem Mond, Landung um 2004.

Viertens, Errichtung einer Mond-Außenstelle um 2004, die als Bereitstellungsraum für eine Marslandung etwa im Jahr 2014 dienen könnte.

Fletcher befürwortet besonders die bemannte Mond-Außenstelle: »Wir könnten die Maschinerie für ökologische ›Closed-Loop‹-Systeme testen, die für zukünftige Planetenexpeditionen erforderlich sind. Ein permanentes wissenschaftliches Observatorium auf dem Mond wäre ein unerläßliches Werkzeug zum Studium des Sonnensystems, der Milchstraße und des Universums.

Und die Ressourcen des Mondes, das Mondgestein, könnte abgebaut werden, um flüssigen Sauerstoff und vielleicht flüssigen Wasserstoff für Treibmittel zum Tanken für zukünftige Raumschiffe zum Mars zu erhalten. Schließlich könnten die Erfahrung mit und die Übernahme von Ausrüstung, Laboratorien und Habitate einer bemannten Mond-Außenstelle, falls wir dies wünschen, zu Mars-Einsätzen mit hinübergenommen werden. Auf diese Weise würden sie sehr viel dazu beitragen, die Risiken und Kosten der Errichtung einer Mars-Außenstelle zu verringern.«

Fletcher hob auch die starke Unterstützung hervor, die dem amerikanischen Raumfahrtprogramm in der Öffentlichkeit zuteil wird. Zwei kürzlich gemachte Meinungsumfragen hätten ergeben, daß Zweidrittel bis Dreiviertel der amerikanischen Bevölkerung ein erweitertes Raumfahrtprogramm gutheißen.

Fletcher sagte, die Raumstation »ist der Schlüssel zur Fähigkeit des Menschen, länger als heutzutage im Raum leben und arbeiten zu können – viel länger. Ohne eine Raumstation, das kann ich Ihnen versichern, wird diese Nation keinen Platz haben, die Technologie und Anlagen zu testen, die es Menschen ermöglichen, über längere Zeiträume hinweg im Weltraum zu leben«.

Fletcher hob auch hervor, daß von dem Raumfahrtprogramm »nicht nur neue Erkenntnisse, sondern auch neue Industrien, neue Produkte, neue Arbeitsplätze und mehr technische Neuheiten und eine höhere Produktivität kommt, zum Wohle der amerikanischen Wirtschaft und um den Lebensstandard der Amerikaner zu heben«. □

USA

Tieropfer sollen verboten werden

Die kalifornische Stadt Los Angeles will das Opfern von Tieren verbieten lassen. In den letzten Jahren waren immer mehr Kadaver gefunden worden, die Spuren ritueller Mißhandlungen aufwiesen. Besonders grausam sollen Satansanbeter und eine sogenannte »Santeria«-Sekte vorgehen.

Bei Zeremonien dieses Geheimbundes – eine aus Kuba stammende religiöse Mischung von Katholizismus und afrikanischem Animismus – werden Ziegen, Schafe und Hühner geschlachtet. Los Angeles soll neben New York eines der größten Santeria-Zentren Nordamerikas sein. Auch sind Satanskulte dort verbreitet. In deren Ritualen werden ebenfalls Tiere geopfert.

Der Magistrat von Los Angeles überlegt jetzt, solche Praktiken mit Ordnungsstrafen von bis zu 2000 DM zu belegen. □



Briefe

Betr.: Richard von Weizsäcker »Rückblick auf die Befreiungsrede«, Nr. 12/88

Wer in letzter Zeit die Reden von Bundespräsident Herrn von Weizsäcker verfolgt, bei dem werden sich auch dann, wenn er Herrn von Weizsäcker wohlwollend gegenübersteht, erhebliche Bedenken einstellen.

Aus Anlaß der Reichskristallnacht hat der Bundespräsident in seiner Rede die besondere Verantwortung des deutschen Volkes gegenüber Auschwitz hervorgehoben, aber mit keinem Wort die Verantwortung der Polen erwähnt, wo nach Kriegsende etwa zwei Millionen Deutsche von den Polen umgebracht wurden, nur weil sie Deutsche waren. Weiter wurde vom Bundespräsidenten der Eindruck erweckt, als wenn die Deutschen die Erfinder der Konzentrationslager wären.

Ich habe den Bundespräsidenten darauf hingewiesen, welchen Eindruck er mit seiner Rede erweckt hat. Ich habe ihn auch darauf hingewiesen, daß auch der Papst sich bei seinem ersten Deutschlandbesuch so ähnlich zweideutig ausgedrückt hat. Mein Brief wurde von Kardinal Höffner beantwortet, ohne auf Auschwitz einzugehen. Ich habe den Papst darauf hingewiesen, daß Auschwitz etwa 30 km von Krakau entfernt liegt und er als Bischof von Krakau nicht weiß, was dort nach Kriegsende geschah. Bei seinem zweiten Besuch hat sich der Papst stillschweigend korrigiert, indem er sagte, Grausamkeiten, gleich von welcher Seite sie begangen wurden, dürfen sich nicht wiederholen.

Der Bundespräsident hat ebenfalls geantwortet, ohne auf Auschwitz einzugehen, und mir seine Rede vom 8. Mai 1985 zugeschickt. Diese Rede entspricht aber in keiner Weise der Wahrheit. So waren die Ursache – nach Ansicht des Bundespräsidenten – für die Machtübernahme Hitlers nicht die 7,5 Millionen Arbeitslosen, die Hitler zur Macht katapultierten, diese aber das Ergebnis der falschen Geldpolitik und der Zinsausbeutung.

Daß wir heute keine Goldwährung haben, wofür die Weimarer Republik geopfert wurde, wird von Herrn von Weizsäcker übergangen. Dafür findet man den folgenden interessanten Satz: »Mit ihrer wirtschaftlichen Kraft weiß sie sich mitverantwortlich dafür, Hunger und Not in der Welt zu bekämpfen und zu einem sozialen Ausgleich unter den Völkern beizutragen.« Der Satz kann doch nur so verstanden werden, wie er praktiziert wird, doch nicht anders.

Um den Hunger und die Not zu bekämpfen, werden Lebensmittel mit Steuergeldern vernichtet. Es werden Entwicklungshilfen gezahlt, die nichts anderes als verschleierte Zinsbeihilfen sind. Kredite sind nichts anderes als verschleierte Zinsausbeutung. Diese ist aber die Ursache des Hungers. Daß mit einem Tauschhandel den Hungernden geholfen werden könnte, nicht aber mit einer Zinsausbeutung, dies wird vom Bundespräsidenten so verschwiegen wie die Zinsausbeutung der Weimarer Republik, die uns 7,5 Millionen Arbeitslose, Hitlers Machtübernahme und den Zweiten Weltkrieg brachte.

Von einem Überfall der Sowjetunion auf Finnland, Estland, Lettland, Litauen, Polen weiß Herr von Weizsäcker nichts, die sind wie wir befreit worden.

Die Konzentrationslager der Engländer im Burenkrieg wie die Arbeitslager der Sowjetunion sind und waren für Herrn von Weizsäcker offensichtlich Erholungslager. Da wir der Sowjetunion für die Befreiung dankbar sein müssen, müssen wir uns fragen, warum das afghanische Volk für seine Befreiung durch die Sowjetunion so undankbar sein kann.

Wenn man Herrn von Weizsäcker folgen will, ist die Sowjetunion doch ein Befreier.

Aufgabe eines Bundespräsidenten soll sein, mit der Wahrheit der Ursachen sich zu beschäftigen und nicht die Auswirkungen dem deutschen Volk in die Tasche zu reden.

Wenn Herr Galinsky dem zweiten Mann im Staate zweideutige Formulierungen nicht erlaubt, kann man dem ersten Mann im Staate doch nicht gestatten, Formulierungen zu benutzen, die mit Zweideutigkeit nichts mehr gemeinsam haben, sondern schlichtweg die Unwahrheit darstellen.

Die Frage dürfte doch erlaubt sein, ob Herr von Weizsäcker überhaupt noch tragbar ist. Er wäre gut beraten, wenn er auf eine neue Kandidatur verzichtet. Es wäre auch im eigenen Interesse des Bundespräsidenten, wenn er die Gerüchte einer angeblichen Fahnenflucht widerlegen würde.

Alois Balluschek, Hamm

★

Dank dem bundesdeutschen Befreiungspräsidenten! Wie froh waren doch die Heimatvertriebenen, als sie Hitler endlich los waren und ins Stammland Hitlers auswandern durften. Wie glücklich war zum Beispiel meine Frau, die mit zwei kleinen Kindern aus ihrer Wohnung vertrieben wurde. Die Polen erlaubten ihr freundlicherweise, ein Päckchen mitzunehmen, das sie eben gerade tragen konnte. Dann durfte sie in einem Viehwagen – im Spätherbst 1945 – mit etwa 100 ebenso glücklichen Auswanderern ca. 14 Tage von Hindenburg bis Görlitz fahren, wo sie dann mit den Kindern in einem feudalen Aufnahmelager empfangen wurde.

Da unterwegs die Verpflegung recht vegetarisch war (täglich eine feudale Suppe, in der einige Fettaugen umherschwammen, ein Stückchen halbverschimmeltes Brot und hin und wieder feudalen Kaffee aus gebrannter Gerste), konnte wohl die Gesundheit der »Auswanderungswilligen« keinen Schaden nehmen.

Da die Fahrgäste ja auch mal scheißen mußten (bitte, entschuldigen Sie diesen Ausdruck) und kein Klo vorhanden war, mußte der Einfallsreichtum der Deutschen hinhalten – und man bastelte ein Loch im Boden des feudalen Beförderungsmittels. Durch dieses Loch fielen nun die dürftigen Würstchen und der nun filtrierte Kaffee zwischen die Schienen.

Wie sagte es Churchill? Gelingt es uns, die Deutschen 20 Jahre getrennt zu halten, so haben wir viel gewonnen. Gelingt es uns, sie 50 Jahre getrennt zu halten, haben wir alles gewonnen. Bestimmt ist diesem »Wohltäter der Deutschen« nicht eingefallen, daß es mal gewählte Nestbeschmutzer – nationale Masochisten – in diesem Volk geben werde.

Gottfried Grossmann, Erftstadt-Liblar

★

Ich kann mir nicht vorstellen, welche Gründe Sie dazu bewegt haben, diesen Artikel zu schreiben. Ist es Geltungssucht oder sind es geschäftliche Aktivitäten – wie auch immer. Ich halte von Ihrem Artikel überhaupt nichts, ich lehne ihn ab.

»Der größte Feldherr aller Zeiten« hat als Führer der Nation gänzlich versagt und war, wie man sagt, geistig unzurechnungsfähig. Einem solchen Feldherrn kann der vernünftig denkende Mensch nicht dienen.

Wir können froh sein, daß Herr von Weizsäcker sich so retten konnte, denn jedem vernünftigen Lebewesen war klar, daß zu diesem Zeitpunkt (Ende April 1945) jede Kriegführung von seiten der Deutschen idiotisch war.

Edgar Weinmann, Saarbrücken

★

Betr.: Revisionismus »Was in der ›Kristallnacht‹ auch geschah«, Nr. 11/88

Zum Bericht über die »Kristallnacht« erlauben Sie mir den Hinweis auf das Buch von Frau Ingrid Weckert »Feuerzeichen«. Frau Weckert versucht mit wissenschaftlicher Genauigkeit, den oder die Verursacher der »Kristallnacht« zu ergründen. Sie kommt bei ihren Forschungen zu dem Ergebnis, daß es keine maßgebenden Männer um Hitler gab, die einen Befehl zum Pogrom gaben. Am allerwenigsten konnte es Goebbels gewesen sein, der besser als jeder andere über die negativen Auswirkungen Bescheid wußte. Dazu war er zu intelligent und ein zu großer Fachmann auf dem Gebiet der Propaganda. Der Artikel von Herrn Kaufmann mit seinen Annahmen in »CODE« ist für mich unwirklich und widerspruchsvoll. Hier wird absichtlich Wahrheit mit Dichtung verquickt und Sätze aus dem Zusammenhang gerissen, die ein falsches Bild dem Leser vermitteln.

Ich frage mich: »Was ist der eigentliche Grund für die Veröffentlichung solch eines Aufsatzes gerade zur jetzigen Zeit und in Ihrer Zeitschrift?«

Von allgemeinem Interesse dürfte die Beantwortung der Fragen sein: »Wer hatte damals einen Vorteil an einem Pogrom in Deutschland und zu welchem Zweck, ferner, wer veranlaßte tatsächlich die Durchführung?« Für mich war es eine zielbewußte, provokatorische Veranlassung.

Tatsache ist, daß solch eine Handlungsweise dem Wesen der absoluten Mehrheit der Deutschen widerspricht. Tatsache aber ist leider auch, daß solch eine Tat möglich war! Wer waren die Menschen, die dieses abscheuliche Tun förderten und gegen den Willen der damaligen Reichsführung zur Durchführung brachten, ferner, welche Organisationsstruktur war die Voraussetzung zu dieser Untat?

Bestürzend für mich ist das Verhalten der Bundesregierungen und der Politiker. Wäre es nicht die Aufgabe dieser politischen Gestalter, hier eine Klärung herbeizuführen, anstatt in demutsvoller Unterwerfung die widernatürlichen Wünsche der Nutznießer zu erfüllen?

Gerhard Dudek, Baden-Baden

★

Betr.: Vatikan »Geheimabkommen mit den Kommunisten«, Nr. 11/88

Das neuerliche Paktieren der Romkirche mit dem Kreml ist nichts Neues, zumal ja Rom auch beim Sturz des Zarentums und bei der Etablierung des Bolschewismus beteiligt war durch den gläubigen Katholiken und ersten GPU-Chef und Massenmörder der russischen Völker, Dzershinski.

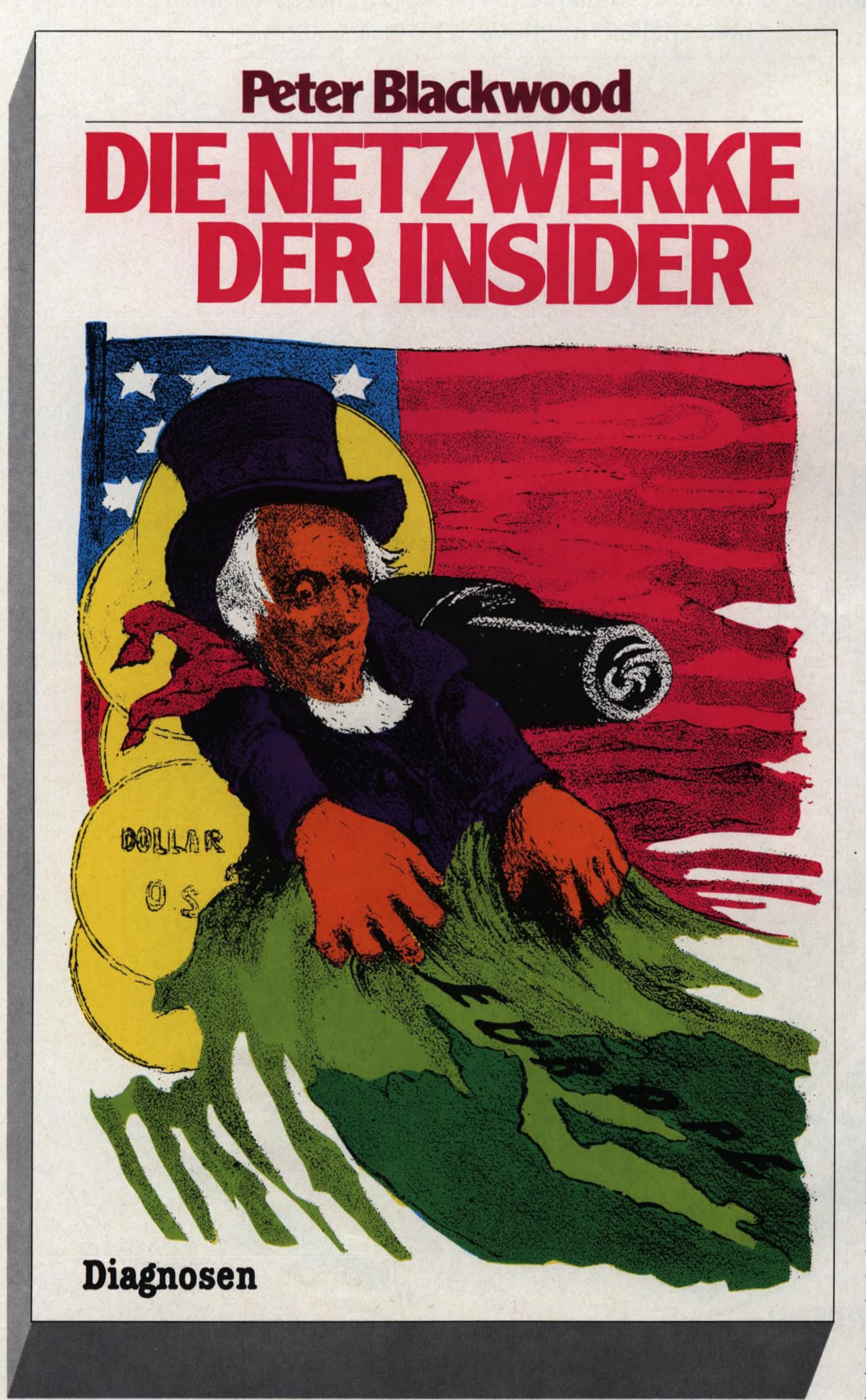
Auch 1938 forderte der Papst die Katholiken auf: »Katholiken, ergreifen wir also die ausgestreckte Hand der Kommunisten. Nicht ich sage das, sondern unser Heiliger Vater, der Papst Pius XI. . . . Stellt Euch den heidnischen und feindlichen Menschen, den Kommunisten, meinetwegen selbst mit einem Messer in den Zähnen vor, er ist nicht minder Euer Bruder in Jesus Christus.« (Aufruf des Dominikanerpaters Gorce)

Es ging 1917 der Romhierarchie darum, den Zaren als Oberhaupt der griechisch-orthodoxen Kirche zu stürzen und dieser einen Schlag zu versetzen. 1938 Hitler zu stürzen, nachdem man ihm zur Macht verholfen hatte aufgrund seiner honigsüßen Worte für die Romkirche in »Mein Kampf«, wofür Hitler das »Reichskonkordat« mit Rom abschloß als Dank für die Unterstützung Roms bei der Machtübernahme.

Das beste Konkordat, das Rom jemals mit einem Staate abgeschlossen hatte.

Helmut Golz, Köln

Eine gottlose Gesellschaft operiert weltweit, um über die Finanzen und die marxistische Ideologie das politische Ziel einer Weltregierung zu erreichen. Diese internationalistische Gruppe, die die »Neuerschaffung der Welt« will, versteckt sich hinter vielen Namen in verschiedenen Gremien. Mit ihrem Geld wollen sie die ganze Welt unter ihre Herrschaft bringen. Dieses Nachschlagewerk informiert über die Arbeit, die Pläne und die Ziele der Internationalisten.



Peter Blackwood: »Die Netzwerke der Insider«, ein Nachschlagewerk über die Arbeit, die Pläne und die Ziele der Internationalisten.
408 Seiten mit vielen Abbildungen
DM/sfr 30,–
ISBN 3-923864-02-7
Verlag Diagnosen, D-7250 Leonberg.
Zu beziehen über den Buchhandel.